

Jahrbuch für

# WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

1995/2

Herausgeber: Lothar Baur (Berlin), Rainer Fremdling (Göttingen),  
 Karin Hansen (Berlin), Helmut Kachler (Berlin),  
 Peter Kriedte (Göttingen), Christian Lorenz (Göttingen),  
 Jost Petersen (Frankfurt/Main), Hans-Joachim  
 Lauth (Berlin), Ralf Schöhl (Frankfurt/Main),  
 Reinhard Süss (Münster)

Unterstützender Beirat von:  
 Rolf Abt (Stuttgart), Walter Dageborg  
 (Göttingen), Barry Eichengreen (Berkeley, Kalifornien),  
 Erik Filtz (Tübingen), Robert Froyen  
 (Frankfurt/Main), Alan Milward  
 (London), Milan Mlynský (Prag), Jan Pieterse  
 (Göttingen), Günter Tölgel (Münster)

Verantwortlich für Teil B 1995:  
 Reinhard Süss

Geschäftsführer: Hans-Joachim  
 Lauth

Redaktion: Wilfried Fortmann, Martin Lauth

Hilfsverleger: Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt  
 10084 Frankfurt am Main  
 Tel. 069 79 82-33 71, 79 82-33 91 Fax 069 79 82-33 92

# Jahrbuch für WIRTSCHAFTS GESCHICHTE

**Herausgeber:** Lothar Baar (Berlin), Rainer Fremdling (Groningen), Karin Hausen (Berlin), Hartmut Kaelble (Berlin), Peter Kriedte (Göttingen), Dietmar Petzina (Bochum), Toni Pierenkemper (Frankfurt/Main), Heinz Reif (Berlin), Bertram Schefold (Frankfurt/Main), Reinhard Spree (München)

**Unter beratender Mitarbeit von:**

Rolf Adamson (Stockholm), Waclaw Długoborski (Breslau), Barry Eichengreen (Berkeley), Patrick Fridenson (Paris), Eiichi Hizen (Tokio), Robert Lee (Liverpool), Yves Lequin (Lyon), Alan Milward (London), Milan Myška (Ostrau), Jan Peters (Potsdam), Sidney Pollard (Sheffield), Gianni Toniolo (Venedig)

**Verantwortlich für Teil 2/1995:**

Reinhard Spree

**Geschäftsführender Herausgeber:**

Toni Pierenkemper

**Redaktion:** Wilfried Forstmann, Marie-Luise Georg

Historisches Seminar, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Senckenberg-  
anlage 31, 60054 Frankfurt am Main

Tel. 0 69 / 79 82-33 71, 79 82-23 69, Fax. 0 69 / 79 82-27 02

Jahrbuch für

1995/2

# WIRTSCHAFTS GESCHICHTE



Akademie Verlag

ISBN 3-05-002750-9

ISSN 0075-2800

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 1995

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der VCH-Verlagsgruppe.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden.

All rights reserved (including those of translation into other languages). No part of this book may be reproduced in any form – by photoprinting, microfilm, or any other means – nor transmitted or translated into a machine language without written permission from the publishers.

Druck: DH „Thomas Müntzer“, Bad Langensalza  
Printed in the Federal Republic of Germany

**I. Abhandlungen und Studien**

**Albrecht Ritschl**

Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR:  
Ein Zahlenbild 1945-1989..... 11

**Lothar Baar, Uwe Müller, Frank Zschaler**

Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen.  
Investitionen und Budget in der DDR 1949 bis 1989..... 47

**Bart van Ark**

The Manufacturing Sector in East Germany:  
A Reassessment of Comparative Productivity Performance, 1950-1988..... 75

**André Steiner**

Beständigkeit oder Wandel? Zur Entwicklung der Industriestruktur  
der DDR in den sechziger Jahren..... 101

**Oskar Schwarzer**

Der Lebensstandard in der SBZ/DDR 1945-1989..... 119

**II. Diskussion**

**Margrit Grabas**

Der wechselvolle Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung  
in der DDR - Zusammenspiel von akkumuliertem Innovationspotential  
und institutionellen Diffusionsblockaden..... 149

**Toni Pierenkemper**

Gebunden an zwei Kulturen.  
Zum Standort der modernen Wirtschaftsgeschichte  
im Spektrum der Wissenschaften..... 163

**Gottfried Eisermann**

Mandeville und La Rochefoucauld..... 177

### III. Forschungs- und Literaturberichte

#### *Richard Tilly*

Banken, Großbanken, Macht der Banken. Überlegungen zur Geschichte  
der Deutschen Bank als Baustein einer Geschichte deutscher Banken.....193

#### *Karl Heinrich Kaufhold*

Realgeschichte und ökonomisches Denken.  
Überlegungen bei der Lektüre von Alfred Bürgin "Zur Soziogenese der  
politischen Ökonomie. Wirtschaftsgeschichtliche und dogmenhistorische  
Betrachtungen" .....205

#### **Autorenverzeichnis**

# Abhandlungen und Studien

# Quantitative Wirtschaftsgeschichte der DDR

## Vorbemerkung

*Von Reinhard Spree (München)*

Am 3.10.1990, endete, staatsrechtlich gesehen, die Geschichte der DDR durch ihren Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland gemäß dem (damals noch existenten) Art. 23 des Grundgesetzes.<sup>1</sup> Inzwischen sind 5 Jahre vergangen, in denen es möglich war, die Wirtschaftsgeschichte dieser abgeschlossenen Epoche aufzuarbeiten. Zahlreiche Teams und Einzelforscher sind derzeit damit beschäftigt. Ihnen geht es vor allem um die exakte Rekonstruktion der Entwicklung von Unternehmen, Branchen und Institutionen sowie der wirtschaftlichen Dimensionen und Wirkungen politischer Maßnahmen auf der Basis der nunmehr zugänglich gewordenen Quellen. Die meisten dieser Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Sie werden in den kommenden Jahren das bisher überlieferte Bild der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR an vielen Punkten im Detail korrigieren.

Andererseits scheint es aber schon jetzt möglich zu sein, die Haupttendenzen von Wachstum, Konjunktur- und Strukturwandel der DDR-Wirtschaft, vor allem ihre quantitativen Dimensionen, im Überblick darzustellen. Dies Vorhaben ist schon deshalb geboten, weil Korrekturen von gesamtwirtschaftlichen Meßgrößen über die bisher erkennbar gewordenen Möglichkeiten bzw. Notwendigkeiten hinaus wohl nicht erfolgen werden.

Das Anliegen dieses Bandes kommt besonders klar in dem Beitrag von Albrecht Ritschl zum Ausdruck, der ein Zahlenbild des Aufstiegs und Niedergangs der DDR-Wirtschaft von 1945-1989 vorstellt. Unter Rückgriff auf die Techniken der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung werden die wichtigsten Kennziffern des Wachstums, Sozialprodukt, Beschäftigung, Arbeitsproduktivität usw., für den Gesamtzeitraum und für einzelne Entwicklungsperioden berechnet und interpretiert. Dabei erfolgt eine intensive Auseinandersetzung mit der offiziellen Statistik der DDR, nicht zuletzt aber auch mit den bisher veröffentlichten Schätzungen anderer Institutionen bzw. Forscher. U.a. kommt Ritschl zu dem Ergebnis, daß in der Ausgangslage bis 1949 die Produktivitätsnachteile der DDR-Wirtschaft nicht gravierend gewesen seien, aber mit der Etablierung der Planwirtschaft vertieft und vor allem quasi institutionalisiert wurden.

Lothar Baar, Uwe Müller und Frank Zschaler bestätigen dies Bild auf der Basis neuer Daten, die es ihnen erlauben, erstmalig lückenlose und zuverlässige Zeitreihen der Bruttoinvestitionen in der DDR zu berechnen. Sie können das dramatische Ausmaß der Investitionslücke konkretisieren, die sich in den 1950er Jahren auftat. Die Dezentralisierung der Investitionsentscheidungen bei gleichzeitiger Diversifizierung der Finanzierungsquellen im Zusammenhang mit dem sogenannten Neuen Ökonomischen System (NÖS) während der 1960er Jahre eröffnete Chancen für rascheren Strukturwandel und ein beschleunigtes Produktivitätswachstum. Doch wurden diese Tendenzen durch den abrupten (wirtschafts-) politischen Kurswechsel der frühen 1970er Jahre zunichte gemacht. Darüber hinaus wird verdeutlicht, daß die vollständige Unterordnung der wirtschaftlichen Entwicklung unter

<sup>1</sup> Durch Art. 4,2 des Einigungsvertrages v. 1990 aufgehoben.



politische Zwecke eine erhebliche Instabilität des Investitionsaufkommens bewirkte. In diesem Zusammenhang nahmen die Wohnungsbauminvestitionen den Charakter von Sozialtransferleistungen an.

Die schon von Ritschl angesprochene relativ ungünstige Produktivitätsentwicklung in der DDR steht im Mittelpunkt des Beitrags von Bart van Ark, der sich auf den Industriesektor beschränkt, diesen allerdings in einer international vergleichenden Perspektive untersucht. Zu diesem Zweck werden neuartige Produktionsmaße eingeführt, die auf einheitlichen Wertrelationen und nicht, wie bisher üblich, auf physischen Quantitäten beruhen. Der Vergleich bezieht sowohl marktwirtschaftliche wie sozialistische Volkswirtschaften ein. Auf den Industriesektor konzentriert sich auch André Steiner. Er untersucht dessen Strukturwandel während der als besonders dynamisch erscheinenden 1960er und frühen 1970er Jahre. Die teilweise noch unter das Niveau der 17 Branchen bis auf die Ebene der Wirtschaftszweige disaggregierende Analyse zeigt, daß der Strukturwandel auch während der NÖS-Phase gering war. Er beschleunigte sich bis 1970 und verlangsamte sich dann wieder. Wichtig erscheint, daß diese vorübergehende Beschleunigung des Strukturwandels eindeutig auf politische Initiative zurückging und aufgrund ihrer mangelnden wirtschaftlichen Eigendynamik mit Produktivitätsverlusten erkauft wurde.

Diese politische Überforderung des Wirtschaftssystems ist ebenfalls Gegenstand des Beitrags von Oskar Schwarzer, der die Entwicklung des Lebensstandards von 1945 bis 1989 untersucht. Für ihn ist die bedeutsamste Ausgangstatsache, daß die Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft zu keinem Zeitpunkt ihrer Geschichte das bereits während des Zweiten Weltkriegs erreichte Niveau nennenswert überschreiten konnte und hinter dem Produktivitätsfortschritt in der Bundesrepublik immer weiter zurückblieb. Da andererseits eine langfristige Steigerung des Verbrauchsniveaus der Bevölkerung unumgänglich war, wurde mit politischen Mitteln ein durchschnittlicher Lebensstandard erzeugt, der, gemessen an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, als überhöht gelten muß und Substanzverluste mit sich brachte.

Die hier vorgelegten Beiträge ergänzen sich wechselseitig. Die auf diese Weise entworfene quantitative Wirtschaftsgeschichte der DDR bietet einen Orientierungsrahmen, in den viele Ergebnisse der noch laufenden Forschungen sinnvoll eingebracht bzw. auf den sie bezogen werden können - gegebenenfalls auch in kritischer Absicht.

# Aufstieg und Niedergang der Wirtschaft der DDR:

## Ein Zahlenbild 1945-1989\*

Von Albrecht Ritschl (Barcelona)

### Summary

This paper provides an overview of East German macroeconomic performance between 1945 and the year before unification. For this, an attempt is made to review and evaluate the existing database. Despite data quality problems, some clear patterns can be identified. A rough estimate of productivity in 1950 suggests that half of the later productivity gap with respect to West Germany had developed already by that time. Subsequent growth displays the familiar productivity slowdown. High foreign borrowing produced favorable conditions in the 1970s, however at the price of a mounting debt crisis in the 1980s. It is shown that the macroeconomic performance of East Germany during this past decade is dominated by costly attempts at import substitution and exhibits stagnant, if not declining living standards.

### I. Einführung

Sozialexperimente gibt es wirklich. Man teile ein Land derart, daß in beiden Teilen eine reichhaltige Mischung von Industrien, Bodenschätzen und Humankapital gegeben ist. Dann isoliere man beide Hälften voneinander und setze sie einer grundverschiedenen Wirtschaftspolitik aus. Nach vierzig Jahren sozialen Experimentierens auf verschiedenen Stufen hebe man die Grenze einfach wieder auf und lasse die Märkte über das Endergebnis entscheiden.

Dies, auf eine Kurzformel gebracht, beschreibt die Wirtschaftsgeschichte der DDR. Zugleich definiert es den Bezugsrahmen für Forschungsfragen an das wirtschaftliche Geschick des ostdeutschen Teilstaats. Worin unterschieden sich die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen von denen des Westens? Wann erlebte die DDR Perioden wirtschaftlicher Blüte, und worin lagen die wesentlichen Beweggründe hierfür? Und zuletzt: Gibt es offensichtliche, einfach zu benennende Ursachen für das Scheitern des Kommunismus auf deutschem Boden?

Ziel dieses Beitrags ist es nicht, einfache Antworten zu geben, sondern einen Bezugsrahmen zu schaffen, innerhalb dessen diese Fragen in präziserer Form gestellt werden können. Zwei Gründe erzwingen diese Beschränkung. Zum einen ist das Schrifttum zum Wachstum der DDR-Wirtschaft nach wie vor verstreut und relativ klein. Im folgenden soll versucht werden, das Bestehende zusammenzutragen und die bruchstückhafte Evidenz zu einem ersten Gesamtbild zusammenzusetzen. Zum zweiten treten bei der Untersuchung wirtschaftlichen Wachstums in Planwirtschaften methodische Schwierigkeiten auf. Im folgenden wird diesen Problemen im allgemeinen nicht bis ins einzelne nachgegangen und mit den üblichen

---

\* Knut Borchardt, Christoph Buchheim, Nick Crafts, Barry Eichengreen, Hans-Günter Hockerts, Rainer Karlsch, Dietmar Petzina, Harm Schröter, Christoph Schmidt, Oskar Schwarzer, Gianni Toniolo, und Konferenzteilnehmer in Lund, Salzburg und München gaben hilfreiche Hinweise zu früheren Fassungen dieser Arbeit.

Methoden empirischer Wachstumsanalyse gearbeitet. Oftmals können jedoch vorhandene Daten nicht ohne weiteres übernommen werden; wo immer möglich, werden Probleme der Datenqualität angesprochen. Da revidierte gesamtwirtschaftliche Daten im Moment noch selten sind, bleibt die Erstellung einer zuverlässigeren Datenbasis ein Desiderat zukünftiger Forschung - so weit die Rekonstruktion verlässlicher Ziffern heute überhaupt noch möglich ist.

Die nachfolgenden, aus den genannten Gründen durchaus vorläufigen Bemerkungen sind wie folgt gegliedert. Abschnitt II vermittelt einen kurzgefaßten Überblick über den Wachstumsprozeß der DDR-Wirtschaft. In Abschnitt III wird auf die Hinterlassenschaft der dreißiger Jahre und die Ausgangsbedingungen der DDR um 1950 eingegangen. Abschnitt IV berichtet über Möglichkeiten des Produktivitätsvergleichs mit Westdeutschland um 1950 und argumentiert, daß schon zu diesem Zeitpunkt eine beträchtliche Produktivitätslücke gegenüber Westdeutschland bestand. Abschnitt V untersucht die fünfziger Jahre. Abschnitt VI betrachtet die im vorliegenden Fall keineswegs so goldenen sechziger Jahre. Abschnitt VII wendet sich einem Zeitabschnitt zu, den man als die Goldenen Siebziger bezeichnen könnte, eine Periode stetig steigenden Lebensstandards, die in der westeuropäischen Entwicklung derselben Zeit keine rechte Entsprechung hat. Abschnitt VIII gilt den aufziehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den 80er Jahren, die zuletzt den Kollaps der DDR fast zwangsläufig werden ließen. Abschnitt IX gibt einen kurzen Rückblick auf die wirtschaftspolitischen Entscheidungsvorgänge im Prozeß der Vereinigung, bietet einen kurzgefaßten Rückblick auf die wirtschaftlichen Folgen der Wiedervereinigung und versucht, einige handlungsleitende Motive der wirtschaftspolitischen Richtungsentscheidungen des Jahres 1990 zu identifizieren. Abschnitt X bildet den Schluß.

## II. Das Wachstum der DDR-Wirtschaft im Überblick

Die Bewertung der Wachstums- und Produktivitätsleistung der DDR hängt in hohem Maß von der Auswahl der Daten ab. Zuzufolge der offiziellen DDR-Statistik wuchs die Wirtschaftsleistung seit 1950 um jahresdurchschnittlich 5,6 Prozent, während im Vergleich die entsprechende Ziffer für Westdeutschland rund 4,5 Prozent betrug. Wenn das richtig wäre, hätte die DDR mit Leichtigkeit den westdeutschen Produktivitäts- und Lebensstandard eingeholt und überholt, und die Revolution von 1989 hätte womöglich nie stattgefunden.

Daß etwas mit den DDR-Daten nicht stimmen könne, war in der westdeutschen Diskussion der frühen fünfziger Jahre Allgemeingut. Dies änderte sich erst, als während der ausgehenden sechziger Jahre das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in West-Berlin seine Berichterstattung über die Wirtschaft der DDR anhand offizieller DDR-Statistiken aufnahm. Um 1970 wurde die Auffassung allgemein, daß beide deutsche Volkswirtschaften mit annähernd derselben Rate wüchsen, wengleich eine Produktivitätslücke von etwa einem Drittel fortbestehe (DIW 1971, 1976). Daten zum Wachstum der DDR-Wirtschaft sind in Tabelle 1 zusammengefaßt.

Tabelle 1: Wachstumsraten von Produktivität und Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland 1950-1989

	DDR			BRD
	I (plausibel)	II (amtlich)	III (pessimistisch)	
<b>1950-1960</b>				
BIP bzw. Nat.eink./Kopf	5.8	10.8	3.5	7.1
Arbeitsproduktivität	4.4	9.4	2.8	5.7
TFP	4.0	9.0	2.9	4.4
<b>1960-1973</b>				
BIP bzw. Nat.eink./Kopf	3.8	4.7	2.9	3.9
Arbeitsproduktivität	3.5	4.4	2.6	4.1
TFP	2.4	3.3	1.8	2.3 (3.2)
<b>1973-1979</b>				
BIP bzw. Nat.eink./Kopf	3.9	4.8	2.7	2.5
Arbeitsproduktivität	3.0	3.9	1.8	2.6
TFP	1.9	2.7	1.0	0.9 (1.3)
<b>1979-1989</b>				
BIP bzw. Nat.eink./Kopf	2.7	4.1	0.5	1.6
Arbeitsproduktivität	2.2	3.9	-0.2	1.3 (1.8)
TFP	1.2	2.6	-0.5	0.6 (1.0)

Alle Daten beziehen sich auf jahresdurchschnittliche Wachstumsraten

#### Quellen:

- DDR I: Auf Basis des BIP pro Kopf nach SNA, berechnet aus Schätzungen bei Merkel/Wahl (1991, Tabelle 7).
- II: Auf Basis des produzierten Nationaleinkommens pro Kopf nach MPS, berechnet aus der amtlichen DDR-Statistik in Statistisches Amt der DDR (1990, p. 14).
- III: Auf Basis des BIP pro Kopf nach SNA in westdeutschen DM-Preisen, berechnet aus Schätzungen bei Merkel/Wahl (1991, Tabelle 7).
- BRD Berechnet aus den Angaben des Statistischen Bundesamts (1993a, Tables 24.2, 22.2, 1993b, Tabelle 1). Ziffern in Klammer beziehen sich auf Arbeitsstundenproduktivität, berechnet nach der Spreizung zwischen Monats- und Stundenlöhnen (Sachverständigenrat, 1991, Tabelle 77, Zeilen 6 und 10) als Maß für die Arbeitszeitveränderung.

Tabelle 1 beruht auf drei unterschiedlichen Schätzungen der Wirtschaftsleistung der DDR. Spalte I leitet sich ab von Schätzungen des Sozialprodukts durch Merkel/Wahl (1991). Einer ganzen Reihe von Mängeln zum Trotz erscheint diese Schätzung nach wie vor als die plausibelste. Die zweite, sehr optimistische Schätzung (Spalte II) beruht auf den offiziellen Daten zur gesamtwirtschaftlichen Produktion. Der Hauptgrund für die Abweichung von den Daten in Spalte I liegt darin, daß die offizielle DDR-Produktionstatistik den Dienstleistungssektor ausspart, so wie es im von der DDR verwendeten MPS-System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung vorgesehen ist, das sich im Einklang mit der Arbeitswertlehre auf "physische" Produktionen beschränkt. Merkel/Wahl (1991) argumentieren, daß der Dienstleistungssektor aufgrund ideologisch bedingter Vernachlässigung mit geringerer Rate wuchs

als die Industrieproduktion, so daß sich insgesamt eine Korrektur nach unten ergeben würde (Spalte I). In der Tat legen diese Neuschätzungen nahe, daß das Wachstum erheblich geringer war, als es die MPS-Ziffern zur Warenproduktion in Spalte II suggerieren. Im langjährigen Durchschnitt würde sich das Wachstum auf etwa 3,8 Prozent pro Jahr statt der offiziellen 5,6 Prozent stellen. Entsprechend deutlich verringert sich auch das Wachstum der Arbeitsproduktivität und der (um die Effekte der Kapitalintensivierung bereinigten) Totalen Faktorproduktivität (TFP), wobei letzteres in der Periode nach 1973 auf weniger als 2 Prozent pro Jahr fällt.

Die dritte Schätzung (Spalte III) basiert ebenfalls auf Berechnungen von Merkel/Wahl (1991); allerdings auf Basis von DM (West). Die Idee dahinter ist, daß der Außenwert des ostdeutschen Sozialprodukts aufgrund versteckter Inflation und schleichender Qualitätsverschlechterung beständig sank (dazu im einzelnen Abschn. VII). Es ist durchaus fraglich, ob man in so einfacher Weise einen geschätzten impliziten Wechselkurs auf das gesamte Sozialprodukt der DDR anwenden kann, zumal die Preise nicht handelbarer Waren der DDR in DM nur schwer bestimmbar sind. Dennoch sind die Ergebnisse nicht von vornherein abwegig. Der bei Merkel/Wahl verwendete DM-Wechselkurs fällt während der Nachkriegsperiode um ca. 50 Prozent. Auf Jahresbasis würde dies in den Wachstumsziffern der DDR-Wirtschaft einen jahresdurchschnittlichen inflationären Überhang von 1,78 Prozent bedeuten, was durchaus plausibel scheint. Die so gewonnenen, um diese versteckte Inflation bereinigten Daten in Spalte III würden nahelegen, daß bereits von Anbeginn das Wachstum der DDR-Wirtschaft strukturell gestört war. Das jährliche Wachstum der Faktorgesamtproduktivität (TFP) lag danach schon in den sechziger Jahren unterhalb von 2 Prozent pro Jahr und wurde in den achtziger Jahren gar negativ. Insgesamt scheint Spalte III eine Untergrenze für den Bereich plausibler Wachstumsverläufe darzustellen, allerdings zeigt sie durch Konzentration auf den Außenwert der DDR-Produktion bereits jene Schwierigkeiten auf, die später für den wirtschaftlichen Kollaps der DDR bestimmend werden sollten.

Auch der direkte Vergleich mit Westdeutschland hängt natürlich von der Wahl der Daten ab. Nach den offiziellen Ziffern hätte die DDR den Westen weit überflügelt, ein Ergebnis, das auch von ehemaligen Mitgliedern der Staatlichen Planungskommission der DDR als unhaltbar zurückgewiesen worden ist (Kusch et al., 1991). Bezieht man den wachstumsschwachen tertiären Sektor der DDR-Wirtschaft in die Betrachtungen mit ein (Spalte II), so liegt das Wachstumstempo der DDR gegenüber Westdeutschland in den fünfziger und sechziger Jahren deutlich zurück, kann jedoch danach in gewissem Umfang aufholen. Bezieht man demgegenüber die Verschlechterung der *terms of trade* der DDR mit ein - also die beständige Verschlechterung des relativen Außenwerts ihrer Produkte auf dem Weltmarkt - so ändert sich dieser Eindruck nochmals: Die DDR fällt während der siebziger Jahre relativ und während der achtziger Jahre auch absolut zurück. *En passant* sei bemerkt, daß in Westdeutschland während der achtziger Jahre die Fortschritte der Arbeitsproduktivität allein auf intensiveren Kapitaleinsatz zurückzuführen sind. In TFP gemessen, ist auch die westdeutsche Produktivitätsleistung während der achtziger Jahre bemerkenswert schlecht; das gilt auch dann, wenn man die rückläufige Tendenz in der Zahl der Arbeitsstunden berücksichtigt.

Im übrigen zeigt Tabelle 1 auch, daß trotz aller Unterschiedlichkeit des Wirtschaftssystems beide deutschen Teilstaaten durchaus ähnliche Muster des Wachstumsrückgangs und verlangsamten Produktivitätsfortschritts durchlaufen, gleich welches die besten Reihe zum

Wirtschaftswachstum der DDR ist. Während der fünfziger Jahre war dies kaum voraussehbar. Ostdeutschlands Wirtschaft kämpfte mit hohen Abwanderungsraten nach Westdeutschland, mit dem Ergebnis eines Bevölkerungsrückgangs von 10 Prozent während des Zeitraums von 1949 bis 1960. Tabelle 2 informiert über Bevölkerung und Arbeitskräftepotential in der DDR.

Tabelle 2: Bevölkerung und Arbeitskräftepotential

	Bevölkerung	Beschäftigung <sup>1)</sup>	Erwerbsbeteiligung <sup>2)</sup>		Anteil der Kinder in Kindergärten <sup>3)</sup>
		Tsd.	männl.	weibl.	
1950	18360	7196	82.1	44.1	20.5
1960	17188	7686	85.3	61.9	46.1
1973	16951	7844	80.7	77.5	76.7
1979	16740	8184	77.7	78.0	92.3
1988	16675	8594	77.8	81.0	94.0 (94.2)
1989	16434	8547	78.4	82.4	95.1 (95.3)

1) Ohne Beschäftigung bei der Armee, den Sicherheits- und Polizeikräften usw. (ca. 800 000) sowie ohne Lehrlinge (ca. 300 000).

2) Als Anteil an der Erwerbsbevölkerung zwischen 15 und 65 (männl.) bzw. 15 und 60 Jahren (weibl.).

3) Definition des Kindergartenalters 1985 geändert. Werte in Klammern auf Basis der vorherigen Abgrenzung.

Quelle: Zentralverwaltung für Statistik (1975), Statistisches Amt der DDR (1990)

Tabelle 2 zeigt, daß die Effekte von Auswanderung (bis 1961) und natürlichem Bevölkerungsrückgang mehr als ausgeglichen wurden durch einen Zuwachs des Arbeitskräftepotentials, der seinerseits von einem spektakulären Anstieg der weiblichen Erwerbsbeteiligung herrührte. Während der beginnenden siebziger Jahre wies die DDR die international niedrigste Geburtenrate auf, was allgemein als Folge dieser Arbeitsmarktpolitik angesehen worden ist. Ab der Mitte der Dekade wurden pro-natale Programme aufgelegt, sie betrafen eine weitere Verdichtung des bereits vorher schon engmaschigen Netzes kostenloser Kinderhort- und Kindergartenbetreuung sowie vor allem die bevorzugte Zuweisung von Wohnraum an Familien mit Kindern. In einer Kohortenanalyse der Fertilität in der DDR hat Dinkel (1984) argumentiert, daß diese Maßnahmen den Fertilitätsrückgang zwar nicht vollständig umkehren konnten, wohl aber deutliche Wirkungen auf die Geburtenziffern gehabt haben. Aus der letzten Spalte in Tabelle 2 wird ersichtlich, daß vor der Wiedervereinigung praktisch sämtliche Kinder der relevanten Altersgruppen in der DDR Kindergärten besuchten. Die DDR hatte mithin eine Menge investiert, um das Beschäftigungspotential zu erhöhen. Betrachtet man dies und die Daten zum Produktivitätsfortschritt in Tabelle 1 gemeinsam, so wird ersichtlich, daß bereits in den fünfziger Jahren diese Erhöhung des Arbeitskräftevolumens die Hauptquelle für das Wachstum der Produktion im Osten Deutschlands gewesen ist. Das Wachstum hatte also hauptsächlich extensiven Charakter und war nicht so sehr Fortschritten in der Produktivität geschuldet - dies erklärt auch die niedrigen TFP-Wachstumsraten in Tabelle 1.

Zahlreiche Arbeiten haben versucht, die Produktivität der DDR-Wirtschaft mit Westdeutschland direkt zu vergleichen. Berechnungen aus den siebziger Jahren entwerfen ein durchaus optimistisches Bild von der Wirtschaftsleistung der DDR, dies womöglich als Ausdruck von Wunschdenken unter dem Eindruck der Entspannungsära. Nach der Wiedervereinigung von 1990 und dem darauffolgenden Einbruch der Produktion in Ostdeutschland sind diese Schätzungen sämtlich nach unten revidiert worden. Zahlen hierzu präsentiert Tabelle 3.

*Tabelle 3:* Die relative Produktivität der DDR-Wirtschaft  
(Westdeutschland = 100)

	hoch	niedrig	Quelle
1950er	78	44	Melzer (1980) Merkel/Wahl (1991)
1960er	67-78	34	DIW (1971), Wilkens (1976) Melzer (1980) Merkel/Wahl (1991)
1970er	63-70		Wilkens (1976), DIW (1979) Melzer (1980)
		46	DIW (1987)
		33	Merkel/Wahl (1991)
1980er	54		Collier (1985)
	103		CIA (1986)
	80		Summers/Heston (1988)
	61		Görzig/Gornig (1991)
		47	DIW (1987)
		41	Görzig (1992)
		29	Merkel/Wahl (1991)
		29	Beintema/van Ark (1993)
1981		13-30	<u>Sachverständigenrat (1993)</u>
1993		40-60	<u>Sachverständigenrat (1993)</u>

Beginnend mit einem Wert von mehr als 100 Prozent in einer Veröffentlichung des CIA von 1986, reichen Schätzungen der ostdeutschen Produktivität als Prozent der westdeutschen von 70 Prozent in frühen Arbeiten des DIW (darunter auch die Studien von Wilkens, 1976, und Melzer, 1980) bis etwa 40 Prozent in den jüngsten Veröffentlichungen des DIW (z.B. Görzig, 1992) und hinab zu einem Rekordtief von nur 29 Prozent in Merkel/Wahl (1991) und Beintema/van Ark (1993). Was auch immer die wahre Zahl ist, scheinen die Daten den Eindruck aus Tabelle 1 zu bestätigen, wonach die Lücke zwischen West und Ost nie geschlossen wurde und sich während der achtziger Jahre womöglich noch vergrößert hat. Auch für die Periode nach der Wiedervereinigung hat es abwärtsgerichtete Revisionen von Produktivitätsschätzungen gegeben, was die eher pessimistische Interpretation der Leistungsfähigkeit der DDR vor der Wende bestätigen würde. Vergleiche auf Industrieebene, herausgebracht zuletzt vom Sachverständigenrat (1993), weisen für 1991 die Produktivität der ostdeutschen

Industriebereiche durchgängig mit weniger als 30 Prozent der entsprechenden Industriegruppen im Westen aus, wobei für 1993 eine leichte Erholung auf 40-60 Prozent einzutreten scheint.

### III. Die wirtschaftliche Ausgangslage der DDR

Um die wirtschaftliche Rückständigkeit ihres Staates zu erklären, haben DDR-Autoren regelmäßig auf die ungünstigen Ausgangsbedingungen verwiesen, die der DDR-Wirtschaft einen schlechten Start gaben (z.B. Neumann, 1980, Barthel, 1979, Roesler et al., 1986). Drei häufig erwähnte Gründe sind Strukturverzerrungen der ostdeutschen Industrie, Kriegszerstörungen des Produktionsapparates sowie Reparationen an die Sowjetunion und ihre Satellitenstaaten.

Als wesentliche Strukturverzerrung wird im allgemeinen der Mangel schwerindustrieller Kapazitäten angesprochen, der zu Engpässen führte und damit Wachstumsmöglichkeiten blockiert habe. Dieser Sichtweise zufolge schuf die Prädominanz der verarbeitenden Leichtindustrie Disproportionalitäten, die einen Großteil des ostdeutschen Kapitalstocks fast ungenutzt ließen. Westliche Autoren haben diese Interpretation zurückgewiesen und dabei recht allgemein auf die Prinzipien des Freihandels und des komparativen Vorteils verwiesen. Im folgenden soll eine andere Auffassung vertreten werden. Es läßt sich nämlich genauso gut argumentieren, daß die Anfangsausstattung des DDR-Produktionsapparats für die angezielte Autarkiepolitik fast ideal war. Möglicherweise war es letzten Endes gar nicht so sehr der Mangel schwerindustrieller Kapazitäten als vielmehr die ideologisch motivierte Fixierung darauf, die Strukturverzerrungen in der Industrie der DDR hervorrief und wachstumshemmend wirkte (vgl. dazu auch Abschnitt IV unten).

Die DDR hatte aus dem Produktionsapparat Nazideutschlands eine vergleichsweise reichhaltige Mischung sehr verschiedener Industrien übernommen, vom innovativen Maschinenbau Sachsens über die Radio- und Elektroindustrie Berlins oder die Luftfahrtindustrie um Dessau und Rostock bis hin zu den großen Industriekomplexen der organischen Chemie um Leuna und Bitterfeld. Zu den erschlossenen Bodenschätzen zählten Europas größte Braunkohlevorkommen sowie beträchtliche Lagerstätten von Kupfer und anderen nichteisenhaltigen Erzen.

Die 1945 vorgefundene Industriestruktur auf dem Territorium der späteren DDR war nicht allein das Ergebnis von Marktprozessen, sondern beruhte ja grobenteils auf Planungsentscheidungen der NS-Kriegswirtschaft - und in manchen Fällen, wie etwa Leuna I, noch auf den Planungen der Kriegswirtschaft des Ersten Weltkriegs. Ziel dieser Planungen war es gewesen, in Mitteldeutschland eine neue, um die Großchemie herum gruppierte schwerindustrielle Basis zu errichten. Durch ihre Mittellage im geographischen Zentrum des Deutschen Reichs gelegen, würden diese neuen Industrien im Kriegsfall weniger verwundbar sein als die traditionellen Industriezentren des Ruhr- und Saargebiets sowie Oberschlesiens, alle mehr oder weniger in Grenznähe gelegen. Durch den Standort auf halbem Wege zwischen den Kohlerevieren der Ruhr und Oberschlesiens konnte zudem die Kohlezufuhr auch dann gesichert werden, wenn eins der beiden Reviere ausfallen würde. Im schlechtesten Falle wäre noch immer die Energie- und Rohstoffzufuhr durch die nahegelegenen Braunkohlefelder gesichert. Bekanntlich hatte die Stickstoffsynthese in Leuna den Armeen des Kaisers aus dem akuten Mangel an Explosivstoffen herausgeholfen. In der Schlußphase des Zweiten



Weltkriegs hielt Synthesekautschuk aus Buna und Synthesebenzin aus einer ganzen Anzahl von Hydrierwerken im späteren DDR-Gebiet Hitlers Armeen am Rollen und seine Flugzeuge in der Luft, bis alliierte Präzisionsangriffe in der Jahresmitte 1944 die Kapazitäten schneller zerstörten, als sie repariert werden konnten (Birkenfeld, 1961).

Wie sich auch nach der Wiedervereinigung von 1990 wieder zeigte, waren viele dieser Produktionen unter den Bedingungen des Freihandels nicht wettbewerbsfähig. In der Tat hatte sich die Industrie aus diesem Grund sehr zögerlich gezeigt, in Hitlers Autarkieprogramm zu investieren (Hayes, 1987). Für ein Programm fortgesetzter Autarkie jedoch waren die von der NS-Kriegswirtschaft geschaffenen Strukturen durchaus günstig. Tabelle 4 bietet eine Übersicht über den Anteil des späteren DDR-Territoriums an der Gesamterzeugung von Primärprodukten im Jahr 1944.

*Tabelle 4:* Erzeugung wichtiger Grundstoffe auf dem Gebiet der DDR  
(in v.H. der Gesamtproduktion des Deutschen Reichs 1944)

Braunkohle	66.9
Kunstdünger	63.0
Pottasche	58.9
Elektrizität	34.8
Stahl	7.9
Eisen	1.6
Gesamt	28.7

*Quelle:* Matschke (1988, p. 61)

Wie sich zeigt, war in der Tat der Mangel von Eisen- und Stahlproduktion das schwächste Glied der Grundstoffproduktion in der späteren DDR. Dem stand allerdings eine beträchtliche Deckungskapazität in anderen Sektoren gegenüber. Der Grund für das merkwürdige Ungleichgewicht bestand darin, daß bei Kriegsende nicht der gesamte neue Industriedistrikt Mitteldeutschlands unter sowjetische Kontrolle kam: Die Stahlkapazitäten und Eisenerzminen des nahegelegenen Salzgitter blieben ebenso außen vor wie das wenige Kilometer westlich der Zonengrenze gelegene Wolfsburger Volkswagenwerk. Bei nur wenig anderer Grenzziehung wäre der Gesamtkomplex nationalsozialistischer Importsubstitutionsindustrien als intakter Verbund für die Autarkiepolitik des Realsozialismus verfügbar geworden - so aber klappte in einem ansonsten perfekt für die Bedürfnisse des kommenden Regimes zugeschnittenen Netzwerk eine Lücke. Daraus nun jedoch umgekehrt die Hypothese zu konstruieren, die Wirtschaft der DDR habe unter einer besonders ungünstigen Ausgangsstruktur gelitten, geht an der infolge der NS-Autarkiepolitik in Wirklichkeit sehr günstigen Gesamtlage der Dinge weit vorbei.

Das zweite Argument schlechter Ausgangsbedingungen betrifft Zerstörungen im Kriege. Tatsächlich war der Gesamteffekt der Kriegseinwirkungen bedeutend niedriger als ursprünglich angenommen. Frühe Studien wie Harmssen (1951) schienen zunächst den Eindruck schwerster Substanzverluste zu bestätigen. Danach war bei Kriegsende der Produktionsapparat ungefähr so hoch wie 1936 vor Beginn der Vierjahresplaninvestitionen; der Verlust durch nachfolgende Demontagen wurde auf 50 Prozent des verbliebenen Bestandes geschätzt.

Spätere Untersuchungen sind demgegenüber zu wesentlich moderateren Ziffern gelangt, was hauptsächlich durch die hohe Investitionstätigkeit während des Krieges selbst bedingt scheint (Kupky, 1975, Kregel, 1958). Eine Übersicht über die Ergebnisse bietet Tabelle 5.

**Tabelle 5:** Kapazitätsverluste durch Kriegseinwirkung und Demontage  
(verbleibende Kapazität in der Industrie, 1936=100)

	DDR				BRD
	Harmsen	Melzer		Zank	Kregel
		(a)	(b)		
1936	100	100	100	100	100
1944	100	143	143	138	136
1946	50	102	86		116
1948		103	89	80	113
1950		107	95		122

(a) mit, (b) ohne SAG.

*Quellen:* Harmssen (1951, p. 86), Melzer (1980, p. 35f.), Zank (1987, p. 191). Kregel (1958).

Wie die Tabelle zeigt, beläuft sich jüngerer Arbeiten zufolge der Gesamtzuwachs der Produktionskapazität zwischen 1936 und 1944 für das Gebiet der späteren DDR auf gut 40 Prozent, was in der Größenordnung der Werte für Westdeutschland liegt. Worin sich beide Landesteile jedoch unterscheiden, ist der nachherige Verlauf während der Demontagezeit bis 1949. Substanzielle Demontagen der deutschen Rüstungsindustrie und ihrer schwerindustriellen Basis waren bereits auf der Potsdamer Konferenz 1945 beschlossen worden. Allerdings entstanden bald schwere Unstimmigkeiten über die Einzelheiten und den Umfang des Demontageprogramms (vgl. z.B. Gimbel, 1976, Karlsch, 1993). Als Ergebnis wurden die Reparationsprogramme für Westdeutschland ab 1947 abgespeckt, während die Demontagopolitik in der SBZ/DDR in vollem Umfang weiterlief.

Als Konsequenz nimmt in der unmittelbaren Nachkriegsperiode die Produktionskapazität im Osten stärker ab als in Westdeutschland; im Jahr der Währungsreformen 1948 liegt er in der SBZ nach allen Schätzungen deutlich unterhalb von 1944. Im Vergleich zu Westdeutschland ist darum der Kapitalbestand der DDR in der Tat weniger vollständig erhalten geblieben. Weil in beiden Teilen Deutschlands die Investitionsaktivität zwischen 1945 und 1948 als minimal betrachtet werden kann, ist die kumulative Abnahme des Kapitalbestandes in der SBZ als betragsidentisch mit den Demontagen durch die Sowjets anzusehen. Während in Westdeutschland die Reparationen mit insgesamt 1,6 Mrd. US \$ oder 2,4 Prozent des Be-

1 Buchheim (1990a, p. 80 ff.) hat darauf verwiesen, daß der tatsächliche Zeitablauf der Demontagen in Westdeutschland sich von dem in Tabelle 5 dargestellten womöglich deutlich unterscheidet, da zahlreiche 1946 beschlossene Demontageprogramme erst 1949 durchgeführt wurden. Was immer auch der richtige Verlauf ist, stimmen jedenfalls die kumulierten Summen mit den früheren Schätzungen etwa von Kregel (1958) überein.

standes von 1944 geschätzt worden sind, hat man für die SBZ/DDR 6,4 Mrd. US \$ oder 22 Prozent des Kapitalstocks von 1944 errechnet (Melzer, 1980)<sup>2</sup>.

Die Wirkung der Demontagen wurde oftmals verstärkt durch die Engpässe, die sie hervorriefen. Obwohl ein Großteil der Demontagen die Rüstungsindustrie und ihre Zulieferer treffen sollte, wurden auch Engpaßsektoren in Mitleidenschaft gezogen. Auf kurze Frist lag daher das tatsächliche Produktionspotential noch unterhalb dessen, was die aggregierten Daten nahelegen würden. Ein solcher Flaschenhals war das Eisenbahnsystem, dessen Leistungsfähigkeit durch die Demontage in der SBZ um die Hälfte verringert wurde. Um derartige Engpässe zu beseitigen und das bestehende Produktionspotential überhaupt ausnutzen zu können, waren zunächst einmal weitere Investitionen (mit allerdings sehr hoher Grenzproduktivität) erforderlich. Untersuchungen für das westdeutsche Transportsystem (Manz, 1968, und Abelshäuser, 1975) haben gezeigt, daß die Beseitigung der ärgsten Engpässe im Eisenbahnnetz der Westzonen schon vor der Währungsreform weit vorangeschritten war und erhebliche Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität hatte. Ähnliche Beobachtungen sind auch für Engpaßsektoren der ostdeutschen Industrie gemacht worden, so daß insgesamt die langfristige Bedeutung des Engpaßproblems als Wachstumshemmnis wohl doch nicht überschätzt werden darf. - Eine potentiell wichtige Ausnahme hiervon bietet nun allerdings das Eisenbahnnetz der DDR, das bis zur Wiedervereinigung weder auch nur annähernd rekonstruiert noch vor weiterem Verfall bewahrt wurde.

So augenfällig die kapazitätsmindernden Wirkungen der Demontagen auf die Anfangsausstattung des Produktionsapparats der DDR sind, so wurden ihre Folgen auf die Pro-Kopf-Ausstattung mit Kapital durch Abwanderung von Arbeitskräften ausgeglichen. Zunächst hatte der bekannte Zustrom von Flüchtlingen und Vertriebenen bereits zum Zeitpunkt der Volkszählung von 1946 die Wohnbevölkerung Potsdam-Deutschlands auf 64,06 Mio. gegenüber 59,74 Mio. im Jahr 1939 anschwellen lassen (Tabelle 6).

In der SBZ hatte die Bevölkerung auf diese Weise um 9,6 Prozent zugenommen, etwas mehr als in Westdeutschland, wo die Zunahme 8,6 Prozent betrug. Allerdings setzten sich die Wanderungsbewegungen nach 1946 mit sehr unterschiedlichen Auswirkungen für beide Teile Deutschlands fort. Da viele der Neankömmlinge nach dem Westen weiterzogen, er-

2 Die Abweichungen zwischen den verschiedenen Schätzungen in Tabelle 5 beruhen zum Teil auf der Behandlung der Sowjet-Aktiengesellschaften (SAG), die 1946 gegründet worden waren, um Reparationen aus laufender Produktion sicherzustellen (dazu im Detail Karlsch, 1993). Ihr Wert in Preisen von 1944 ist bei Melzer (1980) auf 3,3 Mrd. RM geschätzt. Beginnend in 1950 wurden diese SAG schrittweise in deutsche Hand rücküberreignet. Melzers eigene Daten, in Tabelle 5 wiedergegeben als Melzer (a), beinhalten diese Kapazitäten. Auf Basis seiner Methoden und Datenangaben berechnet Tabelle 5 eine Begleitreihe, wiedergegeben als Melzer (b). Leicht unterhalb dieser Ziffern liegen die Schätzungen von Zank (1987). Allerdings beruhen diese Ziffern weitgehend auf Produktionsindizes, wobei ein konstanter Kapitalkoeffizient unterstellt wird. Baar et al. (1993) untersuchen zuvor unzugängliches Archivmaterial und gelangen zu dem Ergebnis, daß die Industrie auf dem Gebiet der nachmaligen DDR zwischen 1944 und 1948 ungefähr ein Drittel des Kapitalbestandes einbüßte. Allerdings liegen ihre Schätzungen der Effekte der Demontagen sehr nah an den Angaben Melzers, so daß nicht ganz klar ist, worin der Unterschied in den Ziffern begründet liegt.

höhte sich die westdeutsche Bevölkerung bis 1950 um weitere 4,2 Mio., während die der SBZ/DDR stagnierte<sup>3</sup>.

**Tabelle 6:** Die Bevölkerung in Potsdam-Deutschland 1939 bis 1950  
(in Mio.)

	Gesamt	Westzonen	SBZ/DDR
1939	59.74	42.99	16.74
1946	64.06	46.56	18.36
1950	69.18	50.79	18.39

*Quellen:* Statistisches Bundesamt (1952), Zentralverwaltung für Statistik (1958)

Der Gesamteffekt von Kriegszerstörung, Demontagen und Wanderungsbewegungen auf die Faktorausstattung der DDR-Wirtschaft muß daher in einen Niveaueffekt einerseits und einen Struktureffekt auf die Kapitalintensität andererseits zerlegt werden. Tabelle 7 gibt Ziffern zur Kapitalintensität der Industrie in beiden Teilen Deutschlands um 1950 wieder.

**Tabelle 7:** Kapitalintensitäten in der deutschen Industrie um 1950

	West	Ost
Kapital (Mrd. M/DM)	62.46	28.38
Beschäftigung (Mio.)	4.80	2.24
K / L (Tsd. DM)	12.73	12.68

*Quelle:* Kregel (1958, p. 90), Melzer (1980, p. 36, p. 58).

Wie sich zeigt, bestehen in der Pro-Kopf-Ausstattung mit Produktivkapital keine wesentlichen Unterschiede zwischen Ost und West. Dies legt nahe, daß der negative Niveaueffekt der Demontagen auf die Kapitalausstattung der DDR-Industrie durch Abwanderung von Arbeitskräften bzw. überproportionale Zuwanderung im Westen kompensiert wurde, mit der Folge, daß um 1950 die Kapitalintensität in der Industrie nicht geringer war als im Westen. Dieser Befund würde sich weiter erhärten, rechnete man zur industriellen Beschäftigung im Westen noch die damals hohe, später rasch abgebaute strukturelle Arbeitslosigkeit hinzu, wodurch sich die Kapitalintensität im Westen noch einmal deutlich verringern würde.

Will man also argumentieren, daß die Anfangsbedingungen der DDR deutlich schlechter waren als die der Bundesrepublik, geht der Hinweis auf den durch die Demontagen ausgeübten Niveaueffekt fehl. Denn durch die ungleiche Verteilung der Flüchtlingsströme war der Westen mit einer Bevölkerungszunahme belastet, welche die Vorteile des besser erhaltenen

<sup>3</sup> Die Verlässlichkeit der ostdeutschen Bevölkerungsziffern ist von Zank (1987, p. 197) bezweifelt worden. Zank vermutet große Ungenauigkeiten im Zensus von 1946 und schlußfolgert, daß die Bevölkerung der SBZ/DDR zwischen 1946 und 1950 um etwa eine halbe Million zugenommen habe. Allerdings hängt die Zuverlässigkeit seiner Berechnungen wesentlich vom Zeitverlauf der Rückkehr freigekommener Kriegsgefangener nach der SBZ/DDR ab, worüber wenig bekannt ist. Überdies ist unbekannt, wie die Wanderungsbewegung von Personen in Transitlagern (ca. 130 000 im Jahr 1946) erfaßt wurde. Tabelle 2 folgt daher der überkommenen westdeutschen Zählweise, die letztere von der Volkszählung 1946 ausschließt.

Produktionsapparats aufwog - und man möchte hinzufügen, daß es gerade diese Notwendigkeit zur Ernährung und Versorgung einer angewachsenen Bevölkerung gewesen war, die in den Besatzungszonen Englands und der USA alsbald zu einer Revision der wirtschaftlichen Ziele des Potsdamer Abkommens geführt hatte (dazu Gimbel, 1976, sowie mit einer Neubewertung Berger/Ritschl, 1995). Die Pro-Kopf-Ausstattung mit Produktivkapital, auf die es bei der Bestimmung des potentiellen Pro-Kopf-Sozialprodukts als Indikator von Volkswohlstand oder Massenarmut hauptsächlich ankommt, war jedenfalls in der DDR nicht schlechter als im Westen.

#### IV. Wo kommt die Produktivitätslücke her? Die Anfänge 1945-1950

Eine vergleichende Untersuchung der Produktivität der DDR-Wirtschaft läßt sich auf zweierlei Weise angehen. Zum einen ließe sich auf die USA als den internationalen Vorreiter der Produktivitätsentwicklung abstellen. Andererseits aber scheint es sinnvoll, die Betrachtung auf Westdeutschland auszurichten, um so einen verlässlicheren Maßstab dessen zu gewinnen, was die Wirtschaftsleistung der DDR unter Wettbewerbsbedingungen hätte sein können. Stellt man sich diese zweite Frage, so ist es interessant, mehr über das Zeitprofil des ostdeutschen Produktivitätsrückstandes gegenüber dem Westen zu erfahren. Unterschiede in der Anfangsausstattung mit Produktionsfaktoren können nach den Ergebnissen des vorigen Abschnitts weitgehend außer Betracht bleiben. Somit verbleiben nurmehr zwei mögliche Erklärungen. Die erste wäre ein durch technische Veralterung verursachter, im Zeitablauf zunehmender Rückstand, ausgehend von annähernd gleicher Basis. Die zweite Erklärung würde auf die einer Planwirtschaft inhärente Ineffizienz selbst bei der Ausnutzung gegebener technischer Möglichkeiten abheben. Ihr zufolge wäre der Produktivitätsrückstand der DDR die Folge eines einmaligen, persistenten Produktivitätseinbruchs infolge des Übergangs zur sozialistischen Kommandowirtschaft. Diese gleichsam idealtypischen Formen ergänzen einander, werden allerdings in der Literatur gelegentlich in Reinform vertreten (so in diesem Band die erste Hypothese bei Schwarzer, 1995, die zweite bei van Ark, 1995).

Eine einfache Methode, beide Effekte voneinander zu isolieren und in ihrer Bedeutung zu gewichten, besteht in der genaueren Untersuchung der Produktivitätsentwicklung während der Periode des Übergangs zur Planwirtschaft. Für diese ersten Nachkriegsjahre kann - wegen der geringen Investitionsaktivität in beiden Teilen Deutschlands - das Argument rein technologisch bedingten Rückstands nicht greifen. Ebenso wenig scheint es plausibel anzunehmen, daß ein Mangel an qualifiziertem Personal, wie er sich in den späten Fünfzigern fühlbar machte, in diesen frühen Jahren ein ernsthaftes Produktionshindernis gewesen ist. Allerdings setzt eine Untersuchung der Produktivitätsentwicklung in der ostdeutschen Industrie brauchbare Produktionsdaten voraus. Zuzufolge den offiziellen Produktionsziffern lag die Industrieproduktion im Jahr 1950 bei 111 Prozent des Niveaus von 1936. Wenn dies zuträfe, hätte die Rekonstruktion der Wirtschaft der SBZ/DDR diejenige Westdeutschlands an Tempo sogar übertroffen. Für 1958 weisen die Statistiken das Produktionsniveau der DDR mit 266 Indexpunkten von 1936 aus gegenüber 236 in Westdeutschland (Stolper, 1960). Das ist offenkundig wenig überzeugend.

Zeitgenössische Beobachter hatten bereits vermutet, daß die DDR-Statistik nominelle statt preisbereinigter Ziffern wiedergebe (so etwa das DIW, vgl. Grünig, 1950). Diese Vermu-

tung wurde in der Tat von ostdeutscher Seite bestätigt (Schmidt, 1953)<sup>4</sup>. Zufolge den Ergebnissen von Zank (1987) ist in den Produktionsziffern für 1948 mit dem Übergang von preisbereinigten zu nominellen Produktionsziffern ein Strukturbruch enthalten. Mithin würden die offiziellen Daten die reale Produktionsentwicklung bis 1947 zutreffend beschreiben, danach jedoch Preisänderungen beinhalten. Tabelle 8 stellt den offiziellen Produktionsziffern plausibler erscheinende Daten aus Archivmaterial (entnommen aus Barthel, 1979) sowie eine äußerst vorsichtige Schätzung von Stolper (1960) gegenüber<sup>5</sup>.

Tabelle 8: Die Produktion der Industrie der SBZ/DDR 1945-1950  
(1936=100)

		1946	1947	1948	1949	1950	1952	1955	1958
Plausibel	(I)	46	52	63	75	87			
Amtlich	(II)	42.1	53.7	71.4	87.2	110.6	157	210	266
Stolper (1960)	(III)					75.3	95.3	127.1	148.8

Quellen: (I): Barthel (1979), (II): Zentralverwaltung für Statistik (1958), (III): Stolper (1960).

Angesichts der verbleibenden Abweichungen soll im folgenden versucht werden, plausible Ober- und Untergrenzen für die Produktivität der DDR-Industrie um 1950 zu ermitteln. Zu diesem Zweck wird Reihe I aus Tabelle 8 als plausible Produktionsschätzung zugrundegelegt und den offiziellen Daten sowie Stolpers pessimistischer Schätzung gegenübergestellt. Die westdeutschen Ziffern werden der amtlichen Statistik entnommen; alle Daten werden zudem in Indexwerte auf der Basis 1936 umgerechnet (Tabelle 9, letzte Spalte). Daten zur Beschäftigung für vergleichbare Industrien finden sich in Melzer (1980). Tabelle 9 faßt die Ergebnisse zusammen.

Tabelle 9 vergleicht die Produktion pro Beschäftigten in der Industrie des Gebiets der SBZ/DDR für 1936 und 1950 mit Westdeutschland. Inspektion der letzten Spalte von Tabelle 9 (a) zeigt, daß im Jahr 1950 die Produktivität im Osten noch immer um wenigstens 25 Prozent unterhalb der von 1936 gelegen haben muß, während im Westen die Produktivität den Stand von 1936 fast wieder erreicht hatte. Die offiziellen DDR-Daten würden dagegen nahelegen, daß das Rekonstruktionsniveau mit 97,5 Prozent des Produktivitätsstandes von

4 Das hat allerdings spätere Untersuchungen - auch des DIW selbst - nicht davon abgehalten, wiederum die preisverzerrten Daten unbereinigt zu übernehmen. So werden bei Melzer (1980, Tabelle 6) die offiziellen Indizes für die Periode 1946 bis 1950 dazu verwendet, Schätzungen späterer preisbereinigter Indizes mit dem Vorkriegsindex der Produktion zu verketten. Im Ergebnis erhält Melzer dadurch eine lange Reihe der Industrieproduktion auf dem DDR-Gebiet, die systematisch nach oben verzerrt ist.

5 Um aus den offiziellen Daten eine preisbereinigte Serie zu konstruieren, kann alternativ zur Verwendung der Ziffern aus Barthel (1979) der offizielle Index provisorisch mit einer Preisreihe für Investitionsgüter deflationiert werden, die in Kupky (1957) und Melzer (1980) verwendet wird. Eine Diskussion brauchbarer Deflatoren für das Sozialprodukt der DDR bietet Abeken (1957). Die Ergebnisse liegen sehr nah an den Daten aus Zeile I in Tabelle 9. Ein Grund für die verbleibende Abweichung zwischen diesen Reihen und der Schätzung von Stolper (und ebenso mit verwandten Schätzungen von Gleitze, 1950, und Grünig, 1950) besteht darin, daß jene Studien westdeutsche Preise an die Stelle der fehlenden DDR-Preisangaben setzten. Die diesem Verfahren zugrundeliegende Annahme gleichen Preisniveaus ist offenbar nicht ganz gerechtfertigt.

1936 praktisch identisch mit dem westdeutschen (98 Prozent) war. Vergleicht man die Produktivität mit Westdeutschland direkt wie in Tabelle 9(b), so zeigt sich, daß zumindest im Aggregat die Produktivität im nachmaligen DDR-Gebiet bereits vor dem Kriege niedriger war als in Westdeutschland. Bereinigt man die Produktivitätsziffern für Westdeutschland um diesen Effekt wie in der letzten Spalte von Tabelle 9(b), so zeigt sich, daß die DDR-Industrie seit dem Kriege weiter an Boden verloren hatte und bereits um 1950 der Produktivitätsabstand um weitere 20 Prozentpunkte gesunken war - oder sogar mehr als das, wenn man Stolpers (1960) pessimistische Schätzung zu akzeptieren bereit ist.

Tabelle 9: Die Pro-Kopf-Produktion der Industrie des DDR-Gebiets

	1936	1950	1950
	(a) Gesamt in 1000 RM zu Preisen von 1936		Prozent von 1936
Westzonen	4.636	4.544	98.0
SBZ/DDR			
(I) Plausibel	4.055	3.110	76.7
(II) Amtlich	4.055	3.954	97.5
(III) Pessimistisch	4.055	2.771	68.3
	(b) Relativ zu Westdeutschland = 100		Prozent von 1936
(I) Plausibel	87.5	68.4	78.2
(II) Amtlich	87.5	87.0	99.4
(III) Pessimistisch	87.5	61.0	69.7

Quellen: siehe Tabelle 8 und Text.

Zwei Dinge ergeben sich aus diesen Überlegungen. Erstens besteht bereits um 1950 eine Produktivitätslücke gegenüber Westdeutschland, die plausiblerweise nicht schon auf einen technologischen Rückstand zurückgeführt werden kann. Zweitens scheint es eine Produktivitätslücke auch vor dem Krieg bereits gegeben zu haben. Das bedeutet, daß gut 12 Punkte (oder 40 Prozent) des Produktivitätsgefälles nach dem Krieg auf bereits vor dem Krieg bestehende Produktivitätsdifferenzen zurückzuführen sind. Es sei allerdings darauf verwiesen, daß diese Daten nicht industriestrukturbereinigt sind, was einen Teil der Verzerrungen bedingen dürfte.

Van Ark (1995, in diesem Band) gelangt zu deutlich niedrigeren Produktivitätsschätzungen für die DDR um 1950, nämlich weniger als 40 Prozent des westdeutschen Niveaus. Wenn das richtig ist, wäre die Produktivitätslücke, wie sie zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung gegeben war, fast vollständig bereits durch den Übergang zur Planwirtschaft zu erklären; das spätere Wirtschaftswachstum könnte dann nur unerheblich niedriger gelegen haben als im Westen. Im besonderen wäre dann kaum Platz für die - dem Auge ja ganz offenkundige - relative Veralterung des DDR-Produktionsapparats zwischen 1950 und 1989.

In der Tat liegt gerade diese Vernachlässigung des Veralterungsproblems im bei van Ark verwendeten Schätzverfahren begründet. Ausgehend von seiner (als zuverlässig anzusehen-

den, vgl. oben Tabelle 4) Punktschätzung der Produktivität für 1987 rechnet van Ark mit Hilfe eines weitgehend an Produktionsmengennummern orientierten Schätzverfahrens für die Jahresproduktion zurück auf Produktion und Produktivität im Jahr 1950.

Ein Beispiel mag den resultierenden Effekt verdeutlichen. Um 1990 konnte ein fabrikneuer Trabant-Wagen wegen seiner veralteten Technik nur einen Bruchteil des Marktpreises eines westdeutschen Kleinwagens erzielen. Nicht so dagegen in den frühen sechziger Jahren, als der technische Stand des Trabant und seines westdeutschen Gegenstücks, des Lloyd-"Plastikbomber"-Autos, ungefähr vergleichbar waren. Setzt man nun für 1989 die Werte eines Trabant und eines westdeutschen Kleinwagens zueinander in irgendeine Beziehung und schreibt die DDR-Wirtschaftsleistung anhand dieser Relation rückwärtsgewandt Jahr für Jahr fort, so würde man mit zunehmender Entfernung von 1989 die Produktivität der DDR-Wirtschaft mehr und mehr unterschätzen. Dies ist, grob gesprochen, das Problem der van Ark'schen Produktivitätsrückrechnung für 1950. Die Produktivität der DDR-Wirtschaft wird für 1950 um so mehr unterschätzt, je stärker sich zwischen 1950 und 1988 der Qualitätsabstand zwischen Ost- und Westproduktion vergrößert hat<sup>6</sup>.

Das umgekehrte Problem einer Überschätzung des Produktivitätsstandes von 1950 scheint in Schwarzer (1995, in diesem Band) Neuberechnung eines Kaufkraftparitätenkoeffizienten auf. Schwarzer errechnet den Anfangswert für 1950 als den Mittelwert einer frühen Produktivitätsschätzung (67 Prozent) des DIW (Gleitze, 1961) und eines nominalen Pro-Kopf-Lohnvergleichs (101 Prozent) zwischen Ost und West. Diese Verfahren setzt für seine Geltung zuverlässige Preisindizes voraus - oder aber die Fiktion gleicher Inflationsraten in Ost und West. DDR-Preisangaben für 1950 sind verfügbar, jedoch widersprüchlich. Nimmt man in Übereinstimmung mit der Statistik der Industrieabgabepreise für 1950 ein gegenüber dem Westen um etwa 20 Prozent höheres Preisniveau an, so würde sich der von Schwarzer errechnete Vergleichskoeffizient für Pro-Kopf-Löhne auf 88 Prozent des Westniveaus verringern. Auch dies liegt noch deutlich oberhalb aller verfügbaren Schätzungen des Produktivitätsgefälles; der Grund hierfür mag in einem gegenüber den Industrieabgabepreisen höheren Konsumentenpreisniveau oder schlicht in zurückgestauter Inflation als Folge des fortgeltenden Bezugscheinensystems liegen. Als Konsequenz des von Schwarzer zuletzt gewählten Abstands für 1950 (83 Prozent des westlichen Produktivitätsniveaus) ergibt sich eine extrem pessimistische Einschätzung der späteren Wachstumsleistung der DDR: Das in Schwarzer Schätzungen implizite jahresdurchschnittliche Wachstum der DDR-Wirtschaft zwischen 1950 und 1989 würde noch um ein knappes Drittel unter der pessimistischen Wachstumsschätzung von Tabelle 1/Spalte III liegen.

Zusammenfassend scheint es also nach den vorliegenden Ergebnissen plausibel anzunehmen, daß sich bereits um 1950 eine erhebliche Produktivitätslücke gegenüber dem Westen aufgetan hatte. Nur zum kleineren Teil reflektiert sie Produktivitätsrückstände, die schon vor dem Krieg bestanden, ebensowenig kann sie aber das Produktivitätsgefälle zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung erklären. Auf jeden Fall jedoch scheint der Übergang zum so-

6 Eine zusätzliche Komplikation wird in die Sache dadurch hereingebracht, daß das bei van Ark verwendete Bergson/Alton-Verfahren nur Industrien mit anscheinend homogenen Produkten vergleicht. Der hierbei scheinbar vermiedene Fehler, qualitativ verschiedene Erzeugnisse miteinander zu vergleichen, kommt jedoch gleichsam durch die Hintertür wieder herein, wenn die Ergebnisse des langfristigen Vergleichs solcher Industrien auf die Gesamtindustrie hochgerechnet werden.



zialistischen Plansystem einen bleibenden Schock auf die Produktivität der Industrie der DDR ausgeübt zu haben.

## V. Die fünfziger Jahre: Ein DDR-Wirtschaftswunder?

Bei erstem Hinsehen scheint die Wachstumsstatistik der DDR-Wirtschaft in den fünfziger Jahren günstig. Wie Tabelle 1 zeigt, mag das Wachstum der Arbeitsproduktivität bei etwa 5 Prozent pro Jahr gelegen haben. Allerdings verbergen sich hinter den Aggregatziffern Strukturprobleme, die die DDR-Wirtschaft von Beginn an belasteten. Unter dem ersten Fünfjahresplan ab 1951 wurde der Ausweitung von Schwer- und Grundstoffindustrie Vorrang gegeben vor der Expansion konsumnaher Leichtindustrien. Diese Entscheidung mag zu einem beträchtlichen Teil von sowjetischen Reparationsforderungen diktiert gewesen sein, deren Schwergewicht bei Halbfertigwaren und Investitionsgütern lag. Das genaue quantitative Bild der sowjetischen Reparationsansprüche ist bis vor kurzem im Dunklen lag. Frühe Schätzungen gelangten zu einer Gesamtsumme von 34 Mrd. DM für den Zeitraum von 1945 bis 1953, was in etwa dem (nach MPS berechneten) Nationaleinkommen der DDR von 1951 entsprechen würde. Spätere Spekulationen haben demgegenüber weit höhere Zahlen hervor gebracht. Neuere Untersuchungen von Karlsch (1993) weisen dagegen eher in die Richtung der ursprünglichen Schätzungen. Zudem scheint sich zu bestätigen, daß das Schwergewicht der Reparationen an die Sowjetunion indirekte Formen hatte, so etwa Besatzungskostenent schädigungen oder der Uranbergbau der Wismut AG.

Gleich welches die zutreffenden Zahlen sind, scheinen sie den Eindruck zu bestätigen, daß in den frühen Jahren das Niveau der Lebenshaltung in der DDR notwendig auf tiefstem Stand verharren mußte. Allerdings zeigt ein Blick auf die Kapitalintensitäten, analog zu Tabelle 7 oben, daß der Kapitalentzug offenbar durch Wanderungsbewegungen kompensiert wurde. Es wäre also zumindest oberflächlich, das Problem niedrigen Lebensstandards allein durch die Reparationen zu erklären. Tabelle 10 gibt einen Überblick über Schätzungen zum privaten Konsum um 1950.

Tabelle 10: Pro-Kopf-Konsum in Nachkriegsdeutschland  
(1936 = 100)

	1936	1947	1948	1949	1950	1951
(a) Grünig (1950)						
SBZ/DDR	100	36	39			
Westzonen	100		52	58	44	
DDR in v.H. BRD	100	69	67	59	75	
(b) Stolper (1960)						
SBZ/DDR				51	75	90
Westzonen				92	99	106
DDR in v.H. BRD	88			48	67	75

Die Daten in Tabelle 10 zeigen eine relative Verschlechterung der Position der DDR bereits in den späten vierziger Jahren. Zum Teil ist dies eine indirekte Folge der aufwärtsgerichteten Tendenz im westdeutschen Privatkonsum nach der Währungsreform von 1948. Ein gewisses Aufholen macht sich um 1950 bemerkbar. Allerdings warnen die Quellen, aus denen

die Berechnungsgrundlagen für Tabelle 10 entnommen sind, den Verwender vor möglichen versteckten Qualitätsverschlechterungen und Preissteigerungen.

Ungenügende Versorgung mit Konsumgütern, eine Anhebung der Arbeitsnormen und zunehmende Unruhe in der Bevölkerung führten 1953 zu einem gewissen politischen Schwenk, der im "Neuen Plan" angekündigt wurde. Hierin wurden vor allem ehrgeizige Investitionspläne beschnitten, zudem gewisse Konzessionen gegenüber dem nichtkollektivierten Mittelstand versprochen. Die zunächst fehlende Rücknahme der Normerhöhung war ein Auslöser der Unruhen vom 17. Juni. Unter dem Eindruck der Ereignisse wurde in dieser Frage nachgegeben; wichtiger aber erscheint der offenbar im selben Zusammenhang erfolgte sowjetische Verzicht auf weitere Reparationen (vgl. Lentz, 1979, und Buchheim, 1990b, für Darstellungen im einzelnen). Entgegen den politischen Versprechungen des Augenblicks blieb es allerdings bei der prinzipiellen Konzentration der Kräfte auf die Schwerindustrie zu Lasten des Lebensstandards. Dies findet seinen Niederschlag auch in der Zusammensetzung der Investitionen, wiedergegeben in Tabelle 11.

*Tabelle 11:* Sektorale Gliederung von Erzeugung (Y) und Investition (I)  
(in v.H. der Industrie)

	1936		1950		1951		1955		1960	
	I	Y	I	Y	I	Y	I	Y	I	Y
Grundstoffe	59.9	31.2	53.2	30.0	62.2	28.9	69.6	29.0	73.4	27.9
Metallverarbeitung	18.3	25.8	27.3	24.2	26.9	24.4	12.0	27.0	14.4	31.9
Fertigwaren	22.8	43.0	19.5	45.8	10.9	46.7	18.4	44.0	12.2	40.2
Gesamt	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

*Quelle:* Berechnet nach Daten in Melzer (1980)

Wie Tabelle 11 zeigt, erfahren seit 1951 die Investitionen in Grundstoffindustrien einschließlich Energie und Bergbau eine bemerkenswerte anteilmäßige Zunahme im Vergleich zur Vorkriegszeit. Als langfristige Konsequenz stagnierten die Investitionen in anderen Sektoren, im besonderen in der Fertigwarenindustrie. Kurzfristig gab es allerdings womöglich eine Ausnahme von dieser Regel, angedeutet durch einen einmaligen Sprung im Anteil der Investitionen in der metallverarbeitenden Industrie um 1950. Abgesehen von möglichen Ersatzinvestitionen für demontierte Anlagen mag dies die Konzentration der Investitionstätigkeit auf den SAG-Sektor widerspiegeln, der allein für sowjetischen Bedarf produzierte<sup>7</sup>.

Was im übrigen ebenfalls aus Tabelle 12 hervorgeht, ist ein überraschend geringer Effekt dieser Investitionen auf die Produktion. Tatsächlich scheint nämlich der Anteil der Grundstoffindustrie an der Produktion der Gesamtindustrie während der Dekade kontinuierlich ge-

<sup>7</sup> Dieses Ergebnis scheint allerdings von der verwendeten Datenbasis abzuhängen. Offizielle, aus Archivbeständen gewonnene Daten von Steiner (1994, Tabelle 1) legen nahe, daß es bereits 1950 die Verschiebung hin zur Grundstoffindustrie gibt. Möglicherweise ist dies ein Problem der Abgrenzung zwischen einzelnen Industriegruppen. Die hier verwendeten Daten aus Melzer (1980) beruhen auf einer Umgruppierung der Industrien der DDR zur Erhöhung der Vergleichbarkeit mit den Klassifikationen der Industriegruppen in der Reichsstatistik und derjenigen der BRD.

fallen zu sein, allen konzentrierten Investitionsanstrengungen zum Trotz. Ohne Zweifel mag das Bestreben nach zunehmender Unabhängigkeit von westdeutschen Lieferungen und nach Ausgleich der eingangs bereits diskutierten anfänglichen Strukturschwächen des DDR-Produktionsapparats ein Hauptgrund für die Konzentration der Investitionsaktivität auf die Schwerindustrie gewesen sein. Allerdings hätte, wenn es sich wirklich um Disproportionen handelte, die Kapazitätsausweitung in Engpaßsektoren einen deutlichen Anstoßeffekt haben müssen, mit dem Ergebnis beschleunigten Wachstums. Stattdessen aber scheinen die Daten in Tabelle 12 anzuzeigen, daß es im Grundstoffbereich zu beträchtlichen Überinvestitionen kam und infolgedessen zu scharf abnehmenden Grenzerträgen (zu dieser Hypothese vgl. bereits Obst, 1973). Ein direkter Vergleich mit der Kapitalproduktivität in der Gesamtindustrie ist wegen der vorerwähnten Datenprobleme nicht ohne weiteres möglich. In der Tat sieht hier das Gesamtbild günstiger aus. Tabelle 12 gibt marginale Kapitalkoeffizienten (d.h. den Betrag aufgewendeter Investitionsmittel pro Einheit zusätzlich erzielter Produktion) für die Industrie in beiden deutschen Staaten an und zudem eine Schätzung der durchschnittlichen gesamtwirtschaftlichen Investitionsquote in der DDR.

Tabelle 12: Die Effizienz der Investitionen 1950-60

	Marginaler Kapitalkoeff. in der Industrie		Durchschnittliche Investitionsquote Ost
	Ost	West	
1950/1	0.48	0.57	6.38
1951/2	0.82	1.40	7.46
1952/3	1.16	1.45	8.87
1953/4	1.35	0.89	10.19
1954/5	1.64	0.85	9.86
1955/6	3.73	1.57	10.65
1956/7	2.84	2.58	12.93
1957/8	1.61	3.86	12.80
1958/9	1.28	1.45	14.27
1959/60	2.36	0.99	16.72

Quellen: Daten für die Industrie berechnet nach Melzer (1980), Gesamtwirtschaftliche Investitionsquote berechnet nach Daten in Merkel/Wahl (1991)

Für die erste Hälfte des Jahrzehnts ergibt sich danach ein für die DDR durchaus günstiges Bild, was allerdings teilweise der inflationären Verzerrung in den offiziellen Produktionsdaten geschuldet ist. In beiden Staaten mußte, um eine Mark zusätzlichen Sozialprodukts zu erwirtschaften, oftmals weniger als eine Mark für Investitionen aufgewendet werden - ein aus heutiger Sicht fast traumhafter Zustand. Die DDR überstand offenbar die Rezession 1957/58 besser als der Westen. Erstaunlicherweise kehrte danach jedoch die westdeutsche Wirtschaft zu den niedrigen marginalen Kapitalkoeffizienten der Vorjahre zurück, während dies in der DDR-Wirtschaft ausblieb.

Ein weiteres auffallendes Merkmal von Tabelle 12 ist die niedrige Investitionsquote in der DDR zu einer Zeit, als in Westdeutschland 20 Prozent der Produktion in die Investition gingen. Dieser Effekt scheint in der bisherigen Literatur weitgehend übersehen worden zu sein.

Eine Ausnahme bildet Baar (1983), der den Mangel an Investitionsaktivität in den fünfziger Jahren zum einen dem hohen, aus der Kriegszeit ererbten Kapitalbestand und zum anderen den Reparationen an die Sowjetunion zuschreibt.

Während der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre bildete der enttäuschende Wachstumsverlauf in den Grundstoffindustrien ebenso wie die nur geringe Steigerung der Arbeitsproduktivität den Gegenstand zunehmender politischer Aufmerksamkeit. DDR-Autoren haben darauf verwiesen, daß während der späten fünfziger Jahre das Wachstum der Löhne konsistent über dem Wachstum der Arbeitsproduktivität lag, mit der Ausnahme des Maschinenbaus (Mühlfriedel/Wiessner, 1989, p. 202). Womöglich war die Erinnerung an 1953 mächtig genug, um die Planbehörden von weiteren Versuchen abzuhalten, Löhne und Produktivität miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Allerdings scheint die Entwicklung der späten fünfziger Jahre durchaus auch ein Reflex weiteren Beharrens auf dem Vorrang der Schwerindustrie zu sein. Zu einer Zeit, als der westdeutsche Kohlebergbau in die erste seiner später zahlreichen Krisen geriet und das Schwergewicht der Investitionsaktivität sich auf den Maschinenbau und die Fertigwarenindustrie verlagerte, scheinen die Planbehörden in der DDR unverändert an den großen Sprung in der Schwerindustrie geglaubt zu haben, auf dessen Grundlage man Westdeutschland würde einholen können (vgl. die Diskussion zwischen Mühlfriedel/Wiessner, 1983, Roesler, 1983, und Baar, 1983, um diesen Punkt).

Die in den großen Sprung gesetzten Hoffnungen verflohen rasch, und der 1956 beschlossene zweite Fünfjahresplan wurde bereit 1958 zugunsten eines neuen Siebenjahresplans aufgegeben. Auch dieser Plan allerdings gründete sich auf unrealistische Erwartungen, indem er ein jahresdurchschnittliches Wachstum der Produktion von 9 Prozent zugrundelegte. Westdeutsche Autoren (Gleitze, 1967 a,b) haben überdies argumentiert, daß der Siebenjahresplan die Planvorgaben, nicht aber die tatsächlich erreichten Kapazitäten von 1958 zur Grundlage hatte und somit von Anbeginn mit einem Defizit belastet war.

Auf kurze Frist scheint der Siebenjahresplan jedoch gut funktioniert zu haben. Alle verfügbaren Indikatoren weisen für 1958 einen Anstieg der Wachstumsraten auf über 10 Prozent aus. Ostdeutsche Autoren haben dies auf intensiviertere Handelsbeziehungen in Osteuropa im Zeichen der Schaffung des RGW und der politischen Stabilisierung nach den Revolten in Ungarn und Polen interpretiert (Neumann, 1980, Roesler, 1986). In der Tat erschienen nun zum ersten Mal nach dem Krieg Anzeichen einer gewissen Prosperität. Die Lebensmittelrationierung wurde nun endlich aufgehoben, und die Auswanderungszahlen nach dem Westen gingen zurück. Es war dies die Periode des relativen Optimismus, in der Walter Ulbricht die berühmte Parole vom Einholen und Überholen Westdeutschlands bis 1961 ausgeben konnte (Christ/Neubauer, 1991).

## VI. 2 Fast 4 You: Das Scheitern des Überholvorgangs. Die Mauer. Die Reformansätze der sechziger Jahre

Der ostdeutsche Traum war rasch ausgeträumt. Die aufscheinende Prosperität der späten fünfziger Jahre war von einer gewissen Abnahme des politischen Drucks auf die verbleibenden Reste des privaten Sektors der DDR-Wirtschaft begleitet gewesen. Dies alles verflog im Zuge der nunmehr beschleunigten Kollektivierung der Landwirtschaft. In einer ersten Welle hatte 1958 die Fläche in Kollektiveigentum um 40 Prozent zugenommen. 1960 verdoppelte sich diese Fläche noch ein weiteres Mal (Hartmann, 1971). Diese Wellen der de-facto-Ent-

eignung werden gemeinhin als Grund für einen Produktionsverfall in der Landwirtschaft und eine neue, starke Zunahme der Abwanderungsraten in den Westen angesehen (etwa DIW, 1974, Weber, 1988). So stellte sich bald heraus, daß die Planziele für 1958 unrealistisch gewesen waren. Die Jahre 1959 und 1960 erlebten ein scharfes Abbremsen der Produktivitätsentwicklung. Als Folge wurde 1961 der Siebenjahresplan aufgegeben, weitere Auswanderung wurde durch die frisch errichtete Berliner Mauer unterbunden.

Vom Druck kurzfristiger Erfolge befreit, unternahmen die Planbehörden nunmehr Versuche, das Planungssystem um Elemente wirtschaftlicher Rationalität zu erweitern. Die Idee des 1963 eingeführten neuen ökonomischen Systems (NÖS) bestand in der indirekten Lenkung durch ökonomische Hebel wie Kreditlinien, Steuern und Interventionspreise. Das neue Konzept, entlehnt den Ideen des sowjetischen Reformökonomens Evsej Liberman, bestand im Kern aus dem Versuch, realistische Schattenpreise zu ermitteln, die bestehende Knappheitsrelationen realistisch widerspiegeln würden (vgl. Roesler, 1990, für eine Darstellung des Konzepts). Dazu wurde den Firmen das Recht eingeräumt, einen Teil ihrer Erlöse einzubehalten und eigenen Investitionen zuzuführen.

Als ersten Schritt setzte dies allerdings eine Preisreform voraus. Das alte Preissystem war im Kern aus der NS-Kriegswirtschaft übernommen und von den Sowjets nur geringfügig modifiziert worden (vgl. Stolper, 1960, für eine Analyse der Preisberechnungsmethoden in den fünfziger Jahren). Hauptsächliches Merkmal der neuen Preise sollte eine Neubewertung des Produktivvermögens sein. Nach den überkommenen Bilanzierungsmethoden war das Anlagevermögen systematisch unterbewertet. Ohne das Dazwischentreten eines Aktien- und Kapitalmarkts stellten diese Anlagewerte die einzige Grundlage zur Gewinnberechnung dar, mit dem Ergebnis einer überhöhten Gewinnausweisung. In der Praxis erwies sich das Auffinden eines realistischen Systems relativer Preise als überaus schwierig, und der Versuch einer Investitionslenkung über indirekte Methoden wurde offenbar zu keinem Zeitpunkt ernsthaft in Angriff genommen. In der Tat waren die Segnungen der Reform zweifelhaft (vgl. etwa DIW, 1974 für eine Bewertung. Rückblickend überaus optimistisch ist Roesler, 1990). Einerseits stieg die Produktion dauerhafter Konsumgüter nunmehr ständig, dies in Reflex der Bemühungen der Partei um eine Befriedung der Bevölkerung. Andererseits aber verlief das Wachstum offenbar zur Enttäuschung der politischen Instanzen, auch nach den offiziellen Ziffern kam es über 4 Prozent pro Jahr nicht hinaus.

Hinzu gesellte sich wachsende Besorgnis über die politischen Folgewirkungen der Reform. In der Atmosphäre wirtschaftlicher Liberalisierung hatte sich auch politisch Opposition bemerkbar gemacht, teils innerhalb, teils außerhalb der Partei. Diese ersten Anzeichen eines politischen Frühlings verschwanden spätestens 1965; die zu gleicher Zeit eingeleitete sogenannte zweite Phase des NÖS lief wegen der unerwünschten Erfahrungen mit dem Ergebnis indirekter Lenkung auf ein Überstülpen neuerlicher Zentralplanung über das Netz indirekter Lenkungen hinaus. Die alten Industrieministerien wurden wieder eingeführt, und mit ihnen kamen Jahrespläne und Fünf-Jahres-Perspektivpläne wieder. Um die Kapitalproduktivität zu verbessern, wurde nunmehr die Konzentration der Investitionsaktivität in Hochtechnologiebereichen versucht. Tatsächlich haben die Anteile der elektrotechnischen und optischen Industrie sowie des Maschinenbaus während der 60er Jahre deutlich zugenommen. Wiederum aber konnten diese Schwerpunktprogramme keine sichtbaren Wirkungen auf Investitionseffizienz und Produktionswachstum entfalten (vgl. Obst, 1973, für eine

Diskussion). Tabelle 13 gibt Schätzungen des marginalen Kapitalkoeffizienten für die sechziger Jahre wieder.

Tabelle 13: Die Effizienz der Investitionen 1960-70

	Marginaler Kapitalkoeffizient		Gesamtwirtschaftliche Investitionsquote
	Industrie	Gesamtwirtschaft	
1960/1	3.66	11.1	17.8
1961/2	3.63	5.7	17.8
1962/3	7.41	5.8	17.7
1963/4	4.43	6.3	17.4
1964/5	3.53	4.6	18.5
1965/6	3.17	5.9	19.3
1966/7	2.94	4.6	19.8
1967/8	3.11	5.9	20.6
1968/9	2.53	6.8	22.0
1969/70	3.20	6.2	24.5

Quellen: Für die Industrie berechnet nach Daten von Melzer (1980), Für die Gesamtwirtschaft nach BIP-Daten von Merkel/Wahl (1991) wie in Tabelle 1/Spalte 1, Gesamtwirtschaftliche Investitionen: Statistisches Amt der DDR (1990).

Wie ihr Gegenstück in Tabelle 12 stellen die marginalen Kapitalkoeffizienten in den ersten beiden Spalten von Tabelle 13 die Wachstumsbewegung etwas zu optimistisch dar. In der dritten Spalte sind Investitionsquoten mit Hilfe der Merkel/Wahl-Daten zum Sozialprodukt geschätzt. Wie sich zeigt, ging ein allgemeiner Anstieg der marginalen Kapitalkoeffizienten einher mit einem erstaunlichen Wachstum der Investitionsquote. Zunächst konnte die Erholung von den kritischen Jahren 1960 bis 1962 von den seinerzeit getätigten, aber nicht voll genutzten Investitionen profitieren. Die Daten für die Gesamtwirtschaft deuten an, daß die Bereiche außerhalb der Industrie von dem Einbruch am Anfang der 60er Jahre offenbar weniger betroffen waren, dagegen jedoch im Vergleich zur Industrie in den Folgejahren zurückblieben. Eine mögliche Ursache könnte die relative Vernachlässigung des Dienstleistungssektors zugunsten der Industrie sein. Insgesamt begann die DDR-Wirtschaft auf diese Weise in den sechziger Jahren, in den Bereich abnehmender Grenzerträge des Kapitals vorzustoßen, eine Lektion, die für die an der Arbeitswertlehre ausgerichteten Wirtschaftsplaner der DDR nicht leicht gewesen sein dürfte. Der Umstand abnehmender Investitionserträge entging natürlich nicht der politischen Aufmerksamkeit. Ulbricht selbst wies auf einer Rede 1965 auf den Umstand hin, daß während Investitionen von 32 Mrd. M zwischen 1951 und 1955 einen Zuwachs des Nationaleinkommens von 21 Mrd. M ergeben hätten, eine Investitionssumme von 63 Mrd. M zwischen 1956 und 1960 nurmehr zu einer Erhöhung des Nationaleinkommens von 21 Mrd. M geführt hätten, und Investitionen von 66 Mrd. M zwischen 1961 und 1964 nurmehr 10.7 Mrd. M zusätzlichen Volkseinkommens erbrachten (Melzer, 1980). Dies ist, auf den Punkt gebracht, der Kern der bürgerlichen Theorie vom abnehmenden Grenzertrag des Kapitals.

## VII. Die Goldenen Siebziger: Ein verspätetes Wirtschaftswunder?

Das Jahr 1971, in dem Ulbricht von Honecker abgelöst wurde, wird allgemein als das Ende aller ökonomischen Experimente in der DDR angesehen (Weber, 1988, Christ/Neubauer, 1991). Unter Honecker wurde die Wirtschaftsplanung in mehreren Schritten re-zentralisiert, und als Besonderheit die Konzentration der Industrie in enormen Kombinateneingeführt, die auf ihrem Teilmarkt oftmals Monopolstellung hatten. Zudem suchte das Regime, sich neben einer Verbesserung des Lebensstandards besonders wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen zuzuwenden. Sozialleistungen und der Wohnungsbau wurden erheblich ausgeweitet. Zum Teil wurde dies finanziert durch eine Reform des Altersrentensystems, das bei der Einzahlung zusätzlicher Beiträge eine attraktive interne Verzinsung durch höhere Altersrenten versprach (Hockerts, 1994a). Auf kurze Frist wirkten die zusätzlichen Einnahmen wie eine Erhöhung der privaten Sparquote und halfen bei der Finanzierung von Honeckers ehrgeizigen Sozialstaatsprogrammen. Ob die Leistungsfähigkeit des Rentensystems auf lange Sicht hätte gesichert werden können, ist allerdings fraglich; wiederum war das Wachstum der ökonomischen Basis hierfür zu gering. In der Tat gehört die Übernahme der Rentenverpflichtungen der DDR in das gesamtdeutsche Sozialversicherungssystem ab 1990 zu den hauptsächlichsten, jedoch erst langfristig sich auswirkenden Vereinigungslasten.

Auf kurze Sicht war der neue politische Ansatz von Erfolgen begleitet. Das Nationaleinkommen und die Produktion dauerhafter Konsumgüter erfuhr, zumindest den offiziellen Daten nach zu schließen, einen neuen Wachstumsschub. Offenbar entging die DDR der weltweiten Rezession nach 1973 und erlebte somit ein kleines eigenes Wirtschaftswunder. Zugleich gewann die DDR politisch an internationaler Anerkennung, und durch den Grundlagenvertrag trat eine gewisse Normalisierung der Beziehungen zur BRD ein.

Die bisher geübte Politik wurde allerdings auf dem 9. Parteitag von 1976 modifiziert. Aufkommende Debatten über die Notwendigkeit zur Setzung von Prioritäten wurden durch die Losung der "Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik" unterdrückt. Die genauen politischen Motive für die Neuorientierung der Politik sind nicht ganz klar. Offenbar hatte man zunächst an eine Reorientierung der Politik hin zu mehr Investitionen zu Lasten des Konsums gedacht. Nur eine Woche nach dem Parteitag wurde jedoch ein neues Paket kostspieliger sozialpolitischer Maßnahmen präsentiert.

Auch die offiziellen Daten scheinen anzuzeigen, daß um 1975 Ostdeutschlands Sonderkonjunktur ausgelaufen war. Die Effizienz der Investitionen blieb gering und sank weiter. Rechnet man mit denselben Datenquellen wie in Tabelle 13, so betrug der marginale Kapitalkoeffizient 6,85 in der ersten Hälfte des Jahrzehnts und 8,99 in der zweiten. Entsprechend sanken in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre auch die Wachstumsraten wieder. Wenngleich die gesamtwirtschaftlichen Daten noch durchaus befriedigend erscheinen, erweist sich in den Ziffern für sensible Konsumgüterbereiche ein scharfer Wachstumseinbruch nach 1975. Tabelle 14 zeigt die sektorale Gliederung der Wachstumsraten nach den veröffentlichten Ziffern für die siebziger Jahre.

Tabelle 14: Sektorales Wachstum in der DDR-Wirtschaft 1970-1980

	BIP	Investitionen	Wohnungsbau	Erzeugung von		
				Kühlschränken	Fernsehern	PKWs
1970/5	4.23	5.00	8.86	6.73	6.01	4.68
1975/80	3.24	3.32	1.27	3.86	2.59	2.12

Quellen: BIP: Merkel/Wahl (1991), übrige Daten: Statistisches Amt der DDR (1990)

Es besteht im zweiten Jahrfünft eine augenfällige Abweichung zwischen gesamtwirtschaftlichen und sektoralen Ziffern, die auch in den achtziger Jahren wieder anzutreffen ist (vgl. unten, Abschnitt VII). Bemerkenswert hierbei ist die weiterhin sehr hohe Investitionsquote, die für die ausgehenden siebziger Jahre nach den vorliegenden Daten gut 25 Prozent betragen haben mag. Bei marginalen Kapitalkoeffizienten um 8 oder 9 ist die Schlußfolgerung naheliegend, daß die Investitionseffizienz mehr und mehr abnahm: Die ostdeutsche Wirtschaft investierte viel und erreichte damit wenig.

Es bleibt, nach den Gründen für den günstigen Verlauf in der ersten Hälfte des Jahrzehnts zu suchen. Spätere Beobachter haben auf ein Anschwellen der Kreditnahme im Ausland als eine mögliche Erklärung verwiesen. In einer scharfen Kritik an der Honecker-Periode haben Mitarbeiter der ehemaligen staatlichen Plankommission (Kusch et al., 1991) auf den Zusammenhang zwischen den hohen Kapitalimporten der DDR in den frühen siebziger Jahren und den späteren Zahlungsbilanzproblemen der DDR in den achtziger Jahren hingewiesen. Brauchbare Zeitreihendaten zur Zahlungsbilanz der DDR scheinen bis heute nicht verfügbar zu sein (Steger, 1993). Aber auch bei Verwendung der Handelsbilanzen läßt sich ein gewisses Grundmuster erkennen. Tabelle 15 gibt einen Überblick über Handelsbilanzströme nach Zeitabschnitten und Regionen.

Tabelle 15: Die Handelsbilanz der DDR nach Fünfjahressummen  
(in Mio. Valutamark in laufenden Werten)

	Alle Länder	RGW	Westliche Länder
1966-70	+ 1,383	+ 1,668	- 2,180
1971-75	- 6,989	+ 4,928	- 12,868
1976-80	- 28,813	- 3,841	- 25,207

Quelle: Statistisches Amt der DDR (1990)

Tabelle 15 legt nahe, daß es in der Tat in den siebziger Jahren zu einem raschen Wachstum der Auslandsverschuldung in westlichen Ländern kam: Das kumulierte Defizit mit den westlichen Ländern beläuft sich auf 27 Mrd. Valutamark. Nimmt man an, daß alle Transaktionen innerhalb des RGW auf Verrechnungsbasis stattfanden, und vernachlässigt man den Handel mit der Dritten Welt, so läßt sich hieraus eine grobe Schätzung der damaligen ostdeutschen Auslandsverschuldung gewinnen. Interne Dokumente über Auslandsreserven, wie sie in Suhr (1991) publiziert wurden, weisen einen internen Umrechnungskurs von 0,5405 US-Dollar je Valutamark aus. Damit würde sich die Auslandsverschuldung auf ca. 14,5 Mrd. \$ stellen, was eine jährliche Zinslast von vielleicht 1 Mrd. \$ implizieren würde. Diese



Ziffern sind möglicherweise überhöht, da die DDR zusätzliche Deviseneinkünfte aus dem westdeutschen Besucherverkehr sowie aus den Transitabkommen etc. mit der Bundesregierung hatte (s.u. Abschnitt VII). Für 1982 schätzen Kusch et al. (1991) die Auslandsverschuldung mit 12,3 Mrd. \$. Unabhängig davon, welches nun die präzise Ziffer ist, vermitteln alle diese Berechnungen einen Eindruck von der Last, die sich in den Goldenen Siebzigern aufgetürmt hatte, um in den achtziger Jahren getragen zu werden.

### VIII. Der Weg in den Bankrott 1980-89

Zeitungsberichten zufolge (Forbes Magazine, 1991) soll Schalck-Golodkowski nach der Vereinigung eingeräumt haben, daß damals die DDR ihre Zahlungen nicht mehr leisten konnte und im Devisenbereich von der Hand in den Mund lebte. Als Ergebnis mußten nach Schalck die Importe aus dem Westen beschnitten werden; Importe aus der Sowjetunion wurden im Westen weiterverkauft. Zuzufolge Schalck war es nun an Westdeutschland, ein Signal zu geben. Dabei ging es nicht um zwei oder drei Milliarden, sondern um die heikle Frage, ob die BRD bereit sein würde, die DDR in großem Stil finanziell aufzufangen. So weit Schalck. Die genauen politischen Umstände des damals geschlossenen Deals sind unklar, wie auch die Rolle Schalcks selbst (vgl. z.B. Suhr, 1991). Zunächst wurde durch den über Bayern vermittelten Milljardenkredit die DDR aus ihrer unmittelbaren Zwangslage befreit.

Es gab allerdings auch andere Faktoren, die zu einer nochmaligen Stabilisierung beitrugen. Unter dem Verrechnungssystem des RGW waren Verrechnungspreise als fünfjähriger gleitender Durchschnitt der Weltmarktpreise fixiert worden. Auf kurze Frist bewahrte diese Regelung die DDR vor den Folgen der Ölpreisexplosionen auf dem internationalen Markt, da die Versorgung mit sowjetischem Öl ausreichte, um die Unabhängigkeit vom internationalen Ölmarkt zu gewährleisten. Dieser Verzögerungseffekt war vermutlich schon in den siebziger Jahren zum Tragen gekommen, was mit erklären könnte, warum die Verlangsamung des Wachstums erst in der zweiten Hälfte der Dekade eingesetzt hatte. Aus demselben Effekt ergaben sich aber auch um 1980 neue Möglichkeiten für die DDR, als die RGW-Verrechnungspreise für sowjetisches Öl weit unter dem Weltmarktpreis lagen. Die DDR spezialisierte sich bald darauf, wachsende Teile ihres Kontingents an sowjetischem Öl auf dem westeuropäischen Markt zu verkaufen. Auf diese Weise gelang der Zahlungsbilanzausgleich mit Hilfe von Handelsüberschüssen. Die sozialen Kosten dieser Politik waren allerdings beträchtlich. Um Öl einzusparen, startete die DDR ein umfangreiches Autarkieprogramm im Energiebereich auf Basis der heimischen Braunkohleressourcen. Es ist anzumerken, daß diese Form der Rückkehr zu einer eigentlich weniger wirtschaftlichen Technik große Ähnlichkeiten mit der NS-Autarkiepolitik im Energiebereich aufweist - deren Hinterlassenschaften auf dem Gebiet der DDR auch die Autarkiepolitik der achtziger Jahre überhaupt erst möglich machten. Allerdings erforderte die Substitution von Öl durch Kohle hohe Investitionen, deren Grenzertrag bei null, wenn nicht im negativen Bereich lag. Kusch et al. (1991) schätzen die direkten Kosten für die Umstellung von Erdöl auf Braunkohle auf 18 Mrd. Mark; diesen Kosten stand keinerlei Produktivitätsgewinn gegenüber, sondern allein der vermiedene Bankrott.

Die sich auftürmenden Schwierigkeiten hinterließen ihre Spuren auch in der Qualität der Produktionsstatistik, die für die achtziger Jahre nur unter großen Einschränkungen verwendet werden darf. Zahlreiche Änderungen in methodischen Abgrenzungen, Klassifikationen und offenbar auch schlichte Fälschung gehörten zu den Methoden der Bilanzschönung, mit denen die realen Probleme überdeckt werden sollten. Selbst die problematischen Daten, die heute zur Verfügung stehen, weisen jedoch hohe marginale Kapitalkoeffizienten, also niedrige Investitionseffizienz, aus (Tabelle 16).

Tabelle 16: Die Effizienz der Investitionen 1980-1989

	Marginaler Kapitalkoeffizient	gesamtwirtschaftliche Investitionsquote
1980/1	11.22	26.18
1981/2	12.77	26.19
1982/3	10.61	24.37
1983/4	6.06	23.75
1984/5	5.69	21.78
1985/6	8.24	21.66
1986/7	7.91	22.20
1987/8	10.91	23.27
1988/9	19.26	24.40

Quelle: Berechnet nach Merkel/Wahl (1991)

Die Daten zeigen an, daß nach einem schweren Einbruch um 1982 eine gewisse Erholung bis etwa 1985 stattfand<sup>8</sup>. Die Lage verschlechterte sich allerdings wieder, als die Sowjets darauf bestanden, daß auch bei den nunmehr höheren sowjetischen Ölpreisen die gesamte Planmenge abgenommen werde und zudem Zahlungen in konvertiblen Devisen zu leisten waren. Derselbe Effekt, der die sowjetischen Ölpreise in den Siebzigern niedriggehalten hatte, trat numehr erneut auf, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen (für Daten und eine eingehendere Beschreibung vgl. Schröter, 1994). Das allmähliche Schließen der Preislücke zwischen sowjetischen Ölpreisen im RGW und dem Weltmarkt hatte offenbar schon bei der Devisenkrise von 1982 im Hintergrund gestanden (Kusch et al., 1991). Das Ende für die verzweifelten Versuche, sich durch weitere Einsparungen von Öl eine Devisenquelle im Westen offenzuhalten, kam mit der Forderung der damals frisch im Amt befindlichen Gorbatschow-Administration nach Zahlung der Lieferungen in konvertiblen Devisen. Auf diese Weise wurde die DDR gezwungen, mit der Rückzahlung des Devisenkredits zu beginnen, den die subventionierten sowjetischen Öllieferungen der siebziger Jahre dargestellt hatten.

Den verfügbaren Ziffern nach zu urteilen, verschlechterten sich auch anderwärts die terms of trade der DDR-Wirtschaft in den achtziger Jahren. Zuzufolge den intern berechneten "Devisenertragskennziffern" und "Richtungskoeffizienten", die den Devisenertrag pro aufgewendeter Inlandsmark der DDR messen und festlegen sollten (vgl. zur Diskussion etwa

<sup>8</sup> Es ist zu bemerken, daß die offiziellen Produktionsziffern diesen Einbruch fast vollständig verbergen. Das gilt auch für die vom Statistischen Smt der DDR vorgenommene Umrechnung in SNA-Daten zum Sozialprodukt. Vgl. dazu auch Merkel/Wahl (1991).

Akerlof et al., 1991), verschlechterte sich die Rentabilität der DDR-Produktion auf dem Weltmarkt dramatisch (Tabelle 17).

Die in Tabelle 17 wiedergegebenen Schätzungen bei Akerlof beziehen sich auf Kombinateebene, die bei Sinn/Sinn (1991) enthaltenen Daten stammen aus der DDR-Zentralverwaltung für Statistik. Das genaue Zeitprofil der Abnahme weicht zwischen den Schätzungen ab. In allen Fällen zeigt sich jedoch ein deutlicher Preisverfall während der zweiten Hälfte der Dekade. Obwohl hierbei auch die starken Ausschläge im Dollar-Deutschmark(West)-Wechselkurs zum Tragen gekommen sein dürften, lassen die Ziffern wenig Zweifel an der Schlußfolgerung zu, daß ab etwa 1985 die Stabilisierung der Zahlungsbilanz zu einer zunehmend schweren Belastung der DDR-Wirtschaft geworden war.

**Tabelle 17:** Impliziter VM/M-Wechselkurs für DDR-Exporte  
(Devisenertragskennziffer)

	1970	1980	1985	1986	1987	1988	1989
Stat. Amt der DDR			0.27			0.227	
Kusch et al. (1991)	0.536	0.454	0.275			0.246	
Sinn/Sinn (1991)		0.42	0.35	0.28	0.23	0.23	0.23
Akerlof et al. (1991)			0.535	0.292	0.258	0.246	0.265

Ein vollständiges quantitatives Bild der Zahlungsbilanzstruktur der DDR ist auch für die achtziger Jahre noch nicht verfügbar (vgl. Steger, 1993, für einen vorläufigen Arbeitsbericht über die Aktivitäten einer Projektgruppe der Deutschen Bundesbank). Die Handelsbilanzstatistik der DDR wurde in Valutamark veröffentlicht, einem gewogenen Schnitt von Devisen (vgl. Zentralverwaltung für Statistik, 1989). In der letzten Ausgabe des Statistischen Jahrbuchs der DDR (Statistisches Amt der DDR, 1990) ist die Handelsbilanzstatistik ab 1985 nicht in Valutamark, sondern in Valutagegenwerten als Maß für den ostdeutschen Ressourcenaufwand ausgewiesen. Vom Statistischen Bundesamt existiert eine Nachberechnung der Handelsbilanz ab 1985 in DM (West). Da diese Figuren den deutsch-deutschen Handel ausschließen, wurde dieser in Tabelle 18 mit hinzugerechnet, um zu einem vollständigen Bild des Außenhandels der DDR in den achtziger Jahren zu gelangen.

Die Ziffern in Valutamark weisen auch für die Periode nach 1985 zwar geringe, aber weitgehend stabile Überschüsse aus. Dagegen ergibt sich sowohl nach den Valutagegenwerten als auch den Westmarkziffern eine deutlich defizitäre Außenhandelsposition der DDR. Daß die Lage des DDR-Außenhandels sich verschlechterte, kommt auch in den Ziffern zur Auslandsverschuldung in der letzten Spalte von Tabelle 18 zum Ausdruck. Diese Verschlechterung wird noch deutlicher, wenn man die Betrachtung auf den - allein devisenbringenden - Westhandel beschränkt. Tabelle 19 zeigt das Auftreten deutlicher Defizite.

Tabelle 18: DDR-Handelsbilanz und Auslandsverschuldung 1980-89

	I. Handelsbilanz - Mio. VM/VE/DM			II. Auslandsverschuldung
	VM	VE	DM	Mio. US \$
1980	- 5 840			
1981	- 1 073			
1982	5 353			12.3
1983	8 030			12.0
1984	6 901			11.3
1985	6 789	19 941	4 178.8	13.3
1986	1 040	1 815	- 266.6	15.7
1987	3 264	-2 552	- 2 004.5	16.8
1988	3 015	-6 417	- 2 121.5	18.5
1989		-3 614	- 935.1	
1990			2 168.4	
1991			-31 157.6	

VM = Valutamark; VE = Valutaäquivalente in Inlandswährung; DM = Deutsche Mark West

Quellen: VM-Daten Zentralverwaltung für Statistik (1989), VE-Daten Statistisches Amt der DDR (1990), DM-Daten Statistisches Bundesamt (1992), \$- Daten Kusch et al. (1991).

Tabelle 19: Der Handel der DDR mit dem westlichen Ausland 1980-89  
(in Mio. VM, VE, DM)

	Offizielle Handelsbilanz mit allen westlichen Ländern			Deutschlandbilanzen mit					
				allen westlichen Ländern			Westdeutschland		
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	VM	VM	VE	EXP	IMP	BAL	EXP	IMP	BAL
1980	- 5464	- 5425							
1981	+ 197	- 1682							
1982	+ 5219	+ 2726							
1983	+ 4690	+ 3129							
1984	+ 3846	+ 2949							
1985	+ 4212		+ 19993	9404	7126	+ 2013	7636	7901	- 265
1986	+ 1495		+ 4760	8273	7534	+ 128	6844	7454	- 611
1987	+ 1349		- 5433	6667	8624	- 2678	6645	7367	- 721
1988	+ 250		- 9482	6307	9115	- 3254	6789	7234	- 446
1989			- 8398	6914	9256	- 3240	7205	8103	- 898
1990				5105	5660	- 13607	8274	21326	- 13052
1991				4454	3935	- 37229	8985	46733	- 37748

(1) Exportüberschuß (+) in Valutamark mit dem nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet

(2) Exportüberschuß (+) in Valutamark mit westlichen Industrieländern

(3) Exportüberschuß (+) in Valutaäquivalenten mit westlichen Industrieländern

(4-6) Handelsbilanz mit westlichen Industrieländern

(7-9) Handelsbilanz mit der BRD

Quellen: (1): Zentralverwaltung für Statistik (1989); (2,3): Statistisches Amt der DDR (1990); (4-9): Statistisches Bundesamt (1992).

Zwischen 1985 und 1989 fielen die Exporte der DDR in das "nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet" um mehr als 25 Prozent, während die Importe aus diesen Ländern weiter stiegen. Gleichzeitig blieb der in die Besonderheiten des deutsch-deutschen Verrechnungsverkehrs gezwängte innerdeutsche Handel weitgehend konstant. Obwohl auch hier Defizite auftraten, trug dies zur Auslandsverschuldung der DDR nicht bei, weil die besonderen Regelungen des Transit- und Besucherverkehrs der DDR Sondereinnahmen ausreichender Höhe verschafften. Für die Periode von 1975 bis 1989 erwirtschaftete die DDR durch solche Zuwendungen auf dem Dienstleistungs- und Übertragungskonto der deutsch-deutschen Zahlungsbilanz etwa 25 Mrd. DM nach Abzug des Schuldendienstes an westdeutsche Kreditoren (Deutsche Bundesbank, 1990a). Im Jahr 1988, für das detaillierte Ziffern verfügbar sind, betragen die Nettoeinnahmen der DDR im Dienstleistungsverkehr mit der BRD und durch Übertragungen von dort knapp 2 Mrd. DM.

Da dies die einzigen nennenswerten, langfristig außerhalb des Handelsverkehrs fließenden Deviseneinnahmen der DDR darstellten, markiert diese Summe zugleich das jährlich mögliche Defizit, das die DDR aus Handel und Schuldendienst zusammengenommen ohne weitere Kapitalimporte durchhalten konnte (vgl. auch Deutsche Bundesbank, 1990a). Wenn man den DM-Ziffern zur Handelsbilanz in Tabelle 19 trauen darf, bedeutet dies wiederum, daß sich spätestens ab 1987 eine neue, schwere Devisenkrise anbahnte.

Dies ist konsistent mit ersten Berechnungen zu einer Zahlungsbilanz der DDR für das Jahr 1989 (Steger, 1993). Nach diesen Ziffern betrug das Leistungsbilanzdefizit der DDR mit den NSW-Ländern allein in jenem Jahr 16 Mrd. Ostmark. Rechnet man einen impliziten Wechselkurs von 4,4 zur DM West, so wäre dies gleichbedeutend mit einem Defizit von 3,6 Mrd. DM. Im selben Jahr beliefen sich die Überschüsse aus dem politischen Zahlungsverkehr mit Westdeutschland auf 1,908 Mrd. DM. Da der Handel mit Westdeutschland passiv war, verblieben Nettoüberschüsse nach Begleichung des bilateralen Handelsbilanzdefizits von 1,277 Mrd. DM, was gleichbedeutend wäre mit einem Leistungsbilanzdefizit der DDR gegenüber dem NSW-Raum plus Westdeutschland von zusammengenommen 6,855 Mrd. Ostmark oder 1,558 Mrd. DM (West). En passant sei auf den enormen Anstieg der Zahlungsbilanzdefizite gegenüber dem Westen nach der Vereinigung verwiesen, der weitgehend auf Ressourcentransfers aus Westdeutschland beruht. Ebenso fällt auf, daß die Exporte Ostdeutschlands in das westliche Ausland nach der Vereinigung dieselbe fallende Tendenz aufweisen wie zuvor schon die Exporte in das NSW-Gebiet.

Zusammenfassend scheint die Schlußfolgerung berechtigt, daß Zahlungsbilanzschwierigkeiten wesentlich zu den sich auftürmenden Problemen der DDR-Wirtschaft in den achtziger Jahren beigetragen haben. Während der ersten Hälfte des Jahrzehnts kamen die kontraproduktiven Wirkungen der Substitution von Öl durch Braunkohle zum Zweck der Weiterverkaufs sowjetischen Importöls im Westen zum Tragen. In der zweiten Hälfte ließ der relative Anstieg der RGW-Preise für sowjetisches Öl diese Devisenquelle versiegen. Sowjetisches Beharren auf Zahlung in Devisen scheint sich sogar als ein signifikanter Ressourcenzug für die DDR-Wirtschaft ausgewirkt zu haben. Somit machte der sich verschärfende Mangel an Devisen die in den siebziger Jahren eingeübte Politik steigenden Lebensstandards auf Kosten der Auslandsverschuldung unmöglich. Die Notwendigkeiten des Schuldendienstes machten die DDR anfällig für politische Pressionen ihrer westlichen Gläubiger, im besonde-

ren Westdeutschlands, das seinen kommunistischen Partnern bereits aus der Schuldenkrise von 1982/83 herausgeholfen hatte.

## **IX. Die Nachwirkungen der Wiedervereinigung**

Nachdem die Berliner Mauer am 9. November 1989 - wieder ein 9. November in der deutschen Geschichte - aufgegangen war, glaubten viele, ein neues Wirtschaftswunder stehe unmittelbar bevor. Stattdessen stürzte Deutschlands östlicher Teil in die schwerste Depression seit der Weltwirtschaftskrise und riß mit einiger Verzögerung den Westen in eine ebenfalls schwere Rezession. In der Anfangseuphorie hatte man allseits Politikmaßnahmen ähnlich denen der ausgehenden vierziger Jahre empfohlen. Was die Bundesregierung dann tatsächlich unternahm, um mit der neuen Situation fertigzuwerden, hatte mit der Politik Ludwig Erhards nur geringe Ähnlichkeiten. Das Ausbleiben eines raschen Aufschwungs nach der Vereinigung hat eine große, noch immer wachsende Literatur hervorgebracht (zum Standard gehören Akerlof et al., 1991, Siebert, 1991a,b, sowie besonders Sinn/Sinn, 1991). Beeindruckend dort ist unter anderem der Umfang des Verzeichnisses einschlägiger Publikationen, gerade zwei Jahre nach der Wende in der DDR).

Das Interesse des Wirtschaftshistorikers am Prozeß der Vereinigung liegt besonders in der Frage nach den Motiven und Erwartungen der seinerzeitigen politischen Entscheidungsträger und ihrer Beratungsgremien. Frühe Gutachten des Sachverständigenrats (1990a) und des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium (1989) waren auffallenderweise nicht von der Sorge um zukünftiges Wirtschaftswachstum auf dem Gebiet der DDR getragen, sondern vor allem von der Furcht vor weiteren Zuwanderungswellen. Diese Memoranden empfahlen, klare und glaubwürdige Signale nach dem Osten Deutschlands zu senden, um die dortige Bevölkerung zum Bleiben zu bewegen. Dies würde neben anderen Dingen Maßnahmen zur Stabilisierung des Lebensstandards beinhalten. Entstanden nur wenige Wochen, nachdem die Mauer sich geöffnet hatte, gingen diese Gutachten von der Erwartung aus, daß ein Versuch, die DDR als unabhängigen Staat zu erhalten, nicht zur Überzeugung der dortigen Bevölkerung beitragen würde, daß der Abschied vom Kommunismus endgültig sei und eine marktorientierte Wirtschaftspolitik befolgt werden würde. Im Gegenteil ging der Wissenschaftliche Beirat bereits in seinem ersten, vertraulichen Gutachten so weit, eine möglichst schnelle und bedingungslose Vereinigung als bestes Mittel gegen weitere Massenflicht aus dem Osten zu empfehlen.

Andere, so etwa der Sachverständigenrat, verhielten sich zögerlicher. Scharfe Kritik wurde laut, als zu Jahresbeginn 1990 die finanzpolitische Sprecherin der SPD im Bundestag, Matthäus-Maier, in einem Zeitungsartikel eine baldige Währungsunion und eine Währungsumstellung 1:1 forderte. Lutz Hoffmann (1990a), Präsident des DIW, veröffentlichte eine scharf gehaltene Entgegnung, in der er vor Massenarbeitslosigkeit in Ostdeutschland für den Fall warnte, daß diese Pläne realisiert werden würden. Nur wenig später allerdings machte sich die Bundesregierung die Vorschläge von Matthäus-Maier zu eigen und bot der DDR Verhandlungen über eine Währungsunion an. Fragen der politischen Glaubwürdigkeit und die Sorge vor weiterer Massenzuwanderung aus dem Osten scheinen hierbei eine maßgebliche Rolle gespielt zu haben (Christ/Neubauer, 1991, Schui, 1991). Nur zwei Tage nach dieser Ankündigung brachte der Sachverständigenrat (1990b), für ein Beratergremium sonst ungewöhnlich, einen offenen Brief an den Bundeskanzler heraus, in dem es hieß, eine Wäh-

rungsreform als Maßnahme gegen weiteren Flüchtlingszustrom aus dem Osten sei wenig glaubwürdig und gesamtwirtschaftlich kontraproduktiv.

Offenbar entstand über diese Frage Uneinigkeit zwischen den beiden offiziellen wirtschaftspolitischen Beratungsgremien der Bundesregierung. In einem Gutachten aus dem März 1990 empfahl der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium (1990) eine baldige Währungsreform und diskutierte auch im Detail die Probleme eines optimalen Umstellungssatzes. Der Mehrheitsvorschlag empfahl eine Umstellung von 1:1 für Stromgrößen und von 1:2 für Bestände, was den späteren Regelungen der Währungsreform vom Juni 1990 bereits sehr nahe kommt.

Bei der Durchsicht jenes Gutachtens fällt wiederum ins Auge, wie sehr der Sorge um die Erhaltung des Lebensstandards im Osten Vorrang gegeben wurde vor Fragen der Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Es wurde argumentiert, daß eine Umstellung 1:1 wirtschaftlich sehr wohl möglich sei, wohingegen die Halbierung der Löhne bei einer Umstellung von 2:1 M/DM sozial wenig wünschenswert sei und die Auswanderungsziffern wieder ansteigen lassen werde. Die Furcht vor weiterer Auswanderung aus dem Osten spielt ebenfalls eine Rolle in einem Bericht der Deutschen Bundesbank (1990b). In jenem Beitrag wurden die Einzelheiten der geplanten Währungsreform veröffentlicht. In vorsichtiger Form wurde dabei auch auf die konzeptionellen Unterschiede angespielt, die zwischen den Vorstellungen der Bundesbank selbst und den dann realisierten Plänen der Bundesregierung bestanden und zuletzt zum Rücktritt des damaligen Präsidenten der Bundesbank, Pöhl, beitrugen<sup>9</sup>. Auch in diesem Dokument stehen aber Kaufkraftargumente im Vordergrund. Besonders sollte Inflationsängsten vorgebeugt werden; zu diesem Zweck wurde nochmals betont, daß aufgrund der niedrigen Preise nicht-handelbarer Güter im Osten die Kaufkraft beider deutschen Währungen ungefähr gleich und die Umstellung 1:1 daher gerechtfertigt sei. Eine ausführliche Verteidigung des Kaufkraftarguments findet sich bei Sinn (1991) und Sinn/Sinn (1991).

Insgesamt fällt an dieser Diskussion auf, daß in allen Fällen die gesamtwirtschaftliche Produktivität, nicht aber die Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft bei handelbaren Gütern im Vordergrund stand. So schätzt etwa der erwähnte Bundesbank-Bericht die Produktivität im Osten auf etwa 40 Prozent derjenigen Westdeutschlands und schlußfolgert, daß bei den damals gegebenen Lohnrelationen zwischen Ost und West die Umstellung die Wettbewerbsfähigkeit der DDR-Wirtschaft nicht beeinträchtige. In einem offenkundigen Versuch, die Streitigkeiten zwischen der Bundesbank und der Bundesregierung um gerade diesen Punkt zu überdecken, geht aus dem Bericht nur implizit hervor, daß die Bundesbank aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft einen anderen Umstellungssatz gewünscht hatte. Versuche zu einer Minderbetonung des Problems der Wettbewerbsfähigkeit sind auch in den publizierten Versionen der Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats (1990) unverkennbar.

Das störende Element hierbei war, daß die verfügbaren Zahlen zu den impliziten M/DM-Wechselkursen (vgl. Tabelle 17 oben), wie sie den Entscheidungsträgern seinerzeit bekannt waren, wesentlich andere Umstellungssätze nahegelegt hätten, nämlich bis zu 4:1 M/DM.

<sup>9</sup> Entgegen landläufiger Auffassung war die Währungsumstellung nicht durch die Bundesbankautonomie gedeckt, da das Bundesbankgesetz für den Fall einer Währungsunion in Deutschland keine Vorsorge getroffen hatte. Mithin mußte hier die Bundesbank als ausführendes Organ der Bundesregierung fungieren.

Sinn/Sinn (1991) befassen sich hiermit ausführlich, um zu zeigen, warum während der DDR-Zeit niedrige Wechselkurse der Ost-Mark einhergehen konnten mit einer Kaufkraftparität von 1:1 - was aber nicht zu dem Fehlschluß verleiten darf, eine Umstellung zur Kaufkraftparität von 1:1 sei dasselbe wie ein Wechselkurs von 4:1.

Offensichtlich muß bei der Nachzeichnung des politischen Entscheidungsprozesses Vorsicht walten, solange nicht alle internen Dokumente verfügbar sind. Es scheint allerdings aus heutiger Sicht nicht unplausibel zu schlußfolgern, daß die Währungsumstellung 1:1 und das Versprechen rascher Angleichung an den westlichen Wohlstands nicht das Ergebnis fehlender Analyse der möglichen Folgen als vielmehr rationaler politischer Entscheidungsfindung war. Sowohl die Entscheidungsträger in Westdeutschland als auch ein Großteil ihrer Berater zogen es vor, den ostdeutschen Lebensstandard abzusichern, auch bei Gefahr eines Einbruchs der gesamtwirtschaftlichen Aktivität, statt die Risiken einer weiteren Massenzuwanderung einzugehen, die ein stärker kostenorientiertes Vorgehen mit sich gebracht hätte. Stimmenfang bei den Wahlen zur Volkskammer der DDR im März 1990 mag hierbei ebenso eine Rolle gespielt haben wie offensichtliche außenpolitische Überlegungen (so schon Hoffmann, 1990b). Allerdings scheint die Alternative, den DDR-Bürger einer stärker an Wettbewerbsüberlegungen orientierten Umstellungsrate auszusetzen, zu keinem Zeitpunkt ernsthaft erwogen worden zu sein.

Ein letzter Einwand bleibt zu diskutieren. Verschiedene Beobachter, so die Sinns (1991), haben argumentiert, daß ganz unabhängig von der Wahl des Umstellungssatzes die Wettbewerbsfähigkeit wesentlich stärker durch die Welle der Lohnerhöhungen beeinflusst wurde, die nach der Währungsunion im Osten stattfanden. Die Schuld für das Einbrechen der Produktion würde dann auf die Tarifpartner fallen und nicht auf die Währungsumstellung selbst.

Offenkundig geht es hier um Fragen der Erwartungsbildung. In seinem Brief vom 9. Februar 1990 an den Kanzler, zwei Tage nach der Ankündigung der Währungsreform, hatte der Sachverständigenrat (1990b) davor gewarnt, mit einer Währungsreform Erwartungen auf eine baldige Angleichung des Lebensstandards zu wecken. Westdeutschland würde sich damit implizit zu ungeheuren Subventions- und Transferzahlungen an den Osten verpflichten, die um so größer ausfallen müßten, als eine übereilte Währungsunion schädlich für einen selbsttragenden Aufschwung der ostdeutschen Wirtschaft sei. Andere Kritiker argumentierten, daß eine kaufkraftorientierte Währungsumstellung, so wie sie im Juni 1990 dann tatsächlich praktiziert wurde, übermäßig optimistische Einkommenserwartungen wecken würde (Hoffmann, 1990b). In der Tat bildete dann das Versprechen blühender Landschaften innerhalb von fünf Jahren und einer gleichsam kostenlosen Vereinigung ein wesentliches Argument in den Wahlkämpfen des Vereinigungsjahres.

Vor diesem Erwartungshintergrund kann die Lohnpolitik nach der Währungsunion nicht als exogen gegenüber den Modalitäten der Währungsunion selbst angesehen werden. Pointiert ausgedrückt, lagen die zwischen den Tarifpartnern verhandelten Lohnsteigerungen ganz auf der Generallinie einer schnellen Anpassung des Lebensstandards, wie sie von der Politik vorformuliert worden war. Wie hätten, so mag man sich überlegen, die Tarifpartner erfolgreich eine kostensparende Niedriglohnstrategie vertreten wollen zu einer Zeit, als die Politik und ihre Berater vollauf damit beschäftigt waren zu erklären, die Kosten der Vereinigung seien ohnehin ganz gering?



## X. Schluß

In dieser Arbeit wurde versucht, ein Zahlenbild zum Wachstum und Niedergang der DDR-Wirtschaft zu entwerfen und das einschlägige Schrifttum im Überblick auszuwerten. Zu einem Großteil waren die voranstehenden Erörterungen von Fragen der Datenqualität dominiert. Nach wie vor ist die Datenlage als unzureichend zu bewerten, und die hier verwendeten Bereinigungsverfahren bleiben notwendigerweise sehr grob.

Trotz der fortbestehenden Meßprobleme zeigt sich jedoch eine Reihe von klaren Strukturen. Die Ausgangslage der DDR-Wirtschaft war trotz der Höhe der sowjetischen Reparationsforderungen keineswegs so schlecht, wie dies oftmals behauptet wird. Betrachtet man die Anfänge der Produktivitätslücke während der frühen Nachkriegsjahre, so zeigt sich, daß bereits der Übergang zur Planwirtschaft einen bleibenden Hysterisis-Effekt auf die Produktivität hatte. Während der fünfziger Jahre behinderten die Auswanderung nach dem Westen, mehr noch aber die unwirtschaftliche Konzentration der Investitionen auf die Grundstoff- und Schwerindustrie das Aufholen zum westdeutschen Rekonstruktionspfad. Die Daten legen nahe, daß die DDR in den sechziger Jahren die Chance verpaßte, nach dem Mauerbau das Produktivitätswachstum zu beschleunigen. Während in den siebziger Jahren die Produktivitätsentwicklung zunächst relativ günstig erschien, brachten die achtziger Jahre einen deutlichen Rückschlag, je nach Schätzungen sogar Rückschritte im absoluten Niveau der Produktivität. Dies verband sich mit wachsenden Zahlungsbilanzproblemen zu den wirtschaftlichen Schwierigkeiten, an denen die DDR zuletzt scheiterte. Es zeigt sich nämlich, daß bereits in den frühen achtziger Jahren die DDR an den Rand einer Schuldenkrise geriet, die nach einem Zwischenspiel in der Mitte des Jahrzehnts erneut an Schärfe gewann. Der Zuwachs im Lebensstandard in den siebziger Jahren kam also auf Kosten der wirtschaftlichen Möglichkeiten in den achtziger Jahren zustande.

Im Schlußabschnitt wurde der Prozeß der wirtschaftlichen Vereinigung nochmals betrachtet. Dabei zeigt sich, daß offenbar das Hauptmotiv für die Entscheidungsträger in der Politik der wirtschaftlichen Vereinigung die Vorbeugung weiterer Massenauswanderung aus der DDR war, und daß die Beratungsgremien sich der makroökonomischen Risiken der eingeschlagenen Strategien durchaus bewußt waren. So liegt der Schluß nahe, daß der Einbruch der Produktion in Ostdeutschland nach der Währungsreform nicht so sehr das Ergebnis falscher Analyse als vielmehr bewußter Wahlentscheidungen unter Unsicherheit über das Wanderungsverhalten der ostdeutschen Bevölkerung gewesen ist.

**Literatur:**

- Abeken, G.*, Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die sowjetische Besatzungszone, in: Vierteljahresshefte zur Wirtschaftsforschung 1957, S. 155-167.
- Abelshäuser, W.*, Wiederaufbau vor dem Marshall-Plan. Westeuropas Wachstumschancen und die Wirtschaftsordnungspolitik in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre, Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 29, 1981, S. 545-578.
- Ders.*, Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948. Rekonstruktion und Wachstumsbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone, Stuttgart 1975.
- Abramovitz, M.*, Catching Up, Forging Ahead, and Falling Behind, in: Journal of Economic History 46, 1986, S. 385-406.
- Ders.*, Rapid Growth Potential and its Realization: The Experience of the Capitalist Economies in the Postwar Period, in: *E. Malinvaud (ed.): Economic Growth and Resources*, (= Proceedings of the Fifth World Congress of the International Economic Association, Vol. 1), London 1979.
- Akerlof, G.A. et al.*, East Germany in from the Cold: The Economic Aftermath of Currency Union, in: Brookings Papers on Economic Activity 1991, S. 1-87.
- Ark, B. van*, The Manufacturing Sector in East Germany: A Reassessment of Comparative Productivity Performance, 1950-1988, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1995/II, S. 75-100.
- Baar, L.*, Zur ökonomischen Strategie und Investitionsentwicklung in der Industrie der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1983/II, S. 9-31.
- Ders./R. Karlsch/W. Matschke*, Kriegsfolgen und Kriegslasten Deutschlands. Zerstörungen, Demontagen und Reparationen, mimeo, Dept. of Economics, Humboldt Universität, Berlin 1993.
- Barro, R.J./X. Sala-i-Martin*, Convergence across States and Regions, in: Brookings Papers on Economic Activity 1, 1991, S. 107-182.
- Barthel, H.*, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, Berlin/Ost 1979.
- Beintema, N./B. van Ark*, Comparative Productivity in East and West German Manufacturing before the Reunification, mimeo, Dept. of Economics, University of Groningen 1993.
- Berger, H./A. Ritschl*, Germany and the Political Economy of the Marshall Plan, 1947-52: A Re-Revisionist View, forthcoming in: *B. Eichengreen (ed.) Europe's Postwar Growth, Revisited*, 1993.
- Birkenfeld, W.*, Der synthetische Treibstoff 1933-1945, Berlin 1961.
- Borchardt, K.*, Perspectives on Modern German Economic History and Policy, Cambridge 1991.
- Buchheim, C.* (1990a), Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945-1958 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte Bd. 31), München 1990.
- Ders.*, (1990b), Wirtschaftliche Gründe des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 in der DDR, in: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 38, 1990, S. 415-433.
- Bundesbank*, (1990a), Die Bilanz des Zahlungsverkehrs der Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik, Monatsberichte 42, Januar 1990, S. 13-21.
- Bundesbank*, (1990b), Die Währungsunion mit der Deutschen Demokratischen Republik, Monatsberichte 42, Juli 1990, S. 14-29.
- Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (Hg.)*, DDR-Handbuch, Teil II, Köln 1985.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW)*, Vergleichende Darstellung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland und der DDR seit 1970, in: *Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.)*, Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, Bonn 1987.
- DIW*, Artikel "Arbeitsproduktivität", in: *Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen (Hg.)*, DDR Handbuch, Band. 1, Köln 1979.

DIW, DDR-Wirtschaft. Eine Bestandsaufnahme, Frankfurt a.M. 1974.

DIW, in: *Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (Hg.)*, Materialien zum Bericht zur Lage der Nation, Bonn 1971.

Carlin, W.C., West German Growth and Institutions, 1945-1989, in: CEPR Discussion Paper 1994.

CIA, Directorate of Intelligence, Handbook of Economic Statistics, Washington, D.C. 1986

Christ, P./R. Neubauer, Kolonie im eigenen Land. Die Treuhand, Bonn und die Wirtschaftskatastrophe der fünf neuen Länder, Berlin 1991.

Collier, I.L., The Estimation of Gross Domestic Product and its Growth Rate for the German Democratic Republic, in: World Bank Staff Working Papers No 773, 1985.

Dinkel, R., Haben die geburtenfördernden Maßnahmen der DDR Erfolg? Eine vergleichende Darstellung der Fertilitätsentwicklung in beiden deutschen Staaten, in: IFO-Studien 30, 1984, S. 139-162.

Dumke, R., Reassessing the Wirtschaftswunder: Reconstruction and Postwar Growth in West Germany in an International Context, in: Oxford Bulletin of Economics and Statistics 52, 1990, S. 451-91.

Eichengreen, B./M. Uzan, The Marshall Plan: Economic Effects and Implications for Eastern Europe, in: Economic Policy 14, 1992, S. 14-75.

Giersch, H. et al., The Fading Miracle. Four Decades of Market Economy in Germany, Cambridge 1992.

Gimbel, J., The Origins of the Marshall Plan, Stanford 1976.

Gleißner, B. (1967a), Die Produktionswirtschaft der DDR im Wettbewerb mit der westlichen Industrieländer, in: *idem et al. (Hg.)*, Die DDR nach 25 Jahren, Berlin 1967.

Ders., (1967b), Die wirtschaftliche Entwicklung Mitteldeutschlands zwischen dem VI. und VII. Parteitag der SED und die Perspektiven bis 1970, Aktuelle Beiträge zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage in Mitteldeutschland, Bonn 1967 (Forschungsbeitrag für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands, mimeo).

Ders., Ostdeutsche Wirtschaft. Industrielle Standorte und volkswirtschaftliche Kapazitäten des ungeteilten Deutschland, Berlin 1956.

Ders., Die Veränderungen in der wirtschaftlichen und sozialen Struktur Mitteldeutschlands, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 1950, S. 35-44.

Görzig, B., Produktion und Produktionsfaktoren für Ostdeutschland, Kennziffern 1980-1991 (=DIW Beiträge zur Strukturforschung 135), Berlin 1992.

Ders./M. Gornig, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR (=DIW Beiträge zur Strukturforschung 121), Berlin 1991.

Grünig, F., Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für die sowjetische Besatzungszone, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 1950, S. 16-34.

Harmssen, G., Am Abend der Demontage. Sechs Jahre Reparationspolitik, Bremen 1951.

Hartmann, T.T., Die Kooperation in der sozialistischen Landwirtschaft der DDR, Berlin 1971.

Hayes, P., Industry and Ideology. The IG Farben in the Nazi Era, Cambridge 1987.

Hockerts, H.G. (1994a), Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik in der DDR, in: H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994.

Ders., (1994b), Soziale Errungenschaften? Zum sozialpolitischen Legitimitätsanspruch der zweiten deutschen Diktatur, in: J. Kocka/H.-J. Puhle/K. Tenfelde (Hg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München 1994.

Hoffmann, L. (1990a), Wider die ökonomische Vernunft, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Februar 1990.

Ders., (1990b), Integrating the East German States into the German Economy: Opportunities, Burdens and Options, in: P.J.J. Welfens (ed.), Economic Aspects of German Unification, Berlin 1990, S. 49-71.

- Jánossy F., Das Ende der Wirtschaftswunder. Erscheinung und Wesen der wirtschaftlichen Entwicklung, Frankfurt a.M. 1966.
- Karlsch, R., Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-53, Berlin 1993.
- Krengel, R., Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik von 1924 bis 1956 (=DIW Sonderhefte N.F. 42), Berlin 1958.
- Ders., Die langfristige Entwicklung der Brutto-Anlageinvestitionen der westdeutschen Industrie von 1924 bis 1955/56, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 19570, S. 182ff.
- Kupky, H., Die langfristige Entwicklung der Brutto-Anlage-Investitionen der mitteleuropäischen Industrie von 1924 bis 1955, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 1957, S. 391-407.
- Kusch, G. et al., Schlußbilanz - DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik, Berlin 1991.
- Lentz, M., Die Wirtschaftsbeziehungen DDR-Sowjetunion 1945-1961. Eine politologische Analyse, Opladen 1979.
- Manz, M., Stagnation und Aufschwung im französischen Besatzungsgebiet 1945-1948, Ostfildern 1968 (1985).
- Matschke, W., Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) 1945 bis 1948, Berlin 1988.
- Melzer, M., Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials (= DIW Beiträge zur Strukturforchung 59), Berlin 1980.
- Merkel, W. /St. Wahl, Das geplünderte Deutschland - Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands von 1949 bis 1989, Bonn 1991.
- Mühlfriedel, W./K. Wiessner, Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965, Berlin/Ost 1989.
- Dies., Drei Bemerkungen zu den fünfzehn Thesen von Jörg Roesler zum Thema Perspektivpläne und Investitionsrhythmus in der Volkswirtschaft der DDR 1949 bis 1980. Inhaltliche und methodologische Probleme, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1983/I, S. 179-187.
- Neumann, G., Die ökonomischen Entwicklungsbedingungen des RGW, Band 1: 1945-1958, Berlin/Ost 1980.
- Obst, W., DDR-Wirtschaft. Modell und Wirklichkeit, Hamburg 1973.
- Roesler, J., Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963-1970 in der DDR, Freiburg/Br. 1991.
- Ders., Perspektivpläne und Investitionsrhythmus in der Volkswirtschaft der DDR 1949 bis 1980. Inhaltliche und methodische Probleme, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1983/I, S. 169-178.
- Ders./V. Siedt/M. Elle, Wirtschaftswachstum in der Industrie der DDR 1945-1970, East Berlin/Ost 1986.
- Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Zeit zum Handeln - Antriebskräfte stärken. Jahresgutachten 1993/94, Stuttgart 1993.
- Ders., Die wirtschaftliche Integration in Deutschland. Perspektiven - Wege - Risiken. Jahresgutachten 1991/92, Stuttgart 1991.
- Ders., (1990a), Auf dem Wege zur wirtschaftlichen Einheit Deutschlands. Jahresgutachten 1990/91, Stuttgart 1990.
- Ders., (1990b), Brief des Sachverständigenrates vom 9. Februar 1990 an den Bundeskanzler, in: Sachverständigenrat 1990, S. 306-308.
- Schmidt, M., Probleme bei der Ermittlung der industriellen Bruttoproduktion, Diskussionsbeiträge zu Wirtschaftsfragen 12, Berlin/Ost 1953.
- Schröter, H., Ölkrise und Reaktionen in der chemischen Industrie beider deutsche Staaten. Ein Beitrag zur Erklärung wirtschaftlicher Leistungsdifferenzen, mimeo, Dept. of Economics, FU Berlin 1994.
- Schui, H., Die ökonomische Vereinigung Deutschlands. Bilanz und Perspektiven, Heilbronn 1991.

- Schwarzer, O., Kaufkraftparitäten-Koeffizienten zwischen Mark der DDR und DM, mimeo, Dept. of History, Universität Bamberg 1994.
- Schwarzer, O., Der Lebensstandard in der SBZ/DDR 1945-1989, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1995/II, S. 119-146.
- Siebert, H., (1991a), German Unification: the Economics of Transition, in: Economic Policy 13, 1991, S. 289-340.
- Ders., (1991b), Das Wagnis der Einheit. Eine wirtschaftspolitische Therapie, Stuttgart 1991.
- Sinn, G./H.-W. Sinn, Jumpstart. Economic Aspects of German Unification, Cambridge 1992. (in deutsch: Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Wiedervereinigung, Tübingen 1991.)
- Sinn, H.W., Macroeconomic Aspects of German Unification, in: P.J.J. Welfens (ed.), Economic Aspects of German Unification, Berlin 1990.
- Statistisches Amt der DDR, Statistisches Jahrbuch der DDR 1990, Berlin 1990.
- Statistisches Bundesamt (1993a), Statistisches Jahrbuch 1993 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1993.
- Statistisches Bundesamt (1993b), Vermögensrechnung 1950-1991, Fachserie 18, Reihe S. 17, Stuttgart 1993.
- Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 1992 für die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1992.
- Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland 1952, Stuttgart 1952.
- Steger, A., Rückrechnung einer Zahlungsbilanz für die ehemalige DDR, in: Statistisches Bundesamt (Hg.), Rückrechnung gesamtwirtschaftlicher Daten für die ehemalige DDR. Ergebnisse einer Statistiktagung in Berlin, Stuttgart 1993.
- Steiner, A., Wirtschaftliche Lenkungsverfahren in der Industrie der DDR 1954/55, mimeo, Dept. of Economics, Universität Mannheim 1994.
- Stolper, W., The Structure of the East German Economy, Cambridge 1960.
- Suhr, H., Der Treuhand-Skandal. Wie Deutschland geschlachtet wurde, Frankfurt a.M. 1991.
- R. Summers/A. Heston, A New Set of International Comparisons of Real Product and Price Level Estimates for 130 Countries, in: Review of Income and Wealth 34, 1988, S. 1-25.
- Weber, H., Die DDR 1945-1986, München 1988.
- Wilkins, H., Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland (=DIW Beiträge zur Strukturforchung 115), Berlin 1976.
- Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesminister für Wirtschaft, Schaffung eines gemeinsamen Wirtschafts- und Währungsgebiets in Deutschland, in: Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats 13, Göttingen 1990.
- Ders., Wirtschaftspolitische Herausforderungen der Bundesrepublik im Verhältnis zur DDR: Gutachten vom 17./18. November und 15./16. Dezember 1989, in: Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats 13, Göttingen 1989.
- Zank, W., Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945-1949. Probleme des Wiederaufbaus in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1987.
- Zentralverwaltung für Statistik, Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1989, Berlin/Ost 1989.
- Zentralverwaltung für Statistik, Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1975, Berlin/Ost 1975.
- Zentralverwaltung für Statistik, Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1973, Berlin/Ost 1973.
- Zentralverwaltung für Statistik, Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1958, Berlin/Ost 1958.

# Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen. Investitionen und Budget in der DDR 1949 bis 1989

Von Lothar Baar, Uwe Müller, Frank Zschaler (Berlin)

## Summary

In East Germany Budget policy and investment planning also proved to be important instruments of general economic policy. But the political and economic order caused a special form of these instruments. A deep investment gap was being created by a high centralized economic policy during the 1950th. The decentralization of decisions on investments and the diversification of fiscal policy as parts of the "New economic policy" certainly permitted structural change for a short time in the 1960th. With the beginning of the 1970th stabilization of political order became the primary aim of East German policy. That's why the budget was used above all as source of public subsidies and social security expenditure. The result of this was an increasing instability of investment policy. This new investigation is based on an analysis of up to now not published statistical data.

Vielfach wird ein Mangel an harten Daten über die wirtschaftliche Entwicklung der DDR beklagt.<sup>1</sup> In der Regel werden Planzahlen zur Entwicklung des Nationaleinkommens oder der Industrieproduktion mit der Planerfüllung verglichen, Berechnungen über die Arbeitsproduktivität vorgenommen oder die Außenhandelsbilanz und die äußere Verschuldung als Indikatoren für den ökonomischen Niedergang benutzt.<sup>2</sup>

Erstaunlicherweise sind zwei Aspekte, die im Mittelpunkt des zentralen Planungs- und Leitungssystems der ostdeutschen Volkswirtschaft standen, bisher nur unzureichend beachtet worden. Obwohl die zentralistisch organisierte Investitionsverteilung ein Hauptinstrument der dirigistischen Wirtschaftspolitik war, blieben Entwicklung und innere Struktur der Investitionen weitgehend unreflektiert.<sup>3</sup> Auch die Bedeutung des DDR-Budgets als Allokations- und Distributionsinstrument sowie Indikator für die Entwicklung des Staatsver-

1 Erst seit 1990 sind die von der ehemaligen Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik der DDR erhobenen, jedoch oft nicht oder nur grob strukturierten Daten ohne Einschränkung zugänglich. Problematisch ist aber die Umrechnung dieser Kennziffern auf solche der Bundesrepublik. Eine vollständige Vergleichbarkeit wird dabei nicht zu erreichen sein. Die dazu von der Berliner Zweigstelle des Statistischen Bundesamtes zu leistende Arbeit brachte bisher nur einige Teilergebnisse hervor. Dennoch sind sie eine wichtige Quelle für die weitere wirtschaftshistorische Forschung über die DDR. Vgl. über eine historische DDR-Statistik für die Sozialwissenschaften *W.H. Schröder*, Historische Sozialforschung: Identifikation, Organisation, Institution, Köln 1994, S. 133 ff. (Historical Social Research, Supplement No. 6).

2 Vgl. *A.O. Ritschl*, An Exercise in Futility: East German Economic Growth and Decline, 1945-89, (= Discussion Paper No. 984, hg. vom Centre for Economic Policy Research), London 1994.

3 In marktwirtschaftlichen Systemen spielen nach der keynesianischen Wachstumstheorie die Investitionen eine zentrale Rolle. Vgl. *K.H. Pribram*, Geschichte des ökonomischen Denkens, Bd.2, Frankfurt a.M. 1992, S. 934 ff.; *G. Illing*, Neue Keynesianische Makroökonomie, Tübingen 1992 (= Schriften zur angewandten Wirtschaftsforschung; 56), S. 53 ff.

brauchs, der Infrastruktur und des wirtschaftlichen Wachstums wurde von der wirtschaftshistorischen Forschung bisher wenig thematisiert.

Aufgabe dieser Studie soll es deshalb sein, in einem *ersten Teil* die Investitionsentwicklung aus volkswirtschaftlicher Sicht zu untersuchen, um in einem *zweiten Teil* das neben dem materiellen Planungsmechanismus wichtigste finanzielle Steuerungsinstrument der Wirtschaft, das Budget, zu analysieren. Im *Anhang* werden Tabellen und Abbildungen mit den dieser Untersuchung zugrunde liegenden Daten veröffentlicht.

## I. Die Entwicklung der Investitionen

Zu geringe und disproportioniert verteilte Investitionen stellen ein wichtiges Erklärungsmuster für die Systemschwäche der sozialistischen Planwirtschaft und für den Niedergang der DDR-Wirtschaft, besonders seit Mitte/Ende der siebziger Jahre, dar.<sup>4</sup> Dabei wird jedoch die Verteilung der Investitionen zwischen den Industriezweigen in den achtziger Jahren oft ebensowenig beachtet wie die historische Präfiguration dieser Struktur durch die Investitionslücke seit den frühen fünfziger Jahren.

Erst 1990 hat die offizielle DDR-Statistik eine auf einheitlicher Preisbasis (1985) berechnete Verteilung der Investitionen publiziert, die durch unveröffentlichte Angaben des Statistischen Bundesamtes, Zweigstelle Berlin, für einzelne Jahre zwischen 1951 bis 1969 ergänzt, die Datengrundlage für die nachfolgende Betrachtung bilden.<sup>5</sup>

Dabei wird auf die Investitionsquote, die Verschleißquote als Ausdruck des Ersatzinvestitionsbedarfs und vor allem auf die Verteilung der Investitionen zwischen den Wirtschaftsbereichen, speziell den Industriezweigen, einzugehen sein. Zunächst ist jedoch eine Begriffsklärung unabdingbar. Unter Investitionen, wie sie in der Statistik ihren Niederschlag fanden, verstand die DDR-Volkswirtschaftslehre den „materiellen und finanziellen Aufwand zur Schaffung neuer, Erweiterung und Modernisierung vorhandener und zum Ersatz verbrauchter Grundfonds in allen Bereichen der Volkswirtschaft.“<sup>6</sup> Es handelte sich also um „Aufwendungen für die betriebliche Rationalisierung durch Rekonstruktion und technische Neuausrüstung, den Ersatz nicht mehr rekonstruktionsfähiger Grundmittel, die Erweiterung vorhandener sowie die Schaffung neuer Grundmittel einschließlich der nichtaktivierungspflichtigen Investitionen in allen Bereichen der Volkswirtschaft.“<sup>7</sup> Sie lassen sich wie die Bruttoanlageinvestitionen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Bau- und Ausrüstungsinvestitionen gliedern, schließen jedoch abweichend davon Aufwendungen ein, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Durchführung eines Investitionsvorhabens stehen.<sup>8</sup>

Die aus dem Anteil der Investitionen am im Inland verwendeten Nationaleinkommen berechnete *Investitionsquote* ist schon aus diesem Grunde nicht mit der Investitionsquote

4 Vgl. u.a. K.C. Thalheim, Volkswirtschaft, in: A. Fischer (Hg.), Die Deutsche Demokratische Republik. Daten, Fakten, Analysen, Freiburg-Würzburg 1987, S. 88.

5 Statistisches Amt der DDR (Hg.), Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik (StJB-DDR), 35. Jg. 1990, S. 115.

6 Ökonomisches Lexikon, 2. Bd., Berlin<sup>3</sup> 1979, S. 139 f.

7 StJB-DDR 1990, S. 112.

8 K.C. Thalheim, Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland, Opladen 1988<sup>3</sup>, S. 53. In diesem Zusammenhang werden oft Bodennutzungs-, bautechnische Projektierungs- und Lizenzgebühren genannt.

marktwirtschaftlicher Systeme identisch.<sup>9</sup> Außerdem entsprechen die Definitionen der Grundmittel und des Nationaleinkommens in der planwirtschaftlichen Ökonomie nicht denen des Produktionsapparats bzw. des Bruttosozialprodukts. Eine analoge Inkompatibilität kennzeichnet auch den in der DDR gebräuchlicheren Indikator „Akkumulationsrate“, den wir wegen der Nichtberücksichtigung der produktiven Bruttoinvestitionen im vorliegenden Fall nicht benutzt haben.<sup>10</sup>

Es liegen zwar inzwischen Umrechnungen der in der DDR praktizierten Nationaleinkommensrechnung nach dem System der materiellen Produktion (Material Product System, MPS) in das UN-Richtlinien entsprechende System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (System of National Account, SNA) vor.<sup>11</sup> Sie beschränken sich jedoch bislang nur auf das Jahr 1989. Dem an längeren Zeitreihen interessierten Wirtschaftshistoriker stehen daher keine anderen als die hier publizierten Investitionsdaten zur Verfügung.

Bei der erwähnten Neuberechnung der Bruttoanlageinvestitionen wurden die nichtaktivierungspflichtigen Waren und Dienstleistungen sowie der Kauf gebrauchter Anlagen nicht mehr berücksichtigt, alle anderen „sonstigen Investitionen“ den Bauinvestitionen zugerechnet und die Investitionen der privaten Haushalte für Eigenheimbauten neu einbezogen.<sup>12</sup> Diese Umrechnungen beeinflussen daher vor allem das Verhältnis zwischen Bau- und Ausrüstungsinvestitionen. Das Verhältnis der Investitionen zum Sozialprodukt bzw. zum Nationaleinkommen und vor allem deren Verteilung auf die Wirtschaftsbereiche wird allerdings in einem so geringen Maße berührt, daß die Verwendung der 1990 durch die DDR-Statistik veröffentlichten Zahlen in unserem Falle vertretbar ist. Es ist zudem nicht anzunehmen, daß der für die Investitionsrechnungen benutzte Quellenfundus, also die Investitionsberichterstattung der Wirtschaftsbereiche, der Jahresgrundmittelbericht, die Baustatistik und die Abrechnungen des Staatshaushaltes, zu erweitern sein wird.

Die Entwicklung der DDR-Investitionsquote ist zunächst dadurch gekennzeichnet, daß sie bis in die siebziger Jahre ständig gestiegen ist, seit dieser Zeit stagnierte und in einigen Jahren sogar zurückging. (Tabelle 1) Dies reflektieren auch die Fünfjahresplanungen, die sich bis 1975 auf eine Erhöhung des Anteils der Investitionen am Sozialprodukt orientierten, seit 1976 jedoch auf ein schnelleres Wachstum des Endprodukts je Mark Investitionen.<sup>13</sup> Diese Veränderung wurde von der offiziellen DDR-Wirtschaftstheorie und -politik mit dem Übergang zur „intensiv erweiterten Reproduktion“ sowie der konsequenten Senkung des Material- und Energieverbrauchs, also letztlich mit einem effektiveren Einsatz der Grundmittel

9 Gleiches träge für eine am volkswirtschaftlichen Endprodukt orientierte Investitionsrate zu, für deren Berechnung die Statistik ohnehin keine Datengrundlage liefert.

10 Die einer Nettoinvestitionsquote ähnliche Akkumulationsrate hat daher auch den Nachteil, daß die mit neuem technischem Wissen und Können verbundenen Ersatzinvestitionen nicht berücksichtigt werden. Vgl. J. Kromphardt, Investitionen, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 4, Stuttgart 1988, S. 248.

11 R. Hein/D. Hoepfner/S. Stapel, Sozialproduktsberechnung für die ehemalige DDR. Methoden und Ergebnisse für 1989 und das erste Halbjahr 1990, in: Wirtschaft und Statistik, 1993/7, S. 466 ff.

12 Ebenda, S. 479 f.

13 R. Knauff, Die Investitionspolitik der DDR, in: G. Gumann (Hg.), Das Wirtschaftssystem der DDR, Stuttgart 1983, S. 333.



begründet.<sup>14</sup> Entscheidend waren jedoch gravierende Umverteilungen im Staatshaushalt zugunsten konsumtiver Zwecke, worauf im zweiten Abschnitt noch einzugehen sein wird.

Das Absinken der Investitionsquote wurde verschiedentlich durch die DDR-Wirtschaftswissenschaft problematisiert. So wies man nach der Durchführung von Effektivitätsmessungen darauf hin, daß die Effektivität des Investitionseinsatzes positiv mit dem Wachstum der Investitionen korrelierte.<sup>15</sup> Die Gefahr der Überakkumulation im volkswirtschaftlichen Rahmen war in der DDR im Gegensatz zu anderen RGW-Ländern gering. Hier trat vielmehr das Problem auf, daß seit Mitte der achtziger Jahre die Einsparung von Rohstoffen und Energie nicht mehr durch Investitionsverminderung erfolgen konnte, wenn das überhaupt jemals möglich war. Es hätte im Gegenteil einer Investitionskonzentration auf alternative Energieträger oder der Abkehr vom Autarkiestreben bedurft. Dies wurde jedoch durch die sich noch verstärkende Orientierung der Energiepolitik auf die immer teurer werdende Braunkohleverwertung verhindert. In den siebziger und achtziger Jahren floß dann jede vierte in der Industrie investierte Mark in die Energie- und Brennstoffindustrie, was am Ende des vorigen Jahrzehnts die für DDR-Verhältnisse beachtliche Summe von über 10 Mrd. Mark pro Jahr, also das Drei- bis Vierfache gegenüber den fünfziger und sechziger Jahren, ausmachte. (Tabelle 2) Damit stieg die jährliche Förderung von Rohbraunkohle von weniger als 250 Mill. t zu Beginn der siebziger Jahre auf über 300 Mill. t seit 1985, und sie sollte mit ständig steigendem Kostenaufwand noch mehr erhöht werden.<sup>16</sup> Der restlichen Industrie wurden daher Investitionen entzogen, ohne daß die energetische Grundlage modernisiert werden konnte.

Eine weitere Folge der Intensivierungspolitik der achtziger Jahre bestand in der planmäßigen Senkung des Bauanteils an den Investitionen.<sup>17</sup> Tatsächlich ging dieser in der Industrie von 33,7 Prozent im Jahre 1980 auf 23,9 Prozent im Jahre 1989 zurück.<sup>18</sup>

<sup>14</sup> Vgl. u.a. *H. Koziolok*, Reproduktion und Nationaleinkommen, Berlin 1979.

<sup>15</sup> „Der Zuwachs an produziertem Nationaleinkommen je Einheit Investitionen im produzierenden Bereich ist um so höher, je höher das Wachstumstempo der Investitionen ist.“ *D. Walter*, Wachstum und Effektivität der produktiven Investitionen in der Volkswirtschaft der DDR, in: Jahrbuch für Wirtschafts-geschichte, 1986/1, S. 18.

<sup>16</sup> StJB-DDR 1990, S. 24. Der extensive Charakter der Erweiterung der Braunkohlenproduktion wird auch an der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen deutlich. Während die Beschäftigtenzahl im verarbeitenden Gewerbe von 1980 bis 1989 um 0,6 Prozent sank, stieg sie im Bergbau im selben Zeitraum um 10,4 Prozent, speziell im Kohlenbergbau sogar um 11 Prozent. Die Beschäftigten des Bereiches Energie- und Wasserversorgung sowie Bergbau nahmen daher innerhalb des gesamten warenproduzierenden Gewerbes wieder 8 Prozent ein, was etwa dem Niveau der fünfziger Jahre entsprach. (Berechnet nach *Statistisches Bundesamt (Hg.)*, Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 14. Erwerbstätige 1950-1989, Wiesbaden 1994, S. 21.)

<sup>17</sup> *R. Knauff*, Die Investitionspolitik, a.a.O., S. 333. Die Fünfjahrplan-Direktive des X. Parteitages der SED verlangte eine Reduzierung des Anteils der Bauinvestitionen in der Industrie auf 25 Prozent.

<sup>18</sup> StJB-DDR 1990, S. 117. Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß die Aufteilung in Bau- und Ausrüstungsinvestitionen erheblich von der Verwendungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts in der Bundesrepublik abweicht. *R. Hein/D. Hoepfner/S. Stapel*, Sozialproduktberechnung, a.a.O., S. 481 haben für 1989 einen Anteil von 40,9 Prozent Bauinvestitionen an den Anlageinvestitionen errechnet. Dieser Wert liegt immer noch erheblich unter dem Anteil der westdeutschen Bauinvestitionen, die im selben Jahr 53,9 Prozent aller Anlageinvestitionen ausmachten. Allerdings waren die relativen Preise für Ausrüstungsgüter in der DDR wesentlich höher als in der Bundesrepublik.

Angesichts der nahezu stagnierenden industriellen Gesamtinvestitionen resultierte daraus ein weiterer Verfall, vor allem der Bauten. Der absolute Rückgang der in der Statistik nicht ausgewiesenen Nettoinvestitionen spiegelt sich mittelbar im Wachstum der Verschleißquote wider.<sup>19</sup> Sie reflektiert den „Anteil des Wertes der Grundmittel, der während der bisherigen Nutzungsdauer auf die mit ihrer Hilfe hergestellten Erzeugnisse übertragen wurde“, und kann daher durch das Ausscheiden alter Grundmittel und die Erhöhung des Anteils von Grundmitteln mit langer Nutzungsdauer, vor allem jedoch durch den Einsatz von Nettoinvestitionen gesenkt werden.<sup>20</sup> Die Statistik dokumentiert einen dramatischen Anstieg bei den Verschleißquoten des Grundmittel- sowie vor allem des Ausrüstungsbestandes aller produzierenden Bereiche.<sup>21</sup> Gesetzliche Festlegungen zur Erhöhung der normativen Nutzungsdauer verzerren die Daten noch in positiver Richtung.<sup>22</sup>

Die Investitionsvernachlässigung betraf in besonderem Maße die nichtindustriellen produzierenden Wirtschaftsbereiche und auch hier vor allem die Bausubstanz, was in einer in den siebziger Jahren stagnierenden und in den achtziger Jahren zurückgehenden Investitionsquote zum Ausdruck kam.<sup>23</sup>

Das Verkehrswesen, durch Kriegsschäden, Reparationen und Demontagen in besonderem Maße betroffen, litt nach einer unvollständigen Rekonstruktionsphase seit Ende der fünfziger Jahre permanent unter der „Politik des reduzierten Kapitaleinsatzes“.<sup>24</sup> Dies betraf vor allem den Schienen- und Straßenverkehr, drückte sich jedoch weniger in der Verschleißquote als vielmehr im Rückgang der Reinvestitionen aus.<sup>25</sup> Betrachtet man den Anteil der Verkehrs- an den Gesamtinvestitionen, so ergibt sich seit Mitte der fünfziger Jahre ein kontinuierlicher Abwärtstrend, der in Abbildung 1 als lineare Trendfunktion  $\hat{x}_t = 8,52 - 0,14t$  ( $t = -17, \dots, 17$ ) dargestellt wurde.

19 Im Jahre 1948 ging die ostdeutsche Statistik von der traditionellen Nettorechnung der amtlichen deutschen Produktionsstatistik ab und übernahm das sowjetische Bruttorechnungssystem. Vgl. B. Gleitze, Die Produktionswirtschaft der DDR im Wettbewerb mit der westlichen Industrielwelt, in: B. Gleitze/P. Chr. Ludz/K. Merkel/C. Pleyer, Die DDR nach 25 Jahren. Reihe Wirtschaft und Gesellschaft in Mitteldeutschland, Bd. 10, Berlin 1975, S. 33.

20 Ökonomisches Lexikon, 3. Bd., Berlin 1980<sup>3</sup>, S. 465.

21 Die Verschleißquote des durchschnittlichen Grundmittelbestandes stieg im produzierenden Bereich von 41,7 Prozent im Jahre 1975 auf 46,5 Prozent im Jahre 1989. Beim im gleichen Zeitraum von 46,9 Prozent auf 53,7 Prozent wachsenden Anteil der Ausrüstungen am Grundmittelbestand stieg die Verschleißquote von 48,1 Prozent (1975) auf 55,2 Prozent (1989). Vgl. StJB-DDR 1990, S. 120 f.

22 Vgl. Anordnung zur Überprüfung und Überarbeitung der normativen Nutzungsdauer und der Abschreibungsätze für Grundmittel vom 2.8.1983, in: Gesetzblatt der DDR, I, 23/1983.

23 In der Tendenz ähnliche Entwicklungen sind bei der Akkumulationsrate zu beobachten.

24 B. Rampp, Die Verkehrswirtschaft Ostdeutschlands. Eine Analyse ihres Verfalls und seiner Ursachen, S. 233. Zu den Kriegsfolgelasten L. Baar/R. Karlsch/W. Matschke, Kriegsfolgen und Kriegslasten Deutschlands. Zerstörungen, Demontagen und Reparationen., Berlin 1993, S. 46 f.

25 B. Rampp, Die Verkehrswirtschaft, S. 208 ff. - Das Absinken der Verschleißquote bei der praktisch den gesamten zivilen Luftverkehr der DDR repräsentierenden Interflug von 54,9 Prozent im Jahre 1988 auf 34,9 Prozent im Jahre 1989 zeigt übrigens die nur bedingte Aussagekraft dieses Indikators, vor allem bei kleineren Grundgesamtheiten. Die Veränderung um 20 Prozentpunkte wurde allein durch den Ankauf von 3 Airbus-Flugzeugen, die zu einem Umrechnungskurs von 4,4 : 1 in den Grundfondsbestand eingingen, verursacht. Vgl. Ebenda, S. 204.

Neben der Stagnation der Investitionsquote in den achtziger Jahren ist die im RGW-Rahmen besonders in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre niedrige Investitionsquote evident. Diese Tatsache wird in der Regel mit der Notwendigkeit eines höheren Lebensstandards im westlichsten Ostblockstaat und der bis 1961 offenen Grenze zur Bundesrepublik begründet.<sup>26</sup> Gerade die außergewöhnlich niedrigen Investitionen in der Industrie in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre weisen jedoch auf die bislang weniger beachtete Tatsache hin, daß im Zuge der Reparationslieferungen und der weitgehenden Orientierung der DDR-Wirtschaftspolitik an sowjetischen Interessen bis 1953/54 eine gewaltige Investitionslücke entstand. In der DDR hatten bis dahin die Reparationslieferungen aus der laufenden Produktion an die UdSSR Primat. Die ohnehin knappen Investitionen wurden durch den ersten Fünfjahrplan über den Staatshaushalt auf wenige Großprojekte konzentriert. Sie flossen entweder in Reparationsindustrien, vor allem in den Schiffbau (Warnowwerft Warnemünde) und ausgewählte Werkzeugmaschinenhersteller (Aschersleben, Gera, Chemnitz), oder als ausgesprochene Autarkieinvestitionen in die Energie- und Brennstoffindustrie (Braunkohlenförderung und -verarbeitung um Lauchhammer) sowie die Metallurgie (Hüttenwerk in Eisenhüttenstadt, Walzwerk Finow, Stahl- und Walzwerke in Brandenburg und Hennigsdorf, Maxhütte Unterwellenborn, Rohrwerk Zeithain, Edelstahlwerk Freital, Zinnhütte Freiberg, Nickelhütte St. Egidien). Ein weiteres, mittelfristig aber sekundäres „Investitionshemmnis“ stellten die wirtschaftlichen Auswirkungen des 17. Juni 1953 dar.<sup>27</sup> Ein Indiz für verbreitete Unterinvestition ist die Tatsache, daß im Jahre 1956 in 46 von 70 Industriezweigen die Investitionshöhe unterhalb des Amortisationsaufkommens lag.<sup>28</sup> Bei allen bereits erwähnten und auch berechtigten Einwänden gegen einen unmittelbaren Vergleich kann daher davon ausgegangen werden, daß die DDR bis in die sechziger Jahre hinein eine im west- wie osteuropäischen Vergleich ausgesprochen niedrige Investitionsquote aufwies.<sup>29</sup>

In einem Wirtschaftssystem, das mehr von der Distribution chronisch knapper Ressourcen, Kapazitäten und Arbeitskräfte bestimmt wird als von den durch absolute Zahlen reflektierten und politisch deformierten Kapitalkreisläufen, ist neben der Investitionsquote die Verteilung der Investitionen auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche von erheblicher Bedeutung. Aus diesem Grunde ist es durchaus sinnvoll, Berechnungen auf der Grundlage prozentualer Anteile und nicht absoluter Daten vorzunehmen.

Betrachtet man daher die *Verteilung der Investitionen* auf die Wirtschaftsbereiche, so fällt auf, daß die Industrie der DDR, wie in den anderen RGW-Staaten auch, einen größeren Anteil in Anspruch nahm als in den westlichen Industrieländern. Bei der Betrachtung der

26 K. C. Thalheim, Die wirtschaftliche Entwicklung, a.a.O., S. 48.

27 Die Bruttoinvestitionen stagnierten 1954 im Vergleich zum Vorjahr. (Tabelle 1) Nach einer zeitgenössischen Statistik lagen die Investitionen in der volkseigenen Industrie sowohl 1954 mit 4546 Mill. M als auch 1955 mit 4778 Mill. M unter dem Wert von 1953 mit 4845 Mill. M. (Angaben in jeweiligen Preisen in: *Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (Hg.)*, Die Entwicklung der Investitionen, Generalreparaturen und Lizenzen im ersten Fünfjahrplan, Berlin 1956, S. 3.)

28 M. Elle/J. Roesler/V. Siedt, Wirtschaftswachstum in der Industrie der DDR 1945-1970, Berlin 1986, S. 243.

29 Zum internationalen Vergleich *United Nations (Hg.)*, Yearbook of National Accounts Statistics 1969, New York 1971, Vol. II, table 2; zur Bundesrepublik G. Ambrosius, Das Wirtschaftssystem, in: W. Benz (Hg.), Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Bd. 2. Wirtschaft, S. 20 ff.

zeitlichen Entwicklung an den Gesamtinvestitionen wird neben dieser nicht überraschenden Tatsache deutlich, daß der Industrieanteil bis 1989 einem ungebrochenem Wachstumstrend folgte. (Abbildung 1) Im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr sinkende industrielle Anteile an den Gesamtinvestitionen in den Jahren 1955, 1958, 1961, 1966 bis 1968, 1973 bis 1975 sowie 1984 bis 1986 stellten lediglich konjunkturelle Phänomene dar. Analog der Entwicklung des Verkehrsinvestitionsanteils läßt sich auch die Zeitreihe des Industrieanteils durch eine lineare Trendfunktion mit der Formel  $\hat{x}_t = 48,8 + 0,35t$  ( $t = -20, \dots, 20$ ) darstellen.

Folglich wurde die Industrialisierungspolitik der fünfziger Jahre nie aufgegeben. Die stärksten konjunkturellen Abweichungen fallen in die Jahre der dezentralisierenden Wirtschaftsreform bzw. der beginnenden Wirksamkeit der sogenannten Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Modernisierungen im tertiären Sektor oder im Infrastrukturbereich, wie in westlichen Staaten seit den sechziger Jahren blieben aus.<sup>30</sup> Auf die Entwicklung des Verkehrsinvestitionsanteils ist bereits hingewiesen worden.<sup>31</sup> Der Anteil der in der DDR-Statistik zu den sonstigen produzierenden Bereichen gezählten Branchen, wie Binnenhandel, Bauwirtschaft sowie Post- und Fernmeldewesen, stieg zwar von einem sehr geringen Ausgangsniveau in den fünfziger Jahren bis 1970 kontinuierlich an, schwankte jedoch seitdem mit sinkender Tendenz zwischen 6 und 8 Prozent.

Im Gegensatz zu diesen Reihen lassen sich Trends im Sinne von langfristigen systematischen Veränderungen des mittleren Niveaus bei den Zeitreihen der Investitionsanteile von Land- und Forstwirtschaft, Wohnungsneubau sowie der einzelnen Industriezweige relativ schwer isolieren.<sup>32</sup> (Abbildung 2) Die in der Regel unregelmäßigen Zyklen der Investitionsanteilsentwicklung widersprechen den möglicherweise vorhandenen Vorstellungen über eine planmäßige, auf Bewahrung der Proportionen gerichtete Investitionspolitik.

Bislang standen die Investitionszyklen vor allem als Ergebnisse der Perspektivplanzeiträume im Blickpunkt der wissenschaftlichen Diskussion.<sup>33</sup> Zur Erklärung der auftretenden Schwankungen wurden dabei mitunter die Interessengegensätze zwischen Planenden und Ausführenden genannt. Angeblich bevorzugten die Planenden den Investitionssektor, die Ausführenden den Konsumsektor, woraus sich Konflikte und Quasi-Zyklen ergeben konnten.<sup>34</sup> Unser Befund weist jedoch aus, daß gerade in der Phase des sogenannten Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖS) seit Mitte der sechziger Jahre, also zu einem Zeitpunkt relativ großer Kompetenz dezentraler Entscheidungsträger, die Investitionsquoten generell und speziell im Investitionsgüterbereich am höchsten waren. Die Existenz planungsperiodenabhängiger Schwankungen ist ohnehin weniger deutlich nachzuweisen als

30 Zum Strukturwandel der westlichen europäischen Industriestaaten *W. Fischer*, *Wirtschaft, Gesellschaft und Staat in Europa 1914-1980*, in: *W. Fischer (Hg.), Europäische Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart (= Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 6)*, Stuttgart 1987, S. 95 ff.

31 Das kontinuierliche Absinken wurde hier lediglich durch einige Großprojekte wie zuletzt den Bau des Fährhafens Mukran (Investitionsschwerpunkt 1984-1986) unterbrochen.

32 *B. Leiner*, Einführung in die Zeitreihenanalyse, München-Wien 1986<sup>2</sup>, S. 8 ff.

33 *J. Roesler*, Investitionsrhythmus und materielle Interessiertheit in der Volkswirtschaft der DDR von 1950 bis 1970, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1985/2*, S. 139.

34 *S. Paraskewopoulos*, Konjunkturkrisen im Sozialismus, Stuttgart 1985.

die unterschiedlich langen Zyklen der Investitionsverteilung auf verschiedene Wirtschaftsbereiche.<sup>35</sup>

Unabhängig von Planungsperioden führten aber starke „Investitionsschübe“ in einer Branche sehr oft zu Engpässen und Disproportionen in anderen, besonders im Konsumgütersektor. Daraufhin begann, falls man es vermochte, ein Prozeß der Konsolidierung, oft durch stärkere Berücksichtigung des Konsums. Generell sind diese Zyklen also als Ausdruck der permanenten Versuche zu werten, „Disproportionen“ zu beseitigen. Diese resultierten aus der Vernachlässigung von Folgeinvestitionen und/oder standen im Zusammenhang mit äußeren Einflüssen, vor allem der Entwicklung der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt. Von einem regelmäßigen Investitionsrhythmus kann also nicht die Rede sein. Investitionsschübe gingen sogar oft von außerplanmäßig initiierten Großprojekten aus. Kurzfristige Reaktionen auf akute Engpässe waren oftmals wesentlich strukturprägender als langfristige Planungsprozesse. Nimmt man allein den Verkehrssektor, so erfolgte ein großer Teil der Investitionen, nachdem der Vorsitzende des Ministerrates Ausnahmegenehmigungen zum Baubeginn vor Abschluß entsprechender Projektierungsarbeiten erteilt hatte.<sup>36</sup>

Die vorliegenden Daten bestätigen somit, daß der Anspruch, durch zentrale Planung mit wissenschaftlichen Methoden proportionale Volkswirtschaftsstrukturen zu entwickeln, nicht erreicht wurde. Der Wirtschaftshistoriker hat allerdings darüber hinaus nach den konkreten Entwicklungsvoraussetzungen und nach -alternativen innerhalb des zentralwirtschaftlichen Rahmens zu fragen. In diesem Zusammenhang ist nochmals auf die Hypothek der Investitionslücke in den fünfziger Jahren hinzuweisen, die den Spielraum der Investitionspolitik enorm einengte.

Bei einer Zerlegung der einzelnen Zeitreihen in Trend- und Zykluskomponente<sup>37</sup> ist u. E. von folgenden Hypothesen auszugehen: Die Jahre um 1970 stellen bei der zeitlichen Entwicklung mehrerer Reihen einen Strukturbruch dar und sind daher als wichtigste Zäsur in der Investitionspolitik anzusehen. Der Anteil der Landwirtschaftsinvestitionen ging seit dieser Zeit kontinuierlich zurück und Wohnungsbauinvestitionen erlebten bis Mitte der achtziger Jahre einen relativen Bedeutungszuwachs. Die direkt mit dem Machtverlust Ulbrichts verbundene Wende in der Energiepolitik führte zu einer Renaissance der Energie- und Brennstoffindustrie. Die gerade begonnene Investitionslenkung in moderne, als Multiplikator neuer Technologien fungierende Zweige wie Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau wurde abgebrochen und erst zu einem Zeitpunkt wiederaufgenommen, als der Rückstand gegenüber führenden westlichen Industriestaaten nicht mehr

35 L. Baar, Zur ökonomischen Strategie und Investitionsentwicklung in der Industrie der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1983/2, S. 22 ff.

36 Das trifft beispielsweise auf den Bau des Überseehafens Rostock Ende der fünfziger Jahre und die Elektrifizierung zahlreicher Eisenbahnstrecken in den sechziger und achtziger Jahren zu. Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (BArch Potsdam), Deutsche Investitionsbank (DN-3), Nr. 1431a, Bl. 1510.

37 Zur Komponentenzzerlegung in Zeitreihen vgl. R. Metz, Ansätze, Begriffe und Verfahren der Analyse ökonomischer Zeitreihen, in: Historical Social Research 13/3, 1988, S. 23 ff.; H. Thome, Beschreibende Zeitreihenanalyse: Komponentenzzerlegung mit Hilfe gleitender Mittelwerte, in: Ebenda, 17/3, 1992, S. 63 ff.

aufholbar war.<sup>38</sup> Weitere Zäsuren sind in den späten fünfziger Jahren mit dem Abschluß der großen Autarkieinvestitionen sowie 1983/84 unter dem Eindruck energie- und außenwirtschaftlich veränderter Rahmenbedingungen erkennbar.

Die negativen volkswirtschaftlichen Effekte der Unterinvestition sowie der Konzentration von Investitionen auf die Herstellung einer weitgehend autarken Wirtschaft in den fünfziger Jahren können überwiegend als Kriegsfolgelast und Auswirkung der deutschen Teilung angesehen werden und waren daher, wenn auch unter großen Schwierigkeiten und nur zum Teil, reparabel. Die Problematik der Investitionsentwicklung seit den siebziger Jahren lag jedoch weniger in der Stagnation bzw. dem Abfall der Investitionsquote, sondern vielmehr in der Konzentration der Mittel und Kapazitäten auf die Erhaltung oder sogar den extensiven Ausbau traditioneller Wirtschafts- bzw. Industriestrukturen und der damit verbundenen beinahe völligen Vernachlässigung modernisierungsfördernder Investitionen sowie dem zunehmenden Verfall der Infrastruktur. Dabei handelte es sich in erster Linie um einen im planwirtschaftlichen System begründeten Defekt, der durch die zunehmenden Schwankungen in der Investitionsverteilung, die der Propaganda von der proportionalen und kontinuierlichen Wirtschaftsentwicklung diametral entgegenstanden, nicht nur nicht behoben, sondern zum Teil sogar verschärft wurde.

## II. Möglichkeiten und Grenzen einer budgetpolitischen Steuerung des Wirtschaftswachstums in der DDR

Die Finanz- und Budgetpolitik gehört in allen hochindustrialisierten Staaten marktwirtschaftlicher Ordnung zu den wichtigsten Steuerungsinstrumenten konjunktureller Prozesse. Idealtypischerweise ist die Finanzpolitik bemüht, die wirtschaftlichen Aktivitäten von Unternehmen, privaten Haushalten und Gebietskörperschaften so zu beeinflussen, daß ein möglichst hoher Beschäftigungsgrad gesichert wird, das Produktionspotential wächst, ein außenwirtschaftliches Gleichgewicht erhalten bleibt und inflationsbedingte Veränderungen im Preissystem nicht zu groß werden.<sup>39</sup>

Obwohl die DDR unbeschadet der systembedingten und im Laufe ihrer Entwicklung anwachsenden wirtschaftlichen Effizienzurückstände unzweifelhaft zur Gruppe der Staaten mit hohem Industrialisierungsgrad gehörte, war der öffentliche Haushalt nicht in gleichem Maße Schlüsselinstrument der Wirtschaftspolitik wie z. B. in der Bundesrepublik. Das Budget war vielmehr in Konsequenz des Fortbestehens eines Bewirtschaftssystems mit gesamtwirtschaftlichem Anspruch dem Volkswirtschaftsplan, einem Mengenplan, untergeordnet und stellte

38 Erst in den achtziger Jahren wurden Halbleiterproduktion, Mikroelektronik und EDV-Technik zum Investitionsschwerpunkt. Das alle wesentlichen Komponenten von EDV-Anlagen selbst herstellende Kombinat „Robotron“ konnte den Rückstand zu Westeuropa, den USA und vor allem zu Japan nicht verkleinern. Völlig irrational und politisch ambitioniert war 1987 bis 1989 die Erhöhung des Investitionsanteils dieser Branche auf fast 14 Prozent mit dem Ziel, den 1-Megabit-Speicherchip in die Serienproduktion zu überführen sowie einen 4-Megabitchip und 32-bit-Mikroprozessor zu entwickeln. Diese spektakuläre Milliardeninvestition erreichte aber keine Innovationsbreite, fehlte doch auch hier das erforderliche Umfeld, und sie kam vor allem viel zu spät.

39 Vgl.: H. F. Buck, Ordnung des Haushaltswesens und staatliche Ausgabenpolitik in der DDR und in der Bundesrepublik Deutschland, in: G. Gutmann (Hg.), Basisbereiche der Wirtschaftspolitik in der DDR. Geld-, Finanz- und Preispolitik, Köln 1983, S. 103.

gemeinsam mit dem Kreditplan und den Finanzplänen der Staatsunternehmen ein Residuum des Planungsprozesses dar. Die Aufgabe des Budgets bestand in der Sicherstellung der zum Mengenplan korrespondierenden Finanzströme.<sup>40</sup> Darin unterschied sich die ostdeutsche Entwicklung nicht von der UdSSR und den anderen Ostblockstaaten.<sup>41</sup>

Unabhängig davon hatten aber Besonderheiten Bestand, die sowohl aus Nachwirkungen finanzpolitischer Traditionen als auch aus dem industriellen und sozialen Entwicklungsniveau Ostdeutschlands resultierten.<sup>42</sup> Gemeinsamkeiten mit der Bundesrepublik bestanden bei einem Teil der Regierungsaufgaben, den Techniken der Budgetierung, den Grobstrukturen der öffentlichen Haushalte, der Bereitstellung öffentlicher Güter und Leistungen sowie deren vorrangiger Finanzierung durch öffentliche Einnahmen, also staatlich bestimmter Zwangsabgaben. Auch in der DDR existierte eine nach den Grundsätzen der Kameralistik geführte Rechnungslegung über den Vollzug des öffentlichen Haushalts. Diese Merkmale der Haushaltswirtschaft müssen als systemneutral bewertet werden, aus ihnen ergaben sich ähnliche Hauptaufgaben für die Staatsfinanzwirtschaft.

Die Unterschiede waren aber dennoch gravierend. Es handelte sich dabei, um nur einige zu nennen, um den hohen Sozialisierungsgrad, die Dominanz der güterwirtschaftlichen gegenüber der finanziellen Lenkung der Wirtschaft, den weitgehenden Verlust der Eigenständigkeit aller Finanzebenen jenseits der Zentrale, die starke Zentralisierung von wirtschafts- und finanzpolitischen Entscheidungen, schließlich den direkteren Zugriff des Staates auf das Kreditssystem. Vor diesem Hintergrund drängt sich die Frage auf, ob eine Untersuchung über Möglichkeiten und Grenzen einer budgetpolitischen Steuerung des Wirtschaftswachstums in der DDR auf der Grundlage von langen Haushaltsdatenreihen überhaupt sinnvoll ist. Die Antwort hängt wohl vor allem davon ab, welche Bedeutung dem Staatshaushalt für die Wirtschafts- und Finanzpolitik der DDR beigemessen werden kann.

Nach dem Selbstverständnis der DDR-Finanzwissenschaft war der Staatshaushalt ein zentrales Instrument der finanziellen Seite der Wirtschaftsplanung, mit dessen Hilfe beträchtliche Teile des Nationaleinkommens umverteilt werden konnten.<sup>43</sup> Obwohl die Bedeutung des Budgets für die staatliche Finanzplanung der DDR nicht ernsthaft bezweifelt werden kann, handelte es sich dabei weder um ein alleiniges Lenkungsinstrument der Wirtschaft noch um einen Finanzplan der gesamten Volkswirtschaft. Trotzdem besaß die Budgetpolitik in der DDR, wie auch in den anderen staatssozialistischen Ländern sowjetischen Typs, Einfluß auf die Allokation von Ressourcen, die Distribution des Volkseinkommens und, wenn auch ein-

40 Vgl.: R. Holzmann, Die Neugestaltung des staatlichen Budgetwesens. Notwendigkeit und Erfahrungen in mittel- und osteuropäischen Ländern im Übergang, Wien 1991 (= Forschungsbericht 9117, hrsg. vom Ludwig Boltzmann Institut für ökonomische Analysen wirtschaftspolitischer Aktivitäten).

41 Eine sehr detaillierte Untersuchung über den Staatshaushalt der UdSSR wurde bereits Mitte der 50er Jahre unter der Leitung von Karl C. Thalheim erarbeitet. Vgl.: W. Förster/G. Menz-Goller, Die Rolle der Finanzwirtschaft im sowjetischen Wirtschaftssystem (= Berichte des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin, Wirtschaftswissenschaftliche Folge Nr. 6, hg. von K. C. Thalheim), Berlin 1955.

42 Vergleiche zum Transformationsprozeß der Finanzverfassung der SBZ/DDR: F. Zschaler, Die Entwicklung einer zentralen Finanzverwaltung in der SBZ/DDR (1945-1949/50), in: H. Mehringer (Hg.), Von der SBZ zur DDR. Studien zum Herrschaftssystem in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, München 1995.

43 Vgl. J. Gurtz, Staatshaushalt, in: Ökonomisches Lexikon, Bd. 3 (Q-Z), Berlin 1980<sup>3</sup>, S. 222 f.

geschränkt, die Stabilisierung wirtschaftlicher Prozesse. Außerdem wuchs dem Staatshaushalt zumindest zeitweise die Stellung als „größtes Kapitalsammelbecken“ der Volkswirtschaft zu. Wenn das Budget und mithin die Budgetpolitik auch in starkem Maße von der zentralen Wirtschaftsplanung abhingen, waren sie doch besser als Instrumente für die Wirtschaftslenkung geeignet als andere Bestandteile der Finanzpolitik.<sup>44</sup>

Dessen ungeachtet wurde das Budget der DDR von der wirtschaftshistorischen Forschung bisher kaum thematisiert. Bis 1989/90 erfolgten Reflexionen fast nur aus finanz- oder politikwissenschaftlicher Sicht.<sup>45</sup> Seit dem Ende der zentralplanwirtschaftlichen Systeme in Mittel-, Ost- und Südosteuropa konzentriert sich das wissenschaftliche Interesse auf die Staaten, die gegenwärtig den Transformationsprozeß vollziehen, während er in Ostdeutschland mit Übernahme des Bundesrechts auf diesem Gebiet als bereits abgeschlossen angesehen wird.<sup>46</sup> Auch das Statistische Bundesamt wird, im Gegensatz zu den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, keine langen Reihen über die Staatshaushaltsdaten Ostdeutschlands rückrechnen.<sup>47</sup> Neben einer Unterschätzung von Bedeutung und Aussagekraft finanzhistorischer Daten als Indikatoren für die wirtschaftliche Entwicklung in planwirtschaftlichen Systemen sind dafür auch hier schwerwiegende Probleme mit den Daten selbst verantwortlich.

Da die DDR keine der Bundesfinanzstatistik vergleichbare Finanzstatistik besaß, blieb es dem Ministerium der Finanzen vorbehalten, einen Teil der Daten für die Veröffentlichung in den Statistischen Jahrbüchern freizugeben. Auf diese Weise wurden auch dort keine über die Globalzahlen (Einnahmen, Ausgaben) hinausgehenden langen Reihen publiziert. Jede seriöse budgetstatistische Analyse erfordert deshalb heute einen Zugriff auf die Primärquellen. Für unsere Untersuchung wurden daher die Haushaltsrechnungen der DDR von 1950 bis 1988 ausgewertet (Tabelle 3), die sich heute im Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam, befinden, aber bis 1990 als Vertrauliche Verschlussachen bzw. Geheime Regierungssachen für die Nutzung gesperrt waren oder z. T. erst nach der Abwicklung des DDR-Finanzministeriums an das Archiv abgegeben wurden.<sup>48</sup> Die von der DDR publizierten Globalzahlen des Budgets

44 H. F. Buck, Ordnung des Haushaltswesens, a. a. O., S. 108.

45 Vgl. u. a.: G. Gutmann (Hg.), Basisbereiche der Wirtschaftspolitik in der DDR. Geld-, Finanz- und Preispolitik, a. a. O.

46 Im Gegensatz dazu erfreuen sich die Transformationsprozesse der Budgetpolitik in ostmittel- und osteuropäischen Ländern eines größeren wissenschaftlichen Interesses. Vgl.: R. Holzmann, Die Neugestaltung des staatlichen Budgetwesens. Notwendigkeit und Erfahrungen in mittel- und osteuropäischen Ländern im Übergang, a. a. O.

47 Eine Rückrechnung nach dem in der Bundesrepublik üblichen System of National Account (SNA) ist nur für die Rechnungsjahre 1987, 1988 und 1989 vorgesehen.

48 Die hier verwendeten Daten der Haushaltsrechnungen stammen aus den folgenden Archivquellen: 1950: Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (BArch Potsdam), Präsidium des Ministerrates (C-20), Nr. I/3-23; 1951: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-65, Ministerium der Finanzen, Verschlussachenbestand (DN-1-VS), Nr. 19/80; 1952: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-112, DN-1-VS, Nr. 19/80 und BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-201, DN-1-VS, Nr. 25/80; 1953: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-226, DN-1-VS, Nr. 22/80; 1954: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-254, DN-1-VS, Nr. 4/80; 1955: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-280, DN-1-VS, Nr. 28/80; 1956: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-280, DN-1-VS, Nr. 3/80; 1957: BArch Potsdam, C-20, Nr.: I/4-1449—1451, DN-1-VS, Nr. 31/80; 1958: BArch Potsdam, DN-1-VS, Nr.: 3/79; 1959: BArch Potsdam, C-20, Nr. 324, DN-1-VS, Nr. 39b/80; 1960: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3 342, 1961: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/4-603, DN-1-VS, Nr. 23/80, 1962: BArch Potsdam, DN-1-VS, Nr. 29/80; 1963: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3 342, I/4 995, DN-1-VS, Nr. 41/80; 1964:



stimmten seit dem Rechnungsjahr 1966 mit den regierungsinternen Daten überein. Allerdings sind die Angaben zur Struktur der Einnahmen und Ausgaben in keiner Weise befriedigend, so daß kaum Rückschlüsse auf die allokatons-, distributions- und stabilitätssteuernde Funktion des Staatshaushalts möglich waren.<sup>49</sup>

Weitere Probleme ergeben sich aus der häufig wechselnden Haushaltsnomenklatur und dem Verzicht der DDR-Statistik, die Preisbasiswerte der öffentlichen Haushalte genauso zu behandeln wie die der Wirtschaftsdaten. Daher wurden die Budgetdaten immer zu jeweiligen (effektiven) Preisen ausgewiesen, jene über Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts jedoch auf der Grundlage von Basispreisen, zuletzt bezogen auf das Jahr 1985. Es ist aus methodischen Gründen nicht möglich, die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben mit einem Faktor auf eine einheitliche (z. B. die 1985er) Preisbasis umzurechnen. Die DDR-Statistik legte ihren Basisumrechnungen eine Vielzahl von Faktoren für unterschiedliche Güter und Dienstleistungen in den Wirtschaftsbereichen zugrunde, entwickelte aber keine Faktoren für die besonderen Leistungen des Staates. Bei einem Vergleich langer Datenreihen aus beiden Bereichen müssen also unvermeidlich Wirtschaftsdaten mit unterschiedlichen Preisbasiswerten den Budgetdaten zu jeweiligen Preisen gegenübergestellt werden. Bei der Berechnung von Quoten lassen sich Sprünge an den Übergängen zu neuen Preisbasen ebensowenig vermeiden wie geringe Verzerrungen. Der Einfluß dieser Probleme auf den Aussagewert der Datenreihen dürfte aber eher gering sein.

In unserer Untersuchung wird die Entwicklung von Staatsquote, staatlichen Investitionen und Subventionen (Preisstützungen) von 1950 bis 1988 verglichen.<sup>50</sup> Die Datengrundlage bilden lange Reihen. (Tabelle 3, Abbildung 3) Die Angaben über das produzierte Natio-

---

BArch Potsdam, C-20, Nr. 1179, DN-1-VS, Nr. 38/80, 1965: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/4-1449-1451, DN-1-VS, Nr. 43/80; 1966: BArch Potsdam, DN-1-VS, Nr. 9b/81, 1967: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-688, DN-1-VS, Nr. 46/80; 1968: BArch Potsdam, DN-1-VS, Nr. 4/81; 1969: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-801, DN-1-VS, Nr. 45/80; 1970: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-855, DN-1-VS, Nr. 5/79; 1971: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-971, DN-1-VS, Nr. 8/79; 1972: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-1057, DN-1-VS, Nr. 6/79; 1973: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-1176, DN-1-VS, Nr. 4/79; 1974: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-1259, DN-1-VS, Nr. 7/79; 1975: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/4-3569, DN-1-VS, Nr. 1/81; 1976: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/4-3840, DN-1-VS, Nr. 6/81; 1977: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/4-4090, DN-1-VS, Nr. 7/81; 1978: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-1577, DN-1-VS, Nr. 9a/81; 1979: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/4-4551, DN-1-VS, Nr. 3/82; 1980: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-1736/1, DN-1-VS, Nr. 3/83; 1981: BArch Potsdam, DN-1-VS, Nr. 8/85, DN-1-VS, Nr. 6/85; 1982: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-1982, DN-1-VS, Nr. 8/85; 1983: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-2042, DN-1-VS, Nr. 7/85; 1984: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-2192, DN-1-VS, Nr. 8/86; 1985: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-2308/2, DN-1-VS, Nr. 3/88; 1986: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-2458, DN-1-VS, Nr. 7/88; 1987: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-2659, DN-1-VS, Nr. 6/88; 1988: BArch Potsdam, C-20, Nr. I/3-2810, DN-1-VS, Nr. 27/90. Für 1989 liegt nur ein Bericht über die „Erfüllung wesentlicher Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushaltsplans vom 01. Januar bis 30. September“ vor: BArch Potsdam, C-20, I/3-2867.

49 Bis 1965 wurden die Globalzahlen zu hoch (1950: + 21,6 Prozent, 1951: + 18,6 Prozent) oder zu niedrig (1964: - 6,8 Prozent, 1965: - 10,8 Prozent) angegeben.

50 Im Jahr 1949 war noch die Reichshaushaltsordnung (RHO) in Kraft. Der für dieses Jahr aufgestellte Haushalt der Deutschen Wirtschaftskommission ist mit den ab 1950 aufgestellten Staatshaushaltsplänen der DDR, die nach dem Einheitsprinzip die Haushalte der anderen Gebietskörperschaften einschlossen, nicht vergleichbar. Zur Haushaltsrechnung 1989 siehe FN 47.

naleinkommen<sup>51</sup> und die volkswirtschaftlichen Gesamtinvestitionen wurden den statistischen Jahrbüchern der DDR entnommen<sup>52</sup>, die öffentlichen Gesamtausgaben, die Investitionen aus dem Staatshaushalt und die Preisstützungen den jeweiligen Jahresrechnungen des DDR-Staatshaushalts. Wahrscheinlich werden in diesen Reihen die staatlichen Investitionen etwas zu niedrig angegeben, weil Investitionen aus Sonderprogrammen, z. B. für die Aufrüstung, in anderen Kapiteln der Haushaltsrechnungen enthalten, aber nicht als solche erkennbar sind. Die Preisstützungen betreffen landwirtschaftliche und Industriegüter für den Binnenverbrauch. Für die Jahre 1960 bis 1964 und 1966 wurden sie nicht einzeln ausgewiesen. Daten über Exportpreisstützungen sind nur in den Haushaltsrechnungen der frühen fünfziger und späten achtziger Jahre enthalten, so daß keine Datenreihe aufgestellt werden konnte.

Die öffentlichen Haushalte stellen nur einen Teil der Gesamtk Aktivitäten des Staates dar. Gerade in einer Zentralplanwirtschaft ist das Wachstum des Budgets also kein ausreichender Indikator für den Staatsinterventionismus. Dieser drückt sich z. T. stärker in der Dominanz staatlicher Unternehmen, der quantitativen Volkswirtschaftsplanung, weiteren regulativen Staatseingriffen, der unterschiedlichen Behandlung von staatlichen und privaten Unternehmen bei der Erhebung von Steuern, der staatlich gelenkten Kreditvergabe etc. aus.<sup>53</sup>

Dennoch kann die *Staatsquote*, also der Anteil der Ausgaben der öffentlichen Haushalte am produzierten Nationaleinkommen<sup>54</sup> als brauchbare Meßgröße dienen, um zu ermitteln, in welchem Umfang in der Geschichte der DDR das Sozialprodukt über den Staat umverteilt wurde. Damit sind Rückschlüsse auf den Zentralisierungsgrad möglich. In Phasen zunehmender Zentralisierung müßte die Allokation und Distribution von Kapital und Einkommen über öffentliche Haushalte wachsen, in Phasen der Dezentralisierung wegen einer stärkeren Betonung von Selbstfinanzierungsinstrumenten jedoch zurückgehen.

Die vorliegenden Daten erlauben eine Einteilung der Gesamtentwicklung in vier Phasen. In der *ersten Phase (1950 bis 1962)* bewegte sich die Staatsquote mit Ausnahme der Jahre 1956 und 1957<sup>55</sup> bei oder über 60 Prozent, näherte sich aber nur 1953 der 70 Prozentmarke. In einer *zweiten Phase (1963 bis 1970)* lagen die Werte deutlich unter dem Niveau der

51 Da die DDR-Statistik die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nach der Bruttorechnungsmethode ermittelte, was zu Doppelzählungen führte, lassen sich die Sozialproduktgrößen nicht mit denen des System of National Account vergleichen. Beim produzierten Nationaleinkommen handelt es sich um das Gesellschaftliche Gesamtprodukt (Bruttoprodukt) abzüglich des Produktionsverbrauchs und der sog. Verrechnungen, eine Art Subventionen für Materialkäufe.

52 Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik (StJB-DDR) 1967, 12. Jahrgang, hg. von der Zentralverwaltung für Statistik, Berlin 1967, S. 21 f.; StJB-DDR 1973, 18. Jahrgang, dito, Berlin 1973, S. 17 f.; StJB-DDR 1981, 26. Jahrgang, dito, Berlin 1981, S. 13 f.; StJB-DDR 1985, 30. Jahrgang, dito, Berlin 1985, S. 13, 15.; StJB-DDR 1990, 35. Jahrgang, Statistisches Amt der DDR (Hg.), Berlin 1990, S. 13, 15.

53 Vgl. dazu für die Entwicklung in der Bundesrepublik: G. Ambrosius, Staatsausgaben und Staatsquoten der Bundesrepublik in den 50er Jahren - ihre Einflußfaktoren im internationalen Vergleich, in: D. Petzina (Hg.), Ordnungspolitische Weichenstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg (Schriften des Vereins für Socialpolitik Bd. 203), Berlin 1991, S. 34-53.

54 Für diese Studie wurden die öffentlichen Gesamtausgaben lt. Haushaltsrechnung so korrigiert, daß nur der Bilanzsaldo der Sozialversicherung, welcher tatsächlich aus dem Haushalt finanziert wurde, bei den Sozialausgaben Berücksichtigung fand. Dazu war es erforderlich, die Einnahmen der Sozialversicherung auf beiden Seiten der Haushaltsrechnung abzuziehen.

55 Für dieses Problem gibt es noch keine ausreichende Erklärung.

fünfziger Jahre. Abgesehen von 1964 sank der Anteil der öffentlichen Gesamtausgaben am produzierten Nationaleinkommen langsam bis 1968 auf 51,89 Prozent, stieg dann bis 1970 auf 55,73 Prozent, erreichte damit aber noch nicht die Höhe der ersten Phase.<sup>56</sup> In der *dritten Phase (1971 bis 1982)* stieg die Staatsquote kontinuierlich an, erreichte Ende der siebziger Jahre 70 Prozent (1979)<sup>57</sup> und wuchs bis 1982 um weitere 10 Prozentpunkte. In der *vierten und letzten Phase (1983 bis 1988/89)* erhöhte sie sich schließlich auf 90 Prozent (1985) und pendelte sich in dieser Größenordnung ein. Für das letzte hier erfaßte Jahr 1988 läßt sich eine Staatsquote von 93,5 Prozent ermitteln.

Mit Hilfe dieser Berechnungen kann also eine wichtige These über die Wirtschaftsgeschichte der DDR unterstützt werden: Nach der stark zentralistischen Wirtschaftslenkung in den fünfziger Jahren setzten mit der Wirtschaftsreform in den sechziger Jahren deutlich spürbare Dezentralisierungsprozesse ein. Der Abbruch der Reform wurde im erneuten Anstieg der Staatsquote erkennbar. Ihr dramatischer Zuwachs ab 1983 war schließlich Ausdruck einer umfassenden Wirtschafts- und Gesellschaftskrise. Der Staat versuchte aus stabilitätspolitischen Gründen, das gesamte für ihn verfügbare Sozialprodukt umzuverteilen, konnte damit aber den fortschreitenden Verfall des Wirtschafts- und Ordnungssystems nicht aufhalten.<sup>58</sup> Weitere Schlußfolgerungen lassen sich aus der Entwicklung der Staatsquote nicht ableiten.<sup>59</sup> Hierfür müssen andere Daten hinzugezogen werden, die staatlichen Investitionen und die Subventionen.

Dabei ist zunächst zu klären, was in einer Zentralverwaltungswirtschaft mit dominierendem Staatseigentum unter „staatlichen“ oder „öffentlichen“ Investitionen zu verstehen ist zumal nicht im marktwirtschaftlichen Sinn zwischen einem öffentlichen und einem privaten Sektor unterschieden werden kann. Man könnte daher die Auffassung vertreten, daß alle Investitionen in staats eigenen Unternehmen ohnehin staatliche Investitionen gewesen sind. Eine solche generalisierende Definition berücksichtigt den temporär unterschiedlich ausgeprägten Entscheidungsspielraum der staatlichen Unternehmen jedoch nicht. Außerdem war die Investitionsfinanzierung in der DDR vielschichtiger. Für die hier zu untersuchende Fragestellung ist es günstiger, vom Begriff der öffentlichen Hand, respektive des öffentlichen Haushalts zuzugehen. Bei *öffentlichen Investitionen* handelt es sich daher um aus dem Staatshaushalt stammende öffentliche Darlehen und Zuschüsse an inländische Unternehmen zur Finanzierung von Investitionen. Das Investitionsengagement des Staates im Ausland, z. B. für gemeinsame Projekte von RGW-Staaten, bleibt also unberücksichtigt.

56 Der deutliche Rückgang der öffentlichen Ausgaben im Jahr 1965 war auch auf die Umwandlung von Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) von haushaltsfinanzierten Industrieriverwaltungen in Staatsunternehmen mit eigener Finanzwirtschaft zurückzuführen.

57 Die Rückgänge von 1975 zu 1976 und 1980 zu 1981 ergeben sich aus den Veränderungen der Preisbasen und können daher nicht im Sinne eines abnehmenden Staatsinterventionismus erklärt werden.

58 Staatsquoten in der Höhe von deutlich über 50 Prozent waren für Zentralverwaltungswirtschaften sowjetischen Typs charakteristisch. In der Bundesrepublik lag die Staatsquote 1950/52 dagegen bei 32 Prozent und 1960/62 bei 33 Prozent. Damit bewegte sie sich aber schon an der Spitze der westeuropäischen Staaten. Vgl.: *G. Ambrosius*, Staatsausgaben und Staatsquoten, a. a. O., S. 33.

59 Vgl.: *R. Ohr*, Budgetpolitik in offenen Volkswirtschaften. Eine modelltheoretische Analyse ihrer binnen- und außenwirtschaftlichen Wirkungen, (= Volkswirtschaftliche Schriften H. 374, begründet von J. Broermann), Berlin 1987.

Für die Finanzierung und Investitionen gab es in der DDR verschiedene Instrumente. Neben den öffentlichen Haushalten wurden eigene Mittel der Staatsunternehmen (Amortisationen, Erlöse aus dem Verkauf von Bauten und Ausrüstungen, verbleibende Nettogewinnanteile und sog. Restbuchungswerte), Grundmittelkredite der Banken und weitere Finanzierungsmittel innerhalb der sich ändernden Rechtsvorschriften (Reservefonds, Leistungsfonds, Kultur- und Sozialfonds) eingesetzt. Für die Investitionen staatlicher Einrichtungen und für den Wohnungsbau standen außerdem das Vermögen der öffentlichen Hand und Obligationen zur Verfügung.

Generell gilt für jede Volkswirtschaft, daß eine rein ökonomisch optimale Investitionsquote<sup>60</sup> kaum zu ermitteln ist, d. h., die Höhe von öffentlichen Investitionen kann positiv oder negativ wirken und hängt in starkem Maße von anderen Faktoren ab, darunter weiteren Finanzierungsinstrumenten und der außenwirtschaftlichen Verflechtung.

Die Daten erlauben nun folgende Bewertung: Bis 1959 erfolgte die Investitionsfinanzierung zu 41 bis 67 Prozent durch direkte Staatszuschüsse. Sie wurden von der Politik als geeignetes finanzpolitisches Instrument für die Steuerung des Aufbaus neuer Produktionskapazitäten auf Grundlage der staatlichen Schwerpunktprogramme angesehen. Dieses Ziel wurde im Prinzip erreicht. Ab 1960 sank der Anteil der öffentlichen an den Gesamtinvestitionen zunächst relativ langsam und erreichte 1964 31 Prozent. Allerdings war diese Entwicklung noch nicht Ausdruck von nennenswerten Dezentralisierungen, sondern stand vielmehr im Zusammenhang mit der Beendigung der Kapazitätserweiterungs- und Autarkieprogramme der fünfziger Jahre. Im gleichen Zeitraum stieg die Staatsquote leicht an. Durch die Einführung des NÖS änderte sich die Investitionsfinanzierung. Die Wirtschaftsreformer waren bestrebt, Dezentralisierungen durchzuführen und indirekte wirtschafts- und finanzpolitische Steuerinstrumente einzusetzen. Investitionen erfolgten nunmehr vor allem über Selbstfinanzierungsinstrumente, d. h. aus den Gewinnen, Abschreibungen und Krediten. Die freilich auch im Staatsbesitz befindlichen Banken erhielten dabei mehr Kontrollrechte über die Planung und Durchführung von Investitionen. Der Staat konzentrierte sich auf wenige wichtige Projekte. Die Daten zeigen erstmals für 1965 einen beachtlichen Rückgang der Staatsquote, des Anteils der öffentlichen Investitionen an den Gesamtinvestitionen und des Anteils der öffentlichen Investitionen an den öffentlichen Gesamtausgaben. Dieser Rückgang setzte sich 1966 gedämpft fort. Ab 1965 war der Staatshaushalt somit nicht mehr „Hauptsammelbecken“ für die Akkumulation von Kapital. Obwohl der Wechsel der Preisbasis die Angaben für 1967 verzerrt, ist ab diesem Jahr jedoch eine deutliche Trendwende erkennbar, alle Quoten stiegen an. Während die Staatsquote auch in den folgenden Jahren wuchs, blieben die Anteile der öffentlichen Investitionen an den Gesamtinvestitionen und an den öffentlichen Gesamtausgaben bis zum Ende des Untersuchungszeitraums auf niedrigem Niveau und mit einer nur geringen Schwankungsbreite im wesentlichen gleich (ca. 15 Prozent bzw. ca. 6 Prozent).

Es lassen sich also vier Phasen erkennen: Der *ersten Phase (1950 bis 1959)*, gekennzeichnet von der Nutzung des Budgets als finanzpolitisches Instrument für die Allokation von Kapital auf Schwerpunktbereiche, folgte eine *zweite Phase (1960 bis 1964)*, in der die

<sup>60</sup> Vgl.: W. Krelle, Investitionen und Wachstum, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 176, 1964, S. 1 ff.

Investitionen noch zu einem großen Teil budgetfinanziert waren, eine budgetpolitische Steuerung des Wachstums aber nicht erfolgte. In der *dritten Phase (1965/66)*, der Kernphase der Wirtschaftsreform, wurden die Selbstfinanzierungsinstrumente der Staatsunternehmen gestärkt. Über das Budget erfolgte nur noch die Steuerung von Schwerpunktinvestitionen. Die *vierte Phase (1967 bis 1988)* kann nicht nur auf der Grundlage der Daten erläutert werden. Bis 1970 blieben die mit dem NÖS eingeführten Investitionsplanungsmechanismen im Prinzip bestehen. Danach erfolgte auch auf diesem Gebiet eine Rezentralisierung von Entscheidungen. Obwohl mit einem zentralen Investitionsplan der bisherige Entscheidungsspielraum der Unternehmen erheblich zurückging, wurde die Finanzierung nicht wesentlich verändert. Der Staat verzichtete zwar auf eine Steuerung über das Budget, nahm dafür aber um so stärker auf die Finanzierung von Investitionen über die mengenmäßigen Investitionspläne und Bankkredite Einfluß. Streng genommen müßte die vierte Phase also in zwei Teilabschnitte untergliedert werden, *1967 bis 1970* und *1971 bis 1988*. Ab 1971 wurde das Budget auf diesem Gebiet nicht mehr als wirtschaftspolitisches Steuerungsinstrument genutzt.

Unter marktwirtschaftlichen Aspekten sind staatliche Investitionen, vor allem wenn sie außerhalb des Infrastrukturbereiches erfolgen, nur zum Ausgleich bestimmter konjunktureller Schwankungen und Schief lagen gerechtfertigt. Sie sind daher mit dem wachstumspolitischen Ziel einer allgemeinen Steigerung von Produktionsmöglichkeiten verbunden, sollen also vorrangig in Engpaßbereichen eingesetzt werden, zu zusätzlichen privaten Investitionen führen und damit zukünftiges Wachstum sichern.

Daher war die Übernahme der Funktion des Investors durch den Staat im ersten Jahrzehnt nach Kriegsende nicht nur auf Planwirtschaften beschränkt. In der Bundesrepublik<sup>61</sup> wurden öffentliche Investitionen als Folge des noch nicht ausreichend funktionierenden Kapitalmarktes im gesamtwirtschaftlichen Interesse vergeben, um sektorale und/oder strukturelle Not- oder Mißstände zu beseitigen oder zu mildern, den Wohnungsbau und Notstandsgebiete zu fördern und eine Verbesserung der Agrarstruktur zu unterstützen.<sup>62</sup> In der Wiederaufbauperiode der Bundesrepublik erfolgten öffentliche Investitionen bis 1955/56 vor allem im Wohnungsbau, im Verkehrswesen, im Kohlenbergbau, in der Eisen- und Stahlindustrie, der Grundchemie und den Zellstoffindustrien.<sup>63</sup> Ab 1956 dienten sie dann vor allem Strukturverbesserungen, Rationalisierungen und Modernisierungen und wurden nicht mehr vorrangig in Großunternehmen, sondern auch in Mittel- und Kleinunternehmen und in der Landwirtschaft eingesetzt.<sup>64</sup> Die Zäsur zwischen beiden Abschnitten ergab sich aus einem Wandel der Förderstrategie. An die Stelle der weiten Streuung von öffentlichen Investitionen trat eine stär-

61 Auch in Frankreich erlangten öffentliche Investitionen in den vierziger und fünfziger Jahren im Rahmen der „planification“ einen bedeutenden Anteil an den Gesamtinvestitionen der privaten Wirtschaft, zwischen 1947 und 1965 wurden vier Investitionspläne durchgeführt. Vgl.: *L. Müller-Ohlesen*, Strukturwandel und Nachkriegsprobleme der Wirtschaft Frankreichs, (= Kieler Studien, Bd. 22, hg. von F. Baade), Kiel 1952.

62 *L. Over*, Öffentliche Finanzinvestitionen als Instrument der Finanzpolitik. Empirische und theoretische Untersuchungen, staatswissenschaftliche Dissertation der Albert-Ludwigs-Universität zu Freiburg im Breisgau, Wuppertal-Eberfeld 1966, S. 12 ff..

63 *F. Beckner*, Zehn Jahre öffentliche Finanzierungshilfen, in: *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen*, 1960/3, S. 113.

64 Ebenda.

ker an qualitativen Gesichtspunkten orientierende Auswahl. Seit den sechziger Jahren stieg der absolute Wert der öffentlichen Investitionen weiter an, war jedoch unterproportional im Vergleich zu anderen Ausgabekategorien. Obwohl es dafür keine hinreichenden Erklärungen gibt, muß berücksichtigt werden, daß investive Maßnahmen zum Wiederaufbau immer weniger benötigt wurden, aber auch andere Staatsausgaben, darunter die Sozialhaushalte und Personalkosten schneller anstiegen. Der Anteil der öffentlichen Investitionen an den öffentlichen Ausgaben ging also auch in der Bundesrepublik zurück, aber aus anderen Gründen und mit anderen Auswirkungen als im Osten Deutschlands.<sup>65</sup>

Öffentliche Investitionen haben in keiner Volkswirtschaft ex definitione eine positive Qualität. Der Rückgang ihres Anteils an den öffentlichen Ausgaben bzw. Gesamtinvestitionen ist unter allokativen Gesichtspunkten nicht von vornherein kritisch. Er wird jedoch zu einem Problem, wenn trotz Bedarfs die Durchführung öffentlicher Investitionen unterbleibt. Der Umfang der öffentlichen Investitionen hängt aber unter Umständen nicht allein vom Bedarf, sondern auch vom Volumen der Einnahmen einerseits und/oder der als kurzfristig unabweidbar geltenden Ausgaben andererseits ab.

In der DDR wurde die Budgetpolitik nach 1971 immer unflexibler. Das ehrgeizige, den volkswirtschaftlichen Ressourcen jedoch nicht angepaßte Sozialprogramm führte dazu, daß die dort eingesetzten öffentlichen Investitionen immer unbeweglicher wurden. Vor allem die investiven Aufwendungen für den Wohnungsbau nahmen den Charakter von Sozialtransferzahlungen an und verloren damit ihre spezifischen Einsatzmöglichkeiten als finanzpolitische Instrumente. Dieses Problem ist übrigens, wenn auch in viel abgeschwächerem Maße, aus Marktwirtschaften ebenfalls bekannt.<sup>66</sup>

Noch nachteiliger wirkte sich aber die rasche Expansion des Subventionsbedarfs der Staatswirtschaft aus. Es gehörte zu den originären Aufgaben der Budgetpolitik in der DDR, Teuerungswellen auf den äußeren Beschaffungsmärkten zunächst abzufangen, Stützungszahlungen für die politisch gewollte Preisstabilität von Grundbedarfsgütern zu gewähren und die Verluste von Unternehmen auszugleichen, deren Kosten durch das Industriepreissystem nicht gedeckt waren.

Für diese Untersuchung wurden, wie bereits erwähnt, die *Preisstützungen* für Güter des Binnenverbrauchs in einer Zeitreihe erfaßt. Diese Subventionsart<sup>67</sup> kann als Mischform zwischen Barsubventionen und Verbilligungssubventionen angesehen werden, weil der Staat Zahlungen an Unternehmen mit dem Ziel leistete, Güter zu einem geringeren als dem Kostenpreis zur Verfügung zu stellen. Genauso verhält es sich mit dem Erwerb von bestimmten Waren durch staatliche Aufkauf- bzw. Handelsgesellschaften zu höheren als den Kostenpreisen und ihrem Verkauf unter den Kostenpreisen.

65 K. Littmann, Öffentliche Investitionen, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 9 (Nachtrag), Stuttgart 1982, S. 812 ff.

66 L. Over, Öffentliche Finanzinvestitionen als Instrument der Finanzpolitik. Empirische und theoretische Untersuchungen, a. a. O., S. 12 ff.

67 Außer den hier untersuchten gibt es noch andere offene und verdeckte Subventionen. Eine vollständige Subventionsstatistik aufzustellen, ist aber unmöglich. Auch dieses Problem ist aus der bundesdeutschen Statistik bekannt. Vgl.: N. Adel, Subventionen, in: Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 7, Stuttgart 1977, S. 491 ff.

Zwischen 1953 und 1959 war der Anteil der Preisstützungen an den öffentlichen Gesamtausgaben ungefähr genauso hoch wie der Anteil der öffentlichen Investitionen (ca. 14 Prozent). 1965 lag er sogar erheblich darüber (18,7 Prozent Preisstützungsanteil im Vergleich zu 4,2 Prozent Investitionsanteil) und schwankte von 1967 bis 1977 um ca. 20 Prozent, während der Anteil der öffentlichen Investitionen leicht rückläufig war (zwischen 9 und 6,5 Prozent). Ab 1978 stieg der Subventionsanteil an; der Anteil der öffentlichen Investitionen ging jedoch immer weiter zurück. Im Jahre 1987 lag der Anteil der Subventionen für Binnengüter an den Staatsausgaben schließlich bei 25 Prozent, der der öffentlichen Investitionen bei 3,3 Prozent, und 1988 stellte sich das Verhältnis 24,6 zu 4,2 dar. Wenn auch die Datenlücke bei dieser Reihe eine Phaseneinteilung verbietet, fallen doch die Unterschiede zwischen den fünfziger Jahren auf der einen und den späten sechziger, siebziger und achtziger Jahren auf der anderen Seite auf. Im letzten Zeitraum ist zudem eine Korrelation zwischen dem Anstieg der Staatsquote und der Subventionen sowie dem Rückgang der öffentlichen Investitionen festzustellen.

Dieses Problem wird noch deutlicher, wenn man die Exportpreisstützungen mit erfaßt und somit die gesamten Preisstützungen den gesamten Investitionen gegenüberstellt. Dieser Vergleich kann wegen der Quellenlage hier nur für die Jahre 1987 bis 1989 vorgenommen werden:

**Tabelle 4:** Investitionen und Preisstützungen 1987 bis 1989  
(in Mrd. DM-Ost)<sup>68</sup>

Jahr	Investitionen			Preisstützungen			
	Gesamt	öff. Inv.#	andere Invest.	Gesamt	aus d. Haushalt für Binnengüter	aus d. Haushalt für Exportgüter	über Kred. f. Exportgüter
1987	71,205	8,055	63,150	110,870	60,387	11,635	38,848
1988	76,368	10,422	65,946	75,245	61,650	11,995	1,600
1989	77,053	11,000*	66,053	80,293	64,593	12,200*	3,500*

# - Investitionen aus Eigenmitteln von Staatsunternehmen oder über Kreditfinanzierung

\* - geschätzt

Die mangelnde Westexportrentabilität stellte also ein gravierendes wirtschafts- und finanzpolitisches Problem dar. In manchen strukturbestimmenden DDR-Großunternehmen war sie besonders gering. So entstanden, um nur einige Beispiele anzuführen, im Kombinat Mikroelektronik im Jahre 1989 Kosten in Höhe von 7,2 DM-Ost, um einen Erlös von einer DM-

<sup>68</sup> Daten für Gesamtinvestitionen: StJB-DDR 1990, a. a. O., S. 15; Daten für die öffentlichen Investitionen und Preisstützungen von Binnengütern aus dem Staatshaushalt: Haushaltsrechnungen, vgl.: FN 47; Daten für Preisstützungen von Exportgütern aus dem Staatshaushalt: Abrechnungen des Staatshaushalts der DDR, Tabellen 51/97, 51/88, 51/89, Statistisches Bundesamt, Außenstelle Berlin; Daten für Preisstützungen von Exportgütern mit staatsverbürgten Krediten: BArch Potsdam, DN-1-VS, Nr. 11b/82.

West zu erzielen. Obwohl in anderen Branchen die Exportrentabilität erheblich günstiger war - im polygraphischen Maschinenbau lag sie beispielsweise bei 2,9:1 - betrug sie im Durchschnitt der DDR-Kombinate 3,7 : 1, im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt 4,4 : 1.<sup>69</sup>

Die wirtschaftspolitische Zielgenauigkeit des Instruments Preisstützungen war folglich sehr mangelhaft. Allokationseffekte lassen sich, abgesehen von einer Unterstützung der Autarkiebestrebungen durch Importreduktion oder Exportunterstützung, kaum nachweisen. Distributiv wurde zwar eine Umverteilung von Unternehmens- und privaten Einkommen erreicht, ihre langfristigen Wirkungen waren aber geradezu kontraproduktiv. Stabilisierungseffekte traten daher, wie auch bei der Investitionspolitik, nur temporär auf.

### III. Resümee und Ausblick

Budgetpolitik und zentrale Investitionsplanung stellten also zweifelsfrei bedeutende Instrumente der DDR-Wirtschaftspolitik dar und reflektierten ihrerseits wichtige Strukturveränderungen in der DDR-Wirtschaft. Die zu Unrecht von der Forschung bislang unbeachteten und an dieser Stelle auch nur in ihrer groben Strukturierung interpretierten Daten der öffentlichen Haushalte dürften in Zukunft unter weiteren Aspekten auszuwerten sein. Die Investitionsentwicklung ist im Gegensatz dazu schon durch die Wirtschaftsgeschichtsforschung der DDR, entsprechend ihren damals begrenzten Möglichkeiten, diskutiert worden.<sup>70</sup> Insofern überraschen weder die Stagnation bzw. der Rückgang der Investitionsquote und der Akkumulationsrate seit den siebziger Jahren noch die sich in gravierenden Veränderungen der Investitionsanteile der Energie- und Brennstoffindustrie ausdrückende energiepolitische Wende, deren strukturprägende Wirkung kaum überschätzt werden kann.

Die seit 1990 zugänglichen kompletten Zeitreihen der Bruttoinvestitionsentwicklung erlauben jedoch nicht nur eine noch genauere Beschreibung bereits bekannter Entwicklungen, sondern sie kennzeichnen *erstens* das dramatische Ausmaß der Investitionslücke der fünfziger Jahre, die selbst bei Berücksichtigung der in der Statistik bis 1953 wahrscheinlich nicht erfaßten Investitionen in den sowjetischen Aktiengesellschaften eine wesentliche negative Strukturpräfiguration darstellt. Vor diesem Hintergrund und dem parallelen Autarkiestreben sind sowohl Länge und Unvollkommenheit der Nachkriegsrekonstruktion als auch die große Rolle von öffentlichen Mitteln für die Investitionsfinanzierung plausibel. Alle hier erhobenen Daten zeigen *zweitens*, daß die Dezentralisierung der Investitionsentscheidungen bei

69 K. Krakat (Hg.), Wirtschaftsdaten ausgewählter DDR-Kombinate 1989/1990, (= FS-Analysen. Dokumentation-Analyse-Information, Sonderheft 2-1994, hrsg. von der Forschungsstelle für Deutsche und Gesamteuropäische Integrationspolitik e.V./i.L.), Berlin 1994, S. 6 f.

70 A. Lange, Die Investitionen in der Industrie der DDR im ersten Planjahr fünf, Berlin 1958; J. Roesler, Perspektivpläne und Investitionsrhythmus in der Volkswirtschaft der DDR 1949 bis 1980. Inhaltliche und methodologische Probleme“, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1983/1; W. Mühlfriedel/ K. Wießner, Drei Bemerkungen zu den fünfzehn Thesen von Jörg Roesler zum Thema „Perspektivpläne und Investitionsrhythmus in der Volkswirtschaft der DDR 1949 bis 1980. Inhaltliche und methodologische Probleme“, in: Ebenda; L. Baar, Zur ökonomischen Strategie und Investitionsentwicklung in der Industrie der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1983/2; J. Roesler, Untersuchungen zu Tempo und Dynamik der volkswirtschaftlichen Investitionen in der DDR Ende der vierziger bis Mitte der siebziger Jahre, in: Jahrbuch für Geschichte 31, 1984; ders., Investitionsrhythmus und materielle Interessiertheit in der Volkswirtschaft der DDR von 1950 bis 1970, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1985/2, S. 139:



gleichzeitiger Diversifizierung ihrer Finanzierungsquellen im Zuge des NÖS, aus volkswirtschaftlicher Perspektive gesehen, kurzfristig durchaus Strukturveränderungen bewirkte. Im Zuge der noch stärkeren Unterordnung der Finanzpolitik unter das Ziel der Systemstabilisierung in den siebziger Jahren verstärkte sich jedoch die für Planwirtschaften allgemein typische Nachordnung finanzieller Entwicklungen gegenüber güterwirtschaftlichen Prozessen. Schließlich verweisen die hier untersuchten Daten über Investitionen und Budget *drittens* auf eine Zäsur in der DDR-Wirtschaftsgeschichte zu Beginn der siebziger Jahre. Seit dieser Zeit haben stabilitätspolitische Motive einen so bestimmenden Einfluß auf die Wirtschaftspolitik ausgeübt, daß der Staatshaushalt vor allem als Finanzierungsinstrument von Subventionen und Sozialausgaben fungierte und in gleichem Maße seine Rolle als Träger öffentlicher Investitionen, mit der wichtigen Ausnahme des Wohnungsbaus, vernachlässigte. Die Wohnungsbauinvestitionen nahmen aber immer mehr den Charakter von Sozialtransferzahlungen an. Da gleichzeitig die Staatsquote auf über 90 Prozent anstieg, verengte sich der Spielraum für produktive und modernisierungsträchtige Investitionen. Die anderen Finanzierungsquellen für Investitionen standen nicht mehr in ausreichendem Maße zur Verfügung. Daraus resultierte die dem Anspruch planmäßiger und proportionaler Entwicklung diametral entgegengesetzte Instabilität der Investitionspolitik seit Mitte der siebziger Jahre.

Tabelle 1: Entwicklung der Investitionsquote in der DDR von 1949-1989 (Preisbasis 1985)

Jahr	National- einkommen (verwend.) (Mill. M)	Bruttoinvestitionen			Investitionsquote		
		insgesamt (Mill. M)	davon Industrie (Mill. M)	davon nichtind. prod. Bereiche (Mill. M)	insgesamt (Prozent)	davon Industrie (Prozent)	davon nichtind. prod. Bereiche (Prozent)
1949	26840	3804	1634	1019	14,17	6,09	3,80
1950	32029	4786	2076	1350	14,94	6,48	4,21
1951	39203	6041	2605	1742	15,41	6,64	4,44
1952	45737	7713	3335	2246	16,86	7,29	4,91
1953	50285	9269	4008	2819	18,43	7,97	5,61
1954	53873	9465	4089	3014	17,57	7,59	5,59
1955	58485	10864	4600	3528	18,58	7,87	6,03
1956	63065	13708	6056	4200	21,74	9,60	6,66
1957	68926	14213	6328	3785	20,62	9,18	5,49
1958	78567	16406	6967	4490	20,88	8,87	5,71
1959	85581	19898	9081	5737	23,25	10,61	6,70
1960	90770	21949	10201	6324	24,18	11,24	6,97
1961	91430	22190	10015	7014	24,27	10,95	7,67
1962	95089	22780	10518	7089	23,96	11,06	7,46
1963	93694	23104	11116	6957	24,66	11,86	7,43
1964	98992	25277	12741	7286	25,53	12,87	7,36
1965	104917	27556	14333	8448	26,26	13,66	8,05
1966	111131	29339	14833	9284	26,40	13,35	8,35
1967	116236	31955	15325	10738	27,49	13,18	9,24
1968	119428	35423	16048	12413	29,66	13,44	10,39
1969	129239	40930	18863	14087	31,67	14,60	10,90
1970	139928	43707	21346	14332	31,24	15,25	10,24
1971	144837	44447	22123	13746	30,69	15,27	9,49
1972	153078	46681	23811	13341	30,49	15,55	8,72
1973	162847	50587	26210	13933	31,06	16,09	8,56
1974	173207	53337	25952	16092	30,79	14,98	9,29
1975	177916	55793	26285	17603	31,36	14,77	9,89
1976	188991	59867	28464	18840	31,68	15,06	9,97
1977	198731	63059	30328	19067	31,73	15,26	9,59
1978	200294	64846	31987	18264	32,38	15,97	9,12
1979	202332	65606	33021	17860	32,42	16,32	8,83
1980	212761	65702	34332	16905	30,88	16,14	7,95
1981	214798	67307	35250	16974	31,34	16,41	7,90
1982	207405	63853	34754	14785	30,79	16,76	7,13
1983	207522	63660	36010	13587	30,68	17,35	6,55
1984	214574	60560	33334	13396	28,22	15,53	6,24
1985	224940	62602	34121	14164	27,83	15,17	6,30
1986	234400	65933	36006	15596	28,13	15,36	6,65
1987	244880	71205	40612	15793	29,08	16,58	6,45
1988	257350	76368	43998	17138	29,67	17,10	6,66
1989	261400	77053	44511	17620	29,48	17,03	6,74

Quelle: berechnet nach: Statistisches Jahrbuch des gesellschaftlichen Gesamtprodukts und des Nationaleinkommens 1989, Berlin 1990, S. 98ff.; StJB-DDR 1990, Berlin 1990, S. 13f.

**Tabelle 2:** Bruttoinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen und Industriezweigen  
(in Mio. M auf der Preisbasis von 1985)

Jahr	Volkswirtschaft insgesamt																	
	Produzierende Bereiche																Nicht-produzierende Bereiche	
	Industrie													Land- u. Forstwirtschaft	Verkehr	sonstige produzierende Bereiche	davon Wohnungsbau	
Energie- u. Brennstoff-ind.	Chem. Ind.	Metalurgie	Bau-mat.-Ind.	Was-ser-wirtschaft	Masch. u. Fahr-zeugbau	Elektro-technik/Elektro-nik/Ge-rätebau	Leicht-ind.	Textil-ind.	Lebens-mittel-ind.									
1949	3804	2653	1634	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	431	466	122	1151	500
1950	4786	3426	2076	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	570	613	167	1360	530
1951	6041	4347	2605	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	701	798	243	1694	/
1952	7713	5581	3335	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	924	1000	322	2132	/
1953	9269	6827	4008	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	1163	1242	414	2442	/
1954	9465	7103	4089	/	/	/	/	/	/	/	/	/	/	1277	1282	455	2362	/
1955	10864	8128	4600	1910	637	256	159	345	424	86	279	199	305	1592	1400	536	2736	1559
1956	13708	10256	6056	2538	799	361	270	408	654	193	271	226	336	1867	1508	825	3452	2090
1957	14213	10113	6328	2729	817	579	370	446	669	168	200	171	179	1587	1603	595	4100	2652
1958	16406	11457	6967	3275	910	407	421	469	696	181	209	199	200	1999	1828	663	4949	3356
1959	19898	14818	9081	3872	1320	478	730	567	875	289	361	318	271	2340	2161	1236	5080	3224
1960	21949	16525	10201	4163	1790	535	498	686	1014	354	533	328	300	2723	2146	1455	5424	3236
1961	22190	17029	10015	3916	1600	609	489	557	1067	460	542	334	441	3055	2335	1624	5161	3331
1962	22780	17607	10518	4079	1876	685	493	612	1060	460	518	294	441	2962	2634	1493	5173	3319
1963	23104	18073	11116	4146	2126	765	397	662	1284	474	516	358	388	3353	2289	1315	5031	2946
1964	25277	20027	12741	4679	2533	840	392	833	1602	519	537	345	461	3265	2241	1780	5250	2962
1965	27556	22781	14333	4875	3067	1002	464	938	1860	586	588	351	602	3865	2283	2300	4775	2760
1966	29339	24117	14833	4257	3276	1024	483	892	2413	655	656	370	807	4333	2350	2601	5222	2704
1967	31955	26063	15325	3692	3170	1136	535	932	2630	877	869	500	984	4692	2789	3257	5892	2829
1968	35423	28461	16048	3792	3192	1049	673	1101	2600	970	960	555	1156	5415	2925	4073	6962	3178

Jahr	Volkswirtschaft insgesamt														Nicht-produzierende Bereiche			
	Produzierende Bereiche																	
	Industrie													Land- und Forstwirtschaft	Verkehr	sonst. produzierende Bereiche	davon Wohnungsbau	
Energie- u. Brennstoff-ind.	Chem. Ind.	Metalurgie	Bau-mat.-Ind.	Wasser-wirtschaft	Masch. u. Fahrzeugbau	Elektrotechnik/Elektro-nik/Ge-rätebau	Leicht-ind.	Textil-ind.	Lebens-mittel-ind.									
1969	40930	32950	18863	4054	3529	766	1093	1194	3260	1518	1156	769	1524	6098	3164	4825	7980	3239
1970	43707	35678	21346	4459	4503	878	1201	1152	3505	2016	1564	720	1348	6038	3340	4954	8029	3248
1971	44447	35869	22123	5276	4694	1083	1143	1063	3648	1977	1169	651	1419	6179	3233	4334	8578	3495
1972	46681	37152	23811	6914	5122	1047	918	1119	3469	1380	1373	749	1720	6017	3331	3993	9529	4137
1973	50587	40143	26210	7666	5054	1257	924	1299	3518	1448	2027	1092	1925	6306	3590	4037	10444	4829
1974	53337	42044	25952	7170	4617	1355	1037	1327	3832	1375	2139	984	2116	6879	4451	4762	11293	5185
1975	55793	43888	26285	6819	4214	1440	1138	1509	4209	1361	2199	897	2499	6936	5093	5574	11905	5468
1976	59867	47304	28464	7169	4588	1741	1071	1674	4317	1473	2470	824	3137	7130	5395	6315	12563	6014
1977	63059	49395	30328	7494	4931	2610	1036	1854	4528	1684	2391	946	2854	7380	4628	7059	13664	6251
1978	64846	50251	31987	7884	6191	2938	1128	1945	4654	1706	1940	908	2693	7145	4460	6659	14595	7014
1979	65606	50881	33021	7746	6613	2775	1196	1955	5356	2050	2012	925	2393	6864	5079	5917	14725	7286
1980	65702	51237	34332	8389	6084	3540	1285	1934	5738	2348	1983	841	2190	6789	4797	5319	14465	7584
1981	67307	52224	35250	8519	5633	3407	1276	1940	6344	2972	2174	825	2160	6968	5153	4853	15083	8084
1982	63853	49539	34754	8578	5882	3938	821	1742	5964	2570	2231	779	2249	6448	4030	4307	14314	7711
1983	63660	49597	36010	8191	5735	5400	697	1721	5789	2814	2707	717	2239	5845	4170	3572	14063	8188
1984	60560	46730	33334	8049	6342	2020	733	1892	5804	2674	2745	1032	2043	5216	4303	3877	13830	8279
1985	62602	48285	34121	8886	6922	1899	612	1914	6066	2451	2286	1371	1714	4919	5044	4201	14317	8850
1986	65933	51602	36006	9276	6709	1663	658	1982	6510	2849	2773	1661	1925	5203	5799	4594	14331	8617
1987	71205	56405	40612	10386	6992	1782	676	2009	8669	3692	2729	1522	2155	5649	4999	5145	14800	8706
1988	76368	61136	43998	10346	7310	1645	801	2149	9705	4652	3277	1766	2347	6163	4976	5999	15232	8726
1989	77053	62131	44511	10337	5835	1857	918	2353	10464	6152	3115	1270	2210	6542	4904	6174	14922	8494

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990, Berlin 1990, S. 113f., 116 und unveröffentlichte Angaben des Statistischen Bundesamtes, Zweigstelle Berlin.

Tabelle 3: Nationaleinkommen, Staatsquote, Investitionen und Subventionen in der DDR 1950 - 1988

Jahr	Preisbasis für prod. NE und Gesamtinv. (Basisjahr)	Produziertes Nationaleinkommen (1000 DM-Ost)	Bereinigte öff. Ausgaben lt. Rechnung (1000 DM-Ost)	Staatsquote (in Prozent)	Gesamtinvestitionen (1000 DM-Ost)	Investitionen aus			Preisstützungen aus dem Staatshaushalt	
						Insgesamt (1000 DM-Ost)	ant. Gesamtinv. (in Prozent)	ant. öff. Ausg. (in Prozent)	Insgesamt (1000 DM-Ost)	ant. öff. Ausg. (in Prozent)
1950 *	1950	29109000,00	19702900,00	67,69	3038000,00	1543435,70	50,80	7,83	401781,80	2,04
1951 **	1951	35252000,00	23096800,00	65,52	3811000,00	2553300,00	67,00	11,05	1446900,00	6,26
1952 **	1952	40130000,00	26992200,00	67,26	4918000,00	3239600,00	65,87	12,00	1569700,00	5,82
1953	1953	42443000,00	29359800,00	69,17	5925000,00	3720200,00	62,79	12,67	3429400,00	11,68
1954	1954	46063000,00	30472067,20	66,15	6096000,00	3648255,60	59,85	11,97	4899400,00	16,08
1955	1955	50037000,00	32607473,20	65,17	6992000,00	2851378,90	40,78	8,74	4612800,00	14,15
1956	1956	52288000,00	27978100,00	53,51	8860000,00	3754500,00	42,38	13,42	3917800,00	14,00
1957	1957	56015000,00	30547200,00	54,53	9183000,00	4366400,00	47,55	14,29	4133200,00	13,53
1958	1958	62011000,00	35832799,00	57,78	10560000,00	5303300,00	50,22	14,80	4990300,00	13,93
1959	1959	67488000,00	40570000,00	60,11	12580000,00	6168400,00	49,03	15,20	5580700,00	13,76
1960	1967	71045000,00	43226600,00	60,84	16096000,00	6425500,00	39,92	14,86	-	-
1961	1967	72212000,00	44389600,00	61,47	16310000,00	6032800,00	36,99	13,59	-	-
1962	1967	74132000,00	48399300,00	65,29	16706000,00	6289536,70	37,65	13,00	-	-
1963	1967	76692000,00	48949900,00	63,83	17091000,00	5205630,80	30,46	10,63	-	-
1964	1967	80487000,00	52939300,00	65,77	18745000,00	5746800,00	30,66	10,86	-	-
1965	1967	84175000,00	47979100,00	57,00	20489000,00	2011400,00	9,82	4,19	8990000,00	18,74
1966	1967	88294000,00	52931400,00	59,95	21984000,00	1649900,00	7,51	3,12	-	-
1967	1967	93043000,00	50847600,00	54,65	24005000,00	4692000,00	19,55	9,23	10237300,00	20,13
1968	1975	98530000,00	51124500,00	51,89	27450000,00	4774300,00	17,39	9,34	10241700,00	20,03
1969	1975	103650000,00	56403000,00	54,42	31802000,00	4511400,00	14,19	8,00	9898100,00	17,55

Jahr	Preisbasis für prod. NE und Gesamtinv. (Basisjahr)	Produziertes Nationaleinkommen (1000 DM-Ost)	Bereinigte öff. Ausgaben lt. Rechnung (1000 DM-Ost)	Staatsquote (in Prozent)	Gesamtinvestitionen (1000 DM-Ost)	Investitionen aus			Preisstützungen aus dem Staatshaushalt	
						Insgesamt (1000 DM-Ost)	ant. Gesamtinv. (in Prozent)	ant. öff. Ausg. (in Prozent)	Insgesamt (1000 DM-Ost)	ant. öff. Ausg. (in Prozent)
1970	1975	109470000,00	61007600,00	55,73	34393000,00	4980300,00	14,48	8,16	11375100,00	18,65
1971	1975	114450000,00	69095700,00	60,37	34698000,00	5179100,00	14,93	7,50	12778200,00	18,49
1972	1975	120930000,00	75255100,00	62,23	36135000,00	5591900,00	15,48	7,43	13507600,00	17,95
1973	1975	127650000,00	82341600,00	64,51	38886000,00	6826000,00	17,55	8,29	15456500,00	18,77
1974	1975	135780000,00	91876700,00	67,67	40211000,00	7708500,00	19,17	8,39	15809200,00	17,21
1975	1975	142370000,00	102343200,00	71,89	42678000,00	7200000,00	16,87	7,04	17171100,00	16,78
1976	1980	158055000,00	104900800,00	66,37	49414000,00	6736600,00	13,63	6,42	19210200,00	18,31
1977	1980	166040000,00	111353200,00	67,06	52192000,00	7147600,00	13,69	6,42	21657600,00	19,45
1978	1980	172180000,00	117610000,00	68,31	53643000,00	5708400,00	10,64	4,85	23557800,00	20,03
1979	1980	179150000,00	125170500,00	69,87	54370000,00	5614900,00	10,33	4,49	26062800,00	20,82
1980	1980	187060000,00	145080200,00	77,56	54512000,00	5774800,00	10,59	3,98	29091700,00	20,05
1981	1985	202971000,00	151489700,00	74,64	67307000,00	6623600,00	9,84	4,37	33528800,00	22,13
1982	1985	208219000,00	165951500,00	79,70	63853000,00	8147400,00	12,76	4,91	33886600,00	20,42
1983	1985	217836000,00	175139900,00	80,40	63660000,00	8143000,00	12,79	4,65	36406900,00	20,79
1984	1985	229917000,00	194823100,00	84,74	60560000,00	7102300,00	11,73	3,65	42131300,00	21,63
1985	1985	241863000,00	217094700,00	89,76	62602000,00	6664000,00	10,65	3,07	54700300,00	25,20
1986	1985	252220000,00	228657000,00	90,66	65933000,00	6647500,00	10,08	2,91	62307100,00	27,25
1987	1985	260640000,00	241837900,00	92,79	71205000,00	8055000,00	11,31	3,33	60387114,00	24,97
1988	1985	268060000,00	250643400,00	93,50	76368000,00	10422000,00	13,65	4,16	61649934,00	24,60

\* Preisstützungen ohne Subventionen für landwirtschaftliche Güter

\*\* Preisstützungen ohne Subventionen für Industriegüter

Produziertes Nationaleinkommen und Gesamtinvestitionen auf jeweiliger Preisbasis. Bereinigte Ausgaben, Investitionen aus dem Staatshaushalt und Preisstützungen aus dem Staatshaushalt zu effektiven Preisen.

Quelle: berechnet und zusammengestellt nach: DDR-Haushaltsrechnungen und Statistische Jahrbücher (vgl. FN 48, 52).

Abbildung 1:

Anteil der Industrie- und Verkehrsinvestitionen an den Gesamtinvestitionen

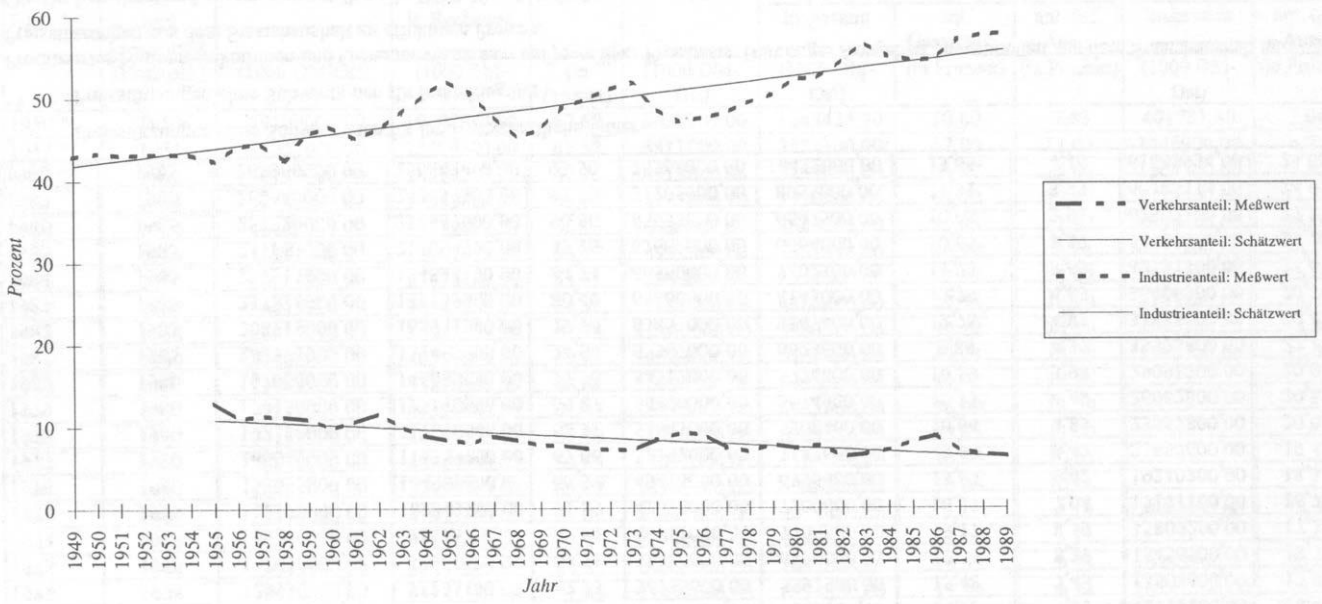


Abbildung 2:

Anteile einzelner Wirtschaftsbereiche und Industriezweige an den Gesamtinvestitionen

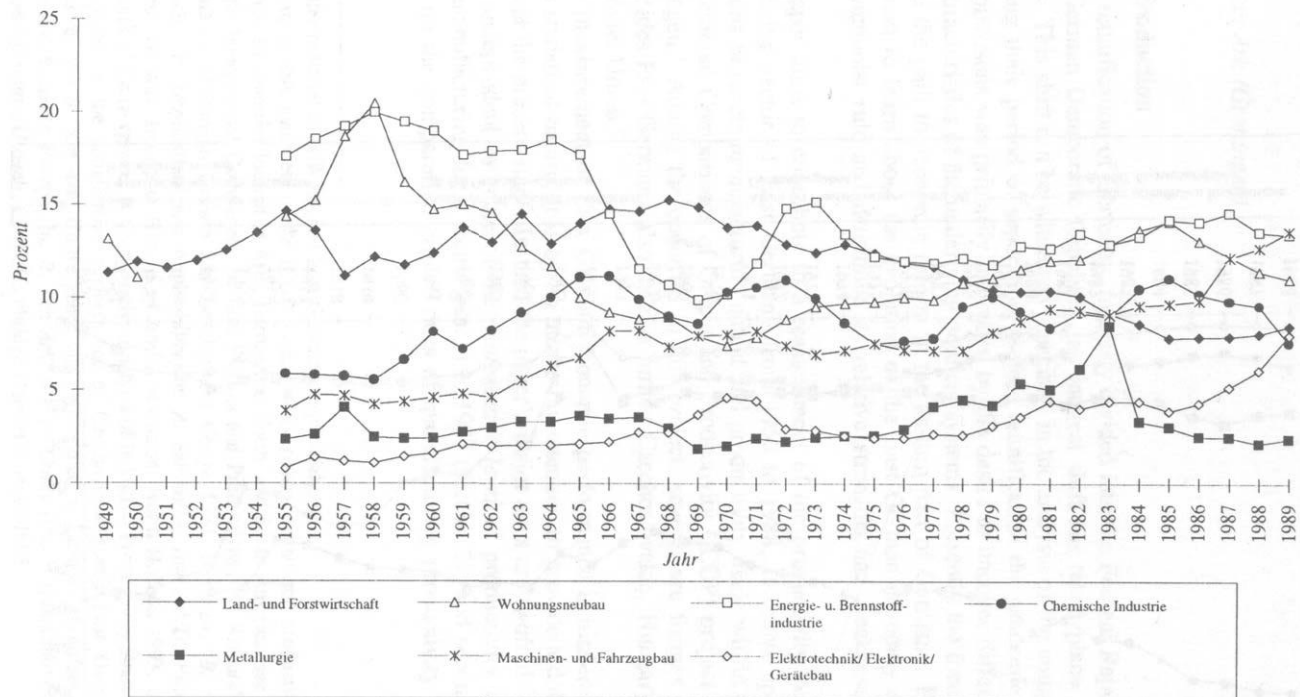
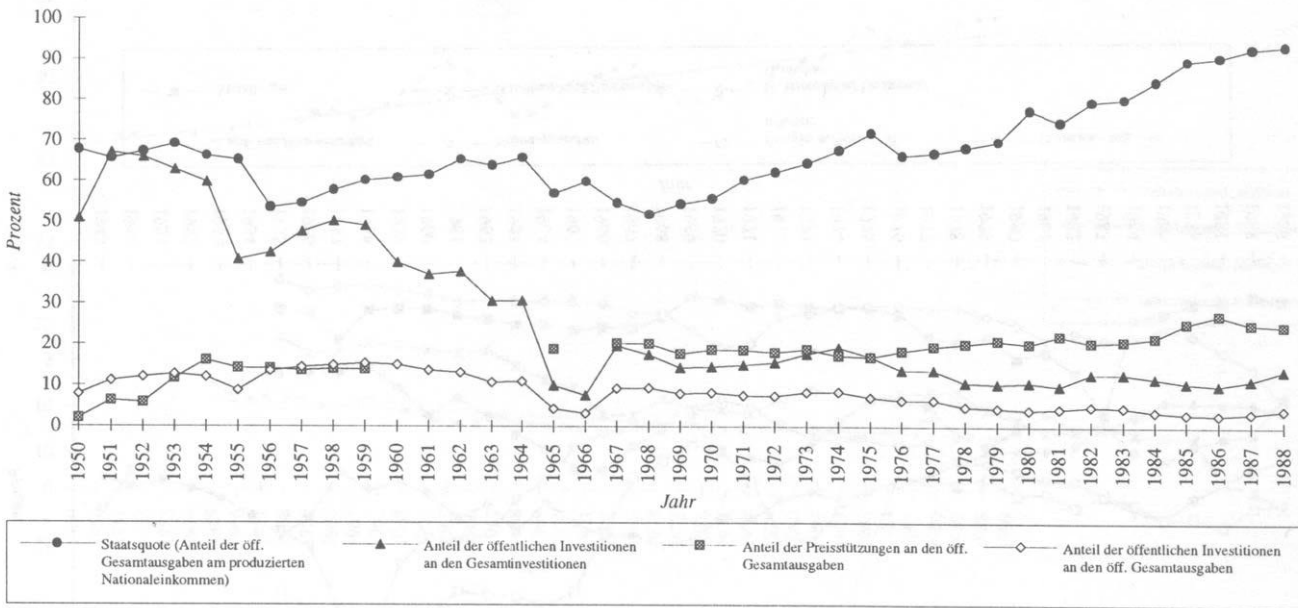




Abbildung 3: Staatsquote, öffentliche Investitionen und Subventionen



By Bart van Ark (Groningen)

### I. Introduction

After the reunification of Germany, formerly divided into the Federal Republic of Germany and the German Democratic Republic<sup>1</sup>, an interest shift has taken place among economic historians. This shift can be witnessed especially in the analysis of the comparative performance during their period of separation. Before reunification the academic interest in East-West comparisons was primarily motivated by the desire to uncover differences in the economic characteristics of the underlying political systems. Presently the focus is more on how to smooth the path to economic reform in the eastern part of Germany. For the latter it is still relevant to learn about the evolution of the East German economy during the period under communist rule and determine its relative strengths and weaknesses by sector and industry.

This paper aims to contribute to a reassessment of the productivity performance in the manufacturing sector of East Germany from 1950 to 1988. It draws upon cross country comparisons of levels manufacturing output and productivity made within the framework of the International Comparisons of Output and Productivity (ICOP) project at the University of Groningen.<sup>2</sup> Among the countries in this project, several are former communist states which besides East Germany also include former Czechoslovakia, Hungary, Poland and the former Soviet Union.<sup>3</sup>

As the measurement of East German economic performance is hindered by many problems of a statistical nature, it is by no means my intention to provide a definitive answer on this issue at the present stage. Instead the paper's major aims are twofold: first, to provide a new and independent estimate of the comparative *level* of productivity in East and West German manufacturing for a recent year, i.e. 1987 (section 2); and second, to reassess the evidence on the comparative *growth* rates of manufacturing productivity in both countries

---

1 Here after referred to as West- and East Germany respectively.

2 For an up-to-date overview of the ICOP project which covers output and productivity comparisons for more than 20 countries located in Asia, Europe and North- and South America, see A. Maddison/B. van Ark, *The International Comparison of Real Product and Productivity*, in: Research Memorandum, no. 567 (GD-6), Groningen Growth and Development Centre 1994. See also, B. van Ark, *The ICOP Approach - Its Implications and Applicability*, in: A. Szirmai/B. van Ark/D. Pilat (Eds.), *Explaining Economic Growth. Essays in Honour of Angus Maddison*, North Holland 1993, and B. van Ark, *The Economics of Convergence: A Comparative Analysis of Industrial Productivity since 1950*, forthcoming.

3 For a paper on the comparative performance of Czechoslovakia and East Germany in a European perspective, see B. van Ark, *Convergence and Divergence in Europe. Manufacturing Productivity in Eastern and Southern Europe*, in: B. van Ark/ N.F.R. Crafts (Eds.), *Quantitative Aspects of Post-war European Economic Growth*, CEPR/Cambridge University Press 1995.

(section 3). In section 4 the two pieces of evidence are brought together and compared with those from earlier studies. It appears that on all accounts I obtain a relatively low level of East German manufacturing productivity for the whole period. I will discuss the nature of my evidence in more detail and try to provide an indication of the plausibility of the estimates.

## II. Comparative Output and Productivity Levels in Manufacturing

Studies of comparative output and productivity levels for centrally planned economies (CPEs) raise specific problems which are of less importance for comparisons among western market economies.

(1) Centrally planned economies (CPEs) lack meaningful prices on the basis of which *their output can be compared to that of market economies*. Official price quotations are mostly administered prices, which show little or no relation to the price formation process in a market economy. Comparisons between East and West Germany have therefore often been made on the basis of pricing East German products at West German prices.<sup>4</sup> Such comparisons always imply that the output of the country of which the prices are substituted for those of the other country is relatively overstated.<sup>5</sup> Comparisons at world prices also face substantial problems, because the quality of exported commodities often deviates strongly from items sold domestically.<sup>6</sup> Furthermore, as not all products can be compared between two countries, another problem is that the „quantity relationship“ for the products which are matched is held representative for those products which cannot be matched.

In the ICOP studies, the alternative assumption is that the „price relationship“ for covered products is representative for non-covered products which in general is more realistic.<sup>7</sup> This implies that manufacturing output in East and West Germany is converted to a common currency on the basis of so-called „unit value ratios“ (UVRs). These are the equivalent of

4 For comparisons of East German output at West German prices, see for example, *P. Sturm*, A Comparison of Aggregate Production Relationships in East and West Germany, Ph. D. thesis, Yale University 1974; *H. Wilkens*, Arbeitsproduktivität in der Industrie der DDR und der Bundesrepublik - ein Vergleich, DIW Wochenbericht, 14 May, Berlin 1970; and, partially, *B. Görzig/B. and M. Gornig*, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR, Beiträge zur Strukturforchung, Heft 121, Berlin 1991.

5 This phenomenon is caused by the negative relationship between prices and quantities. An item with a relatively high West German price is associated with relatively small quantities in West Germany. The quantity for that item in East Germany is therefore relatively large compared to West Germany. As a result, relatively abundant items in East Germany receive relatively higher prices than scarce items. This index number phenomenon is sometimes called the „Gerschenkron effect“, as Alexander Gerschenkron described it in detail explaining the relatively backwardness of Russian industry during the interwar period. *A. Gerschenkron*, Economic Backwardness in Historical Perspective, Harvard University Press, Cambridge, Mass. 1962.

6 For a study of competitiveness of former centrally planned economies in Eastern Europe (Czechoslovakia, Hungary and Poland) making use of ratios of border prices to domestic prices, see *P. Hare/G. Hughes*, Competitiveness and Industrial Restructuring in Czechoslovakia, Hungary and Poland, in: CEPR Discussion Paper Series, 543, 1991. See also *G. Hughes/P. Hare*, The International Competitiveness of Industries in Bulgaria, Czechoslovakia, Hungary and Poland, in: Oxford Economic Papers 1994, pp. 200-221.

7 See *van Ark* (1993), op. cit. and *van Ark* (1995), op. cit. for a more detailed explanation.

„purchasing power parities“ by industry, and are based on ratios of the ex-factory sales value per unit of output, derived from industrial surveys in both countries, for a sample of matched products between East and West Germany in 1987. Although the East German unit values still represent administered prices, these are the most practical price concept for our purpose, because the output value which is to be „deflated“ is expressed in the same administered prices.<sup>8</sup> Annex A of the paper discusses the sources and procedures to obtain the unit value ratios in more detail and shows results for 14 manufacturing branches separately.

The average unit value ratio in 1987 for manufacturing as a whole was 1.81 Ost-Mark per D-Mark when weighted at East German quantity and value added weights and 1.98 Ost-Mark per D-Mark when weighted at West German weights. This is less than half the commercial exchange rate of 4.52 Ost-Mark to the D-Mark for 1987, which would suggest that relative price levels in East Germany are considerably lower than in West Germany.<sup>9</sup> However, one should not derive very specific conclusions from this comparison of UVRs and exchange rates. Firstly, as mentioned above, the domestic prices as reported here are no „true“ prices but administrative prices. Secondly, the „commercial“ exchange rate reflects the relatively high production cost of export goods expressed in domestic currencies as compared to their low world market price. Nevertheless, the size of the difference in price levels suggests that prices of domestic goods are probably significantly lower than prices of exported (or „convertible-currency“) goods expressed in national currencies.

(2) There are significant differences in quality between products produced in CPEs and in market economies. Although one can safely assume that on the whole average products quality in CPEs was lower than in market economies, it is not clearly documented whether such differences were equally large across the whole range of manufacturing products, including non-durable consumer goods as well as intermediate goods and investment goods. Furthermore, given the administrative nature of the pricing system in the CPEs, one cannot be sure to what extent quality differences were reflected in the prices of the products.

The present study only includes a crude quality adjustment for passenger cars. The adjustment was based on a price valuation of a new Czech car (a Skoda) in West Germany compared to the „average“ price of a new car of West German make. The Skoda price was around one third of the price of the West German-made car, which was taken to represent the quality difference. As the East German market was dominated at the time by Trabants, which had a lower quality than Skodas, the East German quality level for cars was put at a

8 Here we abstain from the distortive effect which administrative prices can have on the weighting system, which may affect the interpretation of the aggregate results. See, for example, *P. Marer*, *Historically Planned Economies, A Guide to the Data*, World Bank, Washington D.C. 1992.

9 See *P. Marer* (1992), *op. cit.* There have also been annual calculations of a so-called „Richtungskoeffizient“ (or „Valuta-Gegenwert“), which is defined as the cost in Ost-Mark to earn one Deutsch-Mark of exports. The „Richtungskoeffizient“ for 1989 was published in the *Statistisches Jahrbuch der DDR, 1990* (Statistisches Amt der DDR), and came to 4.4 Ost-Marks to the D-Mark. Akerlof and others estimated the actual domestic resource cost of exports from East Germany to non-CMEA countries per Deutsch-mark earned at 3.73 Mark for total industry in 1989. See *G.A. Akerlof and others*, *East Germany in from the Cold: The Economic Aftermath of Currency Union*, in: *Brookings Papers on Economic Activity 1*, 1991, pp. 1-87. For a detailed discussion of Ost-Mark/D-Mark conversion factors, see also *O. Schwarzer*, *Kaufkraftparitäten-Koeffizienten zwischen Mark der DDR und DM*, in *J. Schneider/W. Harbrecht (Eds.)*, *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland, 1933-1993*, Stuttgart, 1994.

quarter of the West German level. Although this adjustment for cars was to some extent extrapolated to other products in machinery and transport equipment<sup>10</sup>, I did not make any further quality adjustments. The overall effect of the quality adjustment for cars on the unit value ratio for manufacturing as a whole was 6 per cent when weighted at East German weights and 16 per cent when weighted at West German weights.<sup>11</sup>

My handling of the quality problem is crude and not entirely satisfactory. It is therefore useful to compare the outcome with other comparative studies between East and West Germany. One approach is to interpret the difference in prices between products from East and West Germany immediately after reunification as the quality difference. A study by Hitchens, Wagner and Birnie, which makes comparisons of manufacturing plants, shows that around mid-1991 prices of East German products in D-marks were 22 per cent lower than those of West German products.<sup>12</sup>

Another approach is to interpret the decline in sales prices of industrial products in East Germany between 1989 and August 1990, which was on average about 50 per cent, as the quality difference between East and West German products.<sup>13</sup> This measure probably overstates the quality difference because the change in East German prices also reflects other factors, among which the novelty appeal of newly available Western products.

The conclusion from this brief discussion on quality is that the overall effect of my quality adjustment for passenger cars on total manufacturing may be too small. However, it is important to bear in mind that some of the „unmeasured“ quality adjustment may be accounted for because this study makes comparisons on a value added basis rather than on a gross output basis.

(3) The third area of problems in comparing output and productivity performance between CPEs and market economies concerns differences in the concepts of output. Comparisons across countries can be made either on the basis of gross output or on the basis of value added. The difference between these two concepts are the intermediate inputs. In the case of CPEs intermediate inputs only concern material inputs (raw materials, energy, packaging) and some industrial services (for example, contract labour). Non-industrial service inputs were not counted according to the traditional MPS accounting system. The value added concept used for this study is therefore broader than the more familiar SNA concept of gross domestic product.

Table 1 shows the basic data on gross output, value added and employment in manufacturing for 1987 used in this study. The basic sources were the industrial surveys and censuses for both countries, though in the case of East Germany we also made use of the input-output table to obtain the estimates of value added for 1987. The fourth row compares

10 See Annex A.

11 The larger adjustment at West German weights reflects the greater importance of cars in West German manufacturing output.

12 *D.M.W.N. Hitchens, K. Wagner /J.E. Birnie*, East German Productivity and the Transition to the Market Economy, Avebury 1993, chapter 2. The difference between their physical productivity and „potential value added per head“ (i.e. assuming full capacity utilisation in East Germany) is entirely due to price differences between East and West German products.

13 *Statistisches Amt der DDR*, Index der Erzeugernpreise gewerblicher industrieller Produkte, August 1990, Berlin.

the ratios of material inputs to gross output in both countries, which was substantially larger in East Germany (66 per cent of gross output) than in West Germany (48 per cent in West Germany).

Table 1: Gross Value of Output, Census Value Added and Labour Input in Manufacturing, East and West Germany, 1987

	East Germany (Ost-Mark)	West Germany (D-Mark)
Gross Value of Output of Goods	467,418 <sup>a</sup>	1,260,359 <sup>b</sup>
Material Inputs	307,401 <sup>c</sup>	605,318 <sup>d</sup>
Value Added	160,017	655,041
Material Inputs/Gross Output (%)	65.7	48.0
Number of Employees <sup>e</sup> (1000)	2,763.6	6,855.5
Annual Hours per Person	1,735	1,627

Note: excluding units with less than 20 employees. East German estimates based on West German SYPRO classification.

a „Industrielle Warenproduktion at Industrieabgabepreise“ is the sum of the production of industrial goods, material services (including repair and maintenance, transport) and production for own use (in particular capital goods).

b „Bruttoprodukt“ is sales of goods and services (including non-material services such as trade and administrative functions, etc.) plus the change in the net stock of unfinished products.

c Raw materials including depreciation and rents.

d Raw materials, packaging and energy inputs.

e East German employment represents all employees in local units, including non-production employees but excluding homeworkers and apprentices. The latter could not taken out of the West German employment.

Source: „Industrielle Warenproduktion“ from Gemeinsames Statistisches Amt, Ergebnisse der Erfassung der Arbeitsstätten der Betriebe des Wirtschaftsbereiches Industrie. Ratio of net product to gross product from the Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Verflechtungsbilanz des gesellschaftlichen Gesamtproduktes 1987. West Germany from Statistisches Bundesamt, Kostenstruktur der Unternehmen 1987.

There is a range of explanations for the larger share of material inputs in gross output in CPEs compared to market economies. Firstly there may have been a greater wastage of intermediate inputs than in market economies. Although in recent decades value added rather than gross output was the major performance criterion in East Germany, there was no budget constraint on inputs. This led to an inefficient use of raw materials, energy and other intermediate inputs. Production prices were raised to allow for greater wastage and product-oriented subsidies were implemented when prices became too high.

Secondly, due to the distortions in administrative prices, a misallocation of inputs across industries may have led to a larger use of intermediate inputs as well.

Thirdly, firms tended to hold large stocks of materials and semi-finished products which they used for barter trade with other firms in order to compensate for general shortages. Furthermore, much of the production for final use was put in stock, and in many cases it was never sold.

Fourthly, there may have been a trade-off in between a low technology-content and a high raw material-content for many products from CPE countries. For example, instead of

producing high performing CNC-operated machine tools as in market economies, CPEs often invested in heavy and solid machine tools which performed relatively simple functions with large margins of tolerance.<sup>14</sup> To the extent that productivity is compared on the basis of value added rather than gross output, the measures reflect a significant quality adjustment as the higher raw material content (and therefore lower value added) of East German products is an indication of their low-technology content.

A related point is that the average size of firms in Eastern European countries was relatively large compared to capitalist countries. This is partly related to the wider extent of horizontal integration in CPEs, with each plant producing a broader range of products compared to firms in market economies.<sup>15</sup> In some cases horizontal integration may lead to „economies of scope“ when a firm benefits from a more efficient use of overhead capital (including sales, administration, repair and maintenance, etc.). However, even for western countries the evidence for economies of scope is slim. In Eastern Europe it is more likely that horizontal integration led to „diseconomies of scope“, leading to a greater amount of inputs per unit of output.<sup>16</sup>

(4) Finally, there are important differences in industry classification schemes between CPEs and market economies. The West German „Systematik für das produzierende Gewerbe“ (SYPRO) is close to the European NACE classification system and the UN ISIC system. In the industry classification schemes of the CPEs it appears difficult to clearly separate mining and utilities from manufacturing activities. More important, employment estimates for manufacturing in CPEs often include employees from a wide range of secondary activities, such as repair and maintenance, but also social services which were provided by firms to their employees on a much wider scale than in market economies.

In the case of East Germany it appeared that a reclassification of the production statistics from the East German „Systematik der Volkswirtschaftszweige“ (SVWZ) to SYPRO reduced the number of manufacturing workers from 3.2 to 2.7 million in 1989.<sup>17</sup> Especially for chemicals, oil refining, basic metals and machinery the coverage according to the East German SVWZ classification appeared much broader than in the SYPRO classification.

For the 1987 comparison in this study we were able to use information for East Germany on gross output and employment based on the West German SYPRO classification scheme. However, the adjustment to value added was made on the basis of the East German input-output table which was based on the East Germany SVWZ industry classification scheme.

14 This difference between firms in former CPEs and market economies comes out clearly in a range of comparisons between manufacturing plants in East and West European countries. See, for example, *Hitchens/Wagner/Birnie*, op. cit.

15 *E. Ehrlich*, The Size Structure of Manufacturing Establishments and Enterprises: An International Comparison, in: *Journal of Comparative Economics* 9, 1985, pp. 267-295.

16 At the same time, there has also been a tendency of manufacturing firms in planned economies to specialise along vertical lines, which has raised the ratio of intermediate inputs to gross product further, as a larger share of each firm's gross output turns up as intermediate inputs in other firms. However, this factor did not have so much effect on the East Germany/West Germany comparison in this paper, because our East German source is a census of local units rather than firms, so that the effect of vertical integration is smaller.

17 See *B. Görzig*, Produktion und Produktionsfaktoren in Ostdeutschland, in: *Dokumentation, DIW*, Berlin 1991.

**Table 2:** Gross Value of Output, Value Added and Labour Productivity in Manufacturing in 1987  
(East Germany as a per cent of West Germany)

	At East-German Weights	At West-German Weights	Geometric Average
Gross Value of Output	18.8	20.4	19.6
Value Added	12.4	13.5	12.9
Gross Value of Output per Employee	46.6	50.6	48.6
Value Added per Employee	30.6	33.4	32.0
Value Added per Hour Worked	28.7	31.3	30.0

*Note:* for definitions see table 1.

*Source:* See table 1 and Appendix Tables A.2 to A.5

Table 2 compares the comparative ratios of gross output and value added as well as gross output and value added per employee and per hour worked. The estimates are shown on the basis of weights of either of the two countries as well as their geometric average. On average gross output in East German manufacturing (i.e. the production value of goods and material services), which has also been used in most other comparative studies (see section 3), was 19.6 per cent of the West German level in 1987. Value added in East Germany was on average only 12.9 per cent of the West German level.<sup>18</sup> On the basis of the geometric average of the UVRs at East German and West German weights, gross output per person in manufacturing in East Germany was 49 per cent of the West German level in 1987. Value added per person was 32 per cent and value added per hour worked came to only 30 per cent.<sup>19</sup> As explained above the census value added concept is preferred for this study, as it shows more clearly the inefficient characteristics of East German manufacturing, and takes account of a substantial part of the lower quality of East German products.

<sup>18</sup> For the comparisons of census value added we used the same unit value ratios as for gross output, assuming that the price ratios we derived for gross output were also representative for the intermediate inputs. Although this assumption (which can be contrasted with double deflation in case we had converted intermediate inputs with an independent UVR for intermediate inputs) could not be crosschecked with other evidence, there is no immediate reason to expect a systematic difference between UVRs at gross output level and UVRs for intermediate inputs. One method to make further advances on this is to compare the estimates within an input-output framework. For a discussion of an input-output table for East Germany on West German standards for 1987, see *U. Ludwig/R. Stäglin*, Problems in Comparing Input-Output Tables for East and West Germany", in: *Economic Systems Research* 5/2, 1993, pp. 137-147.

<sup>19</sup> Annex Tables A.2 to A.6 show details at the level of 14 manufacturing branches. It suggests that in terms of productivity East Germany did relatively well in food products, beverages, leather products, chemicals and basic metals and metal products, but a below-average performance in machinery and transport equipment, electrical engineering and „other manufacturing“.



### III. Changes in the Comparative Productivity Performance

To obtain a view of the dynamics of the comparative productivity performance in East Germany compared to West Germany, one may construct series of real output and employment and link these to the benchmark estimates for 1987. This has been the usual procedure for comparisons of productivity among western countries.<sup>20</sup> However, there are many problems in measuring the growth of real output in Eastern Europe. Below I will first discuss these problems in a general sense, and then discuss the alternative growth estimates for East Germany in more detail.

#### The Official Growth Estimates

The main problems with the official growth estimates in CPEs are difficult to rank in order of importance, but a study of the literature suggests that the following factors are the most important:<sup>21</sup>

(1) Firstly, the estimates of real output in CPEs are mostly derived by pricing physical quantities at the prices of a base year, whereas the estimates of real income produced are obtained by deflating net material product by an official price index. This procedure has created various problems in the case of CPEs. The pricing of commodities at „comparable prices“ was carried out at the firm level.<sup>22</sup> Managers often inflated their output because they applied relatively high prices for new products. This was because it was suggested that these new products were characterised by high production costs, or because the new products reflected substantial quality improvements which in fact were relatively minor compared to existing products. Prices of existing products were insufficiently adjusted downwards once cost reductions had occurred or when the quality declined. When the net material product in current prices was deflated at an aggregate level, use was made of an official „constant price“ deflator which did insufficiently take account of the actual pricing practices of firms.

(2) Secondly, the output growth rates of CPEs were often upwardly biased because of an increase in horizontal and vertical specialisation. Planning agencies in CPEs often supported cooperation among firms. The planning system also forced firms to subcontract part of their production to fulfill production targets. This has led to an „overgrown cooperation“ between firms. As a result the estimated growth rates of real output in CPEs were not always sufficiently corrected for the rising share of production for intermediate use.

(3) Thirdly, as the statistics of the former CPEs were set up on the basis of the Material Product System (MPS), they primarily reported the output of physical production and

<sup>20</sup> See van Ark 1993, 1995, op. cit., for a discussion of procedures to update or backdate benchmark results.

<sup>21</sup> See, for example, *Bureau of Labor Statistics/Eurostat*, in: *Economic Statistics for Economies in Transition: Eastern Europe in the 1990s*, Washington D.C. 1991; P. Mare, *Dollar GNPs of the USSR and Eastern Europe*, World Bank, John Hopkins University Press, London/Baltimore 1985; and P. Marer (1992), op. cit..

<sup>22</sup> It is important to distinguish „comparable“ prices from „constant“ prices, as the former does not necessarily mean that prices always referred to one and the same base year. This was in particular not so in the case of new products for which prices at the time of introduction of the product were often used. See, for example, A. Bergson, *Real National Income Measurement: In Soviet Perspective*, in: *Bureau of Labor Statistics/Eurostat 1991*, op. cit..

material services. In practice the MPS coverage of output gradually expanded over time, covering an increasingly broader range of activities.<sup>23</sup>

(4) Fourthly, there has also been some deliberate overreporting of output at different stages in the process. Managers frequently overreported their gross output in order to achieve their planned target. There may also have been some overreporting at higher levels in order to put the country in a more favourable light internationally.

### The Alternative Growth Estimates from 1950 to 1988

The reconstruction of the growth of manufacturing real output of former CPEs can be carried out along two different routes. The first is to reestimate the current value aggregates or price indexes to eliminate the effects of hidden inflation and make to a correction for the effect of the introduction of „new“ products. For East Germany, a variant of this method has been applied for the 1980s in a study by the Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, which used a unit value index for East German exports to West Germany (including a correction for devaluation) instead of the original „constant“ price index for the deflation of value added in East Germany.<sup>24</sup> However, reconstructing the price series is a difficult path to pursue for long term studies mainly because of the lack of appropriate value and price statistics.

The second option is to employ the adjusted factor cost method. This method originates from the work of Bergson on the reconstruction of Soviet growth performance.<sup>25</sup> It makes use of quantities of physical output which are weighted at adjusted factor cost weights. The factor cost weights approximately represent the compensation for labour (i.e. the sum of wages and salaries and social security contributions) and capital (i.e. depreciation allowances and an estimate of the return on capital) by industry, by sector of the economy and by branches within these sectors. This approach is better feasible because many of the basic data, and in particular the quantity information is more readily available than the prices.

The adjusted factor cost approach has been extensively applied in a range of studies on real output growth in Eastern European countries by the team of Thad Alton.<sup>26</sup> Table 3 compares the official growth rates based on the NMP series with those based on the adjusted factor cost method. As the NMP figures are only available for industry including mining and utilities they are best compared with alternative series with the same coverage. The fall in

23 For example, in Czechoslovakia the concept of production during the late 1940s and early 1950s expanded from only the value of „production of goods delivered“ to the value of „productive work and services“, and finally also to the value of „production produced and consumed“ by the enterprise. See *G. Lazarcik/G.J. Staller*, A New Index of Czechoslovak Industrial Output, 1937 and 1947-1965, in: Research Project on National Income in East Central Europe, Occasional Paper No. 24, Columbia University, New York 1968.

24 See *B. Görzig*, Produktion und Produktionsfaktoren in Ostdeutschland, in: Dokumentation, DIW, Berlin 1991.

25 See *A. Bergson*, The National Income of Soviet Russia Since 1928, Rand Corporation 1961.

26 For details see Annex B. For East Germany this method was in effect first applied by Stolper for the period 1936 to 1958, who used physical quantity series for East Germany which were weighted at West German prices alternatively for 1936 and 1950. Stolper adjusted the gross production series to value added making use of value added weights derived from 1936 input-output relationships. See *W. Stolper*, The Structure of the East German Economy, Cambridge, Mass. 1960. See also below.

output growth is striking on the basis of both series, although the gap between the two estimates increased over time. For the period as a whole the adjusted factor cost series differed by around 2 percentage points from the rate of growth of industrial NMP, but the difference was smaller in the 1950s and 1960s than thereafter.<sup>27</sup>

Table 3 also shows the growth rates for manufacturing for the two CPE countries after removing mining and electricity from the original estimates for industry. As growth in mining was somewhat slower than in manufacturing, the manufacturing growth estimates are about 0.2 percentage points higher than for total industry.

**Table 3:** Growth Rates of Real Output and Productivity in Industry and Manufacturing According to Net Material Product Concept and Adjusted Factor Cost Concept, East Germany, 1950-1988

	Value Added				Labour Productivity		
	Net Material Product Concept Industry (1)	Adjusted Factor Cost Concept Industry (2)	Difference (1)-(2) (3)	Adjusted Factor Cost Manufacturing (4)	Net Material Product Concept Industry (5)	Adjusted Factor Cost Industry (6)	Adjusted Factor Cost Manufacturing (7)
1950-60	10.9	9.1	1.8	9.6	8.6	6.9	7.2
1960-70	5.2	3.6	1.6	3.8	5.1	3.5	3.6
1970-80	5.4	3.2	2.2	3.3	4.2	2.0	2.2
1980-88	4.8	2.3	2.5	2.4	4.4	2.0	2.1
1950-88	6.6	4.6	2.0	4.8	5.6	3.6	3.8

*Note:* All estimates refer to manufacturing, i.e. excluding mining and utilities and excluding handicraft. The 1967-75 output series were adjusted from industry to manufacturing by applying the difference in growth rates between industrial and manufacturing output between 1962-67 and between 1975-80. For both sub-periods the manufacturing growth rates were about 0.1-0.2 percentage points higher than the industrial growth rates. Employment refers to employees excluding self-employed, family workers and home workers. For annual estimates, see annex table B.1.

*Source:* Net material product for 1950-70 from *P. Sturm, A Comparison of Aggregate Production Relationships in East and West Germany*, Ph. D. thesis, Yale University 1974. His series were obtained on the basis of a regression of three overlapping series for sub-periods. NMP 1970-90 from *P. Marer (1992)*, op. cit.. Adjusted factor cost series, see annex B. Employment from *Statistisches Jahrbuch der DDR*, various issues.

Table 4 compares the manufacturing output and productivity growth rates based on the adjusted factor cost method with comparable series for West Germany. On the basis of these estimates it appears that for the period as a whole real output growth in manufacturing was similar in East and West Germany, and East German productivity growth was only slightly

<sup>27</sup> However, Czirjak and Dusek admit that their estimates for the earlier years may contain some overestimation because they are to some extent based on the official data publication policies concerning the introduction of „new products“. See *L. Czirjak/J. Dusek, Growth of East German Industrial Output*, 1972 op. cit., p. 16.

below that of West Germany. However, during the 1950s and 1960s real output growth in West Germany was much faster than in East Germany, whereas it was slower during the 1970s and 1980s. The productivity slowdown was also bigger in West German manufacturing.

Table 4: Growth Rates of Real Output and Productivity in Manufacturing in East and West Germany, 1950-1988

	Value Added		Labour Productivity	
	East Germany	West Germany	East Germany	West Germany
1950-60	9.6	11.2	7.2	7.2
1960-70	3.8	5.5	3.6	5.0
1970-80	3.3	1.9	2.2	3.0
1980-88	2.4(1.8)	1.0	2.1(1.5)	1.5
1950-88	4.8(4.7)	4.9	3.8(3.7)	4.2

Source: East Germany, see table 3. Alternative estimates between brackets for 1980-88 from B. Görzig, *Produktion und Produktionsfaktoren in Ostdeutschland*, Dokumentation, DIW, Berlin 1991. West Germany: value added (1950-59) from Statistisches Bundesamt, *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Lange Reihen, 1950-84*; value added (1960-88) and employment from *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen Revidierte Ergebnisse 1950-1990*. see annex B.

The comparison of East and West German growth rates raises the suspicion that, despite the significant downward adjustment which has already been made compared to the official growth rates, the „Alton“ estimates of manufacturing output growth according to the adjusted factor cost concept are still too high. In fact this proposition may have some validity. The almost exclusive reliance on physical quantities implies that the method does not take account of the greater low-technology and high-raw material content of products in CPEs compared to market economies, as described above. Further-more, a significant part of physical output produced in former CPEs was never consumed and it is doubtful whether such production for waste should be valued at the same price as the production which is consumed.

On the other hand, some scholars have argued that the adjusted factor cost method understated rather than overstated real growth.<sup>28</sup> Their main argument was that, as the method relies heavily on the output of commodities in physical quantities, it took insufficiently account of relatively rapidly growing new products in particular in the machinery and electrical equipment industries.

However, on hindsight the latter arguments seem not to have much validity. Now we know that the productive system of the former CPEs collapsed dramatically when these countries opened up to world competition, the conclusion is inevitable that the pace of technological change and the change towards a production basket of high-quality and high-value added goods has been much slower than in western market economies. On the basis of these observations the East German growth rates look somewhat too high in particular for the 1970s and 1980s. The figures between brackets in table 4 show an alternative estimate of growth for the period 1980 to

28 For example, *Sturm* (1974), op. cit.; and M. Boretzky, *The Tenability of the CIA Estimates of Soviet Economic Growth*, in: *Journal of Comparative Economic Studies* 11, 1987, pp. 517-42.

1988 which is based on the deflation method described at the beginning of this section. On that basis the annual growth rate for the 1980s is lowered by about 0.6 percentage points, which seems more plausible in comparison to the West German growth rates.

#### IV. Comparative Productivity Levels for East and West Germany, 1950-1988

If one uses the Alton series on manufacturing real output growth (after a correction for the 1980-88 growth rates) supplemented with the official employment estimates, and combines these with similar series for West Germany, the comparative productivity estimates for 1987 can be backdated to 1950.

The bottom line of graph 1 shows the value added-based productivity estimates for the period 1950 to 1988. It suggests that the level of value added per person employed moved between 35 and 40 per cent of the West German level between 1950 and 1965 and then fell to 30 per cent between 1965 and 1975 where it stayed until the mid-eighties. Below I will consider the plausibility of these relatively low productivity estimates for East Germany by comparison with results from other studies.

There have been a range of earlier benchmark comparisons of productivity between East and West Germany, of which those most closely related to this study in terms of method and coverage are shown in table 5.<sup>29</sup> A striking trend emerges from the subsequent vintages of estimates in this table, namely that the comparative productivity performance of East Germany continuously deteriorated over these four decades. Although this trend corresponds to my continuous series, the sheer size of the relative decline suggests there are problems in comparing the individual benchmark estimates.

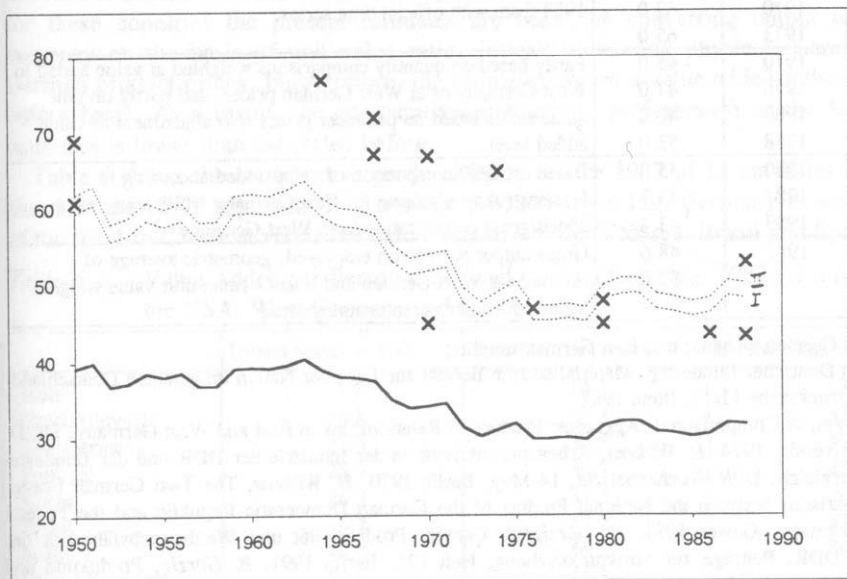
In particular the earlier studies by Sturm and Wilkens rely heavily on comparisons of physical quantities at West German prices, whereas later studies make use of prices and unit value ratios. My own estimate is entirely based on unit value ratios at East and West German weights. A second reason for the differences between the estimates concerns the adjustment from gross output to value added. Most studies are based on gross output comparisons and apply value added weights or value added-gross output ratios for West Germany (expressed in West German prices), without putting the estimates themselves on a value added basis. As shown above the share of intermediate inputs in gross output is much larger in East Germany than in West Germany, and the use of West German weights can easily lead to an overestimation of East German value added.

Another approach to check in particular the plausibility of the estimates for the 1950s, is to compare these with the prewar estimates of East-West German productivity. The avail-

<sup>29</sup> Sturm (1974), op. cit., table 2.II, provides an overview of some productivity estimates for some earlier years, which I do not show here because their coverage is mostly much wider than manufacturing only. See, for example, F. Grüning, Volkswirtschaftliche Bilanzen 1936 und 1947, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung 1, 1948, pp. 5-19; Stolper (1960), op. cit.; and E.M. Snell/M. Harper, Postwar Economic Growth in East Germany, in: Economic Development in the Countries of Eastern Europe, Joint Economic Committee, 1970. See also I.L. Collier, The Estimation of Gross Domestic Product and its Growth Rate for the German Democratic Republic, World Bank Staff Working Papers, No. 773, Washington D.C. 1985, which covers a comparison for the total economy based on a comparison of expenditure categories.

ability of a detailed production census for 1936 makes this possible.<sup>30</sup> Of course East and West German output in 1936 were both expressed in Reichsmark, and with the help of a postwar statistical source it is relatively easy to distinguish East and West Germany.<sup>31</sup> It appeared that in 1936 sales per employee in East Germany amounted to 84 per cent of the level in West Germany.

*Graph 1:* Comparative Levels of Output per Person Employed in East Germany, 1950-1988 (West Germany = 100)



*Note:* The bold line is my preferred estimate. The interrupted line (variant I) is the geometric average of the 1987 estimate of gross output per person employed weighted at West German prices and at East German prices (variant I). The variant II line shows the gross output per person employed weighted at West German prices only.

*Sources:* Point estimates see table 5, except 1950 which was taken from *A. Ritschl, An Exercise in Futility: East German Economic Growth and Decline, 1945-1989*, in: *N.F.R. Crafts/G. Toniolo (Eds.), Europe's Postwar Growth*, CEPR, Cambridge University Press 1995. Own estimates based on tables 2 and 3.

30 Die Deutsche Industrie. Gesamtergebnisse der amtlichen Produktionsstatistik (Schriftenreihe des Reichsamtes für wirtschaftliche Planung), Berlin 1939.

31 Länderrat des Amerikanischen Besatzungsgebiets (1949), *Statisches Handbuch von Deutschland 1928-1944*. Total sales (in Reichsmark) and employment in manufacturing industries on German territory which was occupied by the Soviet Union in 1945 (Soviet Zone and half of Berlin) was compared to sales and employment in the area occupied by western allies (American, British and French zones and half of Berlin).

Table 5: Results from Studies of Comparative Levels of Output per Person Employed in Industry, East versus West Germany

Author(s)	Year	Result	Method
Sturm (1974)	1964	76.9	Quantity comparison for 219 industrial products weighted at West German sales value by product and at value added by industrial branch. Includes mining and utilities.
Wilkens (1970)	1967	67.3 <sup>a</sup> 69.3 <sup>b</sup>	Quantity comparisons for 200 products weighted West German unit values. Adjusted from gross output to value added with ratios for West Germany. Includes mining.
Wilkens (1981)	1967 1970 1973	72.0 67.0 65.0	Commodity producing sectors. Updated from 1967 to 1970 and 1973 from with official time series.
Görzig und Gornig (1991) <sup>c</sup>	1970 1976 1980 1988	45.0 47.0 48.0 53.0	Partly based on quantity comparisons weighted at value added in West Germany or at West German prices, and partly on unit value ratios based on producer prices. No adjustment to value added level.
Görzig (1991)	1980 1987 1989	45.0 43.7 43.4	Based on 1990 comparison of value added according to Kostenstrukturerhebung for East Germany while using value added/gross output ratios from West Germany
This study	1987	48.6 32.0	Gross output per person employed; geometric average of estimates at West German and East German unit value weights Value added per person employed; id.

a at West German weights; b at East German weights;

c see also Deutscher Bundestag, Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, Drucksache 11/11, Bonn 1987.

Sources: P. Sturm, A Comparison of Aggregate Production Relationships in East and West Germany, Ph. D. thesis, Yale University 1974. H. Wilkens, Arbeitsproduktivität in der Industrie der DDR und der Bundesrepublik - ein Vergleich, DIW Wochenbericht, 14 May, Berlin 1970. H. Wilkens, The Two German Economies, A Comparisons between the National Product of the German Democratic Republic and the Federal Republic of Germany, Gower 1981. B. Görzig/M. Gornig, Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft der DDR, Beiträge zur Strukturforchung. Heft 121, Berlin 1991. B. Görzig, Produktion und Produktionsfaktoren in Ostdeutschland, Dokumentation, DIW, Berlin 1991.

It is of course extremely difficult to carry these estimates by time series over the war to 1950, but it was done for industrial productivity (i.e. including mining and utilities) in a paper by Ritschl using time series from Stolper and Barthel.<sup>32</sup> Ritschl arrives at a range estimate of industrial productivity in East Germany for 1950 of 61-69 per cent of the West German level (see graph 1). As with the other estimates in graph 1 this is also substantially higher than the value added estimate.

Summarising, the comparative estimates of East German value added per person employed before 1987 may be somewhat understated because the East German growth rates which were used to backdate the 1987 benchmark comparison may be too high. However, the more important reason for the relatively low result is that my estimates are entirely based on value added instead of gross output. That this is by far the most important reason

32 A. Ritschl, An Exercise in Futility: East German Economic Growth and Decline, 1945-1989, in N.F.R. Crafts/G. Toniolo (Eds.), Europe's Postwar Growth, CEPR, Cambridge University Press 1995. Stolper (1960), op. cit. H. Barthel, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, Berlin (Ost) 1979.

can also be seen from graph 1, which shows two alternative estimates of productivity, which are based on gross output per employee for 1987 using either East and West German weights (variant I) or West German weights only (variant II).<sup>33</sup> It is clear that both variants move relatively closely to the estimates given by Ritschl for 1950 and by Görzig and Gornig and Görzig for the 1980s. However, the estimates by Sturm and Wilkens seem really out of line even on a gross output basis.

## VI. Conclusions

This paper was concerned with the comparison of output and productivity in manufacturing between East and West Germany for the postwar period. In contrast to most previous studies for these countries the present estimates are based on converting output to a common currency on the basis of unit value ratios instead of valuing physical quantities at West German product prices. Furthermore, the estimates are on a value added rather than a gross output basis. As a result, the comparative productivity performance of the East European countries is lower than suggested before.

Table 6 shows the comparative productivity levels for 1987 of 13 countries which are all based on the ICOP approach. It shows that productivity in East Germany is somewhat ahead of the level in Czechoslovakia but below that of Portugal, Korea, Brazil and Spain.

*Table 6:* Value Added per Person Employed in Manufacturing, 1987, as a per cent of the USA, West Germany and the UK

	United States = 100	West Germany = 100	United Kingdom = 100
India	7.2	10.3	13.5
Czechoslovakia	18.8	26.8	35.1
East Germany	21.4	30.5	40.0
Portugal	25.7	36.7	48.0
Korea	26.3	37.5	49.1
Brazil	30.7	43.7	57.3
Spain	46.4	66.2	86.7
United Kingdom	53.6	76.3	100.0
West Germany	70.2	100.0	131.0
France	71.2	101.5	133.0
Japan	76.4	108.9	142.7
Netherlands	83.5	118.7	155.6
United States	100.0	142.5	186.7

*Note:* the estimates in italics are derived inferentially from the actual binary comparisons.

*Source:* ICOP. See A. Maddison/B. van Ark, The International Comparison of Real Product and Productivity, Research Memorandum, no. 567 (GD-6), Groningen Growth and Development Centre 1994. B. van Ark, International Comparisons of Output and Productivity, Groningen Growth and Development Centre, Monograph Series No. 1, Groningen 1993. B. van Ark, Convergence and Divergence: Manufacturing Productivity in Eastern and Southern Europe, in: B. van Ark/N.F.R. Crafts (Eds.), Quantitative Aspects of Post-war European Economic Growth, CEPR/Cambridge University Press 1995.

<sup>33</sup> Here we applied the same time series from table 4 as for the value added-based productivity. Alternatively the time series for East Germany could have been weighted at gross output instead of adjusted factor cost, which would have led to slightly different results.



This study also dealt with the time series of manufacturing real output in East Germany. It appeared that the adjusted factor cost approach led to a significant downward adjustment of the growth rates of real output compared to the growth rates of NMP. Nevertheless, after linking these revised growth rates to the comparative benchmark results for 1987, it appears that a backward extrapolation suggests very low comparative productivity levels around 1950. This study suggests that, if anything, the adjusted growth rates still overstate the „true“ growth of these countries during the period of central planning. However, the most important explanation for the low productivity results for East Germany in this study is the focus on value added rather than gross output.

A more thorough study of the comparative productivity performance of East and West Germany during the early postwar period will be necessary to reach more definitive conclusions on this issue. It is clear, however, that productivity level in East Germany were much lower than was thought before, and that the gap already opened up at a very early stage.<sup>34</sup>

---

34 See also *Ritschl*, op. cit., on the rapid deterioration of East German productivity relative to West Germany between 1945 and 1950.

Annex A - Details of 1987 Productivity Comparison<sup>35</sup>

## Unit Value Ratios

For East Germany we used the Abrechnung der Erzeugnispositionen der Erzeugnis- und Leistungsnomenklatur (Statistisches Amt der DDR) for 1987, which provides information on output quantities and output values at producer prices for more than 2,000 manufacturing products. This census is carried out annually, but the figures were not officially published.<sup>36</sup> For West Germany the unit values are derived from the Produktion im Produzierenden Gewerbe (Statistisches Bundesamt) for 1987 which shows up to 6,000 entries for quantities and ex-factory values excluding value added tax and excise duties.

The East German production census distinguishes between two different valuation systems. The valuation at „Betriebspreise“ (basic prices) equals production costs plus a markup for gross profits. „Industrieabgabepreise“ are producer prices which include product-oriented duties and exclude part of the product-oriented price subsidies. In East Germany product-oriented duties were particularly high on luxury consumer goods, such as TV sets, cars and washing machines. Product-oriented subsidies were given on a wide range of basic products, such as bread, meat, wearing apparel and other non-durable consumer goods, but many of these were levied as a consumer subsidy rather than as a producer subsidy, and were therefore not excluded from the producer price. For many products in East Germany purchasers' prices („Verbraucherspreise“) were in fact above producers' prices.<sup>37</sup>

Clearly, product-oriented duties and subsidies in East Germany are conceptually different from product specific taxes in market economies. In East Germany the levy and subsidy structure is a major instrument to plan the economy and to influence demand and supply of goods and services.<sup>38</sup> The „Betriebspreise“-concept, which excludes levies and includes all subsidies, is therefore the preferable concept to West German prices. However, as we were not able to obtain a complete set of data on value added at basic prices, we took East German unit values in terms of „Industrieabgabepreise“ and compared these to West German ex-factory prices including excise duties, to arrive at our unit value ratios.

<sup>35</sup> See Beintema and van Ark (1994) for a more extensive discussion.

<sup>36</sup> I am grateful to the Gemeinsames Statistisches Amt in Berlin to provide me with these figures.

<sup>37</sup> See Collier (1984), op. cit., M. Melzer, Price Formation, in DIW, GDR and Eastern Europe - A Handbook, Avebury 1989 and Ludwig/Stäglin (1993), op. cit. for a detailed discussion of the price system in East Germany.

<sup>38</sup> For a detailed discussion of the importance of these taxes and subsidies in quantitative terms, see Görzig/Gornig (1991), op. cit.

## Price Concepts in East and West Germany:

East Germany:

West Germany:

Verbraucherpreise

Purchaser Prices

plus

consumer product-oriented  
subsidies

= Producer Prices

= Industrieabgabepreise

minus

product specific levies (+ +)  
other indirect taxes (+/-)

minus

excise duties (+)  
other indirect taxes (+/-)

plus

producer product-oriented  
subsidies (+)

plus

product-oriented subsidies (-)

= Betriebspreise

= Basic prices

- production costs  
- mark-up for profit

*Note:* (+ +) = very important; (+) = important; (+/-) = moderately important; (-) = unimportant

Table A.1 shows the results of this matching procedure: the number of unit value ratios, the percentage coverage of total sales by UVRs, the UVRs weighted at either national weights or West German weights and the geometric average of the results based on these two weighting systems. The product UVRs were weighted in three stages, i.e. by their corresponding quantities to obtain industry UVRs, subsequently by their corresponding industry gross output value to obtain branch UVRs, and then by their corresponding branch value added to obtain the UVR for the manufacturing sector as a whole. The original product matches for each binary comparison are available in a statistical appendix, which can be obtained from the author on request.

*Annex Table A.1:* Number of Unit Value Ratios and Coverage of Total Sales and Unit Value Ratios (Ost-Mark to the DM Mark) in Manufacturing, East Germany and West Germany, 1987

	Number of Unit Value Ratios	Matched Output as a % of Branch Gross Value of Output		Unit Value Ratios (OM/DM)			Exchange Rate Deviation Index
		East Germany	West Germany	East German Quantity-weights	West German Quantity-weights	Geometric Average	
Food Products	75	74.2	51.8	1.67	1.50	1.59	285
Beverages	11	84.8	84.0	1.71	1.39	1.54	293
Tobacco Products	3	96.4	73.0	1.74	1.74	1.74	259
Textile Products	35	66.6	47.1	2.17	2.46	2.31	196
Wearing Apparel	30	64.1	59.5	1.71	2.04	1.87	242
Leather and Leather Products	7	43.6	49.7	0.97	1.10	1.03	438
Wood Products and Furniture	8	28.1	24.3	1.61	2.02	1.80	250
Paper, Paper Products and Printing	8	48.9	29.1	2.13	1.86	1.99	227
Chemicals, Rubber and Plastic Products	52	20.2	18.1	1.87	2.12	1.99	227
Non-Metallic Products	15	33.1	34.2	1.68	1.77	1.72	262
Basic Metals and Metal Products	48	56.9	53.3	1.89	1.94	1.92	236
Machinery and Transport Equipment	20	18.2	32.5	1.95	1.95	1.95	232
without adjustment for quality (a)	20	18.2	32.5	1.39	1.02	1.19	380
Electrical Engineering	23	29.1	15.7	1.64	2.20	1.90	238
Other Manufacturing	0	0.0	0.0	1.81	1.98	1.89	239
Total, with adjustment for quality (a)	355	41.1	33.7	1.81	1.98	1.89	239
without adjustment for quality (a)	355	41.1	33.7	1.70	1.71	1.70	265
Commercial Exchange Rate				4.52	4.52	4.52	100

*Note:* the coverage percentages are somewhat affected by classification differences between the product data and the industry data, but the present estimates give a good proxy indication of the coverage.

(a) the quality adjustment was made for passenger cars (see main text)

*Source:* East Germany from *Statistisches Amt der DDR, Abrechnung der Erzeugnispositionen der Erzeugnis- und Leistungs-nomenklatur 1987*; West Germany from *Statistisches Bundesamt, Produktion im Produzierenden Gewerbe, 1987*. Commercial exchange rates from *Marer (1992)*.

Annex Table A.2: Gross Value of Output in Manufacturing, East and West Germany, 1987

	at East German Prices			at West German Prices			Geometric Average (7)
	East Germany (min. OM) (1)	West Germany (min. OM) (2)	Ratio *100 (1)/(2) (3)	East Germany (min. DM) (4)	West Germany (min. DM) (5)	Ratio *100 (4)/(5) (6)	
Food Products	60,622	166,125	36.5	36,198	107,331	33.7	35.1
Beverages	13,003	33,385	38.9	7,588	23,286	32.6	35.6
Tobacco Products	4,633	35,054	13.2	2,659	20,089	13.2	13.2
Textile Products	30,834	79,907	38.6	14,051	32,560	43.2	40.8
Wearing Apparel	10,344	41,489	24.9	6,045	20,223	29.9	27.3
Leather and Leather Products	7,114	7,485	95.0	7,346	6,806	107.9	101.3
Wood Products and Furniture	12,901	67,109	19.2	7,989	32,973	24.2	21.6
Paper, Paper Products and Printing	10,499	100,613	10.4	4,886	53,758	9.1	9.7
Chemicals, Rubber and Plastic Products	99,135	504,126	19.7	53,004	239,022	22.2	20.9
Non-Metallic Products	16,471	65,960	25.0	9,885	37,132	26.6	25.8
Basic Metals and Metal Products	70,912	320,084	22.2	36,207	159,307	22.7	22.4
Machinery and Transport Equipment	84,066	697,743	12.0	43,229	358,172	12.1	12.1
without adjustment for quality (a)	84,066	354,954	23.7	61,425	358,172	17.1	20.2
Electrical Engineering	40,165	326,247	12.3	24,406	147,491	16.5	14.3
Other Manufacturing	6,718	43,915	15.3	3,705	22,210	16.7	16.0
Total, with adjustment for quality (a)	467,418	2,489,243	18.8	257,196	1,260,359	20.4	19.6
without adjustment for quality (a)			21.8			21.9	21.9

Note: (a) the quality adjustment was made for passenger cars

Source: as for table 1

Annex Table A.3: Value Added in Manufacturing, East and West Germany, 1987

	at East German Prices			at West German Prices			Geometric Average (7)
	East Germany (min. OM) (1)	West Germany (min. OM) (2)	Ratio *100 (1)/(2) (3)	East Germany (min. DM) (4)	West Germany (min. DM) (5)	Ratio *100 (4)/(5) (6)	
Food Products	15,198	49,257	30.9	9,075	32,753	27.7	29.2
Beverages	6,388	19,442	32.9	3,728	14,023	26.6	29.6
Tobacco Products	3,604	29,423	12.2	2,068	16,875	12.3	12.3
Textile Products	12,121	37,866	32.0	5,584	15,381	36.3	34.1
Wearing Apparel	4,200	18,299	23.0	2,454	8,960	27.4	25.1
Leather and Leather Products	2,082	3,348	62.2	2,149	3,044	70.6	66.3
Wood Products and Furniture	4,630	33,279	13.9	2,868	16,489	17.4	15.6
Paper, Paper Products and Printing	3,199	52,148	6.1	1,503	27,982	5.4	5.7
Chemicals, Rubber and Plastic Products	35,090	274,770	12.8	18,726	129,855	14.4	13.6
Non-Metallic Products	6,903	39,867	17.3	4,121	22,507	18.3	17.8
Basic Metals and Metal Products	20,742	155,710	13.3	10,946	80,189	13.7	13.5
Machinery and Transport Equipment	28,658	359,788	8.0	14,676	184,493	8.0	8.0
without adjustment for quality (a)	28,658	187,913	15.3	20,673	184,493	11.2	13.1
Electrical Engineering	14,343	194,155	7.4	8,765	88,409	9.9	8.6
Other Manufacturing	2,859	27,841	10.3	1,577	14,080	11.2	10.7
Total, with adjustment for quality (a)	160,017	1,295,194	12.4	88,238	655,041	13.5	12.9
without adjustment for quality (a)			14.3			14.4	14.3

Note: (a) the quality adjustment was made for passenger cars

Source: as for table 1

Annex Table A.4: Gross Value of Output per Person Employed in Manufacturing, East and West Germany, 1987

	at East German Prices			at West German Prices			Geometric Average (7)
	East Germany (min. OM) (1)	West Germany (min. OM) (2)	Ratio *100 (1)/(2) (3)	East Germany (min. DM) (4)	West Germany (min. DM) (5)	Ratio *100 (4)/(5) (6)	
Food Products	306,730	456,593	67.2	183,151	294,998	62.1	64.6
Beverages	291,574	382,250	76.3	170,140	266,620	63.8	69.8
Tobacco Products	877,674	2,085,427	42.1	503,600	1,195,108	42.1	42.1
Textile Products	155,399	359,930	43.2	70,815	146,663	48.3	45.7
Wearing Apparel	96,667	241,676	40.0	56,488	117,799	48.0	43.8
Leather and Leather Products	109,974	137,135	80.2	113,563	124,685	91.1	85.5
Wood Products and Furniture	121,107	313,191	38.7	74,999	153,880	48.7	43.4
Paper, Paper Products and Printing	184,305	342,865	53.8	85,766	183,196	46.8	50.2
Chemicals, Rubber and Plastic Products	341,392	531,097	64.3	182,531	251,810	72.5	68.3
Non-Metallic Products	110,088	275,525	40.0	66,070	155,104	42.6	41.3
Basic Metals and Metal Products	218,279	331,608	65.8	111,451	165,042	67.5	66.7
Machinery and Transport Equipment without adjustment for quality (a)	110,019	343,517	32.0	56,574	176,337	32.1	32.1
Electrical Engineering	111,277	309,485	36.0	67,617	139,913	48.3	41.7
Other Manufacturing	72,623	228,359	31.8	40,047	115,492	34.7	33.2
Total, with adjustment for quality (a)	169,137	363,103	46.6	93,067	183,847	50.6	48.6
without adjustment for quality (a)			54.2			54.3	54.2

Note: (a) the quality adjustment was made for passenger cars

Source: as for table 1

Annex Table A.5: Census Value Added per Person Employed in Manufacturing, East and West Germany, 1987

	at East German Prices			at West German Prices			Geometric Average (7)
	East Germany (min. OM) (1)	West Germany (min. OM) (2)	Ratio *100 (1)/(2) (3)	East Germany (min. DM) (4)	West Germany (min. DM) (5)	Ratio *100 (4)/(5) (6)	
Food Products	76,897	135,382	56.8	45,916	90,021	51.0	53.8
Beverages	143,250	222,604	64.4	83,590	160,557	52.1	57.9
Tobacco Products	682,655	1,750,421	39.0	391,700	1,003,924	39.0	39.0
Textile Products	61,087	170,561	35.8	28,142	69,283	40.6	38.1
Wearing Apparel	39,247	106,596	36.8	22,934	52,191	43.9	40.2
Leather and Leather Products	32,179	61,333	52.5	33,229	55,765	59.6	55.9
Wood Products and Furniture	43,465	155,310	28.0	26,926	76,952	35.0	31.3
Paper, Paper Products and Printing	56,158	177,709	31.6	26,378	95,356	27.7	29.6
Chemicals, Rubber and Plastic Products	120,841	289,470	41.7	64,485	136,802	47.1	44.4
Non-Metallic Products	46,138	166,532	27.7	27,543	94,017	29.3	28.5
Basic Metals and Metal Products	63,846	161,316	39.6	33,694	83,076	40.6	40.1
Machinery and Transport Equipment	37,506	177,133	21.2	19,206	90,831	21.1	21.2
without adjustment for quality (a)	37,506	92,514	40.5	27,056	90,831	29.8	34.8
Electrical Engineering	39,737	184,179	21.6	24,283	83,867	29.0	25.0
Other Manufacturing	30,908	144,772	21.3	17,044	73,218	23.3	22.3
Total, with adjustment for quality (a)	57,903	188,928	30.6	31,929	95,550	33.4	32.0
without adjustment for quality (a)			35.5			35.7	35.6

Note: (a) the quality adjustment was made for passenger cars

Source: as for table 1.



Annex Table A.6: Census Value Added per Employee and per Hour Worked in Manufacturing, East and West Germany, 1987

	at East German Prices			at West German Prices			Geometric Average
	East Germany (min. OM)	West Germany (min. OM)	Ratio *100 (1)/(2)	East Germany (min. DM)	West Germany (min. DM)	Ratio *100 (4)/(5)	
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	
Food Products, Beverages and Tobacco	56.35	115.39	48.8	33.27	74.85	44.4	46.6
Textile Products, Wearing Apparel and Leather	30.24	82.11	36.8	16.74	37.78	44.3	40.4
Chemicals, Rubber and Plastic Products	70.58	176.08	40.1	37.67	83.21	45.3	42.6
Basic Metals and Metal Products	35.79	99.58	35.9	18.89	51.28	36.8	36.4
Machinery, Electrical Engineering and Transport Equipment	21.80	113.20	19.3	11.89	55.77	21.3	20.3
without adjustment for Quality (a)	21.80	78.08	27.9	14.93	55.77	26.8	27.3
Other Manufacturing	25.32	99.34	25.5	14.49	52.58	27.6	26.5
Total, with adjustment for quality (a)	33.37	116.12	28.7	18.40	58.73	31.3	30.0
without adjustment for quality (a)			33.2			33.5	33.4

Note: (a) the quality adjustment was made for passenger cars

Source: as for table 1; hours from B. Görzig, Produktion und Produktionsfaktoren in Ostdeutschland, Dokumentation, DIW, Berlin 1991.

## Annex B - Sources and Methods of Adjusted Factor Cost Method

For East Germany, the „Alton series“ consisted of three parts:

(1) For the period 1950 to 1967 the estimates for manufacturing included physical quantities for 308 products (I excluded mining and electricity production from the original index) which were mostly weighted at 1958 producer price weights for Hungary.<sup>39</sup> The indexes for the 58 industries were weighted at 1958 East German labour costs, and the 18 branches were weighted at factor cost weights based on 1958 labour costs plus a 10 per cent mark-up for the average return to the gross fixed capital to represent depreciation as well as the net return. The index excludes output from military production and establishments with less than 10 employees.

Sources: *L. Czirjak /J. Dusek*, Growth of East German Industrial Output, 1936, 1946 and 1950-1967, in: Research Project on National Income in East Central Europe, Occasional Paper No. 35, International Financial Research Inc., New York 1972.

(2) For the period 1967 to 1975 the industry and branch weights were replaced by 1968 adjusted factor cost weights.

Sources: *Th. Alton/K. Badach/E.M. Bass/G. Lazarcik/G.J. Staller*, Economic Growth in Eastern Europe 1965, 1970 and 1975-1982, in: Research Project ..., Occasional Paper No. 75, L.W. International Financial Research, Inc., New York 1983. Some intermediate years were interpolated with *Th. Alton/E.M. Bass/L. Czirjak/G. Lazarcik*, Statistics on East European Structure and Growth, in: Research Project ..., Occasional Paper No. 48, L.W. International Financial Research, Inc., New York 1975, and *Th. Alton/E.M. Bass/G. Lazarcik/G.J. Staller/W. Znayenko*, Economic Growth in Eastern Europe 1965-1979, in: Research Project ..., Occasional Paper No. 59, L.W. International Financial Research, Inc., New York 1980.

(3) For the period 1975 to 1988 the indexes include an unknown number of industrial products, and which were mostly weighted at 1967 employment weights, although some items which were weighted at 1975 wholesale prices for West Germany. The eight manufacturing branches were weighted at 1975 adjusted factor cost weights.

Sources: *Th. Alton/K. Badach/E.M. Bass/R. Bakondi/A. Brumaru/J.T. Bombelles/G. Lazarcik/G.J. Staller*, Economic Growth in Eastern Europe 1975-1989, in: Research Project ..., Occasional Paper No. 110, 1990.

<sup>39</sup> Price weights for East Germany were not available for this period. It was argued that the Hungarian price weights were most representative of those of East Germany, and that the physical quantity series were sufficiently detailed to reflect the different structure of the Hungarian and East German manufacturing sector. See *L. Czirjak/J. Dusek*, Growth of East German Industrial Output, 1936, 1946 and 1950-1967, in: Research Project on National Income in East Central Europe, Occasional Paper No. 35, International Financial Research Inc., New York 1972, pp. 4-6 and p. 40.

*Annex Table B.1: Real Output, Employment and Comparative Levels of Labour Productivity in Manufacturing, East and West Germany, 1950-1988/90*

	Real Output in Manufacturing		Manufacturing Employment		Labour Productivity East Germany/West Germany		
	East Germany (1950 = 100)	West Germany (1950 = 100)	East Germany (1950 = 100)	West Germany (1950 = 100)	Value Added Variant	Gross Output Variant I (weights of both countries)	Gross Output Variant II (weights of West Germany)
1950	100.0	100.0	100.0	100.0	39.2	59.6	62.0
1951	119.7	114.8	108.3	106.0	40.0	60.8	63.3
1952	128.7	130.8	113.6	108.4	36.8	55.9	58.2
1953	144.7	146.1	117.0	112.4	37.3	56.6	59.0
1954	162.6	163.5	118.3	117.0	38.6	58.6	61.0
1955	175.3	191.5	118.2	125.5	38.1	57.8	60.2
1956	184.7	207.0	118.5	130.8	38.6	58.7	61.1
1957	189.9	221.3	122.7	134.7	36.9	56.1	58.4
1958	204.4	233.4	125.3	134.9	37.0	56.1	58.5
1959	229.4	254.8	122.4	135.8	39.2	59.5	61.9
1960	248.8	289.1	124.1	144.5	39.3	59.7	62.1
1961	256.9	306.5	124.9	148.7	39.1	59.4	61.9
1962	270.0	321.2	124.2	149.3	39.6	60.2	62.7
1963	281.1	327.7	123.5	148.4	40.4	61.4	63.9
1964	288.8	356.6	121.0	148.4	38.9	59.1	61.6
1965	299.4	384.0	121.2	151.0	38.1	57.8	60.2
1966	307.7	390.8	121.6	149.4	37.9	57.6	60.0
1967	316.6	382.4	122.4	141.4	37.5	56.9	59.3
1968	332.3	422.1	125.6	142.4	35.0	53.1	55.3
1969	346.9	471.4	126.3	148.4	33.9	51.5	53.6
1970	359.6	495.7	126.3	151.9	34.2	51.9	54.1
1971	369.2	500.9	126.3	150.9	34.5	52.4	54.6
1972	376.1	517.2	134.2	148.0	31.4	47.8	49.7
1973	386.5	550.2	135.8	149.0	30.2	45.9	47.8
1974	405.2	544.9	136.3	145.5	31.1	47.3	49.2
1975	424.6	519.2	137.2	136.6	31.9	48.5	50.5
1976	442.2	558.9	138.5	133.5	29.9	45.4	47.3
1977	451.9	569.2	139.2	133.9	30.0	45.5	47.4
1978	465.5	580.0	139.7	133.7	30.1	45.7	47.6
1979	481.2	608.8	140.5	135.3	29.8	45.3	47.2
1980	496.1	597.2	140.5	136.5	31.7	48.1	50.0
1981	511.6	591.2	141.2	134.0	32.2	48.9	50.9
1982	511.6	570.5	142.0	130.1	32.2	48.9	51.0
1983	517.6	578.2	142.8	125.8	30.9	46.9	48.9
1984	535.3	595.1	144.1	125.2	30.7	46.5	48.5
1985	543.9	615.7	145.0	126.8	30.3	46.0	47.9
1986	546.0	624.4	144.4	128.8	30.6	46.4	48.3
1987	557.3	612.2	143.7	128.9	32.0	48.6	50.6
1988	571.2	631.6	143.7	128.6	31.7	48.2	50.2
1989	593.3	651.3		130.5			
1990	436.5	680.9		134.2			

# Beständigkeit oder Wandel? Zur Entwicklung der Industriestruktur der DDR in den sechziger Jahren

Von André Steiner (Mannheim)

## Summary

The focus of this article is the intensity and direction of structural change within East German industry during the 1960s. Furthermore, consequences for growth are discussed. Empirical data from 57 branches served as the base of this study. Generally, structural change was modest between 1960 and 1973. The effects on production and productivity growth were, therefore weak.

## I. Fragestellung

Das Bild vom industriellen Strukturwandel in der DDR ist zunächst davon geprägt, daß in den fünfziger Jahren, ausgehend von den Disproportionen, die aus der Spaltung Deutschlands resultierten, den sowjetischen Reparationsforderungen, der Zwei-Lager-Theorie und einem simplifizierten Industrialisierungskonzept, die Schwerindustrie, insbesondere die Energieherstellung und Metallurgie sowie der Schwermaschinenbau, gefördert wurden. Da aber in den anderen Branchen noch unausgelastete Kapazitäten vorhanden waren, verschob sich die Industriestruktur weniger stark, als die Investitionskonzentration erwarten ließ. Ihren Anteil an der Bruttoproduktion erhöhten über die gesamten fünfziger Jahre die Sektoren Elektrotechnik (relativer Wachstumskoeffizient<sup>1</sup> der Bruttoproduktion 1950 bis 1960: 1,72), Schwermaschinenbau (1,35), Allgemeiner Maschinenbau (1,31), Metallwaren (1,27), Fahrzeugbau (1,22), Metallurgie (1,17), Bekleidungs- und Nahrungsmittel (1,13) sowie Feinmechanik und Optik (1,10). Annähernd den gleichen Anteil behielten Nahrungs- und Genussmittel (1,00), Schiffbau (0,99), Chemie (0,98) und Baumaterialien (0,95). Verlierer des Strukturwandels der fünfziger Jahre waren Energie (0,87), Holz- und Kulturwaren (0,85), Textilien (0,82), Leder-, Schuh- und Pelzwaren (0,69), Zellstoff und Papier (0,61), Bergbau (0,60), Polygraphische Industrie (0,50) sowie Glas und Keramik (0,33).<sup>2</sup> Die Konzentration der Sektoren, die dazu gewannen bzw. ihren Stand wahren konnten, im Bereich der Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien war nicht zu übersehen. Ausnahmen blieben die Konfektions- und die Lebensmittelindustrie. Auf der Basis dieses Zwanzig-Sektoren-Modells lassen sich aber kaum Aussagen darüber gewinnen, ob im Zuge des intraindustriellen

1 Verhältnis des Wachstums der jeweiligen Branche zum Wachstum der Industrie insgesamt.

2 Berechnet nach: M. Melzer, Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1978 sowie Schätzung des künftigen Angebotspotentials, Berlin (West) 1980, S.183 (Tab. 20). Diese Angaben sind nicht vergleichbar mit den später angeführten Wachstumskoeffizienten, da die Sektoren auch bei gleicher Bezeichnung anders abgegrenzt wurden. Darüber hinaus nahm Melzer im Interesse einer besseren Vergleichbarkeit mit der Bundesrepublik Umbuchungen vor.

len Strukturwandels die moderneren Zweige - bezogen sowohl auf den Stand der Fertigung als auch der Erzeugnisse - an Gewicht gewannen. Durch eine Reihe von Branchenstudien wird allerdings belegt, daß erst im letzten Drittel der fünfziger Jahre innovativere Entwicklungen begannen, eine größere Rolle zu spielen<sup>3</sup>.

Spätestens seitdem die SED-Spitze 1958/59 öffentlich als "ökonomische Hauptaufgabe" verkündet hatte, die Bundesrepublik in Lebensstandard und Produktivität zu überholen<sup>4</sup>, erhielt die Entwicklung einer modernen Industriestruktur wachsende Bedeutung. Darunter verstand sie in erster Linie die Förderung der Branchen, die in besonderem Maße von wissenschaftlichen Entwicklungen und dem technischen Fortschritt geprägt waren bzw. diesen forcierten. Dabei sollten aber die Zweige der Verbrauchsgüterindustrien weiterhin erst in zweiter Linie berücksichtigt werden. Gerade um "die nationale Wirtschaft der DDR auf der Grundlage des höchsten Standes von Wissenschaft und Technik zu gestalten"<sup>5</sup>, wurde ab 1963 eine Wirtschaftsreform in die Wege geleitet.<sup>6</sup> Sie blieb jedoch sowohl von der Konzeption her als auch in der Umsetzung widersprüchlich. Da sie nicht die erhofften schnellen Resultate brachte (und wohl nicht bringen konnte)<sup>7</sup>, entschloß man sich ab 1967/68, ein sehr mächtiges Instrumentarium wirtschaftlicher Lenkung einzuführen, das Strukturwandel und Wachstum forcieren sollte. Doch die "strukturpolitische Planung" geriet der Zentrale immer mehr außer Kontrolle, so daß sie bereits bestehende Disproportionen in der Industriestruktur noch verstärkte und das Wachstum insgesamt gefährdete.<sup>8</sup> Dies war einer der Anlässe, die inzwischen längst deformierte Wirtschaftsreform 1971 auch formal abzubrechen. Mit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker wurde ebenfalls die Wirtschaftspolitik verändert. In ihr verabschiedete man sich vom forcierten Wandel und stellte zunächst die Konsolidierung der Strukturen in den Mittelpunkt, um deren Diskrepanzen abzubauen. Bis 1973 gelang es dann auch, die Situation zu stabilisieren.

Die Frage, ob und in welche Richtung in den sechziger Jahren vor dem Hintergrund der kurz dargestellten wirtschaftspolitischen Entwicklung ein industrieller Strukturwandel stattfand, wurde in der Literatur bisher meist mit Verweis auf das Neun-Sektoren-Modell der

3 Vgl. Industriezweige in der DDR 1945 bis 1985, Berlin (Ost) 1989, (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Sonderband 1988); W. Mühlfriedel/ K. Wießner, Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965, Berlin (Ost) 1989; J. Roesler/R. Schwärzel/V. Siedt, Produktionswachstum und Effektivität in Industriezweigen der DDR 1950-1970, Berlin (Ost) 1983; J. Roesler/M. Elle/V. Siedt, Wirtschaftswachstum in der Industrie der DDR 1945-1970, Berlin (Ost) 1986.

4 Gesetzblatt der DDR 1959, Teil I, S.705.

5 Richtlinie für das Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin (Ost) 1963, S.7.

6 Vgl. als Überblick: G. Leptin/M. Melzer, Economic Reform in East German Industry, Oxford 1978; J. Roesler, Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970, Berlin 1990. Der Verfasser wird in Kürze eine umfangreiche Untersuchung zu der Reform der sechziger Jahre auf der Basis der nach dem Ende der DDR zugänglichen archivalischen Quellen vorlegen.

7 Auf die Gesamtproblematik der Erfolgsmöglichkeiten und -aussichten der Reform vor dem Hintergrund der verschiedenen Rahmenbedingungen, die auch nur begrenzt dem Einfluß der DDR-Spitze unterlagen, kann hier nicht eingegangen werden.

8 A. Steiner, Abkehr vom NÖS. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen 1967/68 - Ausgangspunkt der Krisenprozesse 1969/70?, in: J. Cerny (Hg.), Brüche, Krisen, Wendepunkte, Leipzig 1990, S.247-253.

Industriebereiche beantwortet.<sup>9</sup> Danach hatten "die den wissenschaftlich-technischen Fortschritt bestimmenden Industriebereiche bzw. -zweige ihr volkswirtschaftliches Gewicht erhöhen" können.<sup>10</sup> Begründet wurde dies mit den wachsenden Anteilen der Industriebereiche chemische Industrie, Maschinen- und Fahrzeugbau sowie Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau an der Bruttonproduktion, wie sie sich auch - bezogen auf die Nettoproduktion - in Tabelle 2 widerspiegeln. Zwar berücksichtigten Baar und Winkler ebenfalls die veröffentlichten Indizes der Bruttonproduktion für ausgewählte Branchen<sup>11</sup>, aber eine Analyse der Richtung des Strukturwandels unter Heranziehung einer möglichst vollständigen Zahl der Industriezweige steht noch aus. Eine solche Untersuchung erscheint notwendig, da die Industriebereiche nur eine grobe Gliederung bieten und mit den in ihnen zusammengefaßten Branchen wiederum selbst eine heterogene Struktur aufweisen (vgl. Tabelle 3). Im folgenden soll nach Erläuterungen zu den Daten genauer bestimmt werden, ob ein Strukturwandel und in welche Richtung stattfand. Es werden seine Intensität sowie seine Wachstums- bzw. Produktivitätseffekte ermittelt.

## II. Analysebasis

### 1. Daten und ihre Qualität

Für die Analyse des Strukturwandels der sechziger Jahre in der DDR-Industrie stehen Daten für die Nettoproduktion, die Beschäftigten und das Brutto-Anlagevermögen<sup>12</sup> in der Untergliederung nach Bereichen und Zweigen bzw. Branchen nach der DDR-Betriebssystematik zur Verfügung.<sup>13</sup> Diese Systematik wurde im Zuge der Wirtschaftsreform ab 1967 eingeführt und umfaßte zunächst zehn Bereiche und 71 Zweige. Davon faßte man wenig später je zwei Branchen aus der chemischen Industrie sowie dem Maschinen- und Fahrzeugbau zusammen, so daß 69 Zweige verblieben. Die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik (SZS) rechnete damals auf Basis der neuen Betriebssystematik wichtige Kennziffern bis 1955 zurück, indem alle Industriebetriebe entsprechend ihrer Produktionsstruktur in den zurückliegenden Jahren einer Branche zugeordnet wurden. Entscheidend waren dabei die Erzeug-

9 Melzer ging dieser Frage im Grunde nicht nach. Implizit stellte er dazu jedoch fest, daß sich auf Basis seines 20-Sektoren-Modells in den sechziger Jahren - außer einigen Umschichtungen innerhalb der metallverarbeitenden Industrie - die Rangfolgen nicht veränderten. (Melzer, Anlagevermögen, S.73f.) Allerdings beruhte bei ihm gerade die Struktur der Industrieproduktion für das besonders interessante letzte Drittel der sechziger Jahre auf einer Hilfskonstruktion und war somit hypothetisch.

10 L. Baar/S. Winkler, Die Gestaltung der Industriezweigstruktur. Die Jahre 1961 bis 1970, in: Industriezweige, S.23.

11 Statistisches Jahrbuch der DDR 1976, Berlin (Ost) 1976, S.110.

12 Alle Angaben in diesem Beitrag wurden berechnet nach unveröffentlichten Daten der Industrieberichterstattung: Nettoproduktion zu vergleichbaren Preisen des Jahres 1967: Archiv der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik in der Außenstelle Berlin des Statistischen Bundesamtes (im folgenden: SZS), A1345, A2380; Beschäftigte (Arbeiter und Angestellte in Personen): Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam (im folgenden: BAP), DE1-St/5779, SZS, A1857; Anlagevermögen (Grundmittel in Bruttowerten zu vergleichbaren Preisen des Jahres 1966): SZS, 7829, 13893.

13 Die Industrie nach dieser Systematik umfaßt die Wirtschaftsgruppen 1, d.h. Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, sowie 2, d.h. verarbeitendes Gewerbe, der Wirtschaftszweigsystematik der BRD.

nisse, die den höchsten Anteil an der Industrieproduktion des Betriebes hatten. Änderungen des Produktionsprofils, die eine Verlagerung des Schwerpunktes der Betriebsproduktion nach sich zogen, führten zu einer anderen Zweigzugehörigkeit des Betriebes.<sup>14</sup> Die Folge dieses Verfahrens war, daß ein nicht näher zu bestimmender, im Einzelfall möglicherweise nicht unbeträchtlicher, aber insgesamt zu vernachlässigender Teil der Produktion branchenfremd zugeordnet wurde. Dieses Verfahren ist verschiedentlich auch die Ursache für "Ausreißer" nach oben oder unten in der jährlichen Entwicklung einzelner Kennziffern auf der Zweigebene - nämlich dann, wenn die Anteile unter verschiedenen Branchen zu summierender Erzeugnisse an der Produktion eines mittleren oder größeren Betriebes nicht sehr stark differierten und durch eine relativ geringe Verschiebung des Produktionssortiments der gesamte Betrieb in eine andere Branche eingeordnet wurde.

Allerdings mußten wegen fehlender Daten für den Untersuchungszeitraum bei einzelnen Kennziffern Einschränkungen vorgenommen werden. Die Wasserwirtschaft wurde in allen Betrachtungen völlig ausgeklammert, da man für sie teilweise keine Rückrechnungen vorgenommen hatte. Sie ist hier weder in der Bereichs- noch in der Branchenstruktur enthalten. Weiter mußte auf die Zweiggliederung des Bereiches Lebensmittelindustrie verzichtet werden, da die Nettoproduktion nicht in dieser Form vorlag. Die Lebensmittelindustrie wurde deshalb in der Branchenstruktur nur als gesamter Bereich berücksichtigt. Daher liegen der Analyse neun Industriebereiche und 57 Industriezweige zugrunde. Grundsätzlich wird den Untersuchungsergebnissen auf Basis der Branchenstruktur der Vorzug gegeben. Infolge eines weiteren Datenmankos konnte aber auf die Bereichsstruktur nicht verzichtet werden. Für die Jahre 1961 bis 1964 stand die Nettoproduktion nur für die Bereiche und nicht für die Zweige zur Verfügung. Um aber trotzdem Aussagen über die zeitliche Entwicklung der Struktur in der ersten Hälfte der sechziger Jahre machen zu können, mußten die Bereiche in die Untersuchung einbezogen werden.

Einige Bemerkungen sollen in diesem Zusammenhang zu qualitativen Problemen in der Arbeit mit den Daten aus der DDR-Statistik gemacht werden. Erstens hatten die Betriebe in der DDR zweifelsohne ein Interesse, die Meldungen an die SZS in der einen oder anderen Richtung - je nach der Berichtskennziffer - zu "korrigieren". Dieses Interesse resultierte aus der Konstruktion des Steuerungs- und Koordinierungsmechanismus, vor allem des Bonus-systems. Aber die Möglichkeiten, die zur Verfügung stehenden Inputs herunter- und die erreichten Resultate hochzurechnen, waren auf das Maß begrenzt, von dem angenommen werden konnte, daß es nicht auffiel. Insbesondere gibt es keinen Grund für die Annahme, daß die Neigung, die statistische Berichterstattung zu "schönen", über die Branchen ungleichmäßig verteilt war. Daher wird im folgenden von einem homogenen systematischen Fehler ausgegangen. Solange - wie in der vorliegenden Untersuchung - das Bezugssystem nicht gewechselt wird, kann dieser vernachlässigt werden.

Zweitens ist immer wieder beklagt worden, daß ergebnisseitig infolge des lange Zeit im Lenkungs- und Kontrollsystem dominierenden Bruttoprinzips als Kennziffer für längerfristi-

14 W. Haacke/K. Köckel, Neue Betriebssystematik und Verwendungssystematik in der Industrie, in: Statistische Praxis 1966, S.270-272. Die Ergebnisse der Rückrechnung sind enthalten in: SZS, Wichtige Kennziffern der Industrie 1955 bis 1966/67. Langfristige Reihen, BAP DE1-St/5779. Vgl. auch die methodischen Anmerkungen in: Statistisches Jahrbuch der DDR 1976, Berlin (Ost) 1976, S.103f.

ge Untersuchungen meist nur die Bruttoproduktion herangezogen werden konnte. Da diese die Vorleistungen mitenthält, weist sie zwangsläufig Doppelzählungen sowie überhöhte Ergebnisse und Zuwachsraten auf. Auch diese Unzulänglichkeit ist zwar bei einem geschlossenen Bezugssystem zu umgehen, wenn sich das Vorleistungsniveau der verschiedenen Strukturbestandteile zumindest relativ nicht ändert. Aber davon ist, bezogen auf die gesamte Industrie und einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren, nicht auszugehen.<sup>15</sup> Daher kann es als ein "glücklicher" Umstand betrachtet werden, daß sich in den unveröffentlichten Erhebungen der SZS Werte für die Nettoproduktion fanden und der Analyse zugrunde gelegt werden konnten.

Drittens wurden Wertangaben aus der DDR-Statistik infolge der Inkonsistenz und Willkürlichkeit der zugrunde liegenden Preise in Zweifel gezogen. Das ist gewiß berechtigt, wenn die Daten - insbesondere für einen längeren Zeitraum - auf laufenden Preisen beruhen, da diese vielfach administrativen und unkoordinierten Änderungen unterlagen. Daher ist eine längerfristige Untersuchung auf laufender Preisbasis für die DDR-Industrie nur unter sehr eingeschränkten Bedingungen sinnvoll. Aber auch die in der Planung und Statistik verwandten konstanten Preisbasen bedürfen der kritischen Prüfung. Beispielsweise wiesen die in den fünfziger und der ersten Hälfte der sechziger Jahre angewendeten "Unabhängigen Planpreise" (UPP) ein erhebliches Maß an Inkonsistenz auf, was sie als Grundlage für Strukturuntersuchungen besonders fragwürdig macht.<sup>16</sup> Die den vorliegenden Daten zugrunde gelegten vergleichbaren Preise des Jahres 1967 für die Nettoproduktion sowie des Jahres 1966 für das Brutto-Anlagevermögen haben demgegenüber den Vorteil, daß sie das Ergebnis der als Bestandteil der Wirtschaftsreform der sechziger Jahre durchgeführten Industriepreisreform bzw. Grundmittelumbewertung widerspiegeln. Diese beiden Reformschritte brachten eine größere Annäherung des Preissystems und der Bewertung des Anlagevermögens an die effektiven Kostenverhältnisse. Aber es blieben Unzulänglichkeiten.<sup>17</sup> Angemerkt werden muß freilich auch, daß die nachträgliche Umrechnung der Daten aus der Zeit vor 1966/67 auf dieser Grundlage möglicherweise - nicht zu quantifizierende - Fehlerquellen enthält. Darüber hinaus ist festzuhalten, daß die Preisrelationen von 1966/67 die durch die konstanten Preisbasen untersuchten "Realstrukturen" mitbestimmen.

Viertens - und das ist kein spezifisches Problem der DDR-Statistik - liegen den Daten für die Beschäftigten Angaben in Personen unabhängig vom Grad der Beschäftigung zugrunde. Damit werden die Strukturanteile der Bereiche und Branchen (vor allem Leicht- und Textilindustrie) mit überproportionaler Teilzeitbeschäftigung überhöht und deren Faktorproduktivität zu niedrig ausgewiesen. Diese Schwierigkeit konnte aber nicht ausgeräumt werden, da weder die in der DDR als statistische Größe angewendeten "Vollbeschäftigteneinheiten"

15 Dies zeigt bereits ein flüchtiger Vergleich zwischen der Entwicklung der Nettoproduktion (Tabelle 2 u. 3) und den veröffentlichten Indizes für die Bruttoproduktion. Vgl. Statistisches Jahrbuch 1976, S.110.

16 Vgl. A. Steiner, Wirtschaftliche Lenkungsverfahren in der Industrie der DDR Mitte der fünfziger Jahre. Resultate und Alternativen, in: Chr. Buchheim (Hg.), Wirtschaftliche Folgen des Zweiten Weltkriegs in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995.

17 Vgl. M. Melzer, Preispolitik und Preisbildungsprobleme in der DDR, in: Vierteljahreshefte für Wirtschaftsforschung 1969, S.313-353. Im Rahmen der bereits angeführten umfangreicheren Arbeit zur Wirtschaftsreform werden vom Autor auch diese beiden Schritte anhand der archivalischen Quellen untersucht.



noch die tatsächlich geleistete Arbeitszeit für den Untersuchungszeitraum insgesamt in seiner für die Strukturuntersuchung erforderlichen Untergliederung zur Verfügung standen.

## 2. Untersuchungszeitraum und -perioden

Der Untersuchungszeitraum und seine Teilperioden bestimmte sich sowohl aus den inhaltlichen Fragen als auch aus Grenzen des Datenmaterials. Wie die einführende Skizze deutlich machte, wäre es sinnvoll, bei der Analyse des industriellen Strukturwandels der sechziger Jahre 1958 als Basisjahr und 1973 als Abschluß heranzuziehen. Da die Daten in der erforderlichen Gliederung aber erst für 1960 vorliegen, mußte dieses Jahr als Grundlage genutzt werden. Inhaltlich wären entsprechend der Skizze als Abschnitte 1961 bis 1963, 1964 bis 1967, 1968 bis 1970 und 1971 bis 1973 für die Analyse zweckmäßig. Aber auch hier ließen sich Abstriche nicht vermeiden, da die Nettoproduktion für die Jahre 1961 bis 1964 nicht in der Branchenstruktur vorlag. Daher werden die Ergebnisse nach der Bereichsstruktur in den "idealen" und nach der Branchenstruktur in den "angepaßten" Abschnitten 1961 bis 1965, 1966/67 präsentiert.

Für die letzte Periode ist auf eine Besonderheit hinzuweisen. Im Jahr 1972 wurden mit der Verstaatlichung der bis dahin noch privat und halbstaatlich verbliebenen Industrie auch industriell produzierende Handwerksgenossenschaften in staatliches Eigentum überführt und in der statistischen Berichterstattung der Industrie zugeordnet. Die sich daraus sowie einigen weiteren kleineren Veränderungen der Abgrenzung ergebenden Korrekturen dokumentierte die Berichterstattung nur für die Beschäftigten. Für die anderen herangezogenen Kennziffern wurden sie nicht gesondert ausgewiesen und sind folglich dort mitenthaltend. Daher war es nicht sinnvoll, die Änderungen allein bei den Beschäftigten für die vorliegende Analyse auszuschließen. Sie sollen aber hier dokumentiert werden. Die Zahl der Beschäftigten der gesamten Industrie nahm dadurch um 3,4 Prozent zu und verteilte sich in folgender Weise auf die Industriebereiche:

Vor allem die der Industrie zugeordneten ehemaligen Handwerksgenossenschaften führten in folgenden Branchen zu einem Beschäftigtenzuwachs von über 10 Prozent: Kulturwarenindustrie (18,8), Wirkereien und Strickereien (18,0), holzbearbeitende Industrie (14,1), Konfektionsindustrie (11,5), elektrotechnische Industrie (10,6), Bau-, Baustoff- und Keramikmaschinenbau (10,5) sowie Metallwarenindustrie (10,1). Mittels eines administrativen Aktes wurden 1972 also eher traditionelle Branchen gestärkt, was sich als ein Strukturbruch niederschlug. Da sich die Auswirkungen für die Nettoproduktion und das Anlagevermögen auch in der Entwicklung gegenüber dem Vorjahr nicht in dem Ausmaß wie bei den Beschäftigten zeigen lassen, geht man wohl nicht fehl in der Annahme, daß in den der Industrie neu zugeordneten Betrieben sowohl die Arbeitsproduktivität als auch die "Kapital"-Intensität niedrig waren. Dies ist bei der Analyse vor allem des Abschnittes 1971 bis 1973 zu berücksichtigen.

**Tabelle 1:** Anteile der Industriebereiche an den Beschäftigten 1972 ohne und mit den Neuzuordnungen in Prozent

	ohne Neuzuordnung	mit
Energie- und Brennstoffindustrie	6,5	6,3
Chemische Industrie	11,4	11,1
Metallurgie	4,3	4,1
Baumaterialienindustrie	3,2	3,1
Maschinen- und Fahrzeugbau	28,7	28,4
Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau	13,7	13,9
Leichtindustrie (ohne Textilindustrie)	15,8	16,7
Textilindustrie	8,4	8,4
Lebensmittelindustrie	8,0	7,9

### III. Strukturentwicklung

Einen ersten Eindruck von den Veränderungen in der Industriestruktur zwischen 1960 und 1973 vermittelt die Tabelle 2.

**Tabelle 2:** Entwicklung der Nettoproduktion der DDR-Industrie nach Bereichen

Industriebereiche	Anteil in Prozent		Relativer Zuwachs in Prozent (Zuwachs der Industrie = 100) jährlicher Durchschnitt				1961-73
	1960	1973	1961-63	1964-67	1968-70	1971-73	
Energie- u. Brennstoffindustrie	6,3	4,4	-1,6	-3,4	-2,5	-3,1	-29,7
Chemische Industrie	14,2	16,3	1,0	1,2	1,3	0,8	14,7
Metallurgie	5,1	4,1	-3,3	-1,2	-2,0	-0,1	-19,0
Baumaterialienindustrie	2,1	1,7	-4,6	-0,8	1,7	-1,3	-15,2
Maschinen- u. Fahrzeugbau	20,4	23,3	1,4	1,4	1,4	-0,2	14,3
Elektrotechnik/Elektronik/ Gerätebau	8,6	12,6	2,3	3,3	3,9	2,4	47,0
Leichtindustrie (o. Textilind.)	13,2	12,5	-1,3	0,1	0,0	-0,6	-5,4
Textilindustrie	9,1	7,5	-2,7	-0,4	-3,1	0,2	-16,9
Lebensmittelindustrie	21,1	17,4	0,6	-2,5	-2,7	-0,8	-17,2
			Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs in Prozent				
Industrie	100	100	4,9	5,1	6,1	5,8	99,3

Alle Industriebereiche produzierten 1973 absolut mehr als 1960. Der relative Zuwachs verdeutlicht, welche Sektoren schneller oder langsamer als die gesamte Industrie wuchsen und somit auch ihren Strukturanteil verbesserten oder verschlechterten. Aus der Multiplikation des Wachstums der gesamten Industrie und des relativen Zuwachs des jeweiligen

Sektors ergibt sich dessen Produktionssteigerung in dem betreffenden Zeitabschnitt.<sup>18</sup> Über den gesamten Zeitraum steigerten die Elektrotechnik/Elektronik/Gerätebau ihre Nettoproduktion um 47,0 Prozent, die chemische Industrie um 14,7 Prozent sowie der Maschinen- und Fahrzeugbau um 14,3 Prozent schneller als die gesamte Industrie. Im gleichen Ausmaß wuchs ihr Anteil, und sie erwiesen sich strukturell als die Gewinner. Allerdings zeigten sich dabei deutlich zwei Phasen. Bis 1970 stieg der relative Zuwachs im Bereich Elektrotechnik/-Elektronik/Gerätebau und in der chemischen Industrie immer weiter an. Der Maschinen- und Fahrzeugbau wuchs konstant schneller als die gesamte Industrie. Nach 1970 verminderte sich in den ersten beiden Bereichen der relative Wachstumsvorsprung augenscheinlich. Der relative Beitrag des Maschinen- und Fahrzeugbaues zur Industrieproduktion sank sogar. In den Bereichen, die insgesamt an Anteil verloren, war die Entwicklungstendenz nicht ganz so eindeutig.

Ein genaueres Bild vom intraindustriellen Strukturwandel in den sechziger Jahren ergibt sich aus der Branchenentwicklung (Tabelle 3). Die Spannweite der Wachstumsentwicklung der Zweige zwischen 1960 und 1973 markierte am oberen Ende die Chemiefaserindustrie mit einem Zuwachs von 353,1 Prozent. Am unteren Ende erzeugten drei Branchen 1973 absolut weniger als 1960. Die Nettoproduktion der Steinkohlenindustrie war um 65,3 Prozent, die des Holzbearbeitungs- und Papierindustriemaschinenbaus um 42,9 Prozent sowie die der Industrie zur Aufbereitung textiler Rohstoffe um 1,3 Prozent gesunken. Im Fall der Steinkohlenindustrie resultierte dies in erster Linie aus der Erschöpfung der ohnehin nur sehr begrenzten Vorräte auf dem Gebiet der DDR. Der Steinkohleimport, der in den auch dieser Branche angehörenden Kokereien und Schwelereien verarbeitet werden konnte, blieb bis 1970 annähernd konstant.<sup>19</sup> Der absolute Rückgang des Holzbearbeitungs- und Papierindustriemaschinenbaus war darauf zurückzuführen, daß die von ihm auszustattenden Industrien nicht als Schwerpunktbranchen betrachtet wurden. Angesichts der angebotsorientierten Strukturpolitik über die Investitionen spiegelte sich dies darin wider, daß die Anteile sowohl der holzbearbeitenden (um 15 Prozent) als auch der Zellstoff- und Papierindustrie (um 16 Prozent) am Brutto-Anlagevermögen sanken. Da die verfügbaren Investitionsmittel immer begrenzt waren, wurde es bei der gegenüber dem Maschinenbau insgesamt überdurchschnittlichen "Kapital"-Intensität dieses Zweiges nicht als wirtschaftlich rational betrachtet, ihn als Exporteur zu entwickeln. Allerdings muß hier offen bleiben, wie das Erzeugnisniveau und damit die internationalen Absatzmöglichkeiten der Branche überhaupt aussahen. Die Industrie zur Aufbereitung textiler Rohstoffe stagnierte und verminderte damit ihren relativen Beitrag zur Industrieproduktion, weil die sowohl aus dem Inlandsaufkommen als auch aus dem Import bereitstehende Menge textiler Rohstoffe, insbesondere Wolle und Baumwolle, annähernd gleich blieb<sup>20</sup>.

18 Beispiel: Wie aus Tabelle 2, letzte Zeile ersichtlich stieg die Industrieproduktion um 99,3 Prozent auf 199,3 Prozent. Die Metallurgie sank um 19,0 Prozent auf 81,0 Prozent. Aus der Multiplikation von 1,993 und 0,810 ergibt sich, daß die Produktion der Metallurgie von 1960 bis 1973 auf 161,4 Prozent anstieg. Kleinere Abweichungen erklären sich aus Rundungen. Bei den Angaben für die Zeitabschnitte ergibt sich aus den Koeffizienten das jährlich durchschnittliche Wachstum des jeweiligen Bereichs.

19 Statistisches Jahrbuch 1976, S.284.

20 Statistisches Jahrbuch 1976, S.214; 1990, S.41.

Tabelle 3: Entwicklung der Nettoproduktion der DDR-Industrie nach Branchen

Industriezweige	Anteil in Prozent		Relativer Zuwachs in Prozent (Zuwachs der Industrie = 100) jährlicher Durchschnitt				1961-73
	1960	1973	1961-65	1966-67	1968-70	1971-73	
<b>Energie- u. Brennstoffindustrie</b>							
Energiebetriebe	2,4	1,9	-0,7	1,0	-3,9	-3,6	-21,7
Steinkohlenindustrie	0,4	0,1	-9,4	-22,6	-18,6	-4,2	-82,6
Braunkohlenindustrie	3,5	2,5	-2,8	-5,1	-0,6	-2,6	-29,2
<b>Chemische Industrie</b>							
Kali- u. Steinsalzindustrie	1,0	0,7	-2,0	-3,7	-1,4	-5,3	-31,8
Erdöl-, Erdgas- u. Kohlewertstoffind.	3,7	4,4	1,7	0,9	2,1	0,4	19,0
Anorg. u. organ. Grundchemie	1,6	1,4	0,0	-1,7	-2,4	-0,1	-10,6
Pharmazeutische Industrie	1,2	1,7	3,7	-0,5	1,6	4,3	41,3
Plastindustrie	1,4	2,1	2,2	6,2	6,8	-0,5	51,3
Gummi- und Asbestindustrie	1,9	2,1	1,6	1,1	-1,0	1,6	12,2
Chemiefaserindustrie	0,5	1,1	2,3	8,4	6,8	12,4	127,4
Ind. chem. u. chem.-techn. Spezialerzeugn.	2,9	2,8	0,3	-0,3	-0,5	-1,7	-5,6
<b>Metallurgie</b>							
Schwarzmetallurgie	3,6	2,8	-2,9	-1,0	-3,3	1,0	-21,1
NE-Metallurgie	1,5	1,3	-2,2	0,3	0,7	-2,3	-14,1
<b>Baumaterialienindustrie</b>							
Baustoffindustrie	1,6	1,3	-4,7	1,6	1,8	-1,4	-17,9
Vorfertigungsind. d. Bauwirtsch.	0,4	0,4	1,9	-6,8	1,1	-1,2	-5,1
<b>Maschinen- u. Fahrzeugbau</b>							
Energiemaschinenbau	0,8	0,6	-5,6	0,3	-0,9	-0,7	-28,0
Bau v. Bergbauausrüstungen	0,6	0,4	-0,8	2,4	-15	6,7	-25,1
Metallurgieausrüstungsbau	0,4	0,4	0,8	-1,5	-1,4	2,1	3,0
Chemieausrüstungsbau	0,3	0,4	-1,2	22,3	7,6	-4,7	51,9
Bau-, Baustoff- u. Keramikmaschinenbau	0,3	0,5	7,1	5,4	2,4	2,8	83,2
Bau v. luft- u. kältetechn. Anlagen	0,8	1,2	6,3	-1,6	2,2	0,5	42,8
Werkzeugmaschinenbau	1,0	1,0	-0,9	1,2	2,2	-0,7	2,0
Werkzeug- u. Vorrichtungsbau	0,4	0,6	3,0	1,9	3,1	-1,1	27,7
Plast- u. Elastverarb.maschinenbau	0,1	0,1	3,4	-15,4	6,3	1,8	7,1
Bau v. technolog. Spezialausrüst.	0,2	0,3	5,9	3,5	-5,1	3,7	36,0
Holzbearbeit.- u. Papierind. maschinenbau	0,1	0,0	-7,1	-8,5	-26,5	7,6	-71,3
Polygraphiemaschinenbau	0,3	0,2	2,1	-1,4	1,5	-10,1	-18,1
Textil-, Konfektions- u.							
Lederverarbeitungsmaschinenbau	0,6	0,5	-3,1	0,3	1,3	-5,9	-25,8
Lebensmittel- u. Verpackungsmaschinenbau	0,4	0,4	1,2	0,5	-1,2	2,8	12,4
Schienenfahrzeugbau	0,9	0,7	-1,2	-4,6	1,4	-6,8	-27,6
Straßenfahrzeug- u. Traktorenbau	3,6	5,0	3,7	4,3	2,0	0,5	40,3
Schiffbau	1,1	1,0	-0,7	-4,6	-0,5	1,0	-10,7
Landmaschinenbau	0,5	1,1	10,6	0,0	8,1	2,5	125,7
Fördermittel- u. Hebezeugbau	0,5	0,6	1,4	-0,5	6,7	-1,5	23,4
Verbrennungskraftmaschinen-, Pumpen- u. Verdichterbau	1,0	1,0	-1,7	5,5	2,1	-2,7	0,1
Bauteile- u. Maschinenelementeind.	1,8	2,2	2,0	2,7	1,2	0,4	21,7
Bau v. Metallkonstruktionen	1,1	1,4	-0,4	-1,1	2,8	5,3	21,5
Gießereien u. Schmieden	1,2	0,9	-1,7	-3,7	-5,8	-0,1	-29,0
Metallwarenindustrie	2,3	2,8	2,0	3,6	2,6	-2,1	19,9

Fortsetzung Tabelle 3:

<b>Elektrotechnik/ Elektronik/Gerätebau</b>							
Elektrotechnische Industrie	3,5	4,3	2,6	2,3	0,9	0,4	23,6
Elektronische Industrie	2,4	4,2	3,6	-1,4	7,5	6,2	72,4
Industrie d. MSR-Technik	0,9	1,6	7,3	6,6	3,4	-0,3	76,9
DV- u. Büromaschinenindustrie	0,7	1,4	4,9	12,2	7,5	0,4	100,9
Feinmech. u. optische Industrie	1,1	1,2	-2,3	0,8	2,1	3,3	5,8
<b>Leichtindustrie (o. Textilindustrie)</b>							
Holzbearbeitende Industrie	2,7	2,6	-0,7	0,5	1,2	-1,8	-4,1
Zellstoff- u. Papierindustrie	1,6	1,4	-0,9	1,8	-2,0	-0,2	-7,5
Polygraphische Industrie	1,1	0,8	-2,6	-1,3	-2,3	-2,3	-26,1
Kulturwarenindustrie	0,8	1,2	2,3	5,3	3,3	2,0	45,2
Konfektionsindustrie	3,6	3,6	-1,1	-0,4	0,2	1,4	-1,4
Leder-, Schuh- u. Rauchwarenindustrie	2,1	1,8	-1,1	-0,6	-0,1	-3,3	-15,7
Glas- u. feinkeramische Industrie	1,3	1,1	-1,0	-1,5	-1,7	-1,1	-14,9
<b>Textilindustrie</b>							
Industrie z. Aufbereitung textiler Rohstoffe	0,2	0,1	-5,4	-2,0	-6,2	-6,3	-50,5
Spinnereien u. Zwirnereien	1,5	0,9	-3,8	-4,2	-6,9	-2,6	-43,8
Industrie textiler Flächengebilde	4,0	3,2	-2,2	-1,2	-1,6	-1,1	-19,6
Wirkereien u. Strickereien	2,4	2,8	-0,9	6,9	-2,3	5,4	19,1
Textilveredl.- u. -reparaturbetriebe	0,9	0,5	-3,1	2,1	-6,8	-9,0	-45,8
<b>Lebensmittelindustrie</b>	21,1	17,4	-0,5	-3,0	-2,7	-0,8	-17,2
			Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs in Prozent				
Industrie	100	100	4,9	5,4	6,1	5,8	99,3

Auffallend ist, daß sich der größte Teil der in der ersten oder zweiten Stufe der Rohstoffverarbeitung tätigen Branchen<sup>21</sup> in der unteren Hälfte einer Rangliste der Anteilsveränderung zwischen 1960 und 1973 - mithin bei den Verlierern des Strukturwandels - befand. Neben den beiden absolut zurückgegangenen Branchen zählten (in absteigender Folge des Verlustes) die Spinnereien und Zwirnereien, die Kali- und Steinsalzindustrie, die Braunkohlenindustrie, die Gießereien und Schmieden, die polygraphische Industrie, die Energiebetriebe, die Schwarzmetallurgie, die Baustoffindustrie, die Lebensmittelindustrie, die Leder-Schuh- und Rauchwarenindustrie, die glas- und feinkeramische Industrie, die NE-Metallurgie, die anorganische und organische Grundchemie, die Zellstoff- und Papierindustrie sowie die holzbearbeitende Industrie dazu. Allerdings kamen aus diesem Bereich rohstoffnaher Verarbeitung auch Gewinner des Strukturwandels: die Erdöl-, Erdgas- und Kohlewertstoffindustrie sowie die Gummi- und Asbestindustrie. Insgesamt sank die Summe des Anteils der in der ersten oder zweiten Stufe der Rohstoffverarbeitung tätigen Branchen von 54,1 Prozent auf 45,6 Prozent. D.h., diese Gruppe war um 15,7 Prozent langsamer als die Industrie insgesamt gewachsen. Im zeitlichen Ablauf verlor diese Gruppe bis 1965 ebenso

<sup>21</sup> Bei dieser, aber auch den folgenden Gruppierungen der Branchen unter bestimmten Aspekten läßt sich in dem einen oder anderen Fall sicher streiten, ob diese oder jene richtig zugeordnet wurde. Auch die Zweiggliederung läßt dabei Entscheidungsspielräume. Um jedoch Tendenzen aufzuzeigen, ist diese Zuordnung wohl ausreichend. Zur über die Bezeichnung hinausgehenden Erläuterung, was die einzelnen Branchen konkret umfassen, siehe diese als Stichwörter in: Ökonomisches Lexikon, 3 Bde., Berlin (Ost) 1978-1980<sup>3</sup>.

### *Beständigkeit oder Wandel?*

wie ab 1971 durchschnittlich pro Jahr 1,0 Prozent ihres Anteils. In den Jahren von 1966 bis 1970 sank ihr relativer Beitrag zur Produktion durchschnittlich um 1,8 Prozent pro Jahr. Auch hier wird deutlich, daß sich der Wandel in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre gegenüber den Zeiträumen davor und danach beschleunigte.<sup>22</sup> Da der Anteilsverlust bei den Beschäftigten in dieser Gruppe von 1960 bis 1973 mit 7,8 Prozent (von 43,6 auf 40,2 Prozent) wesentlich geringer als bei der Produktion ausfiel, hatte sich ihre relative Produktivitätsposition ebenfalls verschlechtert. Ein Ergebnis des intraindustriellen Strukturwandels war also, daß der relative Beitrag des Bereiches rohstoffnaher Verarbeitung an der Industrieproduktion abnahm. Damit wurde deren Struktur faktisch der Rohstoffausstattung des ostdeutschen Staates angepaßt. Ob dies von der Wirtschaftsführung so intendiert und bewußt in diese Richtung gesteuert wurde oder ob dies die Ressourcensituation einfach erzwang, kann hier nicht beantwortet werden.

Im folgenden sollen alle Industriezweige als Wachstumsbranchen betrachtet werden, die von 1960 bis 1973 im jährlichen Durchschnitt um mindestens 2 Prozent schneller als die gesamte Industrie wuchsen. Dazu zählten die Chemiefaserindustrie (6,5 Prozent), der Landmaschinenbau (6,5 Prozent), die Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie (5,5 Prozent), der Bau-, Baustoff- und Keramikmaschinenbau (4,8 Prozent), die Industrie der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik (4,5 Prozent), die elektronische Industrie (4,3 Prozent), der Chemieausrüstungsbau (3,3 Prozent), die Plastikindustrie (3,2 Prozent), die Kulturwarenindustrie (2,9 Prozent), der Bau von luft- und kältetechnischen Anlagen (2,8 Prozent), die pharmazeutische Industrie (2,7 Prozent), der Straßenfahrzeug- und Traktorenbau (2,6 Prozent) sowie der Bau von technologischen Spezialausrüstungen (2,4 Prozent). Es erscheint nicht besonders überraschend, daß sich unter diesen Wachstumsbranchen einige finden, die für diese Zeit im internationalen Vergleich als besonders innovativ betrachtet werden.

Wenn man darunter die Erdöl-, Erdgas- und Kohlewertstoff-, pharmazeutische, Plastik- sowie Chemiefaserindustrie, die elektronische, Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie sowie die Industrie der Meß-, Steuer- und Regelungstechnik, den Chemieausrüstungsbau, den Werkzeug-, Plast- und Elastverarbeitungsmaschinenbau, den Bau von luft- und kältetechnischen Anlagen sowie von technologischen Spezialausrüstungen verstehen will<sup>23</sup>, so stieg der relative Beitrag dieser Gruppe zur Nettoproduktion von 13,3 Prozent (1960) auf 19,6 Prozent (1973). Durchschnittlich wuchs die Produktion der Gruppe besonders innovativer Branchen im Jahr um 3,0 Prozent schneller als die der gesamten Industrie. Da sich ihr Anteil an den Beschäftigten dagegen nur von 13,1 Prozent (1960) auf 17,1 Prozent (1973) vergrößerte und sich die Zahl der Beschäftigten in dieser Gruppe somit lediglich um 2,1 Prozent schneller als in der Industrie vermehrte, hatte sich ihre Produktivitätsposition innerhalb der Industrie verbessert. Allerdings kann aus diesem Ergebnis nicht per se geschlossen werden, daß international vergleichbare Innovationen einen stärkeren Einfluß auf die Industriestruktur gewannen. Dazu bedarf es genauerer Untersuchungen über die Entwicklung der Erzeugnisstruktur der einzelnen Branchen. Vorliegende Studien legen eher den

22 Diese Ergebnisse bestätigen sich im wesentlichen auch dann, wenn man aus der Gruppe die Lebensmittelindustrie ausschließt. Allein auf sie entfiel knapp die Hälfte des absoluten Anteilsverlustes der Gruppe.

23 Die Auswahl umfaßt anhand der vorliegenden Branchengliederung zu identifizierende innovative Zweige sowie die Maschinenbaubranchen, die vornehmlich diese ausrüsten.

Schluß nahe, daß diese Branchen zwar im Verlaufe der Untersuchungsperiode durch vermehrten Einsatz verschiedener Ressourcen ihren Produktion beschleunigt steigern konnten. Aber am Ende kamen die Erzeugnisse überwiegend aus der Produktgeneration, die international bereits weitgehend abgelöst wurde. Die nächste Generation lag zwar meist bereits vor, bestimmte aber noch nicht die Erzeugnisstruktur.<sup>24</sup> Hinsichtlich der Modernisierung der Produktionsstruktur läßt sich wohl sagen, daß während der sechziger Jahre das entsprechende Potential ausgebaut, aber keine durchgreifende Verbesserung der Resultate erzielt wurde.

Wenige Bemerkungen müssen aber noch zum Landmaschinenbau, zur Kulturwarenindustrie sowie zum Straßenfahrzeug- und Traktorenbau gemacht werden, die etwas überraschend zu den Wachstumsbranchen gehörten. Die deutlichen Wachstumsschübe des ersten Zweiges resultierten einmal aus dem nach der Kollektivierung der Landwirtschaft in die Wege geleiteten Landmaschinenprogramm, mit dem die für die entstandenen agraren Großflächenwirtschaften notwendigen Maschinen bereitgestellt werden sollten. Das überdurchschnittliche Wachstum am Ende der sechziger Jahre wiederum folgte aus dem wachsenden Export von DDR-Landmaschinen, insbesondere Mähhäckslern, in die anderen Länder des Ostblocks. Zum Straßenfahrzeug- und Traktorenbau bleibt anzumerken, daß dessen hohe Produktionssteigerungen aus einer durchgreifenden Produkterneuerung in den sechziger Jahren resultierten. Der größte Teil der Automobile und Lastkraftwagen, die das Straßenbild der DDR bis zu ihrem Ende prägten ("Trabant", "Wartburg" und W50), wurden zu dieser Zeit in die Serienfertigung übernommen. Zum damaligen Zeitpunkt entsprachen sie in verschiedener Hinsicht durchaus auch noch internationalen Entwicklungen. Die Kulturwarenindustrie, zu deren Erzeugnissortiment Musikinstrumente, Turn- und Sportgeräte, Spielwaren, Bürsten u.a. gehörten, konnte ihre Produktion auf Basis verstärkter Ausfuhren steigern. Allerdings gingen diese eher in das Hartwährungsgebiet. Sie war auch die Branche der Verbrauchsgüterindustrie mit den höchsten Zuwachsraten.

Insgesamt fällt auf, daß in der Rangfolge der Zweige nach ihrer Dynamik in der oberen Hälfte neben der Kulturwarenindustrie als Verbrauchsgüterindustrie nur noch die Wirkereien und Strickereien sowie die Metallwarenindustrie mit einem gewichtigen Konsumgüteranteil (Haushalts-, Garten- und elektrische Geräte, Leuchten, Handwerkszeug, Heiz- und Kochgeräte) vertreten waren. Die dynamischen Branchen gehörten ganz überwiegend zur Grundstoff- und Investitionsgüterindustrie. Teilweise ergab sich dies aus den Erfordernissen langfristiger Wachstumssicherung. In nicht geringerem Maße war dies aber nach wie vor der aus sowjetischen Erfahrungen gespeisten Verabsolutierung der Marxschen Reproduktionsschemata geschuldet, wonach die Produktion von Produktionsmitteln immer schneller als die von Konsumtionsmitteln zu wachsen habe.

<sup>24</sup> Vgl. z.B. zum Verhältnis von Röhren- und Halbleitertechnik in der elektronischen Industrie: R. Schwärzel, Die Entwicklung des Industriezweigs Bauelemente und Vakuumtechnik, dargestellt anhand der Entwicklung der VVB Bauelemente und Vakuumtechnik in den Jahren 1958 bis 1978, in: Industriezweige, S.157-193. Zu elektronischen Datenverarbeitungsanlagen und traditionellen Büromaschinen: M. Judt, Zur Geschichte des Büro- und Datenverarbeitungsmaschinenbau in der SBZ/DDR, in: W. Plumpe/Chr. Kleinschmidt (Hg.), Unternehmen zwischen Markt und Macht. Aspekte deutscher Unternehmens- und Industriegeschichte im 20. Jahrhundert, Essen 1992, S.137-153. Zum Verhältnis von Synthese- und Viskosefaserstoffen in der Chemiefaserindustrie: V. Siedt, Die Entwicklung der Chemiefaserindustrie der DDR von 1958 bis 1980, in: Industriezweige, S.195-234.

Die Dynamik der Branchen ist jedoch nur ein Faktor der Strukturentwicklung. Deren Resultat ist auch von dem jeweiligen Anteilsniveau abhängig, auf dem die dynamischen oder nichtdynamischen Zweige angesiedelt waren. Selbst schnell wachsende Bereiche konnten die Struktur nur minimal verändern, wenn sie zum Beginn der Untersuchungsperiode einen außerordentlich kleinen Beitrag für die Gesamtproduktion lieferten. Um den Wandel der Struktur selbst zu kennzeichnen erhielten die Branchen entsprechend der Größe ihrer Anteile Rangpositionen zugewiesen. Bei Außerachtlassen der Lebensmittelindustrie (wegen der fehlenden Branchengliederung) zeigt der Rangkorrelationskoeffizient nach Spearman für das Ranking von 1960 und 1973 einen hochsignifikanten Wert von  $r_s = 0,9055$ . Demnach blieb die Rangordnung der Branchen nach ihren Anteilen in hohem Maße ähnlich. Darüber hinaus war jedoch bemerkenswert, daß die Rangfolge an der Spitze über den gesamten Zeitraum eine erstaunlich homogene Gruppe aufwies. In ihr kam es zwar zu nicht unerheblichen Positionsverschiebungen. Aber nur die Plastikindustrie gelangte neu in diesen Kreis (vgl. Tabelle 4). Diese siebzehn Branchen allein erbrachten 1960 bereits 47,8 Prozent und 1973 51,1 Prozent der Nettoproduktion der gesamten Industrie. Diese Gruppe wuchs damit durchschnittlich im Jahr lediglich um 0,5 Prozent schneller als die gesamte Industrie. Folgerichtig waren daher von den Wachstumsbranchen nur die elektronische und Plastikindustrie sowie der Straßenfahrzeug- und Traktorenbau in ihr zu finden. Dies vermittelt bereits eine Ahnung davon, daß die resultierende Struktur durch die dynamischen Branchen nur gering verändert wurde.

**Tabelle 4:** Rangfolge der siebzehn Spitzenbranchen der DDR-Industrie nach Anteilen an der Nettoproduktion (ohne Lebensmittelindustrie)

Industriezweige	1960		1965		1967		1970		1973	
	A	R	A	R	A	R	A	R	A	R
Straßenfahrzeug- und Traktorenbau	3,6	5	4,3	1	4,6	1	4,9	1	5,0	1
Erdöl-, Erdgas- und Kohlewertstoffindustrie	3,7	2	4,0	2	4,1	2	4,4	2	4,4	2
Elektrotechnische Industrie	3,5	6	3,9	3	4,1	3	4,2	3	4,3	3
Elektronische Industrie	2,4	10	2,9	9	2,8	9	3,5	4	4,2	4
Konfektionsindustrie	3,6	4	3,4	5	3,4	5	3,4	6	3,6	5
Industrie textiler Flächengebilde	4,0	1	3,6	4	3,5	4	3,4	5	3,2	6
Schwarzmetallurgie	3,6	3	3,1	6	3,0	7	2,7	11	2,8	7
Wirkereien und Strickereien	2,4	11	2,3	12	2,6	12	2,4	12	2,8	8
Metallwarenindustrie	2,3	13	2,6	10	2,8	10	3,0	7	2,8	9
Ind. chem. u. chem.-techn. Spezialerzeugn.	2,9	8	3,0	8	3,0	6	2,9	8	2,8	10
Holzbearbeitende Industrie	2,7	9	2,6	11	2,6	11	2,7	9	2,6	11
Braunkohlenindustrie	3,5	7	3,1	7	2,8	8	2,7	10	2,5	12
Bauteile- und Maschinenelementeindustrie	1,8	16	1,9	16	2,1	15	2,1	13	2,2	13
Plastindustrie	1,4	22	1,5	18	1,7	17	2,1	14	2,1	14
Gummi- und Asbestindustrie	1,9	15	2,1	14	2,1	14	2,0	17	2,1	15
Energiebetriebe	2,4	12	2,3	13	2,3	13	2,1	15	1,9	16
Leder-, Schuh- und Rauchwarenindustrie	2,1	14	2,0	15	2,0	16	2,0	16	1,8	17

A = Anteil in Prozent, R = Rang



Die Zuweisung von Rangpositionen ergibt zwar eine Vorstellung von den Auf- und Absteigern, sagt aber nur wenig über das Ausmaß des Strukturwandels. Die Intensität des Strukturwandels läßt sich als Summe der entstandenen absoluten Veränderungen der Anteile bestimmen und entspricht damit der mittleren prozentualen Veränderung der Anteile der einzelnen Zweige.<sup>25</sup> Obwohl auf die Darstellung der Strukturentwicklung bei den Produktionsfaktoren Beschäftigung und Anlagevermögen im einzelnen aus Platzgründen verzichtet werden muß, soll hier dennoch die Intensität ihres Strukturwandels charakterisiert werden um das Bild zu vervollständigen (Tabelle 5 und 6)<sup>26</sup>.

**Tabelle 5:** Zuwachs und Intensität des Strukturwandels (über die Bereiche, 9-Sektoren-Modell) der Nettoproduktion, der Beschäftigten und des Anlagevermögens der DDR-Industrie in Prozent

	1961-63	1964-67	1968-70	1971-73	1961-73
	jährlicher Durchschnitt				
Nettoproduktion					
Zuwachs	4,9	5,1	6,1	5,8	99,3
Intensität des Strukturwandels	1,5	1,6	1,9	0,8	18,1
Beschäftigte					
Zuwachs	-0,1	0,1	0,6	2,4	9,3
Intensität des Strukturwandels	1,5	1,2	1,6	1,4	12,6
Anlagevermögen					
Zuwachs	6,4	6,1	5,4	6,5	116,0
Intensität des Strukturwandels	1,5	1,4	1,4	0,8	9,9

Die Intensität des Strukturwandels erscheint über den gesamten Zeitraum von 13 Jahren mit 23,8 Prozent bei 57 Branchen gering.<sup>27</sup> Die Veränderung beschleunigte sich bis 1970, um danach bis 1973 zu fallen. Auffällig ist aber ebenfalls, daß sich das Wachstum der Nettoproduktion und die Intensität des Strukturwandels in gewissem Maße - über die Bereiche deutlicher als über die Branchen - parallel bewegten. Höheres Wachstum war auch in der DDR in den sechziger Jahren - wie beispielsweise in der Bundesrepublik in den fünfziger

25 Vgl. zur Berechnung: *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung*, Jahresgutachten 1965/66. Stabilisierung ohne Stagnation, Stuttgart 1965, S.195f.

26 Die Darstellung nach Bereichen und Branchen wurde als notwendig erachtet, um die Entwicklung in der der inhaltlichen Fragestellung angemesseneren zeitlichen Unterteilung nachzeichnen zu können. Aus den unterschiedlichen Zeitabschnitten resultieren auch die Differenzen bei den Zuwächsen der einzelnen Größen in den ersten zwei Dritteln der sechziger Jahre. Das Ausmaß des Strukturwandels über die Branchen muß durch die präzisere Erfassung dieser Veränderung höhere Werte als über die Bereiche annehmen. Im Text werden die über die Branchen berechneten Werte herangezogen.

27 Es fehlt hier ein objektiver Vergleichsmaßstab, da für andere Länder die Angaben in der identischen Branchenstruktur nicht vorliegen. Insofern wird hier an einer - freilich subjektiven - Erwartung gemessen.

und beginnenden sechziger Jahren<sup>28</sup> - mit einem stärkeren Strukturwandel verbunden und umgekehrt. Die Resultate zeigen aber außerdem, daß die Intensität des Strukturwandels in der Produktion größer als bei den Produktionsfaktoren war. Die Ausnahme bei den Beschäftigten im Zeitabschnitt 1971 bis 1973 folgte aus den oben angeführten Eingliederungen von Handwerksbetrieben in die Industrie. Das höhere Ausmaß der Veränderungen beim Output als bei den Inputfaktoren läßt darauf schließen, das letztere größere Anpassungselastizitäten aufwiesen. Dies zeigte sich statistisch darin, daß in den dynamischen Branchen im allgemeinen auch die Produktivität der Faktoren überdurchschnittlich stieg. Allerdings sagen die vorliegenden Daten nichts darüber, ob sich dahinter ein echter Effizienzzuwachs oder ein Abbau der für das staatssozialistische Wirtschaftssystem typischen Hortungserscheinungen verbarg.

**Tabelle 6:** Zuwachs und Intensität des Strukturwandels (über die Branchen, 57-Sektoren-Modell) der Nettoproduktion, der Beschäftigten und des Anlagevermögens der DDR-Industrie in Prozent

	1961-65	1966-67	1968-70	1971-73	1961-73
	jährlicher Durchschnitt				
Nettoproduktion					
Zuwachs	4,9	5,4	6,1	5,8	99,3
Intensität des Strukturwandels	1,9	2,7	2,6	1,9	23,8
Beschäftigte					
Zuwachs	0,0	0,0	0,6	2,4	9,3
Intensität des Strukturwandels	1,9	2,0	2,5	2,4	17,3
Anlagevermögen					
Zuwachs	6,8	4,9	5,4	6,5	116,0
Intensität des Strukturwandels	1,9	2,1	2,2	1,7	16,3

Abschließend sollen die Effekte des Strukturwandels genauer bestimmt werden. Dazu wird der Anteil am Produktivitätszuwachs (und damit faktisch auch am Produktionszuwachs) berechnet, der auf die Veränderung der Struktur des zugrunde liegenden Produktionsfaktors bzw. der Produktion selbst zurückzuführen war.<sup>29</sup> Hier soll nur auf die Beschäftigtenproduktivität Bezug genommen werden.

28 *Sachverständigenrat*, Jahresgutachten, S.129ff. Zusammenfassend: G. Ambrosius, Wirtschaftlicher Strukturwandel und Technikentwicklung, in: A. Schildt/A. Sywottek (Hg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der fünfziger Jahre, Bonn 1993, S.110f.

29 Dabei wird die Differenz zwischen der tatsächlichen Produktivität im Zieljahr und einer fiktiven Produktivität im Zieljahr gebildet. Die fiktive Produktivität hätte sich ergeben, wenn die Verteilung des Faktoreinsatzes auf die Branchen bzw. die Anteile der Zweige an der Produktion so geblieben wäre, wie sie im Basisjahr war (Prinzip nach Laspeyres). Die Differenz zwischen der tatsächlichen und der fiktiven Produktivität wird dann in Beziehung zu dem absoluten Produktivitätszuwachs zwischen Basis- und Zieljahr gesetzt. Zur Berechnung: *Sachverständigenrat*, Jahresgutachten, S.197f. Dort wurde allerdings der bei solchen Zerlegungen auftretende Mischeffekt nicht angeführt. Er enthält einen weiteren, mathematisch nicht näher zu bestimmenden Anteil an der zu zerlegenden Größe, der auf die einzelnen Komponenten zu-

**Tabelle 7:** Struktureffekte auf die Entwicklung der Beschäftigtenproduktivität der DDR-Industrie (über die Bereiche, 9-Sektoren-Modell) in Prozent

	1961-63	1964-67	1968-70	1971-73	1961-73
	jährlicher Durchschnitt				
Zuwachs der Produktivität	5,0	5,1	5,5	3,3	82,3
Effekt des Strukturwandels					
- bei den Beschäftigten	-1,4	0,1	4,3	0,0	1,4
- bei der Nettoproduktion	4,5	-6,9	-6,0	1,4	-2,2

**Tabelle 8:** Struktureffekte auf die Entwicklung der Beschäftigtenproduktivität der DDR-Industrie (über die Branchen, 57-Sektoren-Modell) in Prozent

	1961-65	1966-67	1968-70	1971-73	1961-73
	jährlicher Durchschnitt				
Zuwachs der Produktivität	4,9	5,4	5,5	3,3	82,3
Effekt des Strukturwandels					
- bei den Beschäftigten	-1,4	-1,4	5,9	0,1	2,3
- bei der Nettoproduktion	3,9	-5,1	-0,6	8,4	4,2

Die Resultate sind nach der Zahl der zugrunde liegenden Sektoren teilweise widersprüchlich, insbesondere was den Effekt des Strukturwandels der Produktion anbelangt. Den Ergebnissen auf Basis der Branchengliederung soll aber der höhere Erklärungswert beige-messen werden. Zunächst ist festzustellen, daß nur ein sehr geringer Teil des Produktivitäts- und damit des Produktionswachstums auf den Strukturwandel sowohl bei den Beschäftigten als auch bei der Produktion zurückführen war. Dies korrespondiert auch mit der niedrigen Intensität des Strukturwandels.

Tendenziell beeinflusste die Veränderung der Beschäftigtenstruktur in den ersten zwei Dritteln der sechziger Jahre die Produktivitätssteigerung negativ. Es erweiterten also vor allem die Branchen ihren Beschäftigungsanteil, die eine relativ niedrige Produktivität aufwiesen. Dagegen war im letzten Drittel der sechziger Jahre fast sechs Prozent des Effektivitätswachstums diesem Wandel geschuldet. Somit zeigten beschäftigungsseitig expandierende Branchen entweder von vornherein eine relativ höhere Produktivität oder sie wuchsen schneller als durchschnittlich. Der letzte Zeitabschnitt ist infolge des enthaltenen Strukturbruchs schwer zu interpretieren. Wenn man aber den Mischeffekt von -4,6 Prozent berücksichtigt, kann wohl mit Recht davon ausgegangen werden, daß die Entwicklung der Beschäftigtenstruktur tendenziell wiederum negativ auf den Produktivitätszuwachs einwirkte.

rückzuführen ist. Daher weisen die vorgelegten Ergebnisse nur den reinen Struktureffekt aus. Die Berechnung der Mischeffekte ergab Größenordnungen, die die Interpretation der reinen Struktureffekte - soweit nicht darauf hingewiesen wird - nicht verändern. Zur Problematik solcher Komponentenerlegung: W. Neubauer, Statistische Methoden. Ausgewählte Kapitel für Wirtschaftswissenschaftler, München 1994, S.213-221.

Der Strukturwandel der Produktion war in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre am intensivsten. Seine Wirkung auf das Produktivitätswachstum verdeutlicht, daß die Branchen, die ihren relativen Beitrag zur Produktion am stärksten erweitern konnten, gleichzeitig unterdurchschnittlich effizient waren. Demzufolge wurde das hohe Produktions- und Produktivitätswachstum in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre von jenen Zweigen getragen, die eine überdurchschnittliche Effektivität hatten und ihren relativ großen Produktionsanteil annähernd beibehielten. Folgerichtig waren von den Branchen, die zwischen 1965 und 1970 am schnellsten wuchsen<sup>30</sup>, lediglich die Plast- und die elektronische Industrie in der in Tabelle 4 aufgeführten Spitzengruppe vertreten. Für die Jahre nach 1970 zeigt der relativ hohe Effekt der Strukturveränderungen der Produktion, daß die Branchen, die ihren Anteil in dieser Zeit am stärksten erweitern konnten, außerdem eine überdurchschnittliche bzw. relativ schnell wachsende Produktivität besaßen. Jedoch zählten auch sie nur vereinzelt zu der Gruppe der die Struktur dominierenden Branchen (elektronische Industrie, Wirkereien und Strickereien), was wiederum die sinkenden Zuwachsraten der Produktion und der Produktivität erklärt. Damit hält das oben angeführte Ergebnis, wonach verstärkter Strukturwandel auch in der DDR mit höherem Wachstum einherging, nur oberflächlicher Betrachtung stand. Die genauere Analyse ergibt vielmehr, daß trotz eines (relativ) stärkeren Strukturwandels in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre als davor und danach Produktion und Produktivität schneller wuchsen. Statistisch ist dies allerdings primär darauf zurückzuführen, daß die Intensität des Strukturwandels im Grunde immer gering blieb.

Historisch führt dies zu dem Schluß, daß der durch die SED-Spitze und die zentralen Wirtschaftsinstanzen mit Hilfe der "strukturbestimmenden Planung" forcierte Strukturwandel produktivitätsmindernde Effekte hatte. Die in diesem Wirtschaftssystem im wesentlichen im Plan festzulegenden Veränderungen der Nachfragestruktur orientierten sich nur begrenzt an wirtschaftlichen Effizienzkriterien, sondern vielmehr am Nachvollzug abzusehender internationaler Entwicklungen. Es ist hier nicht der Platz zu diskutieren, in welchem Maße überhaupt Effizienzkriterien zur Verfügung standen bzw. mit welchen Problemen sie verbunden waren. Wenn im letzten Drittel der sechziger Jahre sich international als innovativ herausstellende Branchen unter wirtschaftspolitischen - und dabei durchaus auch weitsichtigen - Prämissen ausgeweitet werden sollten, hatte man jedoch ebenfalls die unterdurchschnittliche Effektivität von Innovationen in ihren Einführungsphasen in Kauf zu nehmen. In welchem Maße das den damaligen Akteuren bewußt war, muß hier allerdings offen bleiben. Der vergleichsweise hohe Beitrag der Veränderung der Produktionsstruktur zum Produktivitäts- bzw. Produktionswachstum zwischen 1970 und 1973 war dagegen eine Folge sowohl des nun teilweise eintretenden Ertrages der vorhergehenden Periode als auch der Konsolidierungspolitik dieser Zeit mit zurückgenommenen strukturpolitischen Ambitionen und Wachstumsvorgaben. Ein abrupter Wechsel der strukturpolitischen Vorstellungen widerspie-

<sup>30</sup> Dazu gehörten der Chemieausrüstungsbau (Zuwachs von 1965 bis 1970: 66,7 Prozent), die Chemiefaserindustrie (60,0 Prozent), die Datenverarbeitungs- und Büromaschinenindustrie (55,6 Prozent), die Plastikindustrie (40,0 Prozent), die Industrie der MSR-Technik (33,3 Prozent), der Bau-, Baustoff- und Keramikmaschinenbau (25,0 Prozent), der Landmaschinenbau (25,0 Prozent), die Kulturwarenindustrie (22,2 Prozent), die elektronische Industrie (20,7 Prozent), der Werkzeug- und Vorrichtungsbau (20,0 Prozent), der Fördermittel- und Hebezeugbau (20,0 Prozent) sowie der Textil-, Konfektions- und Lederverarbeitungsmaschinenbau (20,0 Prozent).

gelt sich nicht in den vorliegenden Daten. Beispielsweise konnten die elektronische und die Chemiefaserindustrie ihren relativen Beitrag zur Produktion sowohl in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre als auch zwischen 1970 und 1973 mit am schnellsten ausdehnen. Sie hatten im letzten Zeitabschnitt auch ihr relatives Produktivitätsniveau deutlich verbessert.

#### IV. Resümee

Zusammenfassend muß konstatiert werden, daß der Strukturwandel zwischen 1960 und 1973 insgesamt gering blieb. Dies zeigt sich darin, daß in der gesamten Zeit eine relativ gleichbleibende Gruppe von siebzehn Branchen den überwiegenden Teil der Industrieproduktion erbrachte. Daher konnte er auch nur eine schwache Wirkung auf das Wachstum von Produktivität und Produktion haben. Soweit aber eine Veränderung der Produktionsstruktur stattfand, war sie darauf gerichtet, den relativen Beitrag der Bereiche rohstoffnaher Verarbeitung zur Industrieproduktion zu vermindern und die in dieser Zeit gemeinhin als innovativ geltenden Branchen auszuweiten. Allerdings verband sich damit keine durchgreifende Produkterneuerung. Jedoch die Möglichkeiten dafür hatten sich verbessert. Der Strukturwandel der Produktion war intensiver als der der Produktionsfaktoren.

Die Intensität des insgesamt geringen Strukturwandels beschleunigte sich bis 1970 und fiel danach. Da diese Beschleunigung eher politisch induziert wurde, als daß sie sich wirtschaftlich selbst generierte, hatte sie produktivitätsmindernde Effekte, die aber in der Hoffnung auf spätere positive Wirkungen in Kauf genommen wurden. Hohe Zuwachsraten der Produktion und der Produktivität konnten trotz eines beschleunigten, aber nicht wirtschaftlich endogen gewachsenen Strukturwandels erreicht werden.

# Der Lebensstandard in der SBZ/DDR 1945-1989

Von Oskar Schwarzer (Bamberg)

## Summary

East Germany's productivity performance had never surpassed significantly the top level of the German economy in World War II. In 1989 productivity per gainfully employed person had reached approximately 16 to 20 percent of the West German level. If one takes into account these facts it has to be stated that people's standard of living was out of proportion, i.e. exaggerated. Due to their first ideological target to obstruct private wealth East German policy makers had to exaggerate the standard of living for securing the existing path of productivity.

## Vorbemerkung

Eine Untersuchung des Lebensstandards der Bevölkerung der DDR muß berücksichtigen, daß der Spielraum des allergrößten Teils der Bevölkerung, die eigenen Lebensverhältnisse zu verbessern, sehr stark durch staatliche Vorgaben eingengt war. Andererseits war die stetige Steigerung des Lebensniveaus der Bevölkerung durchgängig ein erklärtes ideologisches Ziel im Sozialismus und darüber hinaus politisches Kalkül, um die Legitimation der Parteiherrschaft zu erhöhen und um den sozialen Frieden zu sichern. 1948 wurde so die Maxime aufgestellt, daß das Lohnniveau mit den Produktivitätsfortschritten unbedingt Schritt halten müsse<sup>1</sup>. 1989 wurde konstatiert, daß die zum Schuldenabbau notwendige Reduzierung des Lebensstandards um 20 bis 30 Prozent vermutlich soziale Unruhen auslösen würde und deshalb undurchführbar sei<sup>2</sup>.

Ein Lebensstandardvergleich wird üblicherweise auf der Ebene von Haushalten durchgeführt. Dabei ist im deutsch-deutschen Vergleich zu berücksichtigen, daß die Frauenerwerbsquote in der DDR wesentlich höher war als im Bundesgebiet. Deshalb kann der bundesdeutsche Haushalt des Typs „2“ (Vier-Personen-Haushalt, ein Erwerbstätiger, mittleres Einkommen) nur mit einem ähnlichen Haushalt in der DDR verglichen werden, der zuletzt 1,95 Erwerbstätige hatte<sup>3</sup>. Dies ist bei den Aussagen zu berücksichtigen, die Vergleiche zwischen Kennziffern beinhalten, die einmal auf Haushalte (wie beim Lebensstandard) und zum anderen auf Pro-Kopf-Daten (wie bei der Produktivität) abzielen. Solche Daten sind nur dann untereinander substituierbar, wenn die Erwerbstätigenzahl pro Haushalt ungefähr übereinstimmt. 1989 hatte jedoch ein Mehrpersonen-Haushalt in der Bundesrepublik durchschnittlich 1,5 Erwerbstätige.

Dem Begriff 'Lebensstandard' wird hier eine zweifache Bedeutung zugemessen: einmal als volkswirtschaftliche Größe<sup>4</sup> und zum anderen als Lebenshaltung der einzelnen Haushalte. Da

1 Bundesarchiv, Abteilung Potsdam (BAP)/ZSTA C-15/712, Bl. 2.

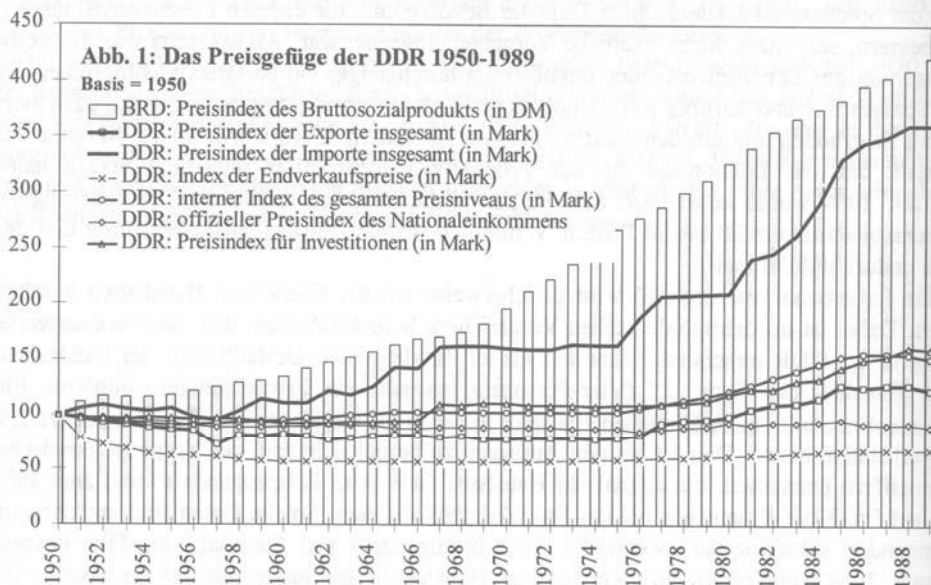
2 Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlußfolgerungen, 27. 10. 1989, S. 11, abgedruckt in: Das Parlament, 13. September 1994, S. 13f.

3 Statistisches Bundesamt (Hg.), Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 5: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 1985 bis 1990, Wiesbaden 1993 und Heft 11: Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte 1975-1984, Wiesbaden 1994, hier S. 9.

4 Als volkswirtschaftliche Größe wird Lebensstandard durch das je Einwohner erwirtschaftete Bruttosozialprodukt ausgedrückt.

die Kapitalbildung, d.h. das Ergebnis des Spar- und Investitionsprozesses, ein sehr wichtiger Faktor der Wohlstandsentwicklung ist, muß auch die Fähigkeit und Art der Vermögensbildung als verbindender Faktor im Zeitablauf Berücksichtigung finden. Die Betrachtung im Text beschränkt sich dabei im wesentlichen auf Aggregat-Untersuchungen und auf der Haushaltsebene auf den Haushaltstyp des mittleren Einkommens. Insbesondere unter dem Aspekt der Altersarmut werden hier Unterschiede eher verdeckt als erhellt. Deutlich wird dies aus den im Anhang (Tab. 6) abgedruckten Daten über die Einnahme- und Ausgaberechnung der drei in der Statistik üblichen Haushaltstypen. In gleicher Weise müßte eine umfassende Lebensstandarduntersuchung auf die Sozialpolitik eingehen und ebenso unter ökologischem Aspekt auf die Umweltverschmutzung. Darauf wurde jedoch zugunsten der Analyse der verfügbaren Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der DDR und ihres Abgleichs mit denen der Bundesrepublik verzichtet.

Abbildung 1: Das Preisgefüge der DDR 1950-1989 (Basis = 1950)



## I. Die gesamtwirtschaftliche Perspektive

Greift man auf wertmäßig ausgedrückte Daten der DDR-Statistik zurück, so stellt sich notwendigerweise ein Bewertungsproblem im Vergleich zu Referenzgrößen aus der Bundesrepublik. Für die direkte *Lebensstandardberechnung typischer Konsumenten-Haushalte* ist hierzu die Methode der gekreuzten Warenkörbe verwendet worden. *Die im Westen dazu publizierten Daten über die DDR müssen der Tendenz nach nicht revidiert werden*<sup>5</sup>. Problema-

<sup>5</sup> Überblicke finden sich in den Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1974 und 1987 sowie direkt vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Handbuch DDR-Wirtschaft, 4. Aufl. Reinbek 1985.

tischer wird es mit gesamtwirtschaftlichen Größen. Zum einen stimmen die Erfassungs- und Gliederungssystematiken nicht überein, zum anderen waren die Preise in der DDR weder Kostenpreise noch reagibel auf Nachfrageänderungen. Dies war den DDR-Statistikern jedoch offensichtlich bewußt, da relativ rasch mit dem Instrument der vergleichbaren Preise versucht wurde, die Verzerrungen des Preissystems zu korrigieren. In der Abbildung 1 sind die wichtigsten Indizes dargestellt<sup>6</sup>.

Aus dem relativ hohen Grad der Übereinstimmung zwischen Importpreisindex und west-deutschem Preisindex des Bruttosozialprodukts einerseits und dem Exportpreisindex und dem in der DDR internen, nicht publizierten Index des gesamten Preisniveaus<sup>7</sup> - ebenso wie demjenigen der Investitionspreise - andererseits wird deutlich, daß vielen in der DDR Verantwortlichen die wirtschaftliche Lage des Landes bekannt gewesen sein muß.

Bildet man aus den dazu verwendbaren Indexreihen 'Wechselkurse', so wird erst anschaulich, daß eine sehr hohe Übereinstimmung im Preissystem der DDR bestand und daß es überdies an der bundesdeutschen Entwicklung als bestgeeignetem Repräsentanten der westlichen Welt ausgerichtet war. Die Abbildung 2 zeigt das ziemlich gleichgerichtete Bündel der verwendeten Reihen<sup>8</sup>. In der Abbildung ist die Preisniveaurelation zwischen den realen Preisniveaus der beiden deutschen Staaten auf vergleichbarer Basis (1936) und der Umrechnungskoeffizient für Altersrenten der DDR aus dem Rentenüberleitungsgesetz dargestellt. Ebenfalls wurde in die Abbildung der als Wechselkurs interpretierbare Vergleich der - um Kaufkraftdifferenzen bereinigte - Nettohaushaltseinkommen aufgenommen<sup>9</sup>. Dieser Quotient liegt deutlich höher als beispielsweise derjenige aus dem Rentenüberleitungsgesetz von 1991. Diese Differenz löst sich jedoch auf, wenn man berücksichtigt, daß z.B. 1989 ein vergleichbarer DDR-Haushalt knapp zwei Einkommensbezieher gegenüber 1,5 in der Bundesrepublik hatte und außerdem in der DDR weniger Bestandteile des Arbeitseinkommens in die Bemessungsgrenze einfließen.

In die Abbildung wurde ebenfalls der von Merkel und Wahl<sup>10</sup> vorgeschlagene Umrechnungskoeffizient aufgenommen. Da die DDR zwei Preisindizes für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hatte, den offiziellen Preisindex des Nationaleinkommens (der produktiven Bereiche) und den internen Index des Preisniveaus insgesamt, können auch zwei 'Wechselkurse'

6 Weitere Ausführungen zu Wechselkursen und Sozialproduktvergleichen zwischen den beiden deutschen Staaten in O. Schwarzer, „Die Währung der DDR beruht ... auf der gesunden Grundlage der sozialistischen Gesellschaftsordnung“. Deutsch-deutscher Wechselkurs und Produktivitätsvergleich 1945-1989, in: J. Schneider/W. Harbrecht (Hg.), Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik in Deutschland 1933-1993, Stuttgart 1995.

7 In Quellen ist der Index als Index des Preisniveaus bezeichnet. Im Statistischen Jahrbuch der DDR von 1990 findet er sich ansatzweise als Index der Industrieabgabepreise wieder.

8 Die Abweichungen der außenhandelsgestützten Wechselkursreihen von den deutsch-deutschen Vergleichsreihen ergeben sich durch die Währungsstruktur des Außenwirtschaftsverkehrs der DDR. Allein 50 Prozent des Außenhandels mit dem westlichen Ausland wurden in Dollar abgerechnet. Die Wechselkurschwankungen zwischen Dollar und DM zeigen sich deshalb hier in diesem Zusammenhang als Abweichung.

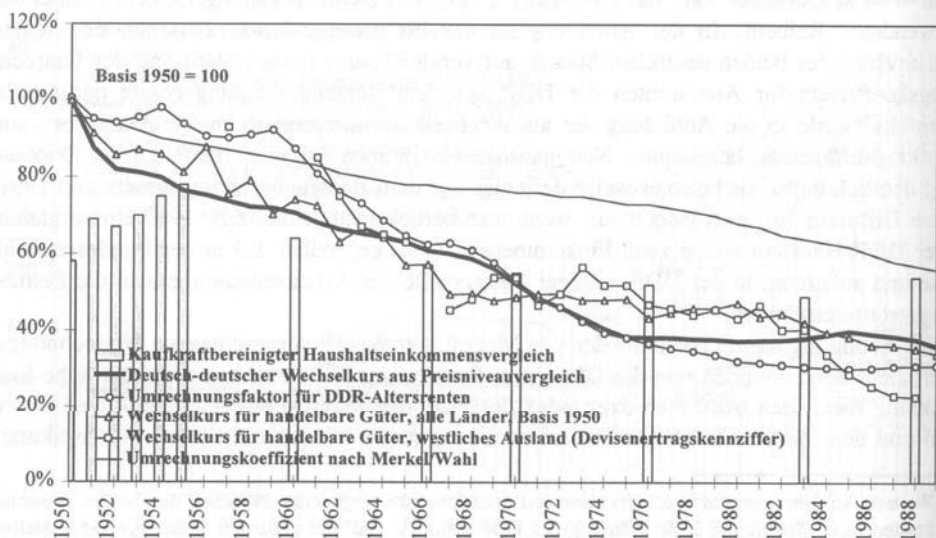
9 Einen Vergleich des Haushaltseinkommens und der Verbrauchergeldparitäten publizierte das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in unregelmäßigen Abständen.

10 W. Merkel/S. Wahl, Das geplünderte Deutschland, Bonn 1991. Verf. dankt Frau Merkel für die Einsichtnahme in ihre Unterlagen sehr herzlich.



gerechnet werden. Der von Merkel und Wahl verwendete Wechselkurs ist dem Typ nach eine geglättete Quotientenreihe *innerhalb* der DDR zwischen offiziellem Preisniveau des Nationaleinkommens und des – internen – allgemeinen Preisindex, der alle Güter und Dienstleistungen erfaßt. Interessant ist das vergleichbare Niveau Ende der achtziger Jahre zwischen der DIW-Reihe der Nettohaushaltseinkommen und dem Merkel-Koeffizienten, der 1989 bei 0,56 endet. Dies ist der konsumentenorientierte Umstellungssatz der deutschen Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990<sup>11</sup>. Ein Nominalvergleich der durchschnittlichen Bruttolöhne hätte etwa 40 Prozent als Umstellungssatz ergeben, einen Wert, der mit dem Quotienten aus einem Preisniveauvergleich auf der gemeinsamen Basis 1950 übereinstimmt. Es scheint demnach, daß der Umstellungssatz analytisch aus der Haushaltsebene heraus berechnet wurde. Bei einem Umstellungskurs von etwa 0,56 bestand dann *auf Haushaltsebene* ungefähr eine Übereinstimmung zwischen Produktivität und Verbrauch.

Abbildung 2: Ein Vergleich der als deutsch-deutsche Wechselkurse interpretierbaren Datenbestände

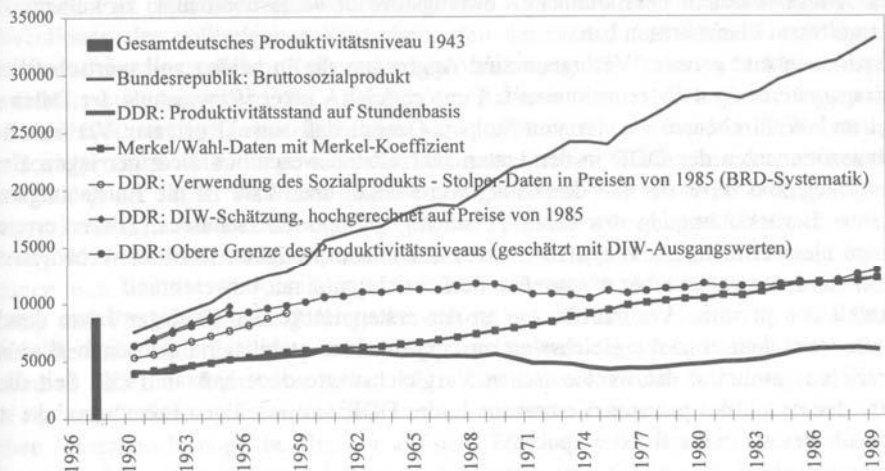


Dies hatte nach 1990 notwendigerweise zur Konsequenz, daß mit der raschen Erhöhung der Produktivität die Erwerbstätigkeitsquote in den Haushalten absinken und sich dem bundesdeutschen Stand anpassen mußte.

Seit den ersten Nachkriegsjahren galt in der SBZ/DDR als eine politische Maxime, daß sich Produktivitätsfortschritte direkt im Einkommen der Werk­tätigen widerspiegeln sollten. Offensichtlich war die Bezugsgröße dafür jedoch das verfügbare Nettoeinkommen des Durchschnittshaushalts der Werk­tätigen und nicht die Individualeinkommen selbst.

<sup>11</sup> Siehe dazu Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juli 1990, S. 15-17.

Abbildung 3: Die Entwicklung der Produktivität in Deutschland 1943 bis 1989  
Sozial- bzw. Inlandsprodukt je Einwohner in DM und Preisen von 1985



Mit Hilfe der von Merkel und Wahl berechneten Daten für ein Bruttoinlandsprodukt kann die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit je Einwohner in DDR-Mark<sup>12</sup> und mit Hilfe eines Wechselkurses in DM und Preisen von 1985 dargestellt werden. Allerdings liegen die Schätzungen der westdeutschen DDR-Forscher der ersten Generation für die frühen Jahre höher als die nachträglich berechneten Werte von Merkel und Wahl. Letztere sind der Ansicht, daß die DDR 1950 nur noch halb so leistungsfähig war wie die Bundesrepublik. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung hat in Vorkriegspreisen berechnet für 1950 etwa 84 Prozent der westdeutschen Produktivität je Einwohner geschätzt, nachdem die DDR-Produktivität 1945 und 1946 noch höher lag als im Westen<sup>13</sup>. Für 1950 schätzte das DIW die Kaufkraft der DDR-Mark gegenüber der DM unter Berücksichtigung der Qualitätsunterschiede für ein mittleres Familieneinkommen auf 58 Prozent<sup>14</sup>. Dies entspricht etwa dem gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsniveau, das Wolfgang Stolper mit seinen Berechnungen für 1950 auswies<sup>15</sup>. Insgesamt gesehen scheinen die bisher vorliegenden Ergebnisse der ersten Jahre der DDR mit erheblichen Unsicherheiten ausgestattet zu sein<sup>16</sup>.

12 Ungeachtet der verschiedenen Währungsbezeichnungen wird nachfolgend vereinfacht die Währung der DDR als DDR-Mark bezeichnet.

13 *Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung*, Kriegsschäden und Nachkriegsbelastung in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR. Gutachten im Auftrage des Bundesministeriums für Finanzen, Bonn. Bearbeitet von Doris Cornelsen, Maria Elisabeth Ruban und Dieter Teichmann, Berlin 1972. Ich danke Herrn Karlsch für den Hinweis auf dieses Gutachten und das Überlassen von Kopien.

14 W. Bosch, *Die Sozialstruktur in West- und Mitteleuropa*, Bonn 1958, S. 122.

15 W. Stolper/K. W. Roskamp, *The Structure of the East German Economy*, Cambridge, Mass. 1960.

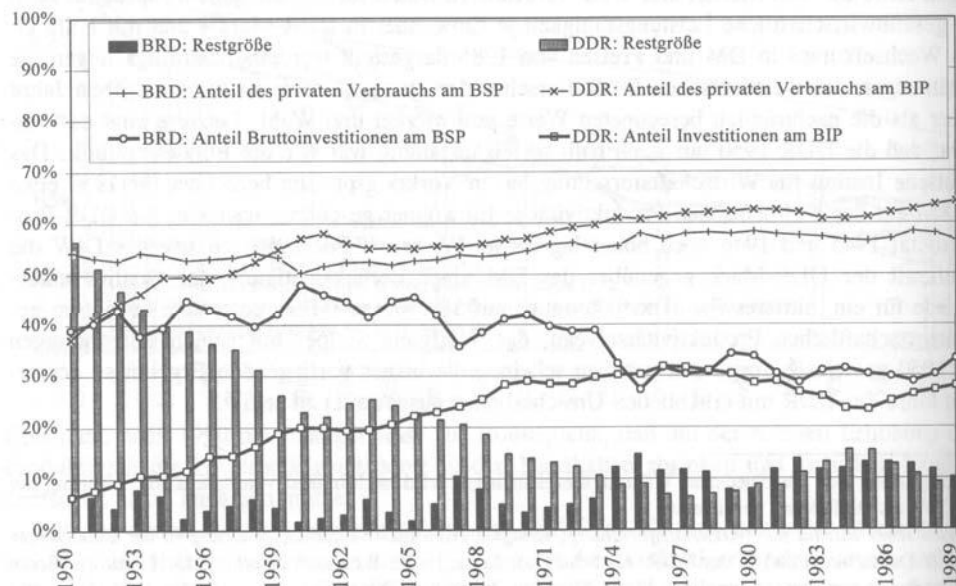
16 Die Arbeiten an diesem Aufsatz wurden im April 1995 abgeschlossen. Inzwischen (Nov. 1995) ist klar, daß die Annahme von Merkel/Wahl über das Ausgangsniveau zutrifft. Vgl. O. Schwarzer, *Wirtschaftsordnung, technischer Fortschritt und «Wohlstand für Alle» in Deutschland (1750-1990)*, Habil.-Schrift Bamberg 1995.

Mit den verfügbaren Daten läßt sich dennoch ein Korridor öffnen (siehe Abbildung 3), in dem die tatsächliche Entwicklung verlief. Unstrittig dürfte sein, daß die DDR-Wirtschaft das aus der Kriegswirtschaft übernommene Leistungsniveau, wenn überhaupt, zu keinem Zeitpunkt signifikant überschritten hat.

Investitionen und privater Verbrauch sind Aggregate, die in beiden volkswirtschaftlichen Rechnungssystemen gut übereinstimmen<sup>17</sup>. Ein Vergleich – unter Verwendung der Daten von Merkel und Wahl ebenso wie der von Stolper – zeigt, daß sowohl privater Verbrauch als auch Investitionen in der DDR in den ersten Jahrzehnten wesentlich niedriger lagen als im Bundesgebiet. Die Basis der BIP-Rechnung von Merkel und Wahl ist die Entstehungsrechnung ohne Berücksichtigung des bis 1981 ständigen Importüberschusses. Dieser erreichte allerdings niemals mehr als knapp 10 Prozent des Inlandsprodukts. Insofern verändern sich die Größenordnungen bei einer eventuellen Berücksichtigung nur unwesentlich.

Der Anteil des privaten Verbrauchs war in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre deutlich hinter dem westdeutschen Vergleichswert zurückgeblieben, stabilisierte sich dann allerdings und erreichte zumindest die westdeutschen Vergleichswerte dauerhaft ab 1959. Seit dieser Zeit war der Anteil des privaten Verbrauchs in der DDR am jeweiligen Inlandsprodukt ständig etwas höher als in der Bundesrepublik.

Abbildung 4: Die Verwendung des Inlandsprodukts in der DDR



Bei einem Vergleich der Verwendungsstruktur ist die Restgröße am interessantesten: Dort sind in der DDR Staatsverbrauch (einschließlich gesellschaftlicher Organisationen) und Reparationen enthalten. 1950 erreichte die Belastung durch Reparationen und Besatzungskosten in

<sup>17</sup> DIW, Handbuch DDR-Wirtschaft, S. 134.

der DDR 25-33 Prozent des Inlandsproduktes. Danach sank die Quote über 23-30 Prozent (1951), 20-28 Prozent (1952) auf 18-26 Prozent im Jahre 1953, je nachdem, ob man die Daten von Stolper oder diejenigen von Merkel und Wahl verwendet<sup>18</sup>. Demnach verbleibt für Subventionen der volkseigenen Wirtschaft, den defizitären Außenhandel und den Staatsverbrauch – im wesentlichen Kosten der Machtsicherung, für Partei- und Massenorganisationsaufbau sowie vor allem die Ausgaben im Rahmen der revolutionären Umgestaltung – zwischen 1950 und 1953 eine erhebliche Quote. 1950 beträgt sie etwa ein Drittel des gesamten Sozialproduktes. Hier liegt auch der Schlüssel für das Verständnis der wirtschaftlichen Entwicklung der DDR. Will man einem einzelnen Aspekt eine hohe Erklärungskraft zuweisen, so kann man dies nur bei der sogenannten revolutionären Umgestaltung, d.h. der Zerstörung der bestehenden Institutionen und der traditionellen Wirtschaftsrechnung der Unternehmen, tun. Einerlei, ob Ausbildungsstrukturen und -inhalte, Maßnahmen der Arbeitsvorbereitung und Produktivitätssteigerung, Steuerrecht oder Grundbuchämter, in allen Bereichen wurde die bestehende Erfahrungswelt gekappt und teilweise unwiederbringlich zerstört. Zwar erkannten dies die Machthaber selbst relativ rasch; ideologische Engstirnigkeit, Sicherung der eigenen Position und Rücksichtnahme auf russische Interessen verhinderten die in den frühen Jahren noch mögliche Umkehr auf dem Weg in die Sackgasse. 'Der Sozialismus in seinem Lauf' wurde auf Kurs gehalten durch die zutiefst traditionellen Verhaltensregeln der das neue Menschenbild predigenden Parteikader.

## II. Not und Kargheit der Nachkriegsjahre

Wie die nachfolgenden Tabellen 1 und 2 zeigen, war die Frage des Lebensstandards in den ersten Nachkriegsjahren für den größten Teil der Bevölkerung in Deutschland vor allem eine Frage des Überlebens. Seit Herbst 1944 war nicht einmal mehr die statistisch als langfristiger Durchschnitt unbedingt zu erreichende Energieaufnahme von etwa 1800 kcal je Einwohner und Tag möglich<sup>19</sup>.

Die durchschnittliche Kalorienzahl in der SBZ erhöhte sich bis 1948 auf 1500 kcal pro Tag und Person, also den Wert, der 1945 von den Alliierten als Richtmaß für den Normalverbraucher festgelegt worden war. Die Energiemenge von 1500 kcal ist enthalten in ca. 400 g Kartoffeln, 350 g Brot, 7 g Fett, 35 g Fleisch, 43 g Eiweiß, 18 g Zucker und 4 g Käse<sup>20</sup>. Diese offiziellen Rationen waren der Ernährungssockel, auf dem die Bevölkerung in aller Regel stand. Die Möglichkeiten, zusätzlich Nahrungsmittel zu beschaffen, hingen von den individuellen Fähigkeiten dazu und den institutionellen Rahmenbedingungen ab. Gelegenheiten für Schwarzmarktgeschäfte und Hamsterfahrten aufs Land waren dabei wegen des weniger strikten Erfassungssystems für Lebensmittel in den Westzonen günstiger<sup>21</sup>.

18 R. Karlsch, *Alleine bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-1953*, Berlin 1993, S. 234.

19 J. Lehmann, *Agrarpolitik und Landwirtschaft in Deutschland 1939 bis 1945*, in: B. Martin/A. S. Milward (Hg.), *Agriculture and Food Supply in the Second World War*, Ostfildern 1985, S. 29-50, hier S. 47.

20 Chr. Kleßmann, *Die doppelte Staatsgründung*, Bonn 1991, S. 48.

21 W. Zank, *Wirtschaftsplanung und Bewirtschaftung in der Sowjetischen Besatzungszone – Besonderheiten und Parallelen im Vergleich zum westlichen Besatzungsgebiet*, in: VSWG 71, 1984, S. 503.

**Tabelle 1:** Vergleich des Lebensmittelverbrauchs 1936 (in Deutschland) und Sept. 1946 (in Berlin)

Gramm pro Woche	1936	1946	
Fleisch	917	273	
Fette	564	93	
Milch	2429	310	
Käse	91	0	
Eier	112	0	
Fisch	729	0	
Kartoffeln	3869	2800	
Brot und Mehl	2065	2037	
Nährmittel	98	299	
Zucker	441	166	
Gemüse	1071	0	
Kakao	21	0	
Kaffee-Ersatz	6	5	
in Nährwerte umgerechnet pro Tag		(Normwerte)	
Kalorien	3113	1728	(2400)
Eiweiß in Gramm	84,7	46,6	(70)
Fett in Gramm	119,9	16,9	(60)
Kohlehydrate	401,5	339,0	

*Quelle:* Friedensburg / ZPA IV 2/6.08/86, Bl. 38; G.W. Harmssen, Reparationen, Sozialprodukt, Lebensstandard. Versuch einer Wirtschaftsbilanz, Heft 1, Bremen 1948, S. 42f.

**Tabelle 2:** Verbrauch an Kalorien, Eiweiß und Fett der Normalverbraucher in den einzelnen Zonen je Kopf und Tag nach dem Stande von Ende 1946

Zonen	Kalorien	davon Nährstoffe				tier. pflanzl.	
		Eiweiß			Fett in gr	Eiweiß	
		insgesamt in gr	tierisches in gr	pflanzl. in gr		in Prozent des Gesamteiweißverbrauchs	
Berlin	1572	40,2	5,7	34,5	11,3	14,2	85,8
Sowjetzone: Leipzig, Dresden	1471	34,7	4,4	30,3	10,5	12,7	87,3
größere Städte	1430	33,3	3,8	29,5	10,3	11,4	88,6
übrige Zone	1241	28,5	3,4	25,1	9,8	11,9	88,1
Durchschnitt	1282	29,5	3,5	26,0	9,9	11,9	88,4
Britische Zone	1542	52,8	11,0	41,8	13,4	20,8	79,2
Amerikanische Zone	1564	52,1	16,8	35,3	18,0	32,2	67,8
Französische Zone	1209	30,7	5,0	25,7	13,6	16,3	83,7
Gesamtdurchschnitt	1451	43,7	9,6	34,1	13,5	20,6	79,4

*Quelle:* H. Liebe, Ernährung, in: DIW (Hg.), Die deutsche Wirtschaft zwei Jahre nach dem Zusammenbruch, Berlin 1947, S. 75.

Für alle Zonen galt der Unterschied in den Ernährungsbedingungen zwischen Stadt und Land. „Jeweils in den Frühjahren 1946 bis 1948 rutschte die Versorgung der städtischen Bevölkerung auf rund 1000 kcal, im Ruhrgebiet gar auf teilweise nur 800 kcal ab. Zur quanti-

tativen Reduzierung kam jedoch eine ebenso gravierende qualitative Verschlechterung: Infolge des geringen Fleisch- und Fettaufkommens sank der tägliche Eiweißgehalt der Nahrung von 85 g auf 35 g; die Zufuhr von Fetten betrug statt 120 g täglich sogar teilweise nur noch 5,5 g täglich (Frühjahr 1948)<sup>22</sup>.

Aus gesundheitsstatistischen Daten werden Not und deren Differenzierung deutlich: Im Hungerwinter 1946/47 hatte man bei Männern 12 kg und bei Frauen 9 kg Untergewicht festgestellt, etwa 20.000 durch Hunger entkräftete Menschen sind – hochgerechnet auf alle vier Besatzungszonen – vor allem in den unzulänglichen Notunterkünften erfroren<sup>23</sup>. Das Gefälle in den Lebensbedingungen zwischen der SBZ und den Westzonen gegen Ende der 1940er Jahre verdeutlicht die Statistik der Tuberkulose-Todesfälle:

Tbc-Todesfälle je 10.000 Einwohner	DDR-Gebiet	Bundesgebiet
1938	(6,2)	
1947	18,0	7,4
1948	16,0	6,7
1949	11,4	4,9

Quelle: W. Zank, Wirtschaftsplanung und Bewirtschaftung in der Sowjetischen Besatzungszone – Besonderheiten und Parallelen im Vergleich zum westlichen Besatzungsgebiet, in: VSWG 71, 1984, S. 503.

Im Dezember 1949 wurde in der DDR ein durchschnittlicher Versorgungsstand von 1800 kcal und im Lauf des darauffolgenden Jahres von 2000 kcal pro Einwohner erreicht. Ursprünglich war im Zweijahresplan für 1950 noch ein Wert von 2600 kcal vorgesehen<sup>24</sup>. In der Bundesrepublik war 1950/51 der entsprechende Wert ca. 2800 kcal<sup>25</sup>. Entscheidend beeinflusst wurde die günstigere Ernährungssituation im Westen - 1947 konnten nur knapp 1000 kcal pro Kopf und Tag selbst produziert werden - durch die britisch-amerikanischen Nahrungsmittellieferungen, die 1946/47 675 kcal, 1947/48 1095 kcal und 1948/49 1520 kcal pro Kopf und Tag ausmachten<sup>26</sup>.

In Westdeutschland war die Währungsreform von 1948 in Verbindung mit der beginnenden Freigabe der Preise im Rahmen des Leitsatzgesetzes<sup>27</sup> die Initialzündung für den anhaltenden Wirtschaftsaufschwung. „Dadurch erst konnte nämlich das ohne Zweifel vorhandene Produktionspotential zur Wirkung gelangen, und so erst wurden die hohen Wachstumsraten,

22 G. J. Trittel, Die westlichen Besatzungsmächte und der Kampf gegen den Mangel 1945-1949, in: APuZ B22/1986, S. 20f.

23 W. Protzner, Vom Hungerwinter bis zum Beginn der 'Freßwelle', in: ders. (Hg.), Vom Hungerwinter zum kulinarischen Schlaraffenland, Stuttgart 1987, S. 28.

24 Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv, zentrales Parteiarchiv der SED (ZPA) NL 36/687, Bl. 98; ZPA IV 2/6.02/84, Bl. 27.

25 B. Gleitze (Hg.), Wirtschafts- und Sozialstatistisches Handbuch, Köln 1960, S. 100, 103.

26 Trittel, Kampf gegen den Mangel, S. 21, 25.

27 Gesetzestext abgedruckt bei R. Klump (Hg.), 40 Jahre Deutsche Mark, Stuttgart 1989, Anhang.

die für eine erfolgreiche Rekonstruktionsperiode kennzeichnend sind, möglich<sup>28</sup>. Mit dem Leitsatzgesetz wurden bereits einige hundert Warenarten aus der Bewirtschaftung entlassen, wenige Wochen später wurden 90 Prozent aller geltenden Preisvorschriften aufgehoben<sup>29</sup>. Am 3. November 1948 fiel der Lohnstop<sup>30</sup>. In einer ersten überschießenden Reaktion liefen zunächst die Preise davon - der Preisindex für die Lebenshaltung stieg bis Ende 1948 um 15 Prozent und beruhigte sich wieder bis Mitte 1950 auf die Ausgangslage von Sommer 1948. 1951 in der Koreakrise stieg der Preisindex erneut um 7,8 Prozent. Ab 1952 herrschte dann Preisstabilität. Unter Verwendung des Bildes der konzentrischen Kreise von Christoph Buchheim<sup>31</sup>, nachdem zuerst die oberen Schichten der Einkommenspyramide als Nachfrager den Wirtschaftsaufschwung in Gang setzen, kann man mit Michael Wildt konstatieren, daß „erst gegen Ende der fünfziger Jahre das 'Wirtschaftswunder' im Alltag zu erleben war“<sup>32</sup>. Der Großteil der Haushalte in der Bundesrepublik konnte sich ab 1958 Kühlschränke, Fernsehgeräte oder elektrische Küchenmaschinen leisten<sup>33</sup>, demnach zu der Zeit, in der in der DDR die Rationierung von Fleisch, Fett, Fisch, Eiern, Milch und Zucker beendet wurde<sup>34</sup>.

Das zweite große Problem im Nachkriegsdeutschland war Wohnraum. Im Mai 1939 wohnten in Deutschland (in den Grenzen von 1937) rund 69 Millionen Menschen in ca. 18 Mio. Wohnungen. Im Oktober 1946 waren es in den vier Besatzungszonen und Groß-Berlin nur noch 12 bis 13 Mio. Wohnungen für 64 Mio. Menschen. Die Wohnraumverluste waren in den Westzonen mit 25,7 Prozent deutlich höher als in der SBZ mit 11,5 Prozent. In der Sowjetzone verteilten sich die Verluste wie folgt<sup>35</sup>:

28 Chr. Buchheim, Zur Kontroverse über den Stellenwert der Währungsreform für die Wachstumsdynamik in der Bundesrepublik Deutschland, in: P. Hampe (Hg.), Währungsreform und Soziale Marktwirtschaft, München 1989, S. 100. Vgl. ders., Die Notwendigkeit einer durchgreifenden Wirtschaftsreform zur Ankerbelung des westdeutschen Wirtschaftswachstums in den 1940er Jahren, in: D. Petzina (Hg.), Ordnungspolitische Weichenstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg, Berlin 1991, S. 55-65.

29 W. A. Boelcke, Die Kosten von Hitlers Krieg, Paderborn 1985, S. 202.

30 Die Stundenlöhne erhöhten sich von 1947 auf 1948 um 12 Prozent und im folgenden Jahr um 14 Prozent (K. Schiller, Wirtschaftspolitische Konsequenzen der Währungsreform, in: Hampe, Währungsreform, S. 79-81. H. Möller, Die westdeutsche Währungsreform von 1948, in: Deutsche Bundesbank [Hg.], Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975, Frankfurt a.M. 1976, S. 470.).

31 Chr. Buchheim, Industrielle Revolution und Lebensstandard in Großbritannien, in: VSWG 76, 1989, S. 494-513.

32 M. Wildt, Am Beginn der Konsumgesellschaft, Mangelersahrung, Lebenshaltung, Wohlstandshoffnung in Westdeutschland in den fünfziger Jahren, Hamburg 1994, S. 37.

33 Statistisches Bundesamt 1964, zitiert nach Wildt, Konsumgesellschaft, S. 257.

34 Gleichzeitig wurde 1958 das einheitliche Preissystem im Einzelhandel geschaffen. Damit wurde die Preisdifferenz zwischen den bis zu fünfmal teureren HO- und den rationierten Waren nivelliert. M. Münnich/E. König, Von der Not der Nachkriegsjahre zu gesicherten Einkommen - Die Entwicklung des Lebensstandards, in: E. Hölder (Hg.), Im Trabi durch die Zeit - 40 Jahre Leben in der DDR, Wiesbaden 1992, S. 101.

35 D. Faber, Entwicklung und Lage der Wohnungswirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone 1945-1953, in Europa-Archiv 1953, S. 5943-5950.

Mecklenburg-Vorpommern	25,7	Prozent
Brandenburg	15,3	Prozent
Sachsen-Anhalt	12,3	Prozent
Sachsen	10,7	Prozent
Thüringen	1,5	Prozent

In der SBZ sank die Zahl der Wohnungen absolut von 4,6 auf 4,1 Mio. bei einer gleichzeitigen Zunahme der Einwohnerzahl von 15,2 auf 17,3 Mio. Die durchschnittliche Belegung der Wohnungen (Wohnungsdichte) stieg so von 3,3 Personen im Jahr 1939 auf 4,3 Personen 1946. In Westdeutschland stieg die Wohnungsdichte im gleichen Zeitraum von 3,7 auf 5,5 Personen. Wegen der Kriegszerstörungen - fast jede zehnte Wohnung war zerstört, jede siebte schwer beschädigt und dadurch nur teilweise bewohnbar<sup>36</sup> - gab es 1947 in der SBZ ca. 7 Mio. Wohnräume weniger als 1939. Durchschnittlich war jeder Wohnraum 1946 mit fast doppelt so vielen Personen belegt wie 1939. Die verfügbare Wohnfläche je Einwohner sank von 15,6 qm (1939) auf 9,1 qm im Jahr 1946. Nach der Volkszählung von 1946 war die Zahl der Haushaltungen wesentlich größer als die Zahl der Wohnungen. So waren 30,3 Prozent aller Haushaltungen ohne selbständige Wohnung. 1939 waren es noch 3 Prozent gewesen. Vorsichtig geschätzt fehlten 1946 in der SBZ ca. 1,2 bis 1,4 Millionen Wohnungen<sup>37</sup>.

Zwischen 1946 und 1950 ergab sich aus dem Wanderungssaldo - Zustrom durch die Rückkehr von Kriegsgefangenen, Flüchtlingen und Vertriebenen sowie die innerdeutsche Fluchtbewegung nach Westen - ein Bevölkerungszuwachs von 1,8 Prozent. Da in dieser Zeit kaum Wohnungen gebaut wurden, verschärfte dies die Situation erneut. Zwischen 1946 und 1948 ging die gesamte verfügbare Wohnfläche sogar von 143 Mio. qm auf 136 Mio. qm zurück, da baufällige Wohnungen gesperrt wurden, die neue Verwaltung und schließlich auch Gewerbebetriebe Platz beanspruchten.

Vergleicht man die Zahl der Privathaushalte mit derjenigen der verfügbaren Wohnungen, so ergibt sich für die fünfziger Jahre folgendes Bild<sup>38</sup>:

DDR	Zahl der Wohnungen	Zahl der Haushalte	Quote: Haushalte je Wohnung
1950	5079733	6723704	1,32
1961	5508788	6638215	1,20

1950 teilten sich - statistisch betrachtet - vier Haushalte drei Wohnungen, bis 1961 hatte sich die Situation soweit gebessert, daß sich sechs Haushalte fünf Wohnungen teilen mußten. Allerdings waren bereits 1960 über eine halbe Million registrierte Wohnungen eigentlich unbrauchbar<sup>39</sup> und lediglich 4,2 Mio. Wohneinheiten waren in gutem Zustand<sup>40</sup>. Im Bundes-

<sup>36</sup> K.-H. Manzel, Von der Wohnlaube zum Wohnblock - Ziel der 'registrierten Antragstellung', in: Hölder (Hg.), Im Trabi durch die Zeit, S. 251. Den 12 Prozent Kriegszerstörungen in der SBZ standen knapp 19 Prozent in den Westzonen gegenüber (H.W. Jenkis, Wohnungswirtschaft und Wohnungspolitik in beiden deutschen Staaten, Hamburg 1976, S. 13, 15f.)

<sup>37</sup> Faber, Wohnungswirtschaft, S. 5944.

<sup>38</sup> Statistisches Bundesamt, Sonderreihe, Heft 15: Ausgewählte Zahlen der Volks- und Berufszählungen und Gebäude- und Wohnungszählungen 1950 bis 1981, Wiesbaden 1994, S. 73, 92.

<sup>39</sup> Manzel, Wohnlaube, S. 256.



gebiet teilten sich 1950 etwa 16,65 Mio. Haushalte 10,1 Mio. Wohneinheiten (Quote: 1,65), und 1961 19,4 Mio. Haushalte 16,1 Mio. Wohneinheiten (Quote: 1,20).

Aus diesen Zahlen wird deutlich, daß in der Bundesrepublik die deutlich schlechtere Ausgangslage mit einer fast vierfach höheren Bautätigkeit bis 1960 korrigiert war<sup>41</sup>. Unter der Berücksichtigung des Sekundäreffekts auf die Investitionsgüterindustrie wurde wirtschaftliches Wachstum induziert. Dagegen wurde, sowohl wegen der Umorientierung der Investitionen auf die Schwer- und Grundstoffindustrie im Ersten Fünfjahresplan als auch wegen der - werterhaltende Reparaturen ausschließenden - niedrigen Mieteinnahmen die Bausubstanz in der DDR allmählich immer schlechter. Gesamtwirtschaftliche Effekte konnte es nicht geben, da dafür im Nullsummenspiel der Zentralplanung kein Platz war.

### III. Leben in der DDR – Verhinderter Wohlstand und unverhältnismäßiger Lebensstandard

„Die Lohnerhöhung, die als Endziel am 31.12. für 1950 erreicht sein soll, [ist] praktisch schon vor Eintritt in den Zweijahr-Plan überschritten“<sup>42</sup>, stellte ein Referent 1948 fest. In einer internen Untersuchung des Zentralen Instituts für Arbeit der DDR von 1968 kamen die Autoren zum Schluß: „Für die Lohnerhöhungen im Verlaufe des 1. Fünfjahresplanes ist die fehlende Verbindung mit direkten Maßnahmen zur weiteren Steigerung der Arbeitsproduktivität charakteristisch“. Die Lohnpolitik in der DDR zwischen 1955 und 1958 „ermöglichte keine Korrektur vorhandener oder neu entstandener Disproportionen, sondern sanktionierte und verstärkte sie“<sup>43</sup>.

In einem internen Schreiben an Chruschtschow vom 18. Januar 1961 gestand Ulbricht das Fiasko der DDR-Wirtschaftspolitik ein: Westdeutschland war nicht - wie geplant - in der Pro-Kopf-Produktion bis Ende 1961 überholt worden, vielmehr seien Arbeitsproduktivität und Lebensstandard in der DDR noch weiter zurückgeblieben. „Dadurch konnte ein ständiger politischer Druck auf uns von Westdeutschland her ausgeübt werden. Der (nicht erwartete) konjunkturelle Aufschwung in Westdeutschland, der für jeden Einwohner der DDR sichtbar war, ist der Hauptgrund dafür, daß im Verlaufe von zehn Jahren rund zwei Millionen Menschen unsere Republik verlassen haben. In dieser Lage waren und sind wir gezwungen, um den Abstand im Lebensniveau wenigstens schrittweise zu mildern, ständig mehr für den individuellen Konsum zu verbrauchen, als unsere eigene Wirtschaft hergibt“<sup>44</sup>.

Der hier geschilderte Widerspruch zwischen Wirtschaftspotential und demgegenüber überhöhten Realeinkommen der Werktätigen mit der Folge von zwangsläufig steigenden Anteilen des Sozialprodukts für den privaten Verbrauch war ein durchgängiges Merkmal der DDR-Geschichte. Man kann diesen Effekt als kumulativen Prozeß beschreiben, dessen Ausgangs-

40 ZPA IV A2/2.021/614, Bl. 78.

41 Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, A-Z. Ein Nachschlagewerk über den anderen Teil Deutschlands, Bonn 1969, S. 740.

42 BAP/ZSTA C-15/712, Bl. 16.

43 ZPA A2/6.08/130: Vergleich der Arbeiterlöhne der Industrie zwischen DDR und Westdeutschland vom 26.3.1968, S. 5f.

44 zitiert nach M. Lemke, Trotz des Baus der Mauer in Berlin blieb Adenauer verhandlungswillig, in: Das Parlament 23/1995 vom 2. Juni 1995, S. 14.

basis in den durch das Wirtschaftssystem induzierten Mechanismen begründet war: „So wie wir *Werkstätigen heute arbeiten*, werden wir morgen leben“. Wenn man heute die Voraussetzungen schaffe, „wird unsere *Regierung morgen* mehr und bessere *Waren verteilen* und die Politik der Preissenkungen fortsetzen können“<sup>45</sup>. Der Wirkungszusammenhang zwischen eigener Leistung und eigenen Ansprüchen sollte ausgeschaltet werden. Da andererseits die Werkstätigen die Mangelsituation, für die sie ursächlich nicht verantwortlich waren, nicht ganz passiv hinnahmen, ergab sich ein Wirkungszusammenhang zwischen dem empfundenen Mangel, anschließendem „Meckern“, einer Ad-hoc-Entscheidung von Funktionären zur kurzfristigen Linderung des Mangels, der daraus folgenden Engpaßsituation anderswo und dem dortigen Emergenzprozeß. Dies alles passierte unter dem Diktat des zentralen Planes, den Rahmenbedingungen einer nicht konvertiblen Währung und des staatlichen Valuta- und Außenhandelsmonopols, mithin in einem relativ geschlossenen System, in dem es praktisch kaum Effekte internationaler Arbeitsteilung gab. So verblieb die Wirtschaft in einem annähernd stationären Zustand, während Einkommen und Verbrauch – unter der Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit – tendenziell überhöht waren. In der *Industrie* plante man ursprünglich eine Zuwachs-Relation zwischen Arbeitsproduktivität und Arbeitseinkommen von 5 zu 1<sup>46</sup>. Tatsächlich reduzierte sich diese Relation bald auf Werte zwischen 2 und 1; 1987 war das Verhältnis sogar in Mark der DDR bewertet unter 1 gerutscht. Rechnet man die durchschnittlichen Arbeitseinkommen (einschließlich der nicht unbeträchtlichen Prämien) auf tatsächlich verfügbare Einkommen hoch, d.h. bezieht man die ‘zweite Lohntüte’ der indirekten Einkommen mit ein<sup>47</sup>, so kamen die Verantwortlichen 1989 wieder einmal zur Schlußfolgerung, daß die Hauptaufgabe ab 1990 sei, Leistung und Verbrauch in Übereinstimmung zu bringen.

## 1. Einnahmen- und Ausgabenrechnung privater Haushalte

In den Rückrechnungen des Statistischen Bundesamtes für das Gebiet der ehemaligen DDR werden drei Haushaltstypen und drei soziale Gruppen dargestellt. Die Haushalte der Arbeiter und Angestellten, der LPG-Mitglieder sowie der Rentner repräsentierten in den 1970er und 1980er Jahren etwa 85 Prozent aller Haushalte der DDR<sup>48</sup>. Zuvor entwickelte sich die Schichtung gemäß der Altersstruktur und dem Grad der Sozialisierung. Auffallend war dabei

45 Aufruf der Weberin Frida Hockauf vom 29. September 1953, in: Tribüne vom 1.10.1953. Zitiert nach P. Hübner, *Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970*, Berlin 1995, S. 152 (Hervorhebungen: O.S.).

46 z.B. ZPA J IV 2/2/431, Bl. 23. In Mark-Rechnung wurde diese Relation in den fünfziger Jahren kurzfristig auch einige Mal erreicht. Allerdings heißt es in einem Gutachten: „Bis 1961 war das Entwicklungsverhältnis zwischen Arbeitsproduktivität und Durchschnittslohn unbefriedigend. Verstärkt wurde dieser Umstand durch z.T. mangelhafte Plandisziplin und Lohnkontrolle, wodurch der geplante Durchschnittslohn z.T. erheblich überschritten wurde. Begünstigend wirkten dabei die Mängel in der Normenarbeit.“ (ZPA IV A2/6.08/130, Zentrales Forschungsinstitut für Arbeit, Entwurf zu einem Vergleich der Arbeiterlöhne der Industrie zwischen DDR und Westdeutschland, 26.3.1968, S. 7.

47 Die Subventionen für Grundbedarf, Tarife und Mieten - als ‘zweite Lohntüte’ - machten 1988 noch einmal 64 Prozent des Durchschnittslohns aus. H.-D. Haustein, *Die notwendige Beschleunigung des Wachstumstempos der industriellen Arbeitsproduktivität und die Bewertung der lebendigen Arbeit*, in: *Wirtschaftswissenschaft* 38, 1990, S. 209.

48 *Statistisches Bundesamt*, Sonderreihe, Heft 5, Heft 11, Kap. Methodische Erläuterungen.

der sich bis 1960 verstärkende Anteil der Arbeiter- und Angestelltenschicht als Folge der Entprivatisierung zahlreicher Wirtschaftsfunktionen, wodurch die Zahl der Stellen in der öffentlichen Verwaltung stark angestiegen war<sup>49</sup>. So ergab sich 1960 ein Anteil der Arbeiter, Angestellten und LPG-Mitglieder von ca. 88 Prozent.

Der Vergleich des Lebensstandards zwischen der DDR und der Bundesrepublik wird mit Hilfe des statistischen Haushaltstyps „2“ vorgenommen<sup>50</sup>. Die abweichenden Einkommen und Ausgaben der beiden anderen Haushaltstypen sind in der Tab. 6 im Anhang aufgelistet.

In Materialien zur sozialen Lage der Arbeiter und Angestellten in der DDR und in Westdeutschland von 1965, zusammengestellt vom Zentralkomitee der SED, wird zu den Löhnen festgestellt: „Danach erhält z.B. ein Arbeiter des Schwermaschinenbaus in der Lohngruppe 8 (höchste Lohngruppe in der DDR) an Tariflohn 0,11 MDN<sup>51</sup> weniger als ein Arbeiter der niedrigsten Lohngruppe (Lohngruppe 1) in der Metallindustrie Schleswig-Holsteins“. Dies war die Folge der schnelleren Lohnentwicklung in der Bundesrepublik seit etwa 1960. Zuvor waren die nominalen Löhne und Gehälter etwa auf vergleichbarem Niveau. Danach wuchsen im Westen die Monatsdurchschnittslöhne um jährlich 6 bis 8 Prozent, in der DDR um 2 bis 3 Prozent<sup>52</sup>.

In der folgenden Tabelle 3 sind neben den Nominallöhnen auch die Lebenshaltungskosten auf vergleichbarer Basis aufgelistet. Daraus wird deutlich, daß der nominale Gleichstand bis in die sechziger Jahre hinein wenig Bedeutung hatte.

Angestellte im Bundesgebiet verdienten durchschnittlich in der Industrie und im Bauwesen im April 1965 DM 681 (weibliche Beschäftigte) und DM 1105 (männliche Beschäftigte), während das vergleichbare Einkommen in der DDR für männliche und weibliche Angestellte zusammen 582 DDR-Mark betrug. 2,7 Prozent der Angestellten in Westdeutschland hatten ein Einkommen bis 400 DM, während in der gleichen Gehaltsklasse (bis 400 DDR-Mark) 23 Prozent aller Angestellten der DDR lagen. 51,2 Prozent aller Angestellten im Westen hatten ein Einkommen bis DM 900, während 58,1 Prozent aller Angestellten in der DDR ein Einkommen bis zu 600 DDR-Mark bezogen. Das westdeutsche Einkommensniveau lag somit nominal um etwa 250 bis 300 Mark höher als in der DDR<sup>53</sup>.

Die durchschnittlich verfügbaren Haushaltseinkommen lagen 1950 nach Berechnungen des DIW bei 290 DM-West und 390 DDR-Mark<sup>54</sup>, 1960 bei 879 DM und 745 DDR-Mark. Bis 1967 hatte sich die Relation deutlich verschoben. So konnten Westhaushalte in diesem Jahr über 1245 DM verfügen und Haushalte in der DDR durchschnittlich über 878 DDR-Mark<sup>55</sup>. Bis 1978 hatte sich die Relation nominal halbiert. Damals erreichten Westhaushalte DM 2787 und DDR-Haushalte 1430 DDR-Mark<sup>56</sup>. Am Ende des Untersuchungszeitraums, im Jahr

49 D. Storbeck, Soziale Strukturen in Mitteldeutschland, Berlin 1964, S. 154.

50 Zur Definition siehe Abb. 6, S. 136.

51 Mark der Deutschen Notenbank.

52 ZPA IV A2/6.08/151: Zur Analyse „Lebensstandard“ ... vom 25.3.1966, S. 13.

53 ZPA IV A2/6.08/151: Material zur sozialen Lage der Arbeiter und Angestellten in der Deutschen Demokratischen Republik und in Westdeutschland vom 13.9.1965, S. 5-7.

54 W. Bosch, Die Sozialstruktur in West- und Mitteldeutschland, Bonn 1958, S. 122.

55 Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971, S. 340f.

56 Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, S. 727.

1989, hatte ein bundesdeutscher Haushalt durchschnittlich DM 4173 zur Verfügung. In der DDR war die nur bedingt vergleichbare Meßziffer für Arbeiter- und Angestelltenhaushalte aus der Haushaltsstichprobe 2091 DDR-Mark und umgerechnet auf den Haushaltstyp „2“ der Bundesstatistik 2426 DDR-Mark<sup>57</sup>.

**Tabelle 3:** Durchschnittslöhne und Lebenshaltungskosten in Ost- und Westdeutschland 1938-1989

1938 = 100	Index für die Lebenshaltung BRD	Brutto-Durchschnittslohn aus unselbständiger Arbeit BRD (DM)	Index für die Lebenshaltung DDR	DDR Brutto-Arbeits-einkommen nominal je Monat in DDR-Mark (Industrie)
1938	100,0		100	
1950	155,8	243	373	278/256
1955	171,5	367	235	403
1960	187,9	513	215	478
1965	215,8	778	212	538
1970	245,0	1153	245	612
1975	327,9	1802	254	765-802
1980	397,0	2407	269	873-940
1985	479,5	2824	289	1040
1987	504,9	3009	294	1141

Zum DDR-Nominaleinkommen müssen z.B. 1960 noch 170 DDR-Mark und 1965 195 DDR-Mark geldlose Leistungen aus gesellschaftlichen Fonds *je Haushalt* bzw. 90 DDR-Mark und 103 DDR-Mark je Beschäftigten hinzugerechnet werden. Bei Arbeiter- und Angestelltenhaushalten waren es 1960 156 DDR-Mark (=17,5 Prozent), 1970 277 DDR-Mark (=20,9 Prozent), 1980 527 DDR-Mark (=24,9 Prozent) und 1987 780 DDR-Mark (=27,7 Prozent).

*Quellen:* B. Gleitze, Sowjetzonenwirtschaft in der Krise, Köln 1961, S. 29. Statistisches Bundesamt, Bevölkerung und Statistik 1872-1972, Stuttgart 1972, S. 250,263; DIW, Handbuch DDR-Wirtschaft, Reinbek 1985, S. 388. ZPA IV A 2/6.08/130: Lohnvergleich DDR-Westdeutschland, passim. BAP DE-1/54366 (VVS B 5-2242/76), S. 48. G. Manz, Armut in der »DDR«-Bevölkerung, Augsburg 1992, S. 46.

Die Verteilung der Haushalte auf einzelne Einkommensklassen zwischen 1960 und 1985 zeigt Abbildung 5. Die Abbildung verdeutlicht die Nominaleinkommensdrift zwischen den beiden deutschen Staaten nach 1960. Bei einem Vergleich der Haushaltseinkommen der einzelnen Bevölkerungsgruppen in der DDR 1970 zeigt sich, daß von allen Haushalten 29 Prozent in der untersten Einkommensklasse angesiedelt sind, allerdings von den Arbeiter- und Angestelltenhaushalten lediglich 10 Prozent und von den Rentnerhaushalten 85 Prozent. Die entsprechenden Daten für 1985 sind etwa 17,2 und 55 Prozent. Die Differenzierung im Haushaltseinkommen der Rentner war geringer und ihre Konzentration auf die unteren Einkommensgruppen war gegenüber den anderen Bevölkerungsgruppen wesentlich höher. Insgesamt konnten um 1985 etwa 2,9 Mio. Haushalte (=45 Prozent) der DDR den unteren, 2

Mio. Haushalte (=30 Prozent) den mittleren und 1,6 Mio. Haushalte (=25 Prozent) den oberen Einkommensgruppen zugeordnet werden<sup>58</sup>.

**Tabelle 4:** Kaufkraftbereinigte Nettodurchschnittseinkommen der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte der DDR in Relation zu denen der Bundesrepublik<sup>59</sup>

1950	1960	1966	1969/70	1975/77	1982/83	1988
0,58	0,64	0,57	0,55	0,52	0,49	0,54

Auf der Grundlage der Vergleichsdaten des DIW (Tab. 4) ist die Ausgabenstruktur von Haushalten in Abbildung 6 zu interpretieren. Am auffälligsten ist die Entwicklung des Grund- bzw. starren Bedarfs von Haushalten. Während in der Bundesrepublik die Ausgaben für Ernährung, Kleidung und Wohnen (preisbereinigt) absolut ständig stiegen und als Anteil des privaten Verbrauchs ständig sanken, war die Entwicklung in der DDR gebrochen. Bis in die Mitte der sechziger Jahre stieg der Anteil des Grundbedarfs. Erst danach verläuft die Entwicklung ähnlich, wie sie bereits in der Bundesrepublik im Gange war.

Beim Vergleich der DDR 1989 und den neuen Bundesländern 1992 wird dennoch deutlich, welchen Anteil die indirekte Besteuerung der Nahrungs- und Genußmittel sowie das allgemein höhere Kostenniveau in der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelindustrie hatten. Ein zusätzlicher Aspekt ergibt sich aus der Tatsache, daß nach Untersuchungen der 1980er Jahre zwischen knapp 30 und 70 Prozent der verderblichen Lebensmittelproduktion (angeführt werden Obst, Gemüse, Kartoffeln und Brot) nicht „ernährungswirksam“ wurden, d.h. entweder auf dem Weg vom Produzenten zum Konsumenten oder beim Konsumenten verdarb beziehungsweise zweckentfremdet verwendet wurde<sup>60</sup>. Daß dies kein Phänomen der achtziger Jahre war, zeigt beispielsweise ein Bericht von 1955 über die ernste Ernährungssituation. Trotz der Tatsache, daß die Vorräte für die meisten Hauptlebensmittel nicht bis zur nächsten Ernte reichten, wurde davon gesprochen, daß „diese Angaben darauf berechnet sind, daß im Jahre 1955 eine normale durchschnittliche Ernte erzielt wird und daß keine wesentlichen Ernteverluste eintreten. Gleichzeitig wird davon ausgegangen, daß die im Plan 1955 vorgesehenen Importe voll erfüllt werden. Jeder Ausfall im Eigenaufkommen und in den Importen verschlechtert weiter die Basis für die Versorgung“<sup>61</sup>.

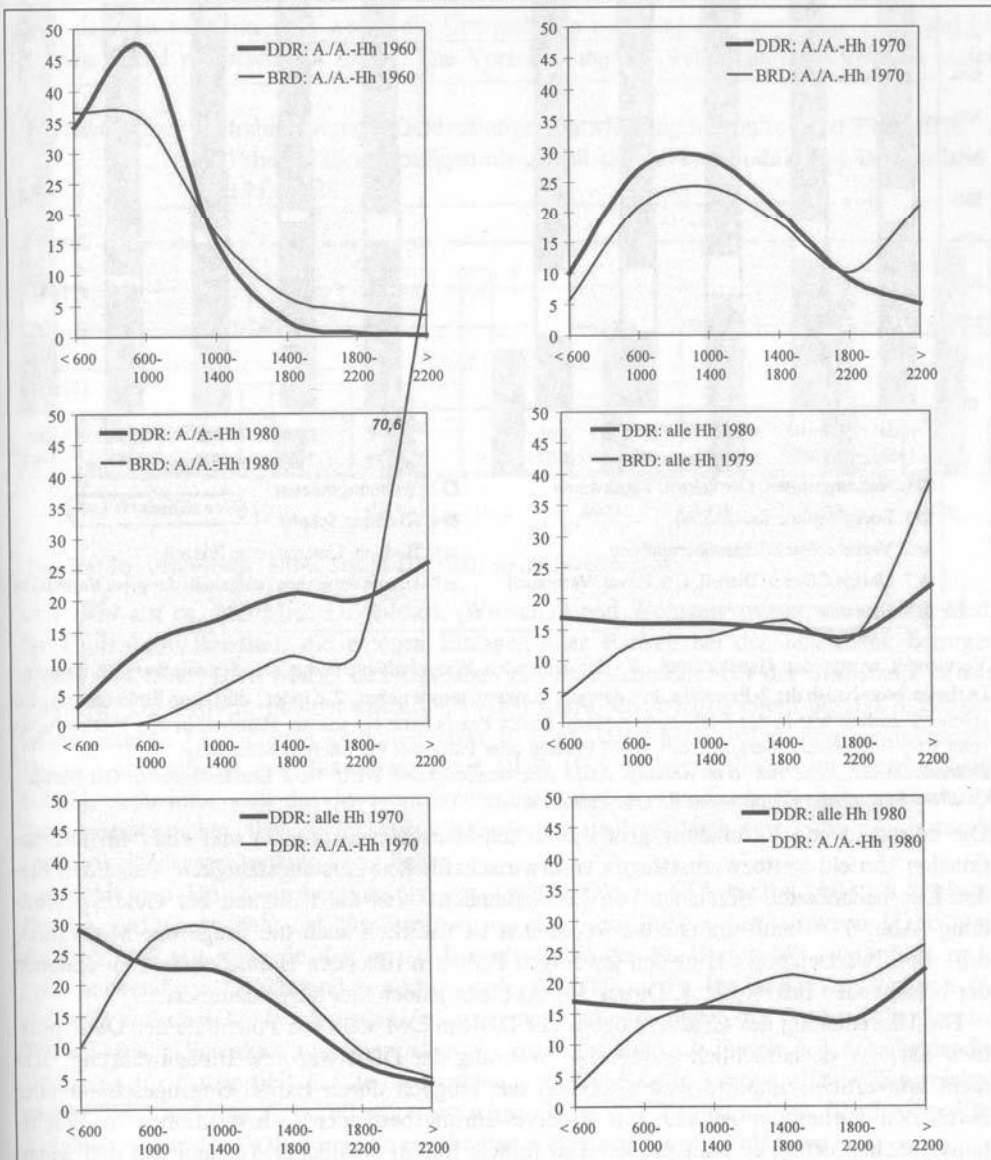
58 BAP DE-1/56487: Zur Entwicklung der sozialökonomischen Differenzierung der Nettogeldeinnahmen der Bevölkerung ..., Juli 1983. Von den Rentnerhaushalten lagen 1970 65 Prozent um die Armutsgrenze, von allen anderen Haushalten lagen ca 35 Prozent um die Armutsgrenze, von allen Arbeiter- und Angestelltenhaushalten etwa 30 Prozent. 1988 wurden 45 Prozent der Rentnerhaushalte und 10 Prozent der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte als potentiell arm eingestuft (G. Manz, Armut in der »DDR«-Bevölkerung, Augsburg 1992, S. 87f.).

59 1950 berechnet nach Bosch, Sozialstruktur, S. 122 und ZPA IV A2/6.08/130, Bl. 5. 1960ff.: DIW, Handbuch DDR-Wirtschaft, S. 279 und Materialien zum Bericht zur Lage der Nation ... 1971, S. 340f. und 1987, S. 727. 1988: R. Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands, Bonn 1992, S. 42.

60 G. Winkler, Sozialreport DDR 1990, Berlin 1990, S. 139.

61 Sitzungsprotokoll des Politbüros vom 15.3.1955 (ZPA J IV 2/2/431, Bl. 11-128, Anlage 1: Versorgung der Bevölkerung 1956. Die dort genannten Daten beziehen auch die Staatsreserven ein. Vermutungen, daß die schlechte Versorgung der Bevölkerung in Zusammenhang mit dem Aufbau einer unter militärpolitischen Gesichtspunkten notwendigen Staatsreserve zusammenhängen (z.B. Hübner, Konsens, S. 150.), trafen Mitte der 1950er Jahre nicht zu.

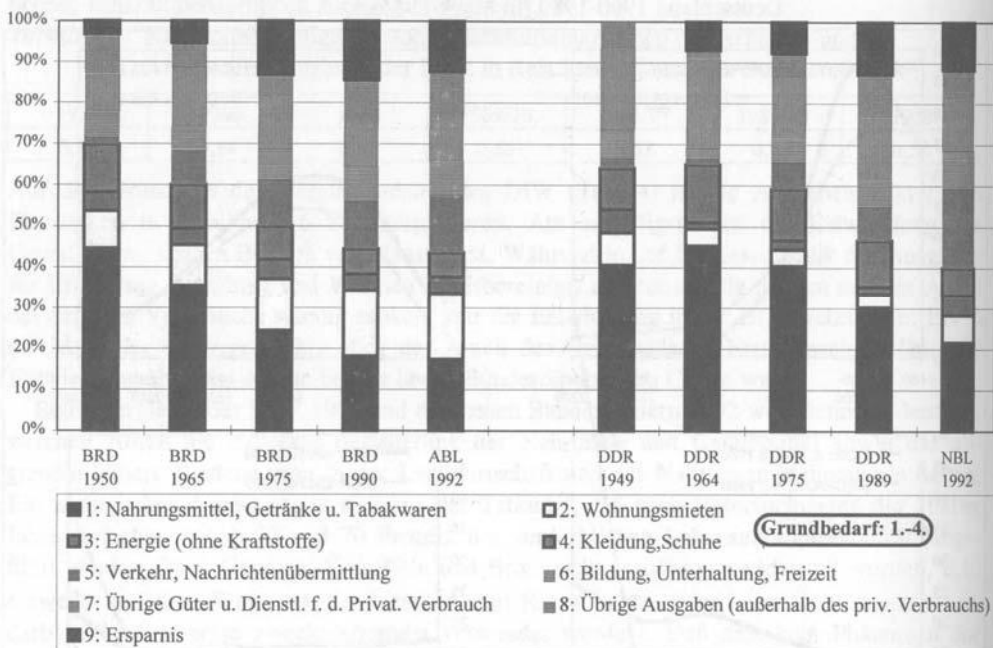
Abbildung 5: Die Verteilung der Nettohaushaltseinkommen auf Einkommensklassen in Deutschland 1960-1980 (in Mark/D-Mark)



A./A.-Hh: Arbeiter- und Angestelltenhaushalte; alle Hh: alle Haushalte insgesamt.

Quellen: R. Rytlewski/M. Opp de Hipt (Hg.), Sozialgeschichtliche Arbeitsbücher IV (München 1987, S. 118), V (München 1987, S. 107); BAP DE-1/56487.

Abbildung 6: Die Ausgabenstruktur von Haushalten in Deutschland 1949-1992



Verwendet wurde der Haushaltstyp „2“ der laufenden Wirtschaftsrechnung des Statistischen Bundesamtes (Arbeitnehmerhaushalt: 2 Erwachsene - davon 1 Einkommensbezieher, 2 Kinder, mittleres Einkommen). Ein solcher Haushalt war in der DDR nicht typisch. In der Praxis hatte ein solcher Haushalt in den 1980er Jahren etwa 1,95 Einkommensbezieher, d.h. in 95 Prozent aller Fälle war die Ehefrau berufstätig.

Datennachweis: siehe Tab. 6 im Anhang. ABL: Alte Bundesländer; NBL: Neue Bundesländer u. Ost-Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt, diverse Publikationen.

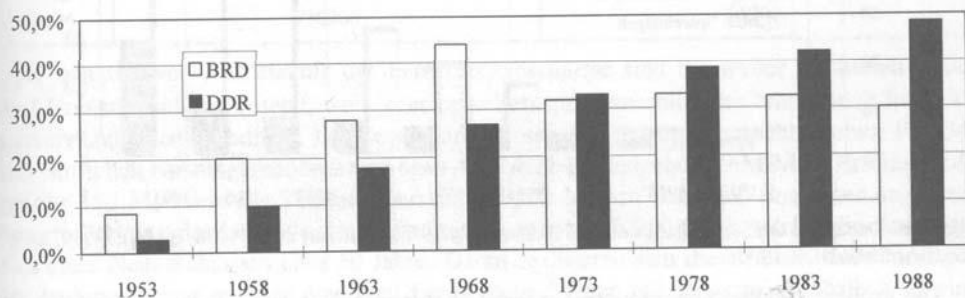
Die entscheidende Verbindungsgröße zwischen Haushaltseinkommen und einer im internationalen Umfeld wettbewerbsfähigen volkswirtschaftlichen Leistungsfähigkeit – also den beiden hier behandelten Bereichen von Lebensstandard – ist die Fähigkeit zur Geldkapitalbildung (Abb. 7). Damit unmittelbar verbunden ist natürlich auch die Frage der Motivation, d.h. die Inwertsetzung des in den jeweiligen Personen ruhenden Humankapitals im Rahmen der bestehenden Infrastruktur. Dieser Aspekt bleibt jedoch hier ausgeklammert.

Die Umrechnung des Geldvermögens der DDR in DM stellt die Potentiale der DDR positiver dar, als sie tatsächlich waren. Die Währung der DDR war eine Binnenwährung, also nicht konvertibel. Importe waren folglich nur möglich durch Export-Gegengeschäfte oder durch den vorherigen Aufbau von Reservewährungsbeständen<sup>62</sup>. Investitionen in Wachstumsbranchen erfolgten zum großen Teil mittels Import westlicher Technologie und Materialien. Dazu konnten die Spareinlagen nicht verwendet werden. Diese dienten im wesentli-

<sup>62</sup> Zu Schätzungen über Reservewährungsbestände der DDR siehe P.-G. Schmidt, Internationale Währungspolitik im sozialistischen Staat, Stuttgart 1985.

chen als Gegenposition zum 'Tagesgeschäft' der Banken, der Gewährung von Umlaufmittelkrediten an die Wirtschaft. Die gravierenden Unterschiede im Investitionspotential werden noch dadurch verstärkt, daß weder die Unternehmen noch das Bankensystem irgendwelche eigenen Mittel erwirtschaftet hatten. Die Verschuldung der volkseigenen Wirtschaft belief

Abbildung 7a: Indikatoren der Geldvermögensentwicklung in Deutschland 1953-1988  
Privates Geldvermögen als Anteil des Inlandsprodukts in Deutschland  
1953-1988



Quellen: Dt. Bundesbank, StBA, StatJbDDR 1990, eigene Berechnungen.

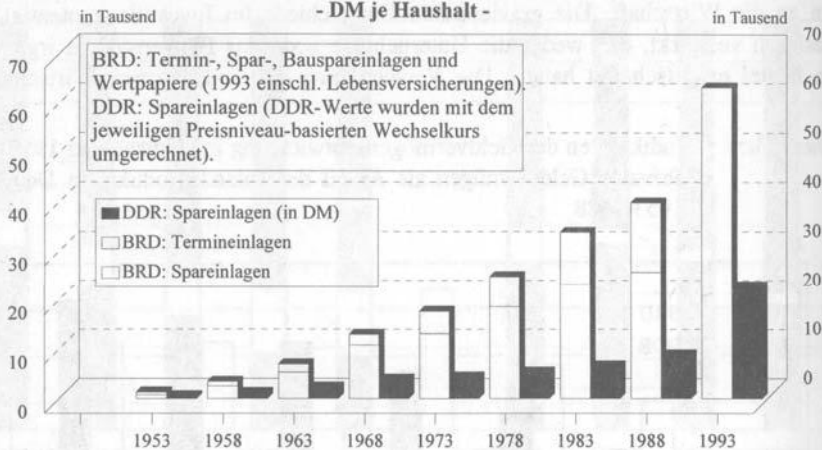
sich 1989 auf ca. 280 Mrd. DDR-Mark (Wirtschaft und Wohnungswesen, davon 180 Mrd. für Umlaufmittelkredite), die eigenen Einlagen aller Banken bei der Staatsbank betragen gerade 1,8 Mrd. DDR-Mark. Das Guthaben des Staatshaushalts bei der Staatsbank betrug 5,9 Mrd. DDR-Mark, obwohl allein die in den statistischen Jahrbüchern der DDR jährlich ausgewiesenen Überschüsse kumuliert etwa 20 Mrd. DDR-Mark hätten ergeben müssen<sup>63</sup>. Da sich andererseits das Bilanzsystem der DDR 1989 im wesentlichen im Gleichgewicht befand, reduzierte sich das Investitionspotential auf den Anteil am jährlich produzierten Nationaleinkommen, den der ständig steigende private Verbrauch sowie die rapide wachsende Auslandsverschuldung übrig ließen.

Nimmt man den Quotienten von privatem Geldvermögen und Inlandsprodukt als Indikator für das verfügbare Potential zur Finanzierung eines anstehenden Strukturwandels, so wird deutlich, daß vor allem in den ersten Jahrzehnten in der Bundesrepublik wesentlich mehr vom notwendigen Geldkapital gebildet wurde. Vor allem die Banken hatten dadurch die Auswahl zwischen konkurrierenden Anlageformen und erzwangen von der kapitalsuchenden Wirtschaft die Fähigkeit zur potentiellen Wettbewerbsfähigkeit. Durch den entscheidenden Übergang zur Konvertibilität, die die westdeutsche Währung in Schritten bis 1958 erreichte, wurde das Land überdies Teil des westlichen Geld- und Kapitalmarktes überhaupt. Vergleichbares war der DDR durch die revolutionäre Umgestaltung verschlossen.

63 Jahresbericht 1989 der Staatsbank der DDR. P. Frenzel, Die rote Mark, Herford 1989.



Abbildung 7b: Geldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland 1953-1993



Quellen: Deutsches Geld- und Bankwesen in Zahlen 1876-1975, Frankfurt a. M. 1976, S. 140f., 159, 245; StatBA; StatJbDDR 1990.

Die größere Geldvermögensquote der DDR ab den siebziger Jahren spiegelte dann zunehmend die Modernisierungsprobleme der Wirtschaft wider. Der sozialistische Staat trat in wachsendem Maße als 'Handelshaus' für von der Bevölkerung begehrte hochwertige Konsumgüter aus dem Westen auf, da diese selbst nicht in erforderlichem Umfang und der gewünschten Qualität produziert werden konnten. Die Qualität vieler selbst hergestellter Produkte war schlecht, Ende der 1980er Jahre erhielten nur ca. 15 Prozent von den DDR-Behörden das Qualitätsprädikat „Q“. Die Jahre zuvor war das Verhältnis noch schlechter. Beispiele verfehlter Importsubstitution, d.h. Produkte, die die DDR zwar hatte herstellen wollen, aber nicht konnte, waren aus bundesdeutscher Sicht Allerweltsprodukte: „... In der Beratung wurde Übereinstimmung erzielt, die Entwicklung der gegenwärtig konzipierten Gefriertruhe GP 12 abzubrechen. Es ist schon jetzt abzusehen, daß das zu 12/84 zur Serienproduktion vorgesehene Erzeugnis nach einer 9jährigen Entwicklungszeit zum Zeitpunkt der Produktionseinführung kein Spitzenerzeugnis mehr ist“<sup>64</sup>.

Den „sehr sorglos und verschwenderischen“ Wasserverbrauch der Bevölkerung könnte man durch eine generelle Verdoppelung des Preises von bisher 0,25 M/Kubikmeter einschränken. Dies wäre notwendig, weil eine exakte Zurechnung der verbrauchten Mengen auf die einzelnen Wohnungen den Einsatz entsprechender Meßinstrumente erfordern würde.

„Dabei wird davon ausgegangen, daß anstelle der bisher üblichen Wasseruhren in Verbindung mit der weiteren Durchsetzung der Mikroelektronik und der modernen Rechentechnik

64 Amt f. Standardisierung ... an ZK Abt. Forschung und technische Entwicklung: Information über den Abbruch der im VEB Kühlmöbelwerk Erfurt laufenden Entwicklung der Gefriertruhe GP 12ZPA, vom 14.10.1980 (ZPA Vorl. SED 35936).

bis 1990/95 Meßinstrumente entwickelt werden könnten, deren Herstellung weniger material- und kostenaufwendig ist als bei Wasseruhren<sup>65</sup>.

Die folgende Statistik zeigt die Zahl der Anträge auf Telefonanschlüsse und das Ergebnis des Bemühens.

	Anträge auf Telefonanschlüsse	neu geschaffene Telefonanschlüsse
1983	781000	42100
1984	835000	39300
1985	891000	47700
1986	930200	61300

„Der quantitativen Ausdehnung der Fernsprechanchlüsse sind bei weiter wachsendem Bedarf Grenzen dadurch gesetzt, weil jeder neue Fernsprechananschluß mit erheblichen Investitionsaufwendungen verbunden ist. Gegenwärtig kostet ein Fernsprechananschluß etwa 10 TM. Bei jährlichen Nutzungsgebühren von etwa 400 Mark (Grundgebühr 9 M/Mo.; Erstanschlußgebühr 150 M; Preis des Telefonapparates 150-500 M) pro Anschluß und einer angenommenen Deckung der laufenden Aufwendungen von jährlich 200 Mark beträgt die Amortisation eines Neuanschlusses etwa 50 Jahre. Damit realisieren sich diese hohen Aufwendungen im Zusammenhang mit den niedrigen Fernsprechgebühren nur langsam. Deshalb wird eine sprunghafte Erhöhung der Zahl der Fernsprechanchlüsse nicht möglich sein“<sup>66</sup>.

Zusammenfassend und in einem groben Vergleich kann man sagen, daß die verfügbaren Haushaltseinkommen der DDR ebenso wie die Ausstattung und Größe der Wohnungen oder die PKW-Dichte um 1989 etwa dem Stand des westdeutschen Niveaus von Anfang der siebziger Jahre entsprach<sup>67</sup>. Die statistisch registrierte Produktivität hatte dagegen ein Niveau, das demjenigen der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren entsprach. Daraus erklären sich die ab den sechziger Jahren im Vergleich zu Westdeutschland ständig höheren Anteile des privaten Verbrauchs am gesamten Inlandsprodukt. Wie die Beispiele am Ende des Kapitels zeigen, war an ein vergleichbares Lebenshaltungsniveau mit der Bundesrepublik nicht zu denken. Trotzdem kann man feststellen, daß das bestehende Niveau des Lebensstandards für die dahinterstehende Produktivität entschieden zu hoch gewesen ist. Hier zeigt sich das Dilemma der Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung. Die Bevölkerung konnte durch passive Gestaltungsmacht zumindest eine Annäherung der Lebensverhältnisse an die der Bundesrepublik erreichen, während die staatliche Gestaltungsmacht in der DDR eine Annäherung des Produktivitätsniveaus aktiv durch eigenes Versagen verhinderte.

65 BAP DE-1/56769: Überlegungen und Vorschläge zur Gestaltung der von der Bevölkerung bezahlten Reparatur- und Dienstleistungen ... 1991-1995 vom 6.7.1987.

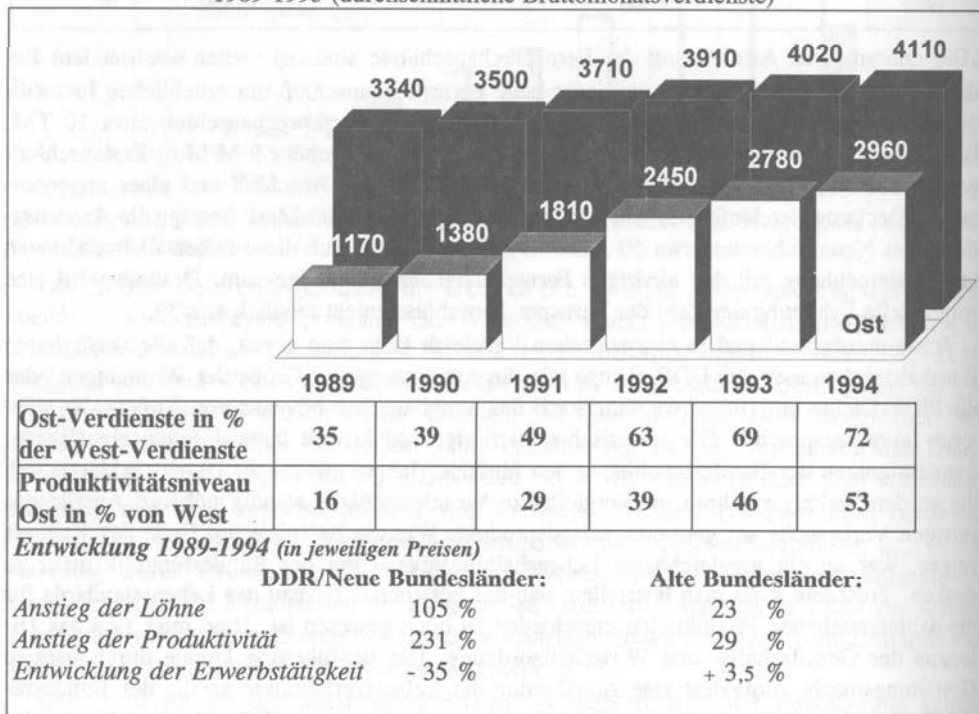
66 Ebenda. Nach Auskunft von Ron Sommer, dem Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Telekom, wurden zwischen Juli 1990 und Juni 1995 im Monat durchschnittlich 100.000 Telefonanschlüsse betriebsfertig übergeben (ARD-Sendung Plusminus vom 29.6.1995).

67 Geißler, Sozialstruktur, S. 44.

#### IV. Die Annäherung der Lebensbedingungen in den neuen Bundesländern nach 1990

Löhne und Gehälter wurden im Juli 1990 nominal umgestellt. Die durchschnittlichen Bruttolöhne begannen danach rasch zu steigen. 1993 hatte das durchschnittliche Bruttolohnniveau 69 Prozent des in den alten Bundesländern erreicht. Dagegen erreichte das Produktivitätsniveau je Erwerbstätigem erst 46 Prozent. Das Bruttosozialprodukt je Einwohner hatte 1991 einen Vergleichsstand von 29 Prozent und 1992 von knapp 37 Prozent erreicht.

Abbildung 8: Lohn- und Produktivitätsabstand zwischen Ost- und Westdeutschland 1989-1993 (durchschnittliche Bruttomonatsverdienste)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, eigene Berechnungen.

D. Schwarzer, Arbeitsbeziehungen im Umbruch gesellschaftlicher Strukturen. Bundesrepublik Deutschland, DDR und neue Bundesländer im Vergleich, Stuttgart 1995; eigene Ergänzungen.

Die Gründe für das rasche Steigen des Lohnniveaus liegen zum einen in der Übernahme westdeutscher institutioneller Regeln und zum anderen im gleichzeitigen Fehlen funktionierender ostdeutscher Verbände. Erwies sich das System der kollektiven Lohnfindung im Rahmen der Tarifautonomie in den alten Bundesländern - von einigen Ausnahmen abgesehen - bisher insgesamt als hilfreich, funktionierte dieses Zusammenspiel der Akteure, 'diese verborgene Allianz der Interessen' an ökonomisch vernünftigen und den beschäftigungspolitischen Erfordernissen angepaßten Lohnabschlüssen (eine wesentliche Funktionsbedingung der Tarifautonomie) in den neuen Bundesländern in der Anfangsphase des Transformationspro-

zesses nur unzureichend<sup>68</sup>: Die ersten Tarifverträge nach der Vereinigung wurden von Vertretern der Gewerkschaften aus den alten Bundesländern und auf der Arbeitgeberseite entweder von bisherigen Betriebsleitern bzw. Kombinatdirektoren oder westdeutschen Unternehmern, welche die Verhandlungen anstelle der noch fehlenden ostdeutschen Arbeitgeberverbände führten, ausgehandelt. „Die ostdeutschen ‘Arbeitgeber’ verhandelten in der Umbruchsphase unter dem Eindruck des erforderlichen Personalabbaus und der Gefährdung ihrer eigenen Position unter starker Berücksichtigung der Lohnwünsche der Belegschaft. Dabei spielte auch eine Rolle, daß sie aus früherer Erfahrung heraus noch nicht an den Interessengegensatz gewöhnt waren und sich von den Konsequenzen marktwidriger Lohnabschlüsse wenig betroffen fühlten“<sup>69</sup>. Westdeutsche Arbeitgeber hatten gegen steigende Löhne insofern nichts einzuwenden, als potentielle Konkurrenten, die in Ostdeutschland im Entstehen waren, durch schnell steigende Löhne eher abgeschreckt wären. Außerdem wollte man zur Sicherung der eigenen Marktanteile keine Niedriglohnkonkurrenz in den neuen Bundesländern. Darüber hinaus konnten die Verkaufspreise der Treuhand durch hohe Lohnkosten gedrückt werden. Für ausländische Investoren, die von Ostdeutschland aus den westdeutschen Markt hätten erschließen können, wurden die Unternehmen in der ehemaligen DDR dadurch weniger interessant. Soweit westdeutsche Investoren selbst Investitionen planten, waren dies hochmoderne Produktionsanlagen, die nach der Fertigstellung in einigen Jahren es zulassen würden, daß sie hohe Westlöhne zahlen<sup>70</sup>. Das Verhalten ostdeutscher Gewerkschaften, die sich an den Kollektivverhandlungen beteiligten, wurde von den Zielvorstellungen der Gewerkschaften in den alten Bundesländern dominiert. Diese traten von Anfang an für eine rasche Angleichung der Löhne und Gehälter Ost an West ein. Zugunsten rascher Lohnsteigerungen nahmen sie den voraussehbaren Beschäftigungsrückgang in Kauf. Dahinter standen vor allem organisationspolitische Erwägungen: „Die auf rasche Einkommensgewinne gerichteten Erwartungen der ostdeutschen Mitglieder trafen sich mit dem spezifisch westdeutschen Interesse an der Erhaltung des erkämpften Tariflohniveaus durch Unterbindung von Niedriglohnkonkurrenz. Da die ostdeutschen Mitglieder die Präferenzordnung „Lohn vor Beschäftigung“ teilten, wiesen Rekrutierungs- und Integrationsfunktion in dieselbe Richtung: Um Organisationsgrad und Mitgliederbindungen zu pflegen, empfahl es sich, den hohen Erwartungen der Mitglieder zu folgen“<sup>71</sup>. Aus den so beschriebenen Interessenlagen heraus führte die „atypische Interessenharmonie zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite“<sup>72</sup> zu überhöhten Lohnabschlüssen.

68 D. Schwarzer, Arbeitsbeziehungen im Umbruch gesellschaftlicher Strukturen. Bundesrepublik Deutschland, DDR und neue Bundesländer im Vergleich, Diss. Erlangen-Nürnberg 1995, Kap. D.1.1.3, S. 337, Stuttgart 1995 (im Druck).

69 Ebenda, S. 337f.

70 H. Siebert, Das Wagnis der Einheit. Eine wirtschaftspolitische Therapie, Stuttgart 1992, S. 125. Lohn- und Arbeitsmarktprobleme in den neuen Bundesländern, Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, Bundesanzeiger v. 17.8.1991. G. Sinn/H.-W. Sinn, Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, 3. überarb. Aufl., Tübingen 1993, S. 195 f.

71 D. Schwarzer, Arbeitsbeziehungen im Umbruch gesellschaftlicher Strukturen, S. 434.

72 F. Henneberger, Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände in den neuen Bundesländern, in: J. Schmid / F. Löbler / H. Tiemann, Organisationsstrukturen und Probleme von Parteien und Verbänden, Marburg 1994, S. 137. D. Schwarzer, Arbeitsbeziehungen, S. 338.

Nach den Haushaltsbudgetrechnungen ergab sich statistisch für das zweite Halbjahr 1991 in den neuen Bundesländern ein Rückgang von 1,95 auf 1,7 Einkommensbezieher innerhalb des Haushaltstyps „2“. Das Bruttomonatseinkommen betrug 4449 DM, das ausgabefähige Einkommen DM 3488. Eine Verwendungsrechnung innerhalb des privaten Verbrauchs für 1992 findet sich in der Tabelle 6 im Anhang. Daraus wird deutlich, daß die Deckung des Grundbedarfs in den neuen Bundesländern kurz nach der Vereinigung sogar günstiger war als in den alten Bundesländern, da vor allem noch Mietsubventionen bestanden. Die Einkommensbezieher-Quote je Haushalt in der Haushaltsstichprobe (Ehepaare bzw. Lebenspartner mit einem Kind) sank im zweiten Halbjahr 1992 geringfügig auf 1,68 ab. Das ausgabefähige Einkommen stieg um 24 Prozent<sup>73</sup>.

Greift man noch einmal auf die Daten von 1989 zurück, so wird deutlich, daß das Ziel der Vereinheitlichung der Lebensverhältnisse in Ost und West 1992 - im statistischen Durchschnitt und aus der Sicht der Einnahmerekchnung von Haushalten gesehen - dadurch soweit eingetreten war, daß das Westniveau von 1989 erreicht worden war.

## V. Zusammenfassung

Die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit der DDR hat zu keinem Zeitpunkt das in der Rüstungsproduktion des Zweiten Weltkriegs erreichte Niveau signifikant überschritten. Das Produktivitätsniveau je Erwerbstätigem erreichte 1989 etwa 16 bis maximal 20 Prozent des bundesdeutschen. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache ist zu konstatieren, daß die Bevölkerung der DDR ein unverhältnismäßiges Lebensniveau pflegte. Da die Verhinderung von privatem Wohlstand das wichtigste ideologische Ziel war, blieb den Machthabern der DDR zur Aufrechterhaltung der bestehenden Leistungsfähigkeit allerdings nichts anderes übrig als eine Überhöhung des Lebensstandards.

---

73 Angaben des Statistischen Bundesamtes.

## Anhang: Entwicklung einiger Indikatoren des Lebensstandards im Vergleich

Tabelle 5a: Entwicklung der Wohnungsversorgung in der SBZ/DDR

	Bestand (Mio. WEH)	davon unbrauch- bar <sup>2</sup>	davon erbaut vor 1918	WEH je 1000 EW	Wohnflä- che je EW	neuerbau- te WF je WEH <sup>5</sup>	Anteil der WEH mit Inntoilette (Prozent)	Anteil der WEH mit Bad/Dusche (Prozent)
1939	4,6			264				
1946	4,1							
1950	5,0		3,2 <sup>4</sup>	276	12,2	58		
1960/61	5,5	0,8 <sup>3</sup>	3,5	323	16,6	55	32,4	21,9
1970/71	6,0	1,0	3,4	355	20,3	58	41,6	38,6
1981	6,5		3,0	393	24,7	63	61,7	67,9
1989	7,0 <sup>1</sup>	2,2	2,6	427	27,5	64	76	82

<sup>1</sup> Nach Einschätzung von Fachleuten des Statistischen Bundesamtes ist dieser Bestand zu hoch berechnet. Außerdem müssen mindestens 100.000 WEH als unbrauchbar angesehen werden (Manzel, S. 263).

<sup>2</sup> Bauzustandsstufe III (mit 50 Prozent gerechnet) und IV.

<sup>3</sup> ZPA IV A2/2.021/616, Bl. 26. „1,4-1,6 Mio Altbauwohnungen, bei denen eine Modernisierung und Generalreparatur wirtschaftlich nicht vertretbar ist. Ein Teil der Wohnungen ist derzeit baupolizeilich gesperrt. Der Erhaltungsaufwand für diese Wohnungen darf deshalb bis zu ihrem Ersatz nur das Notwendigste umfassen; etwa 40000 Altbauwohnungen, die bereits von der Staatlichen Bauaufsicht gesperrt wurden, da sie nicht mehr bewohnbar sind“. Angabe über 500.000 unbrauchbare Wohnungen aus Manzel, S. 256.

<sup>4</sup> ohne Ost-Berlin.

<sup>5</sup> Wohnfläche je fertiggestellter Wohnung.

Zusammengestellt nach: D. Faber, Entwicklung und Lage der Wohnungswirtschaft in der Sowjetischen Besatzungszone 1945-1953, in Europa-Archiv 1953, S. 5943-5950.; K.-H. Manzel, Von der Wohnlaube zum Wohnblock - Ziel der 'registrierten Antragstellung', in: Hölder (Hg.), Im Trabi durch die Zeit - 40 Jahre Leben in der DDR, Wiesbaden 1992; ZPA IV A2/2.021/616; Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1987; Raumordnungsbericht 1991; Statistisches Bundesamt (Hg.), Sonderreihe mit Beiträgen für das Gebiet der ehemaligen DDR, Heft 2: Wohnungsbau und Wohnungsbestand 1970 bis 1990, Wiesbaden 1993 und Heft 15: Ausgewählte Zahlen der Volks- und Berufszählungen und Gebäude- und Wohnungszählungen 1950 bis 1981, Wiesbaden, 1994.

Tab. 6: Struktur der Haushaltsausgaben nach Haushaltstypen

	DDR 1949 (in Mark)	DDR 1964 (in Mark)		
	<i>durchschnittliches Haushaltseinkommen</i>	<i>durchschnittliches Haushaltseinkommen</i>		
ausgabefähiges				
Haushaltseinkommen	320	807		
Privater Verbrauch	299	735		
Ausgaben ohne privaten				
Verbrauch	21	15		
Ersparnis	0	57		
<i>Struktur des privaten Verbrauchs:</i>				
Nahrungsmittel, Getränke				
u. Tabakwaren	130	369		
Wohnungsmieten	25	33		
Energie (ohne Kraftstoffe)	18	12		
Kleidung, Schuhe	32	115		
Verkehr,				
Nachrichtenübermittlung	8	15		
Bildung, Unterhaltung,				
Freizeit	22	18		
Übrige Güter u. Dienstl. f.				
d. Privat. Verbrauch	64	179		
	BRD 1950	BRD 1965		
	Haushalts- typ B	Haushalts- typ A	Haushalts- typ B	Haushalts- typ C
ausgabefähiges				
Haushaltseinkommen	334	408	994	1957
Privater Verbrauch	291	384	881	1572
Ausgaben ohne privaten				
Verbrauch	32	9	60	159
Ersparnis	11	14	53	226
<i>Struktur des privaten Verbrauchs:</i>				
Nahrungsmittel, Getränke				
u. Tabakwaren	149	193	352	448
Wohnungsmieten	30	62	99	190
Energie (ohne Kraftstoffe)	15	27	40	60
Kleidung, Schuhe	39	28	105	173
Verkehr,				
Nachrichtenübermittlung	6	11	85	255
Bildung, Unterhaltung,				
Freizeit	21	13	57	126
Übrige Güter u. Dienstl. f.				
d. Privat. Verbrauch	31	50	143	321

## in Deutschland 1949/50-1992 (absolute Werte in jeweiliger Wahrung)

DDR 1975 (in Mark)			DDR 1989 (in Mark)			NBL 1992 (in DM)		
Haushalts- typ A	Haushalts- typ B	Haushalts- typ C	Haushalts- typ A	Haushalts- typ B	Haushalts- typ C	Haushalts- typ A	Haushalts- typ B	Haushalts- typ C
452	1378	1975	1109	2426	4116	2153	3616	4788
433	1196	1719	974	1861	2846	1796	2965	3591
19	77	163	109	253	314	133	231	321
0	105	93	25	312	955	224	420	876
249	557	648	469	734	791	481	781	875
33	55	72	50	82	90	203	242	259
19	31	34	36	44	42	147	182	201
35	172	232	87	272	333	109	241	332
15	90	255	65	198	770	286	702	817
25	79	141	72	164	251	138	332	432
57	212	337	194	367	570	432	485	675

BRD 1975			BRD 1990			ABL 1992		
Haushalts- typ A	Haushalts- typ B	Haushalts- typ C	Haushalts- typ A	Haushalts- typ B	Haushalts- typ C	Haushalts- typ A	Haushalts- typ B	Haushalts- typ C
921	2200	3805	2181	4586	7603	2432	5143	8335
818	1801	2849	1786	3452	5182	1993	3976	5763
38	109	279	176	472	1209	214	530	1350
65	290	676	219	662	1212	225	637	1222
312	537	654	491	831	1037	527	893	1124
182	280	421	481	744	1009	548	832	1124
68	105	139	139	183	233	156	208	250
57	178	283	102	281	444	103	307	468
40	248	469	209	550	816	209	713	968
36	160	273	119	366	612	133	425	691
124	294	610	245	497	1031	317	598	1138



Tabelle 5b: Entwicklung der Wohnungsversorgung in der Bundesrepublik

	Bestand (Mio. WEH)	davon unbrauch- bar	davon erbaut vor 1918	WEH je 1000 EW	Wohn- fläche je EW	neuer- baute WF je WEH	Anteil der WEH mit Innentoilette (Prozent)	Anteil der WEH mit Bad/Dusche (Prozent)
1939				264				
1946								
1950				214	15	55		
1960/61	16,4		7,7	295	20	71	67	48
1970/71	20,8		7	338	25	86	85	82
1981	25,0		5,4	404	33	102		
1989	26,5		4,7	434	37	95	98	96

Zusammengestellt nach: Statistische Jahrbücher der Bundesrepublik, div. Jgg.; R. Rytlewski / M. Opp de Hipt, Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch IV: Die Bundesrepublik Deutschland in Zahlen 1945/49-1980, München 1987; Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1987; Raumordnungsbericht 1991.

Tabelle 5c: Ausstattungsbestand der Haushalte in der DDR mit langlebigen technischen Konsumgütern (einschließlich Mehrfachausstattung)

je 100 Haushalte	Fernsehgeräte/ darunter Farbfern- sehgeräte	Waschmaschinen/ darunter automatische bzw. halbautomatische	Kühlschränke/ darunter Gefrier- schränke	PKW	Fernsprech- hauptanschlüsse in Wohnungen
1950					
1955	1,2	0,5	0,4	0,2	
1960	18,5	6,2	6,1	3,2	
1965	53,7	27,7	25,9	8,2	
1970	73,6/0,2	53,6	56,4/0,5	15,6	6,6
1975	87,9/2,5	73,0/14	84,7/3,5	26,2	
1980	105,0/16,8	84,4	108,8/12,6	38,1	11,7
1985	117,6/38,7	99,3	137,5/29,7	48,2	14,1
1989	129,3/58,2	110,2	167,4/49,5	57,1	17,2

In den in den Quellen angeführten internen Unterlagen von Zk bzw. SPK finden sich folgende Daten:

- Kühlschränke/Gefrierschränke: 1965 (22/-), 1970 (56/-), 1975 (85/4), 1986 (144/34,6)
- Waschmaschinen/darunter automatische: 1965 (24/-), 1970 (54/-), 1975 (73/14), 1986 (102/k.A.)
- Fernsehgeräte/darunter Farbfernseh.: 1965 (45/-), 1970 (69/-), 1975 (82/3), 1986 (118,9/42,7)
- PKW: 1965 (7), 1970 (16), 1975 (32), 1980 (44), 1986 (53).
- private Telefone je 100 EW: 1986 (5,83), 1989 (6,81)

Quellen: BAP DE-1/54366; BAP DE-1/56771; ZPA IV A2/6.08/148; StatJbDDR 1990.

# Diskussion

# Der wechselvolle Verlauf der wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR - Zusammenspiel von akkumuliertem Innovationspotential und institutionel- len Diffusionsblockaden

Von Margrit Grabas (Saarbrücken)

## I.

Im August 1991 konnte man in einem "Spiegel"-Interview mit dem ehemaligen Sekretär für Wirtschaftsfragen der DDR - Günter Mittag - folgenden Satz lesen: "Ohne Wiedervereinigung wäre die DDR einer ökonomischen Katastrophe mit unabsehbaren sozialen Folgen entgegengegangen, weil sie auf Dauer allein nicht (mehr) überlebensfähig war."<sup>1</sup>

Eine solche Prognose von einem ostdeutschen Politiker wäre zwei Jahrzehnte zuvor kaum denkbar gewesen: Ungeachtet aller sozio-ökonomischen Probleme, mit denen der zweite deutsche Staat aufgrund seiner Einbindung in das sowjetische Imperium und der damit verbundenen Installierung des Zentralverwaltungssystems seit seiner Gründung in wechselnder Intensität konfrontiert war, zeichnete sich die Volkswirtschaft der DDR während der 50er und 60er Jahre durch eine relative Stabilität aus, und durchlief sie ähnliche Modernisierungsprozesse wie andere west- und mitteleuropäische Industriestaaten auch.<sup>2</sup> Vor allem zur Bundesrepublik gab es - trotz aller systempolitischen Unterschiede und sozio-ökonomischen Abweichungen - erstaunliche Parallelen in der Dynamik industriegesellschaftlicher Umgestaltungen, die sowohl hinsichtlich der Intensität des wirtschaftlichen Wachstums als ebenso hinsichtlich der Richtung des sektoralen Strukturwandels beobachtbar waren.<sup>3</sup> Auf der Grundlage eines Wachstumsratenvergleichs zwischen der ost- und der westdeutschen Wirtschaft urteilte 1976 denn auch Knut Borchardt, daß es in der sozio-ökonomischen Entwicklung beider deutscher Teilstaaten "mehr Gemeinsamkeiten" gegeben hätte, als man sie in Abhängigkeit der ordnungspolitischen Unterschiede vermuten würde.<sup>4</sup>

Am Ende der 80er Jahre hatte sich das Bild allerdings gewandelt - nunmehr überwogen die Unterschiede: Weder war es der ostdeutschen Volkswirtschaft gelungen, den sich in der Bundesrepublik seit den 70er Jahren schubartig zu Lasten des sekundären und primären Sektors vollziehenden gesellschaftlichen Tertiärisierungsprozeß mitzuvollziehen, noch reichte ihre Innovationsdynamik aus, um die aus den verkrusteten Strukturen der Industriegesellschaft resultierenden Probleme zu bewältigen. Als die DDR mit Wirkung vom 1. Juli 1990

1 Zit. nach W. Venohr, Die Roten Preußen. Aufstieg und Fall der DDR, Frankfurt a.M. 1992, S. 319.

2 Vgl. stellvertretend zur Modernisierungsproblematik West- und Mitteleuropas nach 1945 H. Kaelble (Hg.), Der Boom 1948-1973. Gesellschaftliche und wirtschaftliche Folgen in der Bundesrepublik und in Europa, Opladen 1992.

3 Vgl. F. Haller, Die wirtschaftliche Entwicklung der BRD und der DDR 1950-1970. Methoden und Ergebnisse eines Vergleichs der beiden volkswirtschaftlichen Rechnungssysteme, Bremen 1974 sowie R. Geißler, Die Sozialstruktur Deutschlands. Ein Studienbuch zur Entwicklung im geteilten und vereinten Deutschland, Opladen 1992.

4 K. Borchardt, Wirtschaftliches Wachstum und Wechsellagen 1914-1970, in: H. Aubin/W. Zorn (Hg.), Handbuch der deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 725f.

der Währungs- und Sozialunion beitrug, betrug ihr Entwicklungsgefälle zur Bundesrepublik unter sozialökonomischem Aspekt 25 Jahre!<sup>5</sup> Das ganze Ausmaß der daraus resultierenden sozio-ökonomischen Desintegration zeigte sich aber erst nach dem Wirksamwerden der Mitte 1990 eingeleiteten Transformationsprozesse des Zentralverwaltungssystems. Infolge des Anpassungsschocks an die veränderten institutionellen Rahmenbedingungen wirtschaftlicher Entwicklung begann die ostdeutsche Volkswirtschaft förmlich zu kollabieren: Bis September 1990 fiel die industrielle Warenproduktion in nur drei Monaten auf knapp 5 Prozent und im Verlaufe der folgenden zwei Jahre auf ein Drittel ihres Ausgangsniveaus im Jahre 1989!<sup>6</sup>

Einen ähnlich dramatischen Produktionseinbruch kennt die moderne Wirtschaftsgeschichte nur aus Kriegszeiten! Der Zusammenbruch der DDR-Wirtschaft war begleitet von einem ebenso dramatischen Beschäftigungsabbau, dessen Folgedimension ohne die Auffangnetze des Sozialstaates den Wiedervereinigungsprozeß wohl ad absurdum geführt hätte. Vor dem Fall der Mauer war die DDR ein Land mit einer der höchsten Erwerbsquoten der Welt; die Erwerbstätigenzahl betrug 9,3 Mio. Menschen. 1992, dem Jahr des Tiefpunktes der Transformationskrise, hatte sich die Zahl um mehr als drei Mio., nämlich auf 6,1 Mio. Menschen verringert.<sup>7</sup> Dank der vielfältigen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung konnte die Arbeitslosenquote zwar bei durchschnittlich 15 Prozent gehalten werden; doch weist der anhaltend hohe jährliche öffentliche Finanztransfer in die neuen Bundesländer, der laut Berechnung der Bundesbank allein zwischen 1991 und 1993 von 5,5 auf 7 Prozent des Bruttosozialprodukts gestiegen war,<sup>8</sup> auf die Zählebigkeit stagnativer Wachstumsstrukturen hin.

Angesichts derartiger Szenarien stellt sich die Frage, ob das Ausmaß der Transformationskrise bzw. der Ausprägungsgrad der bis 1989 erreichten strukturellen Desintegration der ostdeutschen Wirtschaft tatsächlich - wie im allgemeinen unterstellt - ausschließlich auf die Steuerungsdefizite des Zentralverwaltungssystems sowjetischen Typs, also auf institutionelle Faktoren zurückzuführen ist: *Einerseits* konnte die DDR während der Nachkriegszeit durchaus auf einige ökonomische Erfolge verweisen, so daß sie - trotz permanenter zentralistischer Eingriffe in den Wirtschaftsbereich und damit verbundener Fehllenkungen von entwicklungsrelevanten Ressourcen - am Ende der 60er Jahre zu den zehn stärksten Industriestaaten der Welt zählte. *Andererseits* zeigt die selbst 1994 noch immer vorhandene hohe Arbeitslosenquote von 16 Prozent - ungeachtet der in den neuen Bundesländern seit 1992

5 Vgl. R. Geißler, Sozialstruktur, S. 117.

6 Berechnet nach D. Cornelsen, Die Wirtschaft der DDR 1990, in: FS-Analysen 2, 1991, S. 73. Ansonsten zum Transformationsschock der ostdeutschen Volkswirtschaft G. u. H.-W. Sinn, Kaltstart. Volkswirtschaftliche Aspekte der deutschen Vereinigung, Tübingen 1992, S. 30ff.

7 Berechnet nach D. Cornelsen, Die Wirtschaft der DDR, S. 72. Abweichende Berechnungen bei W. Merkel/St. Wahl, Das geplünderte Deutschland. Die wirtschaftliche Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands von 1949 bis 1989, Bonn 1991, S. 73: Erwerbstätige 1989: 8,8 Mio.; Erwerbsquote 1989: 80,2%. Die Verfasserinnen stützen sich auf die Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der DDR.

8 Vgl. W. Fischer, Politische versus ökonomische Vernunft: Wirtschafts- und währungspolitische Entscheidungen im deutschen Einigungsprozeß, in: J. Kocka/H.-J. Puhle/K. Tenfelde (Hg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift für Gerhard A. Ritter zum 65. Geburtstag, München 1994, S. 805-830.

wieder erzielten Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von 7-8 Prozent<sup>9</sup> -, daß die Etablierung marktwirtschaftlicher Ordnungsstrukturen offensichtlich nicht ausreicht, um - analog zum "Modell 1948", das bei der wirtschaftspolitischen Steuerung des Transformationsprozesses in verblüffendem Wiederholungszwang Pate gestanden hatte - eine Art zweites deutsches Wirtschaftswunder zu initiieren.<sup>10</sup> Und schließlich quält sich ja auch die nach marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien funktionierende westdeutsche Volkswirtschaft spätestens seit den 70er Jahren mit der Bewältigung von strukturellen Wachstumsproblemen, deren Folgewirkungen die Sozialtats der Bundesrepublik belasten und die Herausbildung einer Dynamisierungskräfte freisetzenden neuen Steuerungskapazität der sozio-ökonomischen Entwicklung erzwingen.

Vor dem Hintergrund dieser einleitenden Bemerkungen ist es das Ziel der nachfolgenden Überlegungen, dem in der wirtschafts- und sozialhistorischen Erforschung der DDR derzeit beobachtbaren Trend einer Vernachlässigung bzw. Unterschätzung sozio-ökonomischer Dynamisierungsprozesse entgegenzuwirken.<sup>11</sup> Dahinter steht die Auffassung, daß Zentralverwaltungssysteme sowjetischen Typs<sup>12</sup> eine spezifische Erscheinungsform der sich seit dem Ende des 18. Jahrhunderts herausgebildeten Industriegesellschaften darstellen, und sie aufgrund ihrer wirtschaftspolitischen Ausrichtung auf die Steigerung des Wirtschaftswachstums, damit aber auf die Gestaltung von Investitions- und Innovationsprozessen insofern - trotz planwirtschaftlicher Gegensteuerungsversuche und trotz Fehlens eines Schumpeterschen Pionierunternehmers - ähnlichen, wenngleich politisch verformten Wandlungsmustern der sozio-ökonomischen Entwicklung unterworfen sind wie Marktgesellschaften auch.

Ausgehend von der theoretischen Modellvorstellung eines Zusammenhangs von institutionellem Wandel und relativer Ressourcenverknappung wird die *These* vertreten, daß Entwicklung und Zusammenbruch der ostdeutschen Volkswirtschaft durch das im Zeitablauf sich verändernde Zusammenspiel von historisch akkumulierten Innovationspotentialen und politisch bedingten institutionellen Diffusionsblockaden bestimmt waren. Konnten die aus der allokativen Ineffizienz der Zentralverwaltungsstrukturen der DDR prinzipiell resultierenden Steuerungsdefizite der gesellschaftlichen Entwicklung durch ihre Einbettung in den Europäischen Nachkriegsboom und das damit verbundene partielle Weiterwirken tradierter Fort-

9 Vgl. *Statistisches Bundesamt*, Zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in den neuen Bundesländern, Stuttgart 1993, S. 5; Arbeitslosenquote 1994 nach Auskunft des *Statistischen Bundesamtes*.

10 Vgl. zu dieser Problematik *W. Abelshauser*, Aufschwung Ost: Das Wirtschaftswunder der fünfziger Jahre taugt nicht als Modell für die neuen Bundesländer, in: *Die Zeit* vom 19.3.1993 sowie *V. Hentschel*, Das westdeutsche Wirtschaftswunder 1948-1955. Kann man aus der Wirtschaftsgeschichte lernen?, in: *W. Feldenkirchen u.a. (Hg.)*, *Wirtschaft, Gesellschaft, Unternehmen*. Festschrift für Hans Pohl zum 60. Geburtstag, Stuttgart 1995, 1. TB, S. 120ff.

11 Stellvertretend für diesen Trend *S. Meuschel*, Legitimation und Parteienherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt a.M. 1992 sowie *W. Merkel/St.* *Wahl*. Kritisch hingegen *R. Jessen*, Die Gesellschaft im Staatssozialismus, in: *Geschichte und Gesellschaft* 21, 1995/1, S. 96ff.

12 Stellvertretend *K.P. Hensel*, Grundformen der Wirtschaftsordnung. Marktwirtschaft - Zentralverwaltungswirtschaft, München 1972 sowie *G. Gutmann*, Produktivkräfte und Wirtschaftsordnung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 33, 1990.

schrittsbestände<sup>13</sup> bis zum Ende der 60er Jahre abgeschwächt werden, so gelangten sie seit den beiden Ölpreisschocks von 1973/79 und dem durch sie akzelerierten weltweiten Strukturwandel zu ihrer vollen Entfaltung. Diese These soll anhand eines Hypothesensamples konkretisiert werden.

## II.

Das im Folgenden zur Diskussion gestellte Hypothesensample,<sup>14</sup> mit dem die sowohl durch relative Stabilität als auch durch Instabilität und schließlich Stagnation geprägte wirtschaftliche Entwicklung der DDR in ihren wichtigsten Bestimmungsfaktoren und Verlaufsetappen skizziert werden soll, basiert auf einem vor allem durch Joseph A. Schumpeter und Douglas C. North inspirierten Modellansatz zur Analyse sozio-ökonomischer Wandlungsprozesse. Dieser Modellansatz, der im Rahmen dieses Diskussionsbeitrages nicht näher erläutert werden kann und von der Verfasserin an anderer Stelle als Einheit von *Schumpeterschem Innovationsschub und Diffusionskonglomerat* gekennzeichnet wurde,<sup>15</sup> geht zum einen von der Annahme aus, daß industriegesellschaftliche Modernisierung ein hochkomplexer, jedoch zutiefst widerspruchsvoller und in längerfristigen Schwankungen verlaufender Wandlungsprozeß ist.<sup>16</sup> Dieser Wandlungsprozeß vollzieht sich als Sequenz einander ablösender unterschiedlich strukturierter Wachstumsperioden der Entwicklung, der seine Antriebskraft aus der innovativen Bewältigung von strukturellen Stagnationskonstellationen gewinnt, die sich relativ regelmäßig als Folge vorangegangener Wachstumsexpansion und damit einhergehender Verschiebungen volkswirtschaftlich tragender Angebots- und Nachfragerelationen etablieren. Zum anderen geht der Modellansatz von der Annahme aus, daß die von Schumpeter zur Erklärung der empirisch nachweisbaren Entwicklungsdiskontinuitäten in den Mittelpunkt gerückten Innovationen zwar eine notwendige, aber keine hinreichende Bestimmungskomponente sind.<sup>17</sup> Erst die im Zeitablauf sich verändernde Struktur jenes gesamtgesellschaftlichen Faktorenkonglomerats, das durch die Herausbildung unterschiedlich stabiler und institutionell variierender Nachfragekonstellationen die Ausschöpfung bzw. *Diffusion* von Innovationen bestimmt, kann Charakter und Verlauf der sozio-ökonomischen

13 Zur Wechselwirkung ordnungspolitischer Zäsuren und historisch akkumulierter Bestände des gesellschaftlichen Reichtums vgl. K. Borchardt, Die Bundesrepublik Deutschland in den säkularen Trends der wirtschaftlichen Entwicklung, in: *ders.*, Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik, Göttingen 1982, S. 149f.

14 Das Hypothesensample ist Teil eines größeren Aufsatzes der Verfasserin zur wirtschaftshistorischen Analyse der DDR, der demnächst erscheint. Vgl. M. Grabas, Der Beitrag Schumpeters zur Erklärung von Stabilität und Instabilität der sozio-ökonomischen Entwicklung: Dargestellt an der Wirtschaftsgeschichte der DDR, in: F. Schinzinger (Hg.), Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1994 und 1995. Unternehmen und technischer Fortschritt, Boppard a. Rhein 1996.

15 Vgl. M. Grabas, Kommunalisierungsprozesse im Wandel von Prosperität und Stagnation - dargestellt am Beispiel der Versorgungswirtschaft im Deutschen Kaiserreich, in: J. Wysocki (Hg.), Kommunalisierung im Spannungsfeld von Regulierung und Deregulierung im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin 1995, Abschnitt 2.

16 Vgl. stellvertretend W. Zapf, Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation, Berlin 1994 sowie H.-U. Wehler, Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975.

17 Vgl. J.A. Schumpeter, Konjunkturzyklen. Eine theoretische, historische und statistische Analyse des kapitalistischen Prozesses, Göttingen 1961 (1939).

Entwicklung erklären.<sup>18</sup> Hierbei kommt der Wechselwirkung zwischen preisvermittelten Veränderungen in den Zugriffsmöglichkeiten zum Ressourcenpotential und sozio-kulturell bestimmten Veränderungen in der Bevölkerungsentwicklung einer Gesellschaft ein besonderer Stellenwert zu.

Unter Berücksichtigung der weiter oben formulierten Auffassung, sozialistische Planwirtschaften als spezifische Erscheinungsform sich diskontinuierlich modernisierender Industriegesellschaften zu betrachten, ergeben sich aus der methodologischen Verwertung des vorgestellten Modellansatzes für die wirtschafts- und sozialhistorische Untersuchung der DDR mindestens zwei Periodisierungsprämissen: *Erstens* ist es notwendig, die Wirtschaftsgeschichte der DDR nicht - wie im allgemeinen üblich<sup>19</sup> - primär nach wirtschaftspolitischen Zäsuren zu periodisieren, sondern die jeweiligen organisatorisch-institutionellen Veränderungen des ostdeutschen Zentralverwaltungssystems, wie z.B. die Einführung des "Neuen Kurses" vom Juni 1953, die Reformaktivität des "Neuen Ökonomischen Systems" zwischen 1963 und 1968/71 oder die Kombinarsreform von 1978/81 in ihrer Wechselwirkung mit der endogenen Veränderungsdynamik des wirtschaftlichen Wachstums als Eckpfeiler der Entwicklung, hervorzuheben. *Zweitens* aber kann die Analyse der DDR-Wirtschaftsgeschichte nicht bei einer "Stunde Null" im Jahre 1945 beginnen, sondern sie muß in den säkularen europäischen Modernisierungsprozeß des 20. Jahrhunderts eingebettet werden.<sup>20</sup>

Das Hypothesensample wird insofern mit einer stark zusammenfassenden Charakterisierung der Vorkriegszeit eingeleitet, die unter dem Aspekt des unterstellten Entwicklungszusammenhangs eines Wechsels von längerfristig wirkenden Prosperitäts- und Stagnationsperioden erfolgt:

*Hypothese 1:* Die 20er und 30er Jahre des 20. Jahrhunderts waren durch einen wachstumsabschwächenden, durch die Folgen des Ersten Weltkrieges geprägten tiefgreifenden weltweiten Strukturwandel gekennzeichnet,<sup>21</sup> der wichtige Voraussetzungen für die Herausbildung einer neuen internationalen Prosperitätsperiode entwickelt hat.<sup>22</sup> Auf der Angebots-

18 Zur Betonung von Diffusionsfaktoren für die Erklärung der wirtschaftlichen Entwicklung vgl. auch *Hj. Siegenthaler*, Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmäßigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens, Tübingen 1993.

19 Vgl. z.B. *H. Schäfer*, *Ploetz*, Wirtschaftsgeschichte der deutschsprachigen Länder vom frühen Mittelalter bis zur Gegenwart, Freiburg 1989; *P. Christ/R. Neubauer*, Kolonie im eigenen Land. Die Treuhand, Bonn und die Wirtschaftskatastrophe der fünf neuen Bundesländer, Reinbek 1993; *D. Cornelsen*, Die Wirtschaft der DDR in der Honecker-Ära, in: *G.-J. Glaeßner (Hg.)*, Die DDR in der Ära Honecker, Opladen 1988 sowie *R. Concilius*, Die Wirtschaftsetappen in der SBZ/DDR, in: Deutsche Studien, Vierteljahreshefte 84, 1982.

20 Dies gilt im übrigen ebenso für die Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik. Zur Relativierung des Jahres 1945 als einer "gleichsam totalen Zäsur" für die gesamtdeutsche Geschichte vgl. auch *K. Borchartd*, Die Bundesrepublik Deutschland, S. 149.

21 Vgl. allgemein zu diesem Untersuchungszeitraum *D.H. Aldcroft*, Die zwanziger Jahre: Von Versailles zur Wall Street 1919-1929, München 1978 sowie *D. Petzina*, Die deutsche Wirtschaft in der Zwischenkriegszeit, Wiesbaden 1977.

22 Vgl. *G. Mensch*, Das technologische Patt. Innovationen überwinden die Depression, Frankfurt a.M. 1975 sowie *B. Lutz*, Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine neue Interpretation industrieller und kapitalistischer Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts, Frankfurt a.M. 1984.

seite dominierte ein riesiges Potential an technologischen Innovationen; besonders wichtig waren die Entwicklung der Kunstfaser (Nylon, Perlon), die Entwicklung von Radio und Fernsehen, die industrielle Fertigung des Automobils sowie die Entwicklung der modernen Luftfahrt, einschließlich der Raketentechnik.<sup>23</sup> Nicht weniger wichtig waren aber auch wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel in Richtung des Ausbaus des modernen Interventionsstaates<sup>24</sup> sowie der partielle Übergang zur fordistisch-tayloristisch organisierten Massenproduktion.<sup>25</sup> Auf der Nachfrageseite, und hier vor allem in Europa, dominierte ein jahrzehntelanger Konsum- und Handelsstau als Folge fehlender Massenkaufkraft bei gleichzeitigem Drang, die Modernisierungsdiskrepanz zu Amerika abzubauen.<sup>26</sup>

*Hypothese 2:* Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hat die gegen Ende der dreißiger Jahre, insbesondere in Deutschland<sup>27</sup> latent vorhandene neue Prosperitätskonstellation zunächst durch die Erfordernisse der Rüstungswirtschaft und die damit verbundene Fehllenkung herausgebildeter Modernisierungskräfte in ihrer vollen Entfaltung blockiert,<sup>28</sup> dann aber infolge der nach 1948/52 einsetzenden, institutionell abgefederten Rekonstruktionsdynamik enorm verstärkt:<sup>29</sup> *zum einen* wurden durch die erforderlichen Aufbauleistungen der

- 
- 23 Vgl. *J. Radkau*, Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt a.M. 1989 sowie *R. Berthold u.a. (Hg.)*, Produktivkräfte in Deutschland 1917/18 bis 1945, Berlin/Ost 1987. Vgl. auch *W. Mühlfriedel*, Zur technischen Entwicklung in der Industrie in den 50er Jahren, in: *A. Schildt/A. Sywotek (Hg.)*, Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1993, S. 155.
- 24 Vgl. u.a. *G. Ambrosius*, Die Durchsetzung der sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945-1949, Stuttgart 1977 sowie *D. Petzina (Hg.)*, Ordnungspolitische Weichenstellungen nach dem Zweiten Weltkrieg, Berlin 1991.
- 25 Vgl. Anmerkung 23. Des weiteren aber auch *G. Ambrosius*, Wirtschaftlicher Strukturwandel und Technikentwicklung, in: *A. Schildt/A. Sywotek*, Modernisierung im Wiederaufbau; *U. Voskamp/E. Wünke*, "Fordismus" in einem Land. Das Produktionsmodell der DDR, in: Sowi 19, 1990/3 sowie *W. König*, Konstruieren und Fertigen im deutschen Maschinenbau unter dem Einfluß der Rationalisierungsbewegung. Ergebnisse und Thesen für eine Neuinterpretation des "Taylorismus", in: Technikgeschichte 56, 1989.
- 26 Vgl. u.a. *D. Petzina*, Die deutsche Wirtschaft; *B. Lutz*, Der kurze Traum; *D.J.K. Peukert*, Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne, Frankfurt a.M. 1987 sowie *J. Radkau*, "Wirtschaftswunder" ohne technologische Innovation? Technische Modernität in den 50er Jahren, in: *A. Schildt/A. Sywotek*, Modernisierung im Wiederaufbau.
- 27 Schon in den dreißiger Jahren tauchte hinsichtlich der Charakterisierung der deutschen Wirtschaft der Begriff des "Wirtschaftswunders" auf. Vgl. *H.E. Priester*, Das deutsche Wirtschaftswunder, Amsterdam 1936. Ansonsten vgl. z.B. *R.J. Overy*, War and Economy in the Third Reich, Oxford 1994; *ders.*, The Nazi Economic Recovery 1932-1938, London 1982.
- 28 Zu den bis 1944 herausgebildeten Modernisierungspotentialen in Deutschland vgl. ergänzend zu Anmerkung 23 *W. Abelshausen*, Neuanfang oder Wiederaufbau? Zu den wirtschaftlichen und sozialen Ausgangsbedingungen der westdeutschen Wirtschaft nach dem 2. Weltkrieg, in: Technikgeschichte 53, 1986. Vgl. aber auch *M. Melzer*, Anlagevermögen, Produktion und Beschäftigung der Industrie im Gebiet der DDR von 1936 bis 1976 sowie Schätzung des künftigen Anlagepotentials, Berlin 1980.
- 29 Vgl. stellvertretend für die Vielzahl der Analysen zum Nachkriegswirtschaftswachstum vor allem *H. van der Wee*, Der gebremste Wohlstand. Wiederaufbau, Wachstum, Strukturwandel 1945-1980, München 1984 sowie *Ch. Buchheim*, Die Wiedereingliederung Westdeutschlands in die Weltwirtschaft 1945-1958, München 1990. *W. Mühlfriedel/K. Wießner*, Die Geschichte der Industrie der DDR, Berlin 1989 sowie *L.*



zerstörten Betriebe und Städte auf der Grundlage neustrukturierter ordnungspolitischer Rahmenbedingungen die bis 1944 akkumulierten Wachstumspotentiale eruptiv freigesetzt; *zum anderen* aber kam es angesichts der kriegsbedingten Desintegration der Gesellschaften sowie angesichts des globalen Ost-West-Gegensatzes zum Durchbruch einer wachstumsstimulierenden neuen Qualität der Weltmarktintegration. Der daraus resultierende und dabei zu einer relativen Nivellierung der europäischen Volkswirtschaften führende kräftige Wachstumsschub der 50er und 60er Jahre<sup>30</sup> - verschiedentlich auch einfach als Boom bezeichnet<sup>31</sup> - wird damit nicht primär als "Rekonstruktionsperiode" charakterisiert,<sup>32</sup> sondern als eine durch die beiden Weltkriege verformte Aufschwungperiode der langfristigen ungleichgewichtigen sozio-ökonomischen Entwicklung.

*Hypothese 3:* Die Wirtschaftsgeschichte der DDR läßt sich unter Einbeziehung der *gesamdeutschen* Modernisierungsbestände und sozio-kulturellen Erfahrungswelten<sup>33</sup> nur als eine auf die Bundesrepublik bezogene Geschichte analysieren.<sup>34</sup> Die Teilung Deutschlands und die damit einhergegangene jeweils unterschiedliche Einbindung der beiden Teilstaaten in die politischen Weltssysteme führte zur Herausbildung einer *ostdeutschen* und einer *westdeutschen* Prosperitätskonstellation, die als politisch bedingte *Modifizierungen* der bis 1944 entwickelten Wachstumsvoraussetzungen charakterisiert werden können. Dabei kam es infolge der Teilung vor allem zu einer *nachfragerrelevanten Neustrukturierung des Diffusionskonglomerats*, damit aber zu einer unterschiedlichen Ausschöpfung des gemeinsamen historischen Fortschrittspotentials. Während die Bundesrepublik infolge ihrer Einbindung in das westliche Weltmarktssystem durch die Teilung Deutschlands zusätzliche Dynamisierungsimpulse erhielt,<sup>35</sup> gestaltete sich die damalige Option der Alliierten für die zur Autarkisierung gezwungene DDR in jeder Beziehung als Nachteil. Von besonderer Relevanz

---

*Baar*, Zur ökonomischen Strategie und Investitionslenkung in der Industrie der DDR in den fünfziger und sechziger Jahren, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1983/2.

30 Für Westeuropa vgl. *G. Ambrosius*, Wirtschaftswachstum und Konvergenz der Industriestrukturen in Westeuropa, in: *H. Kaelble*, *Der Boom 1948-1973*.

31 Vgl. ebenda. Auf S. 12 ihrer Einleitung zu dem vorstehend aufgeführten Buch heben *G. Ambrosius* und *H. Kaelble* dabei hervor, daß die Nachkriegsprosperität keineswegs auf Westeuropa beschränkt blieb, sondern *alle* europäischen Länder erfaßt hat.

32 So prononciert vor allem *W. Abelshäuser*, *Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945-1980*, Frankfurt a.M. 1983, S. 94ff.

33 Vgl. neben dem in die neue Geschichte hineinwirkenden akkumulierten Innovations- und Fähigkeitspotential, z.B. auch Traditionen der Arbeitsethik und -disziplin, wie sie u.a. analysiert worden sind von *J. Campbell*, *Joy in Work. The National Debate, 1800-1945*, Princeton 1989. Zur Problematik des Fortwirkens von gesamtdeutschen Traditionen unter techniksoziologischem Aspekt vgl. *J. Radkau*, *Revoltierten die Produktivkräfte gegen den real existierenden Sozialismus?*, in: *Zeitschrift für die Sozialgeschichte des 21. Jahrhunderts* 4, 1990 und zum Fortwirken sozialpsychologischer Traditionen *P. Hübner*, *Die Zukunft war gestern: Soziale und mentale Trends in der DDR-Industriearbeiterschaft*, in: *H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr (Hg.)*, *Sozialgeschichte der DDR*, Stuttgart 1994.

34 In diesem Sinne für die Sozialgeschichte auch *J. Kocka (Hg.)*, *Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien*, Berlin 1993, S. 15.

35 Vgl. in diesem Zusammenhang vor allem das kostenlose Humankapital, das der westdeutschen Wirtschaft infolge der permanenten Abwanderung von Arbeitskräften aus Ostdeutschland bis zum Mauerbau zur Verfügung stand. Hierzu *W. Abelshäuser*, *Wirtschaftsgeschichte*, S. 95ff.

erwiesen sich hierbei die aus der Teilung resultierende *ungleiche Wirtschaftsstruktur*,<sup>36</sup> die *ungleiche Verteilung der Reparationslast*,<sup>37</sup> die *unterschiedliche Ausformung der Außenhandelsbeziehungen*<sup>38</sup> sowie die *unterschiedlichen ordnungspolitischen Grundlagen*.<sup>39</sup> Letzterem Aspekt kommt für die Erklärung des unterschiedlichen Verlaufs der wirtschaftlichen Entwicklung in den beiden Teilstaaten ein besonderer Stellenwert zu: Bildete die im Westteil Deutschlands mit Unterstützung der Westalliierten geschaffene Ordnung der Freien Marktwirtschaft eine grundlegende institutionelle Voraussetzung für die rasche Ausbreitung akkumulierter Fortschrittsbestände,<sup>40</sup> so bewirkte das durch die UdSSR östlich der Elbe zementierte Zentralverwaltungssystem aufgrund seines normintegrativen Charakters und seiner wirtschaftspolitischen Ausrichtung auf die Stalinsche Schwerindustrialisierung eine Blockierung bzw. Fehllenkung vorhandener Modernisierungspotentiale.<sup>41</sup>

*Hypothese 4:* Ungeachtet der aus der Installierung des Zentralverwaltungssystems resultierenden strukturellen Steuerungsdefizite der sozio-ökonomischen Entwicklung kam es in der DDR seit der zweiten Hälfte der 50er Jahre, ausgelöst durch den "Lernschock" des 17. Juni 1953,<sup>42</sup> zu einer relativen Konsolidierung der ostdeutschen Industriewirtschaft, die nach

36 Grundlegend hierzu nach wie vor *G. Leptin*, Deutsche Wirtschaft nach 1945: Ein Ost-West-Vergleich, Opladen 1980 sowie *H. Winkel*, Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945-1970, Wiesbaden 1974. Vgl. aber auch *M. Melzer*, Anlagevermögen; *H. Barthel*, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR, Berlin 1979 sowie *M. Matschke*, Die industrielle Entwicklung in der SBZ 1945-1948, Berlin 1988.

37 Vgl. am aktuellsten hierzu *R. Karlsch*, Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945-1953, Berlin 1993.

38 Vgl. *G. Leptin*, Deutsche Wirtschaft; *Ch. Buchheim*, Wiedereingliederung sowie *W. Matschke*, Die wirtschaftliche Entwicklung in der SBZ: Vorgeschichte - Weichenstellungen - Bestimmungsfaktoren, in: *A. Fischer* (Hg.), Studien zur Geschichte der SBZ/DDR, Berlin 1993.

39 Vgl. *H. Hamel* (Hg.), BRD-DDR. Die Wirtschaftssysteme, München 1983; *K.P. Hensel*, Grundformen der Wirtschaftsordnung; *G. Leptin*, Deutsche Wirtschaft sowie *W. Zank*, Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945-1949. Probleme des Wiederaufbaus in der SBZ, München 1987.

40 In diesem Zusammenhang ist insbesondere die Wirtschafts- und Währungsreform von 1948 hervorzuheben, deren große Bedeutung für die Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik allerdings nur unter Berücksichtigung der langfristigen endogenen Wachstumsdynamik erklärbar und insofern zu relativieren ist. Zur Diskussion um das Jahr "1948" als Zäsur der westdeutschen Wirtschaft vgl. *W. Abelshäuser*, Neuanfang oder Wiederaufbau?; *Ch. Buchheim*, Währungsreform 1948 in Westdeutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36, 1988 sowie *A. Ritschl*, Die Währungsreform von 1948 und der Wiederaufstieg der westdeutschen Industrie, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 33, 1985.

41 Vgl. die unter Anmerkung 36 angegebene Literatur. Speziell zur Bedeutung der Stalinschen Schwerindustrialisierung in Osteuropa und der DDR während der 50er Jahre vgl. des weiteren *P. Gey/J. Kosta/W. Quaisser*, Sozialismus und (Schwer-)Industrialisierung, Frankfurt a.M. 1985; *F. Hoffmann/M. Laschke*, Einige Fragen der Erforschung der sozialistischen Industrialisierung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1977/4 sowie *E. Birke/R. Neumann* (Hg.), Die Sowjetisierung Ost-Mitteleuropas, Frankfurt a.M. 1959. Zur zentralistischen Regulierung der akkumulierten Fortschrittsbestände vgl. *W. Mühlfriedel*, Die Anfänge der zentralstaatlichen Planung der wissenschaftlich-technischen Arbeit in der Deutschen Demokratischen Republik, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1990/2.

42 Dieser Ausdruck stammt von *M. Jänicke* in seinem Aufsatz: Krise und Entwicklung in der DDR - Der 17. Juni 1953 und seine Folgen, in: *H. Elsenhans/M. Jänicke* (Hg.), Innere Systemkrisen der Gegenwart. Ein Studienbuch zur Zeitgeschichte, Reinbek 1975, S. 148. Ansonsten zur sozio-ökonomischen Bedeutung des "17. Juni" vgl. stellvertretend *Ch. Buchheim*, Wirtschaftliche Hintergründe des Arbeiteraufstan-

dem Mauerbau von 1961 zunächst gefestigt werden konnte.<sup>43</sup> Ursache hierfür bildete der permanente, durch die Übertragung des sowjetischen Schwerindustrialisierungsmodells entstandene und in Form von sozio-ökonomischen Ungleichgewichts-, Knappheits- und Konfliktsituationen in Erscheinung tretende Reibungsprozeß zwischen Staat und Gesellschaft, der eine partielle Rückkehr Ostdeutschlands auf den nach dem Krieg verlassenen Modernisierungstrend erzwungen hat.<sup>44</sup> Hierbei dürften die unter Ulbricht seit 1953/55 erfolgten institutionellen Flexibilisierungen der ordnungspolitischen Systemstrukturen nachfragerrelevant auf eine bessere Ausschöpfung des historischen Innovations- und Fähigkeitspotentials gewirkt haben, so daß die Volkswirtschaft der DDR bereits gegen Ende der 50er Jahre Platz 9 der Weltindustrieproduktion beanspruchte und innerhalb des Ostblocks eine führende Position einnehmen konnte.<sup>45</sup> Besondere Relevanz scheinen in diesem Zusammenhang zum einen die auf die Förderung der mittelständischen Industrie orientierte *Etablierung halbstaatlicher Betriebe* (1956-1972),<sup>46</sup> zum anderen aber das auf eine Dezentralisierung des Lenkungssystems ausgerichtete Reformexperiment des "Neuen Ökonomischen Systems" (1963-1968/71)<sup>47</sup> besessen zu haben. Während das System halbstaatlicher Betriebe, das im Verlaufe der 60er Jahre immer weiter ausgebaut wurde, einen nicht unerheblichen Beitrag zur Stabilisierung des Konsumgüter- und Zulieferbereichs leistete, bewirkte das "NÖS" mit seinen partiellen Liberalisierungsprozessen eine für die Geschichte der DDR einmalig gebliebene Freisetzung und Dynamisierung von Kreativität und Innovativität.<sup>48</sup> Dies vor

---

des vom 17. Juni 1953 für die DDR, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 38, 1990 sowie K. Ewers, Zu einigen langfristigen Auswirkungen des Arbeiteraufstandes am 17. Juni 1953 für die DDR, in: J. Spittmann-Rühle/G. Helwig (Hg.), Die DDR vor den Herausforderungen der 80er Jahre. Sechzehnte Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland 24. bis 27. Mai 1983, Köln 1983 (Edition Deutschland Archiv).

- 43 Vgl. stellvertretend H. Weber, DDR. Grundriß der Geschichte 1945-1990, Hannover 1991; W. Merkel/St. Wahl, Das geplünderte Deutschland; W. Mühlfriedel/K. Wießner, Geschichte der Industrie; G.-J. Glaeßner, Die andere deutsche Republik, Opladen 1989 sowie W. Venohr, Die Roten Preußen.
- 44 Neben der unter Anmerkung 43 angegebenen Literatur vgl. M. Jänicke, Krise und Entwicklung; L. Baar, Zur ökonomischen Strategie sowie J. Roesler, Einholen wollen und Aufholen müssen. Zum Innovationsverlauf bei numerischen Steuerungen im Werkzeugmaschinenbau der DDR vor dem Hintergrund der bundesrepublikanischen Geschichte, in: J. Kocka, Historische DDR-Forschung.
- 45 Vgl. G. Schneider, Wirtschaftswunder DDR. Anspruch und Realität, Köln 1990 sowie H. Weber, DDR.
- 46 Vgl. hierzu K. Ohms, Die Verstaatlichung. Das Ende halbstaatlicher und privater Betriebe 1972 in Berlin, in: J. Cerny (Hg.), Brüche, Krisen, Wendepunkte: Neubefragung von DDR-Geschichte, Leipzig 1990 sowie A. Åslund, Private Enterprise in Eastern Europe, London 1985.
- 47 Vgl. stellvertretend H. Hamel/H. Leipold, Wirtschaftsreformen in der DDR. Ursachen und Wirkungen. Nr. 10 der Arbeitshefte zum Systemvergleich der Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, Marburg 1987; J.-G. Krol, Die Wirtschaftsreform in der DDR und ihre Ursachen, Tübingen 1972 sowie G. Leptin, Das "Neue ökonomische System" Mitteldeutschlands, in: K. C. Thalheim, Wirtschaftsreformen in Osteuropa, Köln 1968.
- 48 Die bereits während der 60er Jahre heiß geführte Diskussion hinsichtlich der Bedeutung des Reformexperiments "NÖS" für die langfristige Entwicklung der DDR ist nach dem Zusammenbruch von 1989 erneut aufgeflammt und dürfte noch nicht abgeschlossen sein. Hierbei geht es vor allem um die generelle Möglichkeit einer Synthese von Markt und Plan, also um den sogenannten "Dritten Weg". Vgl. stellvertretend für eine positive Sichtweise vor allem J. Roesler, Zur Wirtschaftsreform der DDR in den 60er Jahren, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 38, 1990, 11 sowie ders., Zwischen Plan und Markt: die Wirtschaftsreform in der DDR zwischen 1963 und 1970, Berlin 1991.

alles deshalb, weil das "NÖS" aufgrund seiner Einbettung in das gesellschaftsübergreifende Konzept der sogenannten wissenschaftlich-technischen Revolution mit einer Forcierung von Bildung, Kultur und Wissenschaft verbunden war, die ihrerseits zu einer modernisierungsrelevanten Ausdifferenzierung der ostdeutschen Gesellschaft geführt hat.<sup>49</sup>

*Hypothese 5:* Die institutionell-organisatorischen Veränderungen innerhalb der ostdeutschen Planwirtschaft, vor allem während der Reformperiode des "NÖS" zwischen 1963 und 1968, haben zwar dazu beigetragen, im Rahmen der *gegebenen*, d.h. die Weltmarktentwicklung der beiden Nachkriegsjahrzehnte prägenden Produktionsfunktion die vorhandenen Wachstumspotentiale besser auszuschöpfen.<sup>50</sup> Auch haben sie im Zusammenwirken mit dem Modernisierungsschub in Bildung, Kultur und Wissenschaft eine durchgreifende Sowjetisierung des Landes verhindert,<sup>51</sup> so daß sich in der DDR eine moderne Industriegesellschaft entwickeln konnte, in der unter sozio-ökonomischem Aspekt auf der Grundlage von Deagrarisierung, rapider Industrialisierung sowie zunehmender Tertiärisierung die Weichen für einen säkularen Strukturwandlungsprozeß in Richtung einer Dienstleistungsgesellschaft geebnet worden sind.<sup>52</sup> Doch haben die Flexibilisierungen des rigiden Zentralverwaltungsmechanismus zugleich die Gefahr einer Abkoppelung vom sowjetischen Machtimperium heraufbeschworen: *Zum einen* war durch das Reformexperiment ein Emanzipationsprozeß der ostdeutschen Gesellschaft in Gang gesetzt worden, der durch seine tendenzielle Ausrichtung auf Demokratisierungsansprüche die Systemgrundlagen aufzuweichen begann. *Zum anderen* aber war mit der Dezentralisierung der ökonomischen Lenkungsstrukturen bei gleichzeitiger Beibehaltung der sozialistischen Eigentumsverhältnisse eine strukturelle Inkonsistenz der Wirtschaftsordnung geschaffen, die eine nur durch den Übergang zur Marktwirtschaft überwindbare prinzipielle Schwächung der sozio-ökonomischen Steuerungskapazität der ostdeutschen Volkswirtschaft beinhaltet. Die daraus resultierenden Probleme offenbarten in dem Moment ihre machtpolitische Brisanz, als die mit Hilfe des "NÖS" ermöglichte temporäre Stabilität der Wirtschaft aufgrund einer weltweiten Destabilisierung der internationalen Produktionsfunktion nicht mehr zu sichern war und eigentlich eine konsequente Weiterführung der eingeleiteten Liberalisierungsprozesse zum Zwecke einer An-

49 Vgl. hinsichtlich der Ausdifferenzierungsprozesse auf kulturellem Gebiet z.B. *K. Wischniewski*, *Verbotene Filme. Aufbruch und Absturz: Der DEFA-Spielfilm zwischen 1961 und 1966*, in: *J. Cerny*, *Brüche, Krisen, Wendepunkte* sowie *G. Agde* (Hg.), *Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED*, Berlin 1991. Vgl. zur Modernisierung in Bildung und Wissenschaft während der 60er Jahre *H. Maier*, *Innovation oder Stagnation. Bedingungen der Wirtschaftsreform in den sozialistischen Ländern*, Köln 1987 sowie *G. Helwig* (Hg.), *Schule in der DDR*, Köln 1988.

50 Allgemein zur Bedeutung der internationalen Produktionsfunktion für die volkswirtschaftliche Entwicklung eines bestimmten Landes vgl. *H. Hanusch/U. Cantner*, *Thesen zur Systemtransformation als Schumpeterianischen Prozeß*, in: *G. Kleinhenz* (Hg.), *Sozialpolitik im vereinten Deutschland*, II, Berlin 1992.

51 Nicht zuletzt deshalb, weil W. Ulbricht im Zusammenhang mit den temporären Erfolgen seiner Reformpolitik eine Emanzipierung der DDR gegenüber dem Herrschaftseinfluß der UdSSR angestrebt hat. Vgl. stellvertretend *P. Przybylski*, *Tatort Politbüro*, Bd. 2: *Honecker, Mittag und Schalck-Goldkowsky*, Berlin 1992, S. 20-36.

52 Vgl. *H. Kaelble*, *Die Gesellschaft der DDR im internationalen Vergleich*, in: *H. Kaelble/J. Kocka/H. Zwahr*, *Sozialgeschichte* sowie *R. Geißler*, *Sozialstruktur*.

passung an die veränderten Datenkonstellationen erforderlich gewesen wäre.<sup>53</sup> Dieser Zeitpunkt war während des letzten Drittels der 60er Jahre erreicht.

*Hypothese 6:* Die in unterschiedlicher Weise zur Systemfestigung führende Nachkriegsprosperität der deutsch-deutschen Wirtschaftsgeschichte begann sich gegen Ende der 60er Jahre sowohl für die Bundesrepublik als auch für die DDR zu destabilisieren,<sup>54</sup> um mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise von 1973/79<sup>55</sup> in eine Stagnationsperiode umzuschlagen. Die dabei auftretenden strukturellen Probleme, die in beiden Volkswirtschaften wesentlich an das Auslaufen der wachstumstragenden Innovationen der Zwischenkriegszeit,<sup>56</sup> an veränderte Zugriffsmöglichkeiten zu den Energie- und Rohstoffressourcen<sup>57</sup> sowie an gewandelte Sozialmilieus und Lebensansprüche<sup>58</sup> gebunden waren, induzierten aufgrund ihrer gesellschaftlichen Destabilisierungseffekte in beiden Teilstaaten Prozesse, die auf eine jeweilige Herrschaftssicherung der Systeme abzielten. Unter Berücksichtigung der damaligen weltpolitischen Konstellation einer Aufrechterhaltung des Ost-West-Gegensatzes bedeutet das, daß trotz ähnlicher wirtschafts- und sozialhistorischer Wandlungsprozesse die damit verbundenen Folgewirkungen grundverschieden ausfallen mußten: In der Bundesrepublik kam es infolge der vielfältigen innergesellschaftlichen Auseinandersetzungen seit 1966/68 zu einer Festigung der Konkurrenzdemokratie<sup>59</sup>; in der DDR jedoch im Zusammenhang mit der Reformbewegung in Osteuropa und einer Versorgungskrise während der Jahre 1969/70<sup>60</sup> zu einer Reorganisation des Zentralverwaltungssystems. Diese Reorganisation des Zentralverwaltungssystems, die mit einer herrschaftsstabilisierenden Instrumentalisierung der Sozialpolitik gekoppelt war, fand ihren Ausdruck in dem 1971 vollzogenen machtpolitischen Wechsel von

- 
- 53 Vgl. hierzu die wirtschaftshistorischen Analysen von A. Steiner, Abkehr vom NÖS. Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen 1967/68 - Ausgangspunkt der Krisenprozesse 1969/70?, in: J. Cerny, Brüche, Krisen, Wendepunkte sowie von R. Schwärzel, Beginn einer Strukturkrise? Investitionspolitik und wissenschaftlich-technischer Fortschritt, in: ebenda.
- 54 Für die Bundesrepublik vgl. W. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte, für die DDR K.C. Thalheim (Hg.), Wachstumsprobleme in den osteuropäischen Volkswirtschaften, Bd. 1 Berlin 1968 und Bd. 2 Berlin 1970.
- 55 Vgl. allgemein zur Weltwirtschaftskrise von 1973/79 H. van der Wee, Der gebremste Wohlstand sowie F.W. Scharpf, Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa. Das "Modell Deutschland" im Vergleich, Frankfurt a.M. 1987.
- 56 Vgl. stellvertretend H. Maier, Innovation oder Stagnation sowie J. Huber, Die verlorene Unschuld der Ökologie. Neue Technologien und superindustrielle Entwicklung, Frankfurt a.M. 1986.
- 57 Vgl. stellvertretend K. Borchardt, Zäsuren in der wirtschaftlichen Entwicklung, in: M. Broszat (Hg.), Zäsuren nach 1945. Essays zur Periodisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte, München 1990 sowie M. Tietzel (Hg.), Die Energiekrise: Fünf Jahre danach, Bonn 1978.
- 58 Vgl. stellvertretend W. Zapf, Zum Verhältnis von sozialstrukturellem Wandel und politischem Wandel: Die Bundesrepublik 1949-1989, in: B. Blanke/H. Wollmann (Hg.), Die alte Bundesrepublik. Kontinuität und Wandel, Opladen 1991 sowie H. Timmermann, Sozialstruktur und sozialer Wandel in der DDR, Saarbrücken 1989.
- 59 Vgl. W. Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte sowie W. Weidenfeld/H. Zimmermann, Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, München 1989.
- 60 Vgl. zur machtpolitischen Instrumentalisierung der damaligen Versorgungskrise G. Naumann/E. Trümpler, Von Ulbricht zu Honecker: 1970 - ein Krisenjahr der DDR, Berlin 1990.

der Ulbricht- zur Honecker-Regierung, der die volle, dabei feudal-absolutistische Züge tragende Entfaltung der Kommandowirtschaft nach sich zog.<sup>61</sup>

*Hypothese 7:* Mit der machtpolitischen Entscheidung zur Rezentralisierung der Wirtschaftsordnung, einschließlich der 1972 eingeleiteten und durch die Kombinarsreform von 1978/81 vollendeten völligen Liquidierung des Mittelstandes sowie einer finanziell nicht abgedeckten Sozialpolitik,<sup>62</sup> waren die Weichen für die politische Systemüberwindung gestellt. Erst jetzt, nachdem die historischen Bestände an gesellschaftlichem Reichtum weitgehend ausgeschöpft waren,<sup>63</sup> und eine lernunfähige Herrschaftsclique die uneingeschränkte Macht ausübte, trat der wachstumsrelevante Stellenwert der ordnungspolitischen Grundlagen mit ganzer Wucht in Erscheinung: Die auf eine *Konservierung* der sozio-ökonomischen Strukturen ausgerichteten institutionellen Bedingungen der Zentralverwaltungswirtschaft haben nicht nur *Nachfrage* und *Ausreifung* eines qualitativ neuartigen Innovationspotentials blockiert und dadurch eine adäquate Anpassung an die international veränderte Produktionsfunktion verhindert.<sup>64</sup> Sie haben zugleich infolge der durch sie ermöglichten *extensiven* Überforderung scheinbar machterhaltender volkswirtschaftlicher Bereiche zu einer die Reproduktion der Gesellschaft gefährdenden Vergeudung knapper Güter und Leistungen geführt.<sup>65</sup> Die daraus resultierenden und wesentlich durch die energiepolitischen Auswirkungen der beiden Ölpreisschocks von 1973 und 1979 verstärkten Steuerungsdefizite<sup>66</sup> bei dem notwendigen Übergang zu einem Rationalisierungswachstum<sup>67</sup> kumulierten während der 80er

61 Vgl. zu dieser Problematik P. Przybylski, Tatort Politbüro; H. Weber, DDR sowie G. Schabowski, Der Absturz, Berlin 1991.

62 Zur Rezentralisierung der Wirtschaftsordnung seit 1971 vgl. H. Weber, DDR; D. Cornelsen, Die Wirtschaft der DDR in der Honecker-Ära; M. Melzer, Probleme und voraussichtliche Entwicklung der Industrie in der DDR, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 1980/3/4 sowie M. Melzer/A. Scherzinger/C. Schwartau, in: ebenda, 4, 1979. Zur Instrumentalisierung der Sozialpolitik vgl. ergänzend J. Frerich/M. Frey (Hg.), Handbuch der Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland, Bd. 2: Sozialpolitik in der DDR, München 1993.

63 R. Karlsch bringt hierfür ein interessantes Beispiel aus dem Bereich der photochemischen Industrie - nämlich die deutsch-deutsche Nutzung des Agfa-Films während der 50er und 60er Jahre: Zwischen Partnerschaft und Konkurrenz. Das Spannungsfeld in den Beziehungen zwischen der VEB Filmfabrik Wolfen und der Agfa AG Leverkusen, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte 36, 1991.

64 Vgl. stellvertretend H. u. S. Maier, Vom innerdeutschen Handel zur deutsch-deutschen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft, Köln 1990; H. Maier, Die Innovationsträgheit der Planwirtschaft in der DDR - Ursachen und Folgen, in: Deutschland Archiv 26, 1993/2 sowie F. Klinger, Die Krise des Fortschritts in der DDR. Innovationsprobleme und Mikroelektronik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1987/3.

65 Dies wird z.B. deutlich in der Analyse von R. Schwärzel, Zum ökonomischen Vorfeld der Herbstereignisse 1989 in der DDR - Zur wirtschaftlichen Entwicklung der 70er und 80er Jahre, in: Deutsche Studien, Vierteljahreshefte 1990. Vgl. des weiteren P. Przybylski, Tatort Politbüro, vor allem Kap. 2, S. 172-187.

66 Zu den aus den beiden Ölpreisschocks von 1973 und 1979 der ostdeutschen Wirtschaft entstandenen Problemen vgl. stellvertretend J. Roesler, Der Einfluß der Außenwirtschaft auf die Beziehungen DDR-BRD während der 80er Jahre, in: Deutschland Archiv 26, 1993/2; J. Bethgenhagen, Energiewirtschaft der DDR vor schweren Aufgaben, in: DIW-Wochenberichte 5, 1981 sowie N. Danos, Energiekrise und Wirtschaftsbeziehungen im RGW, New York 1988.

67 Dabei hatte die ostdeutsche Wirtschaftsführung die Notwendigkeit eines Wechsels im Investitionsmuster bereits seit den 60er Jahren erkannt. Im Unterschied zu dem Reformexperiment "NÖS", das immerhin eine den ökonomischen Herausforderungen entsprechende Flexibilisierung des Planungsmechanismus

Jahre zu einer gesamtgesellschaftlichen Stagnationskonstellation, die mindestens durch vier Krisenprozesse gekennzeichnet war:

Erstens durch eine umfassende *Innovationskrise* als Ausdruck einer zurückgestauten Kreativität;<sup>68</sup> zweitens durch eine die Lebensgrundlagen zerstörende *Umweltkrise* als Ausdruck des nicht bewältigten Stoffwechsels zwischen Mensch und Natur;<sup>69</sup> drittens durch eine zur Zahlungsunfähigkeit führende *Finanzkrise* des Staates als Ausdruck fehlender Produktivität der Volkswirtschaft;<sup>70</sup> viertens schließlich durch eine in die Maueröffnung mündende politische *Vertrauenskrise* als Ausdruck der Demokratieunfähigkeit des SED-Regimes.<sup>71</sup>

Das auf diese Weise in seinen Grundfesten erschütterte System war prinzipiell dafür reif, um die von ihm erzeugten "Modernisierungsblockaden" in "Abwärtsspiralen" zu verwandeln.<sup>72</sup> Die konkret-historische Gestaltung dieses Prozesses hing allerdings von der Wechselwirkung zwischen gesellschaftlicher Willensbildung und innen- sowie außenpolitischer Entwicklung ab, wobei den Folgewirkungen des Machtantritts Gorbatschows im Jahre 1985 eine besondere Bedeutung zukommt.

*Hypothese 8:* Der rasche Niedergang der ostdeutschen Wirtschaft nach dem Fall der Mauer im Herbst 1989 läßt sich insofern als das Resultat des Zusammenwirkens von *längerfristigen Strukturdefekten des Zentralverwaltungssystems* der DDR, von *mittelfristigen Destabilisierungstendenzen des wirtschaftlichen Wachstums* sowie von *kurzfristigen politischen Ereignissen* erklären. Die gegenwärtige Transformation der einstigen Plan- in eine Marktwirtschaft kann so gesehen im Sinne von Joseph A. Schumpeter als ein auf Modernisierung orientierter Prozeß der "schöpferischen Zerstörung" interpretiert werden. Er akzeleriert als Folge des Zusammenbruchs des Sowjetimperiums all jene sozio-ökonomischen Strukturumwandlungen, die sich spätestens seit den 70er Jahren als Modernisierungserfordernis der

---

angestrebt hat, waren die Intensivierungsanstrengungen der 80er Jahre in Abhängigkeit der vollzogenen Reorganisation des Zentralverwaltungssystems jedoch von vornherein zum Scheitern verurteilt. Vgl. hierzu R. Deppe/D. Heß, Sozialistische Rationalisierung: Leistungspolitik und Arbeitsgestaltung in der DDR, Frankfurt a.M. 1980; D. Cornelsen, Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung der DDR in der Honecker-Ära, in: FS-Analysen 1, 1989 sowie H. Maier, Innovation und Stagnation.

68 Vgl. F. Klinger, Krise des Fortschritts.

69 Stellvertretend zur Zerstörung der Umwelt, vor allem seit dem zweiten Ölpreisschock von 1979, vgl. P. Wienserski, Ökologische Probleme und Kritik an der Industriegesellschaft in der DDR heute, Köln 1988 sowie W. Grunby, Eine Bestandsaufnahme der DDR-Umweltprobleme, in: Deutschland Archiv 22, 1989/1.

70 Vgl. u.a. H.-H. Hertle, Der Weg in den Bankrott der DDR-Wirtschaft, in: Deutschland Archiv 25, 1992/2 sowie H.E. Haase, Finanzpolitik vor der Öffnung, in: FS-Analysen 2, 1990.

71 In diesem Zusammenhang spielt vor allem die in drei Schüben erfolgte Ausreisewelle der 80er Jahre eine entscheidende Rolle: *Einerseits* war sie Ausdruck nicht mehr funktionierender Integrationsmechanismen, *andererseits* aber hat sie aufgrund ihrer sozio-ökonomischen Wirkungsdimension den Destabilisierungsprozeß der DDR beschleunigt. Vgl. hierzu die empirischen Befunde von H. Wendt, Die deutsch-deutschen Wanderungen. Bilanz einer 40jährigen Geschichte von Flucht und Ausreise, in: Deutschland Archiv 23, 1990/1. Ansonsten stellvertretend H. Zwahr, Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993.

72 So der Titel eines Aufsatzes von U. Voskamp/E. Wittke, Aus Modernisierungsblockaden werden Abwärtsspiralen - Zur Reorganisation von Betrieben und Kombinatn der ehemaligen DDR, in: Berliner Jahrbuch für Soziologie 1, 1991.

Gesellschaft gestellt hatten, jedoch von der damaligen Kommandowirtschaft aufgrund ihrer Inflexibilität und Innovationsfeindlichkeit nicht bewältigt worden sind.<sup>73</sup>

*Hypothese 9:* Obwohl die westdeutsche Wirtschaft im Verlaufe der wachstumsschwachen 70er und 80er Jahre notwendige Modernisierungen ihrer Kapazitäten vorgenommen hat und sie zugleich - im Wechselspiel mit der internationalen Konkurrenz - auf die Entfaltung eines neuen Innovationspotentials verweisen kann,<sup>74</sup> ist die Herausbildung einer neuen, auf eine Ökologisierung der wirtschaftlichen Entwicklung ausgerichteten Steuerungskapazität bis heute nicht abgeschlossen.<sup>75</sup> Es ist durchaus denkbar, daß der Zusammenbruch des Ostblocks bzw. der damit verbundene deutsch-deutsche Vereinigungsprozeß mit seinen riesigen Problemen den Handlungsdruck der Gesellschaft derart erhöhen wird, daß es endlich zum Abbau von entwicklungshemmenden Bürokratisierungsfesseln, damit aber zu einer institutionellen Neustrukturierung der sozialen Marktwirtschaft kommen könnte.

---

73 Zum ausgebliebenen Strukturwandel, vor allem seit den 70er Jahren, vgl. hinsichtlich des volkswirtschaftlichen Sektorengflechts R. Geißler, Sozialstruktur, S. 117/118. Hinsichtlich der Konservierung traditioneller Industriestrukturen vgl. R. Schneider, Die Entwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur Ostdeutschlands unter besonderer Berücksichtigung der Verkehrsintegration, in: FS-Analysen 1, 1991.

74 Vgl. H. Maier, Innovation und Stagnation sowie J. Huber, Verlorene Unschuld.

75 Ausdruck der derzeitigen Such- und Lernprozesse ist die Diskussion um Regulierung und Deregulierung, damit aber um eine Neubestimmung des Spannungsverhältnisses von Staat und Wirtschaft. Vgl. hierzu stellvertretend J.D. Donges, Deregulierung am Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Tübingen 1992.



## Zum Standort der modernen Wirtschaftsgeschichte im Spektrum der Wissenschaften

Von Toni Pierenkemper (Frankfurt a.M.)

### I. Vorbemerkungen

Zwei Bemerkungen zu Beginn: Die folgenden Ausführungen beziehen sich *erstens* ausschließlich auf die moderne Wirtschaftsgeschichte. Sie wollen weder das Fach in seiner gesamten Entwicklungsgeschichte würdigen, d.h. nicht die Wirtschaftsgeschichte aller Zeiten und Völker diskutieren, noch thematisieren sie die in Deutschland übliche Verknüpfung des Faches mit der Sozialgeschichte.<sup>1</sup> Eine Reflexion über den methodischen Standort der modernen Sozialgeschichte würde einen zumindest ebenso umfangreichen Beitrag wie den hier vorgelegten erfordern, weil diese nicht nur mit zwei, sondern mindestens mit drei wissenschaftlichen Kulturen verbunden erscheint: neben der Geschichte und der Soziologie auch mit der Philosophie und vielleicht auch mit der Politikwissenschaft. Gleichwohl impliziert die hier vorgenommene separate Auseinandersetzung mit der methodologischen Basis der modernen Wirtschaftsgeschichte nicht, daß dies als ein Plädoyer für eine Trennung der beiden genannten Disziplinen mißzuverstehen wäre, so wie das neuerdings mit Blick auf die angelsächsische Tradition gelegentlich gefordert wird.<sup>2</sup> Ich sehe vielmehr in dieser Verknüpfung auch Chancen für das, was als Interdisziplinarität immer wieder eingefordert wird, *zwischen* den Disziplinen aber offenbar nur sehr schwer zu realisieren ist, daher vielleicht leichter *innerhalb* einer Disziplin.<sup>3</sup>

\* Der Hinweis auf die beiden unterschiedlichen „Kulturen“, denen unser Fach verpflichtet ist, wurde angeregt durch Fritz Redlichs autobiographische Skizze „Ein Leben für die Forschung“, in: *ders.*, Der Unternehmer. Wirtschafts- und sozialgeschichtliche Studien, Göttingen 1964, S. 11-42 und befindet sich in Übereinstimmung mit C.M. Cipolla, *Between two Cultures. An Introduction to Economic History*, New York 1992.

1 So unlängst von H. Kiesewetter in einer Rezension von Wolfgang Zorns Aufsatzsammlung „Wirtschaftlich-soziale Bewegung und Verflechtung“ (Stuttgart 1992), in: *Historisches Jahrbuch* 114, 1994, S. 185-187, wo er dafür plädiert, die Verknüpfung von Wirtschafts- und Sozialgeschichte aufzugeben, weil ihm nur so ein Anschluß an den internationalen Forschungsstandard möglich erscheint, vgl. S. 187. Ähnlich auch *ders.*, Zukünftige Aufgaben der wirtschaftshistorischen Forschung in Deutschland, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 1995/3, S. 413-418. Auch L. Baar/W. Fischer, „Wirtschafts- und Sozialgeschichte“ - Neue Wege zum wissenschaftlichen Standort des Faches, in: *ebd.*, S. 396-398 plädieren hinsichtlich der Lehre in unterschiedlichen Fachbereichen für eine solche Trennung, nicht jedoch im Hinblick auf den interdisziplinären Charakter des akademischen Faches.

2 Ähnlich bereits 1963 W. Fischer, Die Wirtschaftsgeschichte in den Vereinigten Staaten von Amerika. Bemerkungen zu ihrem gegenwärtigen Stand und ihren Entwicklungstendenzen, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaften* 119, 1963, S. 377-404, in dem er die methodische Orientierung und institutionelle Verankerung der amerikanischen Disziplin schildert.

3 So W. Zorn, Arbeit im Fach zwischen den Fächern. Ein Menschenalter auf Lehrstühlen für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in: *ders.*, *Wirtschaftliche Bewegung und soziale Verflechtung*, Stuttgart 1992, S. IX-XXIII.

Zweitens werde ich mich darum bemühen, die methodischen Probleme der modernen Wirtschaftsgeschichte auf zwei unterschiedlichen, gleichwohl eng miteinander verknüpften Ebenen zu diskutieren, nämlich einmal auf der Ebene der Institutionalisierung der Disziplin als akademisches Fach und zum anderen anhand der praktischen Forschung und ihrer Ergebnisse, d.h. als Wissenschaft.

## II. Ökonomische Wurzeln der Disziplin

Es stellt sich also die Frage, wo findet die Wirtschaftsgeschichte im Kosmos der Wissenschaften ihren Platz? Als Fach zwischen den Fächern, als Kernfach der Wirtschafts- oder gar der gesamten Humanwissenschaften oder ist sie nur das Mauerblümchen?<sup>4</sup> Eine Antwort auf diese Frage kann man nur dann finden, wenn nach den Wurzeln der methodischen Basis des Faches gefragt wird. Nicht das Forschungsobjekt, sondern die Methode des Zugriffs definiert bekanntlich eine wissenschaftliche Disziplin.<sup>5</sup> Wo aber findet sich demgegenüber das eigentümliche „Paradigma“ der Wirtschaftsgeschichte und wie läßt es sich im Spektrum der Wissenschaften einordnen? Deshalb führen m.E. auch all jene Versuche in die Irre, die sich des spezifischen Inhalts des Faches dadurch zu vergewissern suchen, indem sie fragen, was bislang im Fach geleistet wurde und auf welche Weise diese Forschungsleistungen erbracht wurden.<sup>6</sup> Demnach wäre Wirtschaftsgeschichte schlichtweg das, was Wirtschaftshistoriker betreiben, und eine weitere Methodenreflektion würde sich erübrigen. Hermann Kellenbenz geht in diesem Zusammenhang über eine bloße Darstellung der Arbeitsfelder und der Aufzählung von Forschern hinaus und versucht, die methodischen Eigenarten der Ansätze zu charakterisieren. Als eigentümlich wirtschaftshistorische Konzepte vermag er Entwick-

4 Vgl. dazu K. Borchardt, Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftswissenschaftliches Kernfach, Orchideenfach, Mauerblümchen oder nichts von alledem, in: H. Kellenbenz/H. Pohl (Hg.), *Historia socialis et economica*. Festschrift für Wolfgang Zorn zum 65. Geburtstag, Stuttgart 1987, S. 17-31.

5 Ganz im Unterschied zu W. Köllmann, Zur Situation des Faches Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Deutschland, in: K. H. Mangold (Hg.), *Wissenschaft, Wirtschaft, Technik. Studien zur Geschichte*, S. 135, der fälschlich den Versuch, Sozialgeschichte abgezogen vom Gegenstand durch die Methode zu definieren, als Mißverständnis apostrophiert.

6 So bereits H. Kellenbenz, Die Methoden der Wirtschaftshistoriker (Fernand Braudel zum 24. August 1972), Kölner Vorträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Heft 22, Köln 1972; W. Abel, Neue Fragen an die Wirtschaftsgeschichte, Göttinger Universitätsreden, Heft 36, Göttingen 1962; W. Köllmann, Zur Situation des Faches Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Deutschland, in: K. H. Mangold (Hg.), *Wissenschaft, Wirtschaft, Technik. Studien zur Geschichte*. Wilhelm Treue zum 60. Geburtstag, S. 135-146, München 1969; und neuerdings W. Fischer, Was heißt und zu welchem Ende studiert man Wirtschafts- und Sozialgeschichte, in: H. Maier-Leibnitz (Hg.), *Zeugen des Wissens*, Mainz 1986, S. 633-668 bis hin zu G. Schulz, Die neuere deutsche Wirtschaftsgeschichte: Themen - Kontroversen - Erträge der Forschung, in: W. Feldenkirchen u.a. (Hg.), *Wirtschaft, Gesellschaft, Unternehmen*. Festschrift für Hans Pohl zum 60. Geburtstag. 1. Teilband: *Wirtschaft*, S. 400-425, Stuttgart 1995. Auch die Aufzählung der Forschungsleistungen von lokal zuweisbaren Gelehrten wie etwa bei Edith Ennen, Bonn - wichtiger Standort der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 1995/3, S. 391-393 führt nicht weiter, zumal es sich bei den angesprochenen Personen, Karl Lamprecht und Arthur Spiethoff um sehr umstrittene Forscher handelte. Zu Spiethoff neuerdings Bernd Kulla, Die Anfänge der empirischen Konjunkturforschung in Deutschland 1925-1933, Diss. Frankfurt a.M. 1995, S. 141 (ungedruckt) und zu Lamprecht wird von ihr selbst Rodger (nicht B.!) Chickering, Karl Lamprecht. A German Academic Life (1856-1915), New Jersey 1993 zitiert.

lungsstufen, Wirtschaftssysteme, Wirtschaftsstile und Typen des Wirtschaftens anzuführen. Dabei handelt es sich m.E. z.T. nur um Darstellungsformen (Stufen-„theorien“) bzw. um Analyseformen, die der Wirtschaftsgeschichte nicht eigentümlich sind (Stilanalyse, Idealtypus). Naturgemäß verweist diese Frage zugleich auf die Wurzeln des Faches, das ja mit der Entwicklung zweier Fächer, der Geschichtswissenschaft und den Wirtschaftswissenschaften, verbunden ist und durch deren unterschiedliche wissenschaftliche Traditionen und „Kulturen“ geprägt wurde.

Die Entstehung der modernen Ökonomie und die Entfaltung modernen ökonomischen Denkens ist bekanntlich eng mit dem Werk von Adam Smith verknüpft.<sup>7</sup> In seinem Hauptwerk „*An Inquiry Into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*“ von 1776 versucht er, die Ursachen und Eigentümlichkeiten der wirtschaftlichen Entwicklung in einer langfristigen historischen Perspektive zu analysieren. Daher kann man Smith und sein Werk nicht nur als den Beginn der modernen Ökonomie betrachten, sondern mit gleichem Recht zugleich als den Beginn der Wirtschaftsgeschichte als Wissenschaft - natürlich nicht, ebenso wie in der Ökonomie, schon als den Beginn einer akademischen Disziplin.<sup>8</sup> Allerdings kann man beobachten, daß bei Smith Geschichte sehr selektiv benutzt wurde, quasi exemplarisch im Sinne einer analytischen Wirtschaftsgeschichte und nicht als historische Gesamtschau, so daß bereits hier erste Eigentümlichkeiten eines besonderen wirtschaftshistorischen Paradigmas offenbar werden.

Die Entwicklung innerhalb der Wirtschaftswissenschaften ging jedoch einen anderen Weg. Die innere Logik der ökonomischen Relationen rückte in den Mittelpunkt, und die historische Argumentation blieb auf ein Mindestmaß beschränkt. Von David Ricardo bis zu Alfred Marshall zieht sich hier die Entwicklungslinie hin zu einer schließlich durch abstrakte Modellkonstruktionen geprägten Neoklassik. Doch diese Entwicklung blieb nicht unumstritten, Marx formulierte in Anlehnung an klassisches Gedankengut einen Gegenentwurf, ebenso wie vor allem in Deutschland aus konservativer Sicht Vorbehalte gegenüber dem neuen, angelsächsisch geprägtem Paradigma geäußert wurden (Adam Müller, Friedrich List), die dann hier Anlaß zur Entstehung der sogenannten „älteren Historischen Schule der Deutschen Nationalökonomie“ (Knies, Hildebrand, Roscher) gaben.<sup>9</sup>

Die Geburtsstunde der Wirtschaftsgeschichte als akademische Disziplin in Deutschland schlug jedoch erst nach 1870 im Zusammenhang mit der Entwicklung der „jüngeren Historischen Schule der Deutschen Nationalökonomie“, als die Lösung von drängenden Zeitproblemen („soziale Frage“) in das Zentrum der Bemühungen rückte. Die Gründung des „Vereins für Socialpolitik“ (1872) stellt hier sicherlich ein entscheidendes Datum dar und dessen stark historisch-normative Orientierung prägte die Nationalökonomie in Deutschland bis weit ins 20. Jahrhundert und begründete ein weitgehendes Desinteresse an den Theorien und Modellen der angelsächsischen Politischen Ökonomie und Neoklassik. Noch 1898 ver-

7 Vgl. dazu R. Tilly, Einige Bemerkungen zur theoretischen Basis der modernen Wirtschaftsgeschichte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1994/1, S. 131-149, insbes. S. 138-140.

8 Ders., Wirtschaftsgeschichte und Ökonomie: zur Problematik ihrer Interdisziplinarität, in: E. Boettcher u.a. (Hg.), Jahrbuch für Neue Politische Ökonomie 7, 1988, S. 248-265 und auch W. Fischer, Die Wirtschaftsgeschichte in den Vereinigten Staaten, S. 41.

9 Auf diese reichen Traditionen weisen berechtigterweise auch W. Abel, Neue Fragen, insbes. S. 15-16 und W. Köllmann, Zur Situation, insbes. S. 135-137 hin.

stand Gustav Schmoller - die prägende Persönlichkeit der deutschen Nationalökonomie der Zeit - Ökonomie als „ethische Wissenschaften“, und wenn überhaupt Theorien in dieser Zeit eine Rolle gespielt haben, dann waren es Metatheorien, z.B. über die „Entwicklung des Kapitalismus“ (Werner Sombart) oder den „okzidental Rationalismus“ (Max Weber).<sup>10</sup>

Es kann jedoch darauf hingewiesen werden, daß diese Entwicklung nicht nur auf Deutschland beschränkt blieb. Auch in den Vereinigten Staaten und selbst in Großbritannien sind skeptischere Einschätzungen gegenüber der „mainstream-economy“ zu beobachten, die z.T. Anstöße der deutschen Historischen Schule aufgriffen, z.T. auch aus eigenen Wurzeln gespeist wurden. Zu erinnern ist hier z.B. an den amerikanischen Institutionalismus.

Wirtschaftsgeschichte in Deutschland wurde am Ende des 19. Jahrhunderts zwar überwiegend von Nationalökonomern betrieben, doch geschah dies in bewußter Ablehnung des von Smith begründeten angelsächsischen Paradigmas einer selektiven und analytischen Interpretation historischer Sachverhalte. Sie näherten sich in ihren Arbeiten dem seinerzeit in der jungen deutschen Geschichtswissenschaft verbreitetem Paradigma, dem Historismus. Eine Ausdifferenzierung der Wirtschaftsgeschichte als selbständiges Fach im Rahmen der Staatswissenschaften war jedoch auch sozusagen mit Kosten verbunden, die sich langfristig als verhängnisvoll erwiesen. Zwar gelang es, in den staatswissenschaftlichen Fakultäten neue eigene Lehrstühle und gar vereinzelt Seminare zu etablieren, doch ging damit zugleich die Einheit der Wirtschaftsgeschichte mit der Nationalökonomie verloren. Spezialisierung der Disziplin bedeutete eben auch, daß es nicht mehr selbstverständlich war, daß sich ein Nationalökonom mit der Geschichte seines Untersuchungsobjektes zu befassen hatte, dafür gab es ja Spezialisten. Eine Trennung von ökonomischer Theorie und Wirtschaftsgeschichte setzte sich dann in Deutschland im 20. Jahrhundert endgültig durch, als nach dem Methoden- und Werturteilsstreit der Jahrhundertwende die angelsächsische mainstream-economy auch hier Fuß fassen konnte. Die deutschen Eigentümlichkeiten der Staatswissenschaften, hergeleitet aus der Tradition der Historischen Schule, wurden gänzlich zurückgedrängt. Für die nunmehr spezialisiert arbeitende Wirtschaftsgeschichte bedeutete das, daß sie gänzlich an den Rand der Wirtschaftswissenschaften gedrängt wurde und deutlich an Bedeutung und Einfluß verlor.

### III. Historische Wurzeln der Disziplin

Die zweite Wurzel der Wirtschaftsgeschichte ist *die* Geschichtswissenschaft, die sich in Deutschland ebenfalls erst im 19. Jahrhundert als unabhängige akademische Disziplin etablieren konnte, wengleichn ihre Anfänge weit in die Vergangenheit zurückweisen und diese gerade in der frühen Neuzeit beachtliche methodische Fortschritte zu erzielen vermochten.<sup>11</sup> Ihre akademische Verankerung in Deutschland war Mitte des 19. Jahrhunderts erfolgreich abgeschlossen: Gegenstand, Erkenntnisziele, Methoden und Darstellungsweisen waren unter maßgeblichem Einfluß von Leopold von Ranke erfolgreich erprobt.<sup>12</sup> Seine Vorgaben für

10 Neuerdings dazu R. Chickering, „Was ist Kulturgeschichte - und was ist sie nicht? Über den Begriff der Kulturgeschichte in der deutschen Gesellschaftswissenschaft des 19. Jahrhunderts, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 1994/2, S. 167-175.

11 U. Muhlack, *Geschichtswissenschaft im Humanismus und in der Aufklärung. Die Vorgeschichte des Historismus*, München 1991.

12 R. Chickering, *Kulturgeschichte*.

historiographisches Arbeiten trugen zur Formulierung des historistischen Paradigmas entscheidend bei. Jede historische Epoche sollte allein aus ihren eigenen Bedingungen verstanden und erklärt werden, da menschliches Handeln grundsätzlich frei und einmalig sei. Damit wandte er sich zugleich gegen den dogmatischen Wahrheitsbegriff der Theologie und gegen die deduktive Logik der Philosophen.

Als zweiter Grundbestandteil des historistischen Programms galt die Arbeit mit den Quellen. Alle Spekulationen und Voreingenommenheiten gegenüber der Vergangenheit seien zu vermeiden und Erkenntnisse könnten nur aus den Quellen geschöpft werden. Erkenntnis, ein „Verstehen“ der Vergangenheit sei nur mittels einer hermeneutischen Vorgehensweise, einer einführenden Quellenkritik möglich. Nur so vermag der Historiker den intellektuellen Fesseln seiner eigenen Welt zu entfliehen und die großen Veränderungen der Weltgeschichte zu verstehen. Diese wiederum, die Weltgeschichte, werde ganz entscheidend durch das politische Handeln der Menschen bestimmt, wobei in der historischen Arbeit die politischen Faktoren zwangsläufig in das Zentrum rücken.

Trotz vielfältiger Kritik an diesem Programm stellt sich das daraus folgende Paradigma kohärent und eindeutig dar: Der Staat wurde zum zentralen Objekt der Geschichtswissenschaft und das hermeneutische Verstehen zur Methode der Erkenntnisgewinnung. Wie Droysen zuvor die Geschichtswissenschaft von den Natur- und Sozialwissenschaften abgrenzen konnte, so vermochte Ranke dieses in Hinblick auf Theologie und Philosophie zu tun. Die Geschichtswissenschaft als akademische Disziplin war damit eindeutig definiert und konnte durch Lehrstühle und Seminare in den deutschen Universitäten verankert werden, wodurch sie großen Einfluß erlangte.<sup>13</sup>

Mit diesem geschichtswissenschaftlichen Paradigma war die deutsche Nationalökonomie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts konfrontiert, und sie folgte ihm im wesentlichen in der praktischen Arbeit, sie paßte sich an. Ausgedehnte Quellenforschung (*Acta Borussica*) wurde betrieben. Das staatliche Handeln rückte in den Mittelpunkt der „Staatswissenschaften“, wie sich die Ökonomie der Zeit bezeichnenderweise selbst nannte. Wirtschaftsgeschichte verstand sich primär als eine historische Disziplin, obwohl zumeist von Nationalökonomien betrieben, war sie doch dem „historischen Paradigma“ verbunden. Dennoch blieb hier ein latenter Spannungszustand unübersehbar, denn in den praktischen Untersuchungen, die sich zumeist auf weiter zurückliegende Zeiträume bezogen, wurden doch häufig Strukturen anstelle zufälliger Ereignisse, systematische Regelmäßigkeiten und modellhaft beschreibbare Kausalitäten anstelle von Individualitäten offenbar, die die Vorstellung einer absoluten Freiheit historischer Entwicklung widersprachen.

Ein bitterer „Methodenstreit“ innerhalb der Geschichtswissenschaften konnte daher nicht ausbleiben. Dieser entzündete sich vor allem an dem Konzept einer „Kulturgeschichte“, wie sie von Karl Lamprecht vertreten wurde, während er in der deutschen Nationalökonomie auf einem ganz anderem Feld zwischen Gustav Schmoller und Carl Menger ausgetragen wurde. Im Ergebnis zeigte sich am Ende des Jahrhunderts eine Fragmentierung der Geschichtswissenschaften mit einer geistesgeschichtlichen Hauptströmung, in der der Staat sich weiterhin im Zentrum des Interesses behaupten konnte und die intellektuellen Kräfte, der „Geist“,

13 Vgl. dazu neuerdings auch *H.-U. Wehler*, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte* Band 3: Von der deutschen Doppelrevolution bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs 1849-1914, München 1995, S. 235-247.

weiterhin als ursprüngliche Triebkraft angesehen wurde. Daneben etablierte sich eine Wirtschafts- und Sozialgeschichte in einer eher historischen Tradition, mit einem hermeneutischen Ansatz, der z.B. von Gustav von Below repräsentiert wurde.

Die an sich zukunftsweisenden Ansätze der deutschen Wirtschaftsgeschichte im 19. Jahrhundert mit dem Versuch, den engen Erklärungszusammenhang der ökonomischen Logik zu überwinden und die institutionellen Bedingungen ökonomischen Handelns durch empirische Untersuchungen mit in die Betrachtung einzubeziehen, mußten scheitern, weil eine angemessene theoretische Durchdringung der empirischen Analysen nicht gelang. Die „Historische Schule“ hatte sich offenbar übernommen, doch gilt es, ihre später verlorengegangene Dimension heute wieder zu reaktivieren, so z.B. in der modernen Institutionenökonomik.<sup>14</sup>

Auch der Versuch die Wirtschaftsgeschichte in Anlehnung an die allgemeine Geschichtswissenschaft als Fachwissenschaft zu bestimmen, vermag kaum dazu beitragen, den Anspruch des Faches als eine eigenständige akademische Disziplin zu begründen. Otto Brunner unterschied in der Tradition Wilhelm Diltheys zwischen der Geschichte als Gegenstand und der Geschichte als Wissenschaft, in der wegen des komplexen Gegenstandes eine interne Arbeitsteilung unabweisbar erscheine.<sup>15</sup> Daraus begründen sich seiner Meinung nach zwei Typen historischer Wissenschaften, die trotz enger Verbundenheit und Wechselbeziehungen dennoch als „historische Einzelwissenschaft“ und als „allgemeine Geschichte“ zu unterscheiden sind. Während die allgemeine Geschichte das vorgegebene Ordnungsgefüge charakterisiere, lasse sich das innere Gefüge als ein Teilaspekt des Ganzen durch eine historische Fachwissenschaft - so auch die Wirtschaftsgeschichte - hervorheben. Derartige historische Fachwissenschaften bedürfen allerdings besonderer Sachkenntnisse, weil die „logische Struktur“ dieser Teilbereiche eine ganz andere als die der allgemeinen Geschichte sei.<sup>16</sup>

Die notwendigen Spezialkenntnisse im Bereich der Wirtschaftsgeschichte sind nach Meinung Brunners nur im Bereich der ökonomischen Theorie zu erwerben. „Die an dem jüngeren Begriff von Wirtschaft und Gesellschaft orientierte Wirtschafts- und Sozialgeschichte, in ihrem Kern [moderne, T.P.] Wirtschaftsgeschichte, ist in ihren zentralen Fragestellungen eine Schöpfung der Nationalökonomie ...“,<sup>17</sup> so eine Schlußfolgerung. Von der allgemeinen Geschichte scheint sie damit meilenweit entfernt zu sein.

14 R. Spree, Spezialist für Komplexität - Knut Borchardt im Gespräch, in: ifo-Studien. Zeitschrift für empirische Wirtschaftsforschung 38,1992/2, S. 107-131, insbes. S. 125-126.

15 O. Brunner, Das Fach „Geschichte“ und die historischen Wissenschaften, Rektoratsrede Hamburg 1959, in: ders., Neue Wege der Verfassungs- und Sozialgeschichte, S. 9-25, Göttingen 1968, insbes. S. 8-12.

16 Ders., Das Problem einer europäischen Sozialgeschichte, in: ders., a.a.O., S. 80-102, hier S. 83.

17 Ders., Zum Problem der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in: Zeitschrift für Nationalökonomie und Statistik 7, 1936, S. 676 ff.

#### IV. Zur Konstituierung der modernen Wirtschaftsgeschichte

In den 1960er Jahren erlebten wir eine „zweite“ Gründung der Wirtschaftsgeschichte in Deutschland, während der das Verhältnis zu den Nachbarwissenschaften neu bestimmt werden mußte.<sup>18</sup>

Eine Wirtschaftsgeschichtsschreibung, die ich mit dem Attribut „modern“ belegen möchte, ist in Deutschland relativ neu und knüpft an angelsächsische Traditionen an, die insbesondere in den 1960er Jahren in den USA begründet wurden. Im Kern handelt es sich bei dieser „New Economic History“ um die Anwendung der Logik der Ökonomischen Theorie auf historische Fragestellungen, um die Verwendung von Werkzeugen der modernen Wirtschaftswissenschaften bei der Analyse des Wirtschaftsprozesses. Wichtige frühe Beispiele aus diesem neuen Forschungsgebiet stellen die Untersuchungen von Robert W. Fogel über die Bedeutung des amerikanischen Eisenbahnsystems für die wirtschaftliche Entwicklung der USA oder die des Außenhandels vor 1860 von Douglas C. North sowie die Untersuchung von A.H. Conrad und J.R. Meyer über die Profitabilität der Sklavenhaltung im Süden der Vereinigten Staaten dar.<sup>19</sup> Zwei der genannten Autoren, nämlich North und Fogel, haben im Jahre 1993 immerhin den Nobelpreis für Ökonomie gerade auch für diese frühen Arbeiten erhalten, so daß die Nähe dieses wirtschaftshistorischen Ansatzes zur Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftstheorie auch dadurch unterstrichen wird.

Worin besteht nun aber das zugrunde liegende Paradigma moderner Wirtschaftsgeschichtsschreibung? Den methodischen Kern dieser Arbeiten sehe ich *erstens* und *zentral* in der expliziten Anwendung ökonomischer Modellvorstellungen auf historische Sachverhalte. In diesem Sinne ist die moderne Wirtschaftsgeschichte als ein Teil der Wirtschaftswissenschaften anzusehen, sie bedient sich ihrer eigentümlichen Methode, dem „Denken in Modellen“, wie Ernst Helmstädter dies griffig auf eine Kurzformel gebracht hat.<sup>20</sup> Damit unternimmt die moderne Wirtschaftsgeschichte eine systematische Analyse des Wirtschaftsablaufs mit Fragestellungen und Arbeitsweisen, die sie der Ökonomik und nicht der Historie entnommen hat.<sup>21</sup> Die Erkenntnis der inneren Logik des ökonomischen Wirtschaftsablaufs wird zum Ziel wirtschaftshistorischen Arbeitens erklärt, nicht die Totalität der historischen Entwicklung. Ein Problem, eine von außen, vom Beobachter herangetragene Erkenntnisabsicht wird zum Fixpunkt wissenschaftlichen Arbeitens.

Dies ist an sich keine besonders zu begründende Forderung, denn entgegen der naiven historisch geprägten Auffassung, daß die Quellen offenbar von selber sprechen und theoretisch

18 W. Köllmann, Anmerkungen zur Lage des Faches Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1995/3, S. 388-389 weist darauf hin, daß trotz aller Vorläufer die Disziplin sich erst jetzt als eigenständiges Fach etablieren konnte.

19 R. W. Fogel, Railroads and American Economic Growth: Essays in Econometric History, Baltimore 1964; D. C. North, The Economic Growth of the United States, 1790-1860, Prentice-Hall 1961 und A.H. Conrad/J.R. Meyer, The Economies of Slavery in the Antebellum South, in: Journal of Political Economy 66, 1958, S. 55-130.

20 E. Helmstädter, Wirtschaftstheorie I: Eine Einführung - Dispositionsgleichgewicht - Marktgleichgewicht, Göttingen 1974, Vorwort S. V.

21 W. Fischer Die Wirtschaftsgeschichte, S. 41.

tisch-methodische Vorüberlegungen nur den möglichen Erkenntnisbereich einschränken,<sup>22</sup> sollte heute allgemein akzeptiert sein, daß ohne theoretisches Verständnis historisches Forschen gänzlich unmöglich ist. „Kein soziales Phänomen, und sei es auch das schlichteste, offenbart sich durch bloßen Sinneseindruck spontan einem Betrachter „... jede Information gewinnt allein im Rahmen einer Theorie Bedeutung.“<sup>23</sup>

Diese allgemeine Kenntnis hat ja auch schon früh in die Wirtschaftsgeschichtsschreibung Eingang gefunden. Der große synthetisierende Wurf von Friedrich Lütge im Jahr 1952 verwies schon darauf, „daß die Berücksichtigung der Vielschichtigkeit des menschlichen Daseins durchaus nicht zu einer Nichtbeachtung der Theorie, speziell der nationalökonomischen Theorie führe“, sondern daß im Gegenteil „nur von der Theorie aus die Gesichtspunkte gewonnen werden können ...“, die dann allgemein explizit wurden.<sup>24</sup> Dies, obwohl doch Lütge trotz seiner nationalökonomischen Ausbildung als „geborener Historiker“ und als „Sohn der jüngeren historischen Schule“ charakterisiert werden kann.<sup>25</sup>

Die Gefahr, daß mit einer Orientierung an der New Economic History ein Verlust der Interdisziplinarität des Faches Wirtschaftsgeschichte droht, sehe ich nicht. Natürlich darf der darin explizierte neoklassische Ansatz nicht dogmatisiert werden, sondern nur als ein Theorieangebot von verschiedenen weiteren Möglichkeiten angesehen werden. Der Hinweis von Christoph Buchheim,<sup>26</sup> daß eine Kombination von Theorieekletizismus mit Quellenkritik den Kern des methodischen Paradigmas der Wirtschaftsgeschichte ausmacht, ist mir deshalb sehr sympatisch und deckt sich weitgehend mit meinen Auffassungen.

Hinzu tritt *zweitens* die Forderung nach einer weitgehenden Quantifizierung der Untersuchungsgrößen und Ergebnisse.<sup>27</sup> Dieses Postulat gilt natürlich nicht absolut, denn zahlreiche Fragestellungen entziehen sich prinzipiell einer Quantifizierung, und die Quellen gerade weiter zurückliegender Zeitepochen erschweren häufig eine quantifizierende Vorgehensweise. Doch mindert das nicht die Forderung nach stetigem Bemühen: Ökonomische Relationen sind ja auch „eo ipso“ quantitativ!

22 Ein besonders bemerkenswertes Beispiel für eine derartige Sichtweise bei *W. Feldenkirchen*, *Die Eisen- und Stahlindustrie des Ruhrgebiets 1879-1914. Wachstum, Finanzierung und Struktur ihrer Großunternehmen*, Wiesbaden 1982, S. 4 der ausführt: „Der von einigen Autoren bevorzugte Weg einer Arbeitshypothese, die dann am Material verifiziert oder falsifiziert werden soll, wurde nicht beschritten, da bei einem solchen Vorgehen zum einen die Gefahr besteht, das Quellenstudium einseitig auf die These auszurichten, und zum anderen, mögliche weitere, durch die Verfolgung der Hypothese ausgeschlossene Fragestellungen zu unterdrücken“ - deutlicher läßt sich der historistische Vorbehalt kaum formulieren.

23 Wer dies im Bereich der Wirtschaftsgeschichte immer noch nicht glauben mag, möge sich von Mediävisten belehren lassen. Vgl. z.B. *J. Fried*, *Gens und regnum. Wahrnehmungs- und Deutungskategorien politischen Wandels im frühen Mittelalter. Bemerkungen zur doppelten Theoriebindung des Historikers*, in: *J. Miethke/K. Schreiner (Hg.)*, *Sozialer Wandel im Mittelalter. Wahrnehmungsformen, Erklärungsmuster, Regelungsmechanismen*, S. 73-104, Sigmaringen 1994, insbes. S. 74.

24 *F. Lütge*, *Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte. Ein Überblick*, Berlin 1960<sup>2</sup>, Vorwort zur ersten Auflage, S. VIII.

25 *K. Borchardt*, *Friedrich Lütge*, in: *ders. u.a. (Hg.)*, *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschrift zum 65. Geburtstag von Friedrich Lütge*, S. 1-7, Stuttgart 1966, S. 3, 5.

26 *Chr. Buchheim*, *Die Sicherung der Interdisziplinarität als Kernbestand des Faches Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 1995/3, S. 390-391.

27 Neben der theoretischen Orientierung der Wirtschaftsgeschichte hat auch *H. Kellenbenz*, *Die Methoden*, S. 63 schon früh auf die Notwendigkeit quantifizierender Forschung hingewiesen.



*Drittens* gehört zum Paradigma der modernen Wirtschaftsgeschichte eine bewußte Methodenreflexion. Der Forscher sollte Erkenntnisinteresse, angewandte Theorien und Vorgehensweisen explizit machen und ihre Vor- und Nachteile abwägen. Dieses Postulat wendet sich vor allem gegen die traditionell arbeitenden Wirtschaftshistoriker, die vorgeblich eine theoretische Vorfestlegung vermeiden wollen, um „frei“ aus den Quellen arbeiten zu können. Die Position erscheint als ein Rückfall auf einen Standpunkt vor dem „Werturteilsstreit“ der Jahrhundertwende und vor dem „Positivismustreit“ der siebziger Jahre, in dem doch offenbar wurde, daß wissenschaftliches Arbeiten, wenn nicht explizit, dann eben implizit aber doch zwangsläufig immer mit theoretischen Vorentscheidungen verbunden ist. Eine derartige wissenschaftstheoretische Auffassung vermag ihre Nähe zum kritischen Rationalismus kaum zu verleugnen.

Die praktischen Ergebnisse der New Economic History in den USA zeichnen sich vor allem durch eine sorgfältige Rekonstruktion makroökonomischer Größen, häufig in Form langer Reihen aus. Diese Arbeiten haben auch in Deutschland unter den Forschern Nachfolger gefunden,<sup>28</sup> wenn auch ihre Zahl relativ klein blieb und sich bei uns daher weitaus weniger Arbeiten dieses Genres finden.<sup>29</sup> Das mag sicher auch damit zu tun haben, daß die schiere Zahl von Wirtschaftshistorikern in der Bundesrepublik sehr begrenzt blieb, so daß es schwierig war, wegen des Fehlens einer „kritischen Masse“ von Forschern international anhängige Forschungskontroversen aufzunehmen und weiterzuführen: Provokationen wurden mangels Adressaten gar nicht als solche zur Kenntnis genommen.<sup>30</sup>

Neben der quantitativen Rekonstruktion hat eine Re-Interpretation überkommener Geschichtsbilder in der New Economic History eine große Rolle gespielt. Auf die Rentabilität der Sklaverei, die Rolle des Außenhandels und die Bedeutung des Eisenbahnbaus in den USA wurde schon hingewiesen, aber auch europäische Entwicklungen gerieten ins Blickfeld, so z.B. das Aufkommen der sogenannten „zweiten“ Leibeigenschaft in den Gutswirtschaften Osteuropas während der frühen Neuzeit<sup>31</sup> oder verschiedene Führungssektoranalysen in der deutschen Industrialisierung<sup>32</sup> sowie die Widerlegung der Annahme eines generellen Kapitalmangels in der frühen Industrialisierung.<sup>33</sup>

Bei allen Arbeiten dieser Art wird jedoch ein grundsätzliches Problem offenbar: Jegliche „Erklärung“ einer singulären historischen Entwicklung ist mit dem Problem konfrontiert,

28 Beispielsetzend W. G. Hoffmann, *Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, Berlin 1965.

29 R. H. Dumke, *Clio's Climatic. Betrachtungen über den Stand und Entwicklungstendenzen der Cliometrischen Wirtschaftsgeschichte*, in: *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 1986/4, S. 457-487.

30 R. Spree, *Spezialist*, S. 124.

31 D. C. North/R. Thomas, *The Rise and Fall of the Manorial System. A Theoretical Model*, in: *Journal of Economic History* 31, 1971, S. 777-803.

32 G. Kirchhain, *Das Wachstum der deutschen Baumwollindustrie im 19. Jahrhundert. Eine historische Modelluntersuchung zur empirischen Wachstumsforschung*, Diss. Münster 1973; C.-L. Holtfrerich, *Quantitative Wirtschaftsgeschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert. Eine Führungssektoranalyse*, Dortmund 1973; R. Fremdling, *Eisenbahnen und deutsches Wirtschaftswachstum 1840-1879. Ein Beitrag zur Entwicklungstheorie und zur Theorie der Infrastruktur*, Dortmund 1975.

33 K. Borchardt, *Zur Frage des Kapitalmangels in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts*, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 1961, S. 401-421.

daß sich eine alternative Entwicklung möglicherweise denken, jedoch niemals empirisch aufzeigen läßt. Das ist nun einmal die Tücke historischer Erklärungen, daß sie zwar plausibel machen kann, doch nicht wirklich zeigen können, wie es gekommen wäre, wenn andere Wirkfaktoren als die tatsächlich beobachteten gültig gewesen wären. Die Singularität historischer Tatsachen ist unüberwindbar und alternative Entwicklungen bleiben gänzlich spekulativ. Doch zeigen sich Auswege aus diesem Dilemma, die von der Wirtschaftsgeschichtsschreibung auch bereits beschritten werden. Zum einen kann durch den Vergleich mit früheren Zeitperioden oder mit anderen sektoralen oder nationalen Bezügen ein quasi-analoger historischer Verlauf rekonstruiert werden,<sup>34</sup> oder aber man bemüht sich, hypothetische Alternativen empirisch zu beschreiben und sie dann mit dem tatsächlichen Verlauf zu vergleichen.<sup>35</sup> Beide Wege haben natürlich ihre Grenzen und können das Grundproblem historischer Singularität nicht beseitigen.

Was ist aber nun eigentlich „neu“ an diesem Ansatz und worin unterscheidet er sich von neueren Ansätzen innerhalb der Geschichtswissenschaften? Grundsätzliches Erkenntnisziel der modernen Wirtschaftsgeschichte ist nicht die Beschreibung, sondern die *Erklärung* historischer Sachverhalte. Doch werden sehr schnell die Grenzen einer derartig angelegten rationalen und quantitativen Analyse offenbar. Darüber hinaus ist auch das Theorieangebot der Wirtschaftswissenschaften, das zur Erklärung historischer Entwicklungen herangezogen werden kann, nicht unproblematisch. Es gibt ja gar kein universelles ökonomisches Paradigma, nicht *die* ökonomische Theorie schlechthin, sondern eine ganze Reihe z.T. miteinander konkurrierender ökonomischer Erklärungsansätze. Für den Wirtschaftshistoriker stellt sich daher die Aufgabe, eine „passende“ Theorie auszuwählen, und je nach vorgenommener Auswahl ergeben sich sehr unterschiedliche Möglichkeiten „moderne“ Wirtschaftsgeschichte zu betreiben. Wie angemessen die Wahl einer Theorie schließlich gewesen ist entscheidet jedoch ihre Bewährung im Erklärungszusammenhang.

Damit relativieren sich auch die oben erwähnten Vorbehalte von Christoph Buchheim hinsichtlich der Gefahr einer Einengung des Faches Wirtschaftsgeschichte bei einer zu engen Orientierung an den neoklassischen Theoriefragmenten der amerikanischen New Economic History. Vielmehr ist man gehalten nach weiteren geeigneten ökonomischen Theorieansätzen Ausschau zu halten und er selbst nennt in diesem Zusammenhang die neue Wachstumstheorie, die zur Erklärung von Humankapitalbildung, Systemtransformation und Unterentwicklung entscheidend beitragen kann.<sup>36</sup>

Auf der anderen Seite finden sich auch im Repertoire der „modernen“ Geschichtswissenschaften Ansätze, die den Anspruch erheben, das historische Paradigma überwunden zu haben. Zu erinnern sei nur an die sogenannte „Strukturgeschichte“ und an die „Gesellschaftsgeschichte“, die den Primat des Politischen glaubt überwunden zu haben und offen für Theorien aus dem Bereich der Sozialwissenschaften sind.

34 Zu diesem komparatistischen Ansatz vgl. auch U.P. Ritter, Vergleichende Volkswirtschaftslehre, München 1992.

35 Über die Probleme kontrafaktischer Geschichtsschreibung vgl. R. Tilly, Einige Bemerkungen, S. 138f.

36 Chr. Buchheim, Die Sicherung, S. 390.

Alle diese Entwicklungen machen klar, daß Wirtschaftsgeschichte nicht nur als rückwärts gerichtete empirische Wirtschaftsforschung zu betreiben ist<sup>37</sup>, dies hieße das Kind mit dem Bade auszuschütten. Das Problem der historischen Singularität und der Uneindeutigkeit der historischen Quellen würde damit sträflich vernachlässigt. Zugleich kann Wirtschaftsgeschichte aber auch nicht als bloßer Teil der Geschichtswissenschaft betrieben werden,<sup>38</sup> weil damit die Eigengesetzlichkeit und eigenständige Logik ökonomischen Handelns ignoriert würde. Ökonomische Methode und historische Methode entsprechen sich eben *nicht*, sondern stehen eher in einem gewissen Widerspruch zueinander. Versucht der Ökonom durch sein „Denken in Modellen“ (Helmstädter) eine Reduktion der Komplexität historischer Phänomene vorzunehmen, so tut der Historiker genau das Gegenteil indem er erzählt, „wie es eigentlich gewesen ist“ (Ranke), versucht er, Komplexität zu rekonstruieren! Und die Wirtschaftsgeschichte muß beides tun: Sie muß relevante Begriffe und Erklärungszusammenhänge isolieren, ohne zugleich die Vielgestaltigkeit der komplexen historischen Zusammenhänge zu sehr zu vereinfachen und zu vergrößern. Genau in diesem Zwischenfeld bewegt sich die Wirtschaftsgeschichte,<sup>39</sup> hier hat sie Brückenfunktionen wahrzunehmen; dies sowohl zwischen benachbarten akademischen Disziplinen wie auch zwischen unterschiedlichen wissenschaftlichen Methoden.<sup>40</sup> Darin liegt ihr Dilemma, zugleich aber auch ihr Reiz und ihr Erkenntnispotential. Daß dies ein schwieriges Geschäft ist und die Einlösung dieses Programms in der bundesrepublikanischen Forschung bislang nur unzureichend gelungen ist, braucht nicht eigens hervorgehoben zu werden. Erschwerend tritt hinzu, daß bei uns in Deutschland diese Disziplin noch in Union mit der Sozialgeschichte gemeinsam auftritt, was von der wissenschaftlichen Methode her eine ganze Reihe zusätzlicher Schwierigkeiten aufwirft und wissenschaftspolitisch dem Gesamtfach in der Zukunft zunehmend Probleme bereiten wird.

## V. Zur Zukunft der Disziplin als akademisches Fach

Wie stellt sich das Fach aber nun gegenwärtig in der Bundesrepublik Deutschland dar? Nachdem noch 1958 das Fach lediglich mit zwei „sicheren“ Lehrstühlen (Frankfurt a.M. und Köln) in den ökonomischen Fakultäten der Bundesrepublik vertreten war, nahm das Fach Anfang der sechziger Jahre einen enormen Aufschwung. Neun neue Lehrstühle wurden innerhalb von nur fünf Jahren in den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten geschaffen und zusätzlich entstanden noch vier weitere innerhalb der philosophischen Fakultäten.<sup>41</sup> Dem Fach bot sich damit eine einmalige historische Chance. Hinzu kam, daß mit der *Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* eine wohletablierte Fachzeitschrift zur Verfü-

37 Deshalb erscheint mir die Feststellung bei W. Abel, Neue Fragen, S. 24, daß Wirtschaftsgeschichte nichts anderes als ein Teil der angewandten Wirtschaftswissenschaften sei, nicht zutreffend.

38 Wie das z.B. W. Fischer, Was heißt, S. 636 unterstellt, wenn er ausführt: „Unstrittig sollte eigentlich sein, daß man sie [die moderne Wirtschafts- und Sozialgeschichte, T.P.] als einen von vielen Zweigen der Geschichtswissenschaft betreiben kann“. Genau dies bestreite ich!

39 W. Zorn, Das Fach, S. 12, bezeichnet dieses Zwischenfeld zwischen Mikro- und Makroökonomie und Soziologie einerseits und den Geschichtswissenschaften andererseits wegen der methodischen Fallstricke gar als „gefährlich“.

40 Darauf weist G. Schulz, Die neuere deutsche Wirtschaftsgeschichte, S. 400 hin und darin offenbart sich ihre zweifache Interdisziplinarität, nämlich die der Gegenstände und die der Methoden.

41 K. Borchardt, Wirtschaftsgeschichte.

gung stand, 1961 sich eine eigene Fachgesellschaft gründete und auch im Verein für Socialpolitik sich ein wirtschaftshistorischer Ausschuß konstituierte. Ähnliches vollzog sich nahezu parallel in der DDR, wo das *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 1960 entstand und 1964 an der Akademie der Wissenschaften die vormalige Abteilung für Wirtschaftsgeschichte in ein eigenständiges Institut für Wirtschaftsgeschichte überführt wurde.

Eine einmalige Chance für das Fach war damit gegeben. Doch schon Ende der sechziger Jahre veränderte sich das allgemeine hochschulpolitische Klima erneut: Sein Ausbau wurde nicht fortgesetzt. Eine weitere Expansion wäre wohl auch an die Grenzen der personellen Kapazitäten des Faches gestoßen, denn aus dem Rückblick erscheint es Knut Borchardt z.B. so, daß schon damals in dieser entscheidenden Entwicklungsphase nicht genügend qualifizierter wissenschaftlicher Nachwuchs zur Verfügung gestanden habe.<sup>42</sup>

Zugleich bedeutete die Hinwendung zu den systematischen Sozialwissenschaften in der Euphorie der sechziger und siebziger Jahre für die Wirtschaftsgeschichte, ähnlich wie für die allgemeine Geschichtswissenschaft, eine gänzliche Abdrängung ins Abseits, ja eine Infragestellung ihrer Existenz schlechthin: „Wozu noch Geschichte?“, war die gelegentlich zu vernehmende Frage. Hier zeigte sich für die Wirtschaftsgeschichte nun eine verhängnisvolle Konsequenz der Abspaltung und Separierung von der Nationalökonomie, wie sie seit dem späten 19. Jahrhundert erfolgt war. Wirtschaftshistoriker verstanden sich immer weniger als Ökonomen und immer mehr als Historiker, man schaue nur auf die Lebensläufe der Großen des Faches jener Jahre.<sup>43</sup> Zum Bedeutungsverlust der Wirtschaftsgeschichte haben daher neben einer entsprechenden Rekrutierungspraxis vor allem die allgemeine Enthistorisierung der Wirtschaftswissenschaften wie auch die Institutionalisierung des Faches als selbständige akademische Disziplin, d.h. seine Trennung von der Ökonomie, entscheidend beigetragen.<sup>44</sup> Diese Ausgründung rächt sich in der gegenwärtigen Hochschulsituation, indem sie zwischen der *Entbehrlichkeit* im wirtschaftswissenschaftlich Curriculum und der *Begehrlichkeit* nach personeller Ausstattung in den Geschichtswissenschaften droht zerrieben zu werden.<sup>45</sup>

Wie ist dem zu begegnen? Meiner Auffassung nach nur dadurch, daß das Fach seine Existenzberechtigung und seinen Nutzen nachweist und nicht lediglich postuliert.<sup>46</sup> Geschieht das nicht bald, wird es vielleicht noch als Worthülse in historischen Fachbereichen, nicht jedoch als Wissenschaft überleben. Was ist zu tun? Zum einen geht es darum, durch praktische Forschungsergebnisse die Leistungsfähigkeit eines genuin wirtschaftshistorischen Paradigmas aufzuzeigen.<sup>47</sup> Dies gilt sowohl im Hinblick auf die Wirtschaftswissenschaften wie auf die Geschichtswissenschaft. Interne Entwicklungen innerhalb dieser Fächer kommen der

42 Ebd., S. 22.

43 W. Zorn, Das Fach.

44 K. Borchardt, *Wirtschaftsgeschichte*, S. 24.

45 T. Pierenkemper, Was ist eigentlich Wirtschafts- und Sozialgeschichte? - oder: Still playing Hamlet without the prince, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 1995/3, S. 398-400.

46 So z.B. auch durch Lehrangebote im Fächerkanon der Ökonomie, z.B. im Bereich der Dogmengeschichte wie bei A.E. Ott/H. Winkel, *Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre*, Göttingen 1985 und im Bereich der Wirtschaftspolitik bei R. Tilly u.a., *Geschichte der Wirtschaftspolitik. Vom Merkantilismus zur Sozialen Marktwirtschaft*, München 1993.

47 Vgl. dazu auch M.A. Denzel/H.-J. Gerhard, „Gefahr im Verzug“. Zum wissenschaftlichen Standort des Faches, in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* 1995/3, S.393-396.

Wirtschaftsgeschichte dabei entgegen. Eine Ausweitung des empirischen Ansatzes und eine Abkehr vom engen Rationalitätskalkül in den Wirtschaftswissenschaften ist unübersehbar. Dort gewinnen die institutionellen Bedingungen ökonomischen Handelns zunehmend an Bedeutung und werden in den Erklärungszusammenhang einbezogen.<sup>48</sup> Auf der anderen Seite finden sich auch in den Geschichtswissenschaften vielfältige Methodendiskussionen und Arbeiten, die das historische Paradigma weit hinter sich lassen. Die Zeit scheint günstig. „Denken in Modellen“ und „Rekonstruktion von Komplexität“ miteinander zu versöhnen und Theorieanwendung, Quantifizierung und Methodenreflexion scheinen nicht der schlechteste Weg zu sein, um zu einer Aussöhnung der widerstreitenden Paradigmen zu gelangen.

Auch scheint mir das Fach darüber hinaus in der akademischen Lehre wichtige Beiträge leisten zu können um nicht als ein eher randständiges „Nebenfach“ verkümmern zu müssen. Die Ausbildung der Ökonomen vollzieht sich weitestgehend theoretisch, die Empirie kommt darin kaum vor. Hier könnte die moderne Wirtschaftsgeschichte quasi als historische Wirtschaftsforschung wichtige Funktionen übernehmen. Zugleich kann man die Probleme der angewandten Statistik demonstrieren, z.B. die Fragwürdigkeit vorgeblich „objektiver“ Daten aus ihrem historischen Entstehungszusammenhang aufzeigen. Auch Institutionen treten in das Blickfeld und lösen sich aus dem in der traditionellen Ökonomik offenbar fehlspezifizierten sogenannten „Datenkranz“.<sup>49</sup> Der Ökonom kann aus der Geschichte sehr viel lernen, und - nebenbei bemerkt - woraus sollte er sonst lernen, wenn nicht aus der Empirie, die ja immer auch Geschichte ist? Er lernt z.B., daß die Gleichungssysteme der Theorie möglicherweise sich selbst verändern, weil die institutionellen Bedingungen, seine Modellannahmen sich in einem permanenten Wandel befinden; und er lernt möglicherweise ebenfalls, daß neben dem von ihm untersuchten ökonomischen Kalkül andere Faktoren das Ergebnis menschlichen Handelns entscheidend determinieren, wie z.B. politische Macht, und zu gänzlich unerwarteten Resultaten führen (Macht oder ökonomisches Gesetz).<sup>50</sup>

Doch auch Historiker können von einer Beschäftigung mit der Wirtschaftswissenschaft profitieren. Um Wirtschaftsgeschichte zu betreiben muß man die Kategorien und Theoreme der Standardökonomie beherrschen.<sup>51</sup> Das ist nicht ganz leicht, eröffnet jedoch Möglichkeiten zur Strukturierung der schier unübersehbaren Fülle des historischen Materials und verhindert es, in den Quellen zu ersticken. Natürlich darf man dabei nicht einem „Modellplatonismus“ (Hans Albert) erliegen, sondern der Forscher wie der Student müssen sich in kritischer Auseinandersetzung zwischen theoretischen Fragen und quellenbezogenen Antworten

48 Zu verweisen ist nur auf die neue Institutionenökonomik und die evolutorische Ökonomik, die zahlreiche Anknüpfungspunkte mit der Wirtschaftsgeschichte eröffnet. Weiter Hinweise bei F. Butschek, Wirtschaftsgeschichte und nationalökonomische Forschung, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1995/3, S. 410-413.

49 R. Spree, Spezialist, S. 125.

50 Weiter Hinweise bei F. Schinzinger, Wirtschafts- und Sozialgeschichte - Neue Wege. Zum wissenschaftlichen Standort des Faches, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1995/3, S.401-404.

51 Ebd., S. 126. In diesem Sinne äußern sich auch J. Komlos, Die Zukunft der Wirtschaftsgeschichte in Europa, in: Vierteljahrsschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 1995/3, S. 404-410 sowie F. Schinzinger, Chr. Buchheim und F. Butschek, alle in: ebd.. Aberwitzig erscheint mir der Versuch, den Inhalt der Disziplin durch die Ansprüche der Lehre zu definieren, wie von U. Kluge, Wirtschafts- und Sozialgeschichte - Neue Wege, in: ebd., S. 418-421 versucht.

eine eigene Position erarbeiten. Darin genau liegt m.E. der Reiz und die Produktivität des Faches begründet - und damit seine Zukunft.

Als konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation des Faches in der allernächsten Zukunft erscheinen mir neben den genannten Aufgaben einer verstärkten Theorieorientierung, einer Festigung der methodischen Interdisziplinarität - nicht bloß hinsichtlich der Themenbereiche, wie z.B. von Köllmann<sup>52</sup> ausschließlich postuliert und den daraus hoffentlich folgenden kompetenteren Forschungsleistungen, folgende Möglichkeiten gegeben:

1. Eine bessere Koordination von Forschung und Lehre durch die vorhandenen Fachgesellschaften und Ausschüsse, möglicherweise auch im Rahmen der DFG. Dabei sollte darauf geachtet werden, daß auch in der Lehre ein zeitlich und thematisch umfassendes Angebot gewährleistet wird. Dazu trügen
2. sicherlich entsprechende Lehrbücher wesentlich bei und ein erster Ansatz in dieser Richtung ist ja auch bereits unternommen worden.<sup>53</sup> Weiterhin wäre
3. eine institutionelle Festigung in den Fakultäten durch die betroffenen Lehrstuhlinhaber sicher ebenso hilfreich, wie
4. Werbemaßnahmen nach außen in die akademische Öffentlichkeit und die betriebliche Praxis, wie von Francesca Schinzinger angeregt.<sup>54</sup>

52 W. Köllmann, Anmerkungen, S. 388.

53 Ich weise nur auf die entsprechenden Bände in der Enzyklopädie Deutscher Geschichte und das kurz vor dem Erscheinen stehende, von G. Ambrosius, D. Petzina und W. Plumpe herausgegebene Werk: „Moderne Wirtschaftsgeschichte“ hin.

54 F. Schinzinger, Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

# Mandeville und La Rochefoucauld

Von Gottfried Eisermann (Bonn)

Der Name von Bernard (de) Mandeville - den Adelspartikel ließ er später fallen - besitzt in der Geschichte der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften seinen gesicherten Platz. Er führt den Kreis der illustren Ärzte, die von William Petty über Nicolas Barbon und Quesnay bis zu Franz Oppenheimer reichen, gewissermaßen an. Bereits Marx rühmt ihn, der unendlich kühner und ehrlicher als die philisterhaften Apologeten der bürgerlichen Gesellschaft gewesen sei, und kritisiert ihn, nachdem er ihn ausführlich zitiert hat, zusammenfassend: „Was Mandeville, ein ehrlicher Mann und heller Kopf, noch nicht begreift, ist, daß der Mechanismus des Akkumulationsprozesses selbst mit dem Kapital die Masse der 'enthaltssamen Armen' vermehrt, d.h. der Lohnarbeiter, die ihre Arbeitskraft in wachsende Verwertungskraft des wachsenden Kapitals verwandeln und eben dadurch ihr Abhängigkeitsverhältnis verewigen müssen.“<sup>1</sup> Auch Wilhelm Roscher weiß ihn wohl zu schätzen und wirft einer zeitgenössischen volkswirtschaftlichen Zeitschrift die mangelhafte Behandlung von Mandeville vor, ja „seine Bienenfabel wird geradezu ein Werk des Reichs der Finsterniß genannt.“<sup>2</sup> Anders verhält es sich allerdings mit La Rochefoucauld. Er bildet gewissermaßen ebensowohl für Marx als auch für Roscher, die immerhin eine ungemaine Quellenkenntnis und ungeheure Belesenheit gemein hatten, eine unbekannte Größe. Tatsächlich ist er erst Ende des vorigen Jahrhunderts von Nietzsche „wiederentdeckt“ worden als derjenige, der den Reigen der sog. „Moralisten“ über Vauvenargue, Chamfort usw. bis zum Prince de Ligne anführt.

Indes rechtfertigt die Verbindung mit Mandeville vor allem der nachgewiesene Einfluß, den er nächst Theophrast, dem hauptsächlichen Schüler von Aristoteles, Hume und La Bruyère auf Mandeville ausgeübt hat, die Beschäftigung mit La Rochefoucauld. Er wurde am 15. September 1613 in Paris als Angehöriger des Hochadels geboren und trug bis zum Tode seines Vaters den Titel eines Prince de Marcillac und wurde erst 1650 François VI., Duc de la Rochefoucauld. Schon mit fünfzehn Jahren verheiratet, war er in der ersten Hälfte seines Lebens beseelt von dem Ehrgeiz und Übermut seiner Kaste und faßte 1637 den phantastischen Plan, die Gemahlin Ludwigs XIII., die er von ihren politischen Gegnern bedroht glaubte, zusammen mit ihrer Hofdame Mademoiselle de Hautefort, für die er in Liebe entflammt war, nach Brüssel zu entführen. Als das Vorhaben entdeckt wurde, trug ihm dies einen - allerdings nur achttägigen - Aufenthalt in der Bastille ein. Diese Erfahrung hinderte ihn nicht, sich an der Fronde, dem bewaffneten Aufstand gegen das Königtum in Gestalt des jugendlichen Ludwig XIV., der diese Erlebnisse, wie er mit seiner Mutter, der Königin Anna, nur mit Mühe dem Tode entgangen war, niemals vergessen wird, zu beteiligen. Die völlige Niederlage der Fronde verhalf letzten Endes dem Königtum nur zu seinem siegreichen Vormarsch auf dem Weg zum monarchischen Absolutismus. Schwer und entstellend verwundet, erreichte La Rochefoucauld, indem er sich von der Fronde lossagte, die Verzeihung des Königs, der ihm gestattet, sich auf eines seiner beiden verbleibenden Schlösser

1 K. Marx, Das Kapital, Bd. I, Berlin 1949, S. 646-647 (VII, 23).

2 W. Roscher, Geschichte der National-Oekonomie in Deutschland, München 1874 (ND Düsseldorf), S. 435.

zurückzuziehen. Damit beginnt der zweite Lebensabschnitt des Herzogs. Ihm verdanken wir seine berühmten „Réflexions ou Sentences et Maximes Morales“<sup>3</sup>, die schon zu seinen Lebzeiten lebhaften Widerhall und Aufsehen erregten.

Gewiß war La Rochefoucauld nicht beherrscht von der großen Leidenschaft des Philosophen, der - nicht erst seit Nietzsche - beständig in der Gewitterwolke der höchsten Probleme und der schweren Verantwortlichkeit für Mit- und Nachwelt lebt. Er war vielmehr ein aufmerksamer und durchdringender Beobachter, der außerhalb der Kämpfe, die er hinter sich hatte, frei von Ideomanie lebt, ja leben muß, nicht gleichgültig dem Treiben der Welt gegenüber, aber objektiv zu sein bemüht und begierig zu erfahren, wie es denn eigentlich zugeht in der Welt. Er war aufgewachsen mit der Maxime „Eure Selbstsucht ist das Unheil Eures Lebens!“, hatte aber in seiner aktiven Zeit Gelegenheit gehabt, hinter zu viele Masken blicken zu können, hinter denen er die Selbstsucht hatte erkennen können. Das philosophische Altertum hingegen, das nicht nur in Montaigne überlebt hatte, lehrte eine andere Hauptquelle des Unheils, nämlich Gedankenlosigkeit und Dummheit, ein Dahinleben nach Regeln, die niemals geprüft wurden, die Unterordnung unter die Meinung des Nachbarn, dies verhindere das Erreichen des Glücks, während die Philosophen - „wir Philosophen“ - als Denker die Glücklichen sind. La Rochefoucauld hingegen, ein noch immer beliebter Gast in den berühmten Salons der großen Damen seiner Zeit - schließlich war er eng befreundet mit der Marquise de La Fayette, an deren berühmten Roman „La Princesse de Cleve“, dem ersten psychologischen Meisterwerk seiner Art, er nachweislich mitgearbeitet hat -, folgte bei der Betrachtung der Gesellschaft gewissermaßen dem Grundsatz von Spinoza: Non ridere, non lugere, neque detestari, sed intelligere.<sup>4</sup>

Wenn La Rochefoucauld auf die Gesellschaft insgesamt blickt, sucht er hinter den sozialen Masken das wahre Selbst der Betreffenden zu erblicken. „Man nimmt in jedem Stande eine Miene und Haltung an, um als der zu erscheinen, für den man gehalten sein will.“<sup>5</sup> Was immer für Leiden und Mißhelligkeiten die Betreffenden dabei als Ursache für ihre Vorhaben oder Unzulänglichkeiten vorgeben, stets ist es in seinen Augen nur Egoismus und Eitelkeit, von denen sie getrieben werden. Die Selbsttäuschung bildet dabei nur die Voraussetzung für die Täuschung der anderen. „Die Menschen würden nicht lange in Gemeinschaft leben, wenn nicht einer vom andern betrogen würde“ (Nr. 87). Die Maske bildet ferner stets die Voraussetzung dafür, daß wir nicht nur mit den anderen, sondern auch mit uns selbst auskommen. „Wir sind so gewohnt, uns vor anderen zu verstellen, daß wir uns am Ende vor uns selber verstellen“ (Nr. 119).

La Rochefoucauld hat zu lange Erfahrungen in seiner eigenen Rolle in der Gesellschaft und in den politischen Kämpfen machen können, um dies nicht für ausgemacht zu halten. „Es scheint, daß sich die Eigenliebe von der Gutherzigkeit täuschen läßt und sich selbst ver-

3 Vgl. A.S. Ndiaye, La Rochefoucauld successeur de Montaigne, Paris 1986; C. Rosso, Procès à La Rochefoucauld et à la maxime, avec une bibliographie critique, Pisa 1986.

4 Vgl. Spinoza, Die Ethik, III, Vorwort; L. Feuerbach, Geschichte der neueren Philosophie von Bacon bis Spinoza (ND), 2. Aufl., Leipzig 1990, S. 284 ff.

5 La Rochefoucauld, Maximen und Reflexionen, Stuttgart 1988, Nr. 256 (S. 39); Wir werden uns im Folgenden mit der Angabe der jeweiligen Nr. der Maximen im Text begnügen und außerdem den Text von F. Schalk, Die französischen Moralisten, Bd. I, Leipzig o.J. zum Vergleich heranziehen. Zur Maxime von L. im Text - und durchweg - vgl. G. Eisermann, Rolle und Maske, Tübingen 1991.



gibt, sobald wir uns zugunsten anderer bemühen; indes ist dies nur der sicherste Weg, um zum Ziel zu gelangen. Es heißt, auf Wunder leihen, während man zu geben scheint. Und es heißt, auf feine und delikate Weise alle Welt für sich zu gewinnen“ (Nr. 236). Die neue Erkenntnis, die er der alten über die negative Beurteilung des Egoismus hinzufügt, liegt darin, daß er ihm auch sozial gute Effekte zubilligt. „Der Eigennutz, dem man alle unsere Vergehen aufbürdet, verdient oft das Lob für unsere guten Handlungen“ (Nr. 305). Die Ursache dafür ist einfach: „Der Eigennutz spricht jede Sprache und spielt jede Rolle, selbst die der Uneigennützigkeit“ (Nr. 39). Nur wenn man dies erkannt hat, gelangt man zu der Weisheit letztem Schluß: „Die größte Klugheit besteht darin, den Preis der Dinge richtig zu kennen“ (Nr. 244).

Das aber ist eine Erkenntnis, die mehr noch für die Wirtschaft als für die Gesellschaft gilt. Und noch mehr gilt hierfür eine Erkenntnis, die sich wie eine Vorwegnahme moderner Handlungstheorie anhört: „Es muß ein bestimmtes Verhältnis zwischen Handlungen und Absichten bestehen, wenn man alle Wirkungen erzielen will, die sie hervorbringen können“ (Nr. 161). Wenn La Rochefoucauld allerdings das Selbstinteresse, den Eigennutz, den Egoismus als einen der stärksten Antriebe hinter den Handlungen demaskiert, so denkt er bei *intérêt* keineswegs immer nur an einen materiellen Vorteil, sondern häufig auch an einen ideellen. Freilich kann das Interesse auch unbewußt bleiben, zumeist aber tritt es durchaus in das Bewußtsein. „Der Eigennutz spricht jede Sprache und spielt jede Rolle, selbst die der Uneigennützigkeit“ (Nr. 39). Die Ziele unseres Handelns sind allerdings unlöslich mit unseren Wertschätzungen verknüpft, sie stellen keineswegs eine objektive Qualität der Sachen dar. „Unser Glück liegt nicht in den Dingen, sondern in deren Bewertung durch uns; und der Besitz dessen, was wir lieben, macht glücklich, nicht dessen, was andere liebenswert finden“ (Nr. 48). Überhaupt ist der wirtschaftliche Verkehr wesentlich kongruent mit dem sozialen Umgang, wie sich besonders leicht, La Rochefoucauld zufolge, an der Dankbarkeit erkennen läßt. „Es ist mit der Dankbarkeit wie mit Treu und Glauben unter Kaufleuten; sie unterhält den gesellschaftlichen Verkehr; und wir bezahlen nicht, weil es recht und billig ist, daß wir unsere Schulden abtragen, sondern um desto leichter jemanden zu finden, der uns borgt“ (Nr. 223).

Überhaupt ist der Eigennutz zu Unrecht in das moralische Verdikt geraten, denn die Ergebnisse egoistischen Handelns brauchen durchaus nicht böse oder moralisch verwerflich zu sein. „Der Eigennutz, dem man alle unsere Vergehen aufbürdet, verdient oft das Lob für unsere guten Handlungen“ (Nr. 305). Vor allem sind es selbstverständlich auch ökonomisch gute Resultate, die aus egoistischer Motivation entstehen können. Unabhängig davon jedoch, ob man generell in den menschlichen Handlungen nur noch die Wirkungen der Selbstliebe, des Selbstinteresses, des Egoismus erblicken will, wie es La Rochefoucauld getan hat, so besteht jedenfalls ein weiterer Widerspruch wie zwischen objektiv erkennbarem machtvollen Egoismus als Handlungsantrieb und der gesellschaftlich gültigen Moral, die ihn zu überwinden lehrt, um christlich und sozial als „guter Mensch“ dastehen zu können, auch zwischen der zur Schau getragenen Verachtung materiellen Reichtums, wie ihn besonders auch die Philosophen jeher gelehrt haben, und dem tatsächlichen Prestige und Einfluß, die sein Besitz gewähren. „Die Verachtung des Reichtums war bei den Philosophen ein geheimer Wunsch, sich und ihr Selbstbewußtsein an dem ungerechten Schicksal zu rächen durch die Verachtung eben jener Güter, die es ihnen versagte. Das war ihr Geheimmittel, um sich vor den Demü-

tigungen der Armut zu schützen. Es war ein Umweg, um zu dem Ansehen zu gelangen, das sie durch Reichtum nicht erwerben konnten“ (Nr. 54).<sup>6</sup>

Es wäre sicher eine zu große Simplifikation, wenn wir die scharfsichtigen Erkenntnisse von La Rochefoucauld auf die Ressentiments des in den blutigen politischen Kämpfen und den harten sozialen Auseinandersetzungen Unterlegenen reduzieren würden. Wichtiger ist vielmehr der Hinweis, daß sie ohne den Hintergrund der naturwissenschaftlichen Revolution seit der Mitte des 17. Jahrhunderts mit ihrer Neubewertung von Erfahrung und Beobachtung als Grundlage fundierter Erkenntnis nicht gewürdigt werden können. Entscheidend aber ist für jene Spielart philosophischer Reflexion, deren Autoren wie Montaigne, Pascal, La Rochefoucauld, Chamfort und Vauvenargues man in Frankreich als les *grand moralistes* bezeichnet, der Kontakt mit der „großen Welt“, dem geselligen Leben und der Gesellschaft generell. Die Charaktere von La Bruyère verknüpfen Molière mit Aristoteles und Theophrast, und Balzac wird sich später die „Histoire naturelle“ von Buffon als Vorbild für seine monumentale „Comédie humaine“ wählen.<sup>7</sup> Was La Rochefoucauld in seinen „Maximes“ als scharfsichtigen Blick hinter die Masken der Gesellschaft auf die bloßgelegte Menschlichkeit ihrer Mitglieder bietet, verkehrt sich bei den Moralisten des 18. Jahrhunderts dann zu einer Theorie der Entstehung moralischer Werte. Die für das Streben nach den „höchst“ bewerteten Lebensgütern grundlegenden Spielregeln der *concours* und des *arrivisme* in allen Sektoren der französischen Gesellschaft, sei es in einem Kloster heiliger, als Aristokrat mächtiger bei Hofe oder in der Region oder als Bourgeois reicher als andere zu werden, wurden zu maßgeblichen Leitlinien sozialen Handelns. Diese Welt aber, auf die sich die moralische Reflexion richtet, ist stets bezogen auf den Menschen als Glied der Gesellschaft. In der inneren Distanz, die La Rochefoucauld und ihm folgend die anderen Moralisten bei der Betrachtung einnimmt, die fast unwillkürlich zu einer Analyse gerät, drückt sich „zugleich schon jene kalte, fast grausame Distanzierung aus, mit der Voltaire, Diderot und Balzac die menschlichen Dinge später betrachten und typisierend schildern.“<sup>8</sup> In dieser „Welt“, in der jeder „seine ‘Rolle’ besitzt, spielt sich der Grundprozeß des französischen Lebens ab; in einer Welt gleichsam sozialer Mathematik, deren Figuren wie die Gestalten der Geometrie über die Wirklichkeit zu deren Messung geworfen werden.“<sup>9</sup> Wenn dabei die Selbstsucht, der Eigennutz, der Egoismus von La Rochefoucauld als Hauptantrieb sozialen Handelns bezeichnet werden, so mag dabei die augustinische Tradition französischen Denkens, wie sie etwa bei La Bruyère zum Ausdruck kommt, mitgewirkt haben. Entscheidend aber ist, daß es sich dabei um eine Relations- und Differenzkategorie handelt. „Egoismus ist das perspektivische Gesetz der Empfindung, nach dem das Nächste groß und schwer erscheint; während nach der Ferne zu alle Dinge an Größe und Gewicht abnehmen“, kon-

6 Dieser Aphorismus ist gleichsam nur die Anwendung einer generellen Einschätzung dem Leben gegenüber, wie sie schon zuvor von L. zum Ausdruck gebracht wurde: „Die Wertschätzung oder Gleichgültigkeit der Philosophen dem Leben gegenüber ist nur eine Geschmacksrichtung ihrer Eigenliebe, über die man ebensowenig streiten sollte wie über den Geschmack der Zunge oder über die Wahl der Farben“ (Nr. 46).

7 Vgl. G. Eisermann, Balzac als Soziologe, in: *französisch heute* 19, 1988; *ders.*, Zur Rezeption von Balzacs „Soziologie“, ebd. 21, 1990.

8 M. Scheler, *Nation und Weltanschauung*, Leipzig 1923, S. 38.

9 Ebd. S. 46. „Und diese ‘Welt’ ist auch der vorzügliche Gegenstand des französischen Romans“.

statierte bereits Nietzsche, zu seiner Zeit der beste aller Kenner von La Rochefoucauld.<sup>10</sup> Wie weit der perspektivische Charakter des Daseins allerdings reicht, das kann freilich auch durch die fleißigste und gewissenhafteste Analyse nicht abgeklärt werden, da unser Intellekt gewissermaßen nicht um die Ecke blicken kann.

Reflexionen über die Moral im allgemeinen und den Egoismus im besonderen in perspektivischer Hinsicht setzen dennoch eine Position jenseits der Mitwelt voraus, irgendwo jenseits von Gut und Böse. Es ist eine ebenso verständliche wie vergebliche Neugier, wissen zu wollen, ob es noch andere Arten von Intellekt dafür als den unseren gäbe, um standfest jene Position einzunehmen, wobei wir noch den Zweifel nicht loswerden, daß wir, wenn es denn jene andere Art von Intellekt gäbe, ihn auch „verstehen“ könnten. Entscheidend aber ist bei La Rochefoucauld, unabhängig davon, daß er im Egoismus oder Selbsterhaltungstrieb das basale Fundament menschlicher Existenz erblickte, die Ökonomie der Seele, die er bloßlegte. Haben wir alles in allem zusammengefaßt, was er dabei an Erkenntnis beigesteuert hat, so ist für unseren Zusammenhang zweifellos nicht nur wichtig, daß er den Egoismus gewissermaßen von seinem moralischen Makel freispricht, ja darüber hinaus die Bewertung des Reichtums, der irdischen Güter, von dem offiziellen christlichen Verdikt befreit. Zweifellos bilden hierbei nächst der naturwissenschaftlichen Revolution und der Umgestaltung der französischen Gesellschaft die spürbar wachsenden ökonomischen Kräfte der französischen Volkswirtschaft die Voraussetzungen für die „Réflexions“. Allerdings müssen wir einschränkend dabei festhalten, daß La Rochefoucauld die Moral, den Egoismus durchgängig nur auf der psychologischen Ebene, nicht auf der historisch-sozialen erörtert, so daß seine Analysen auch fast nie die sozialen und ökonomischen Grundlagen erreichen.

Das Problem des Widerspruchs zwischen der fortwirkenden moralischen Verurteilung des Egoismus und seiner praktischen Wirksamkeit in Gesellschaft und Wirtschaft, ja die Vorteilhaftigkeit dieser Praxis für das Individuum in der Gesellschaft ebenso wie der offenkundigen Nützlichkeit für die Volkswirtschaft blieb erhalten. Es war Mandeville, unter dem Einfluß gerade auch von La Rochefoucauld, vorbehalten, dieses Problem aufzugreifen und zu vertiefen. Er entstammte einer bedeutenden, aus religiösen Gründen in die Niederlande geflohe-

10 F. Nietzsche, *Die fröhliche Wissenschaft*, III, 162. Zuvor hatte Schopenhauer bereits mehrfach an La Rochefoucauld erinnert, so z.B. daß er „treffend bemerkt“ habe, „daß es schwer ist jemanden zugleich hoch zu verehren und sehr zu lieben“ und zitiert von ihm „den bekannten Ausspruch: „dans l'adversité de nos meilleurs amis, nous trouvons toujours quelque chose qui ne nous déplaît pas.“ Auch konstatiert er, daß die Menschen „nämlich stets nur eine Seite zeigen, und sogar jeder ein angeborenes Talent hat, auf mimischem Wege seine Physiognomie zu einer Maske umzuarbeiten, welche genau darstellt, was er eigentlich sein sollte, und die, weil sie ausschließlich auf seine Individualität berechnet ist, ihm so genau anliegt und anpaßt, daß die Wirkung überaus täuschend ausfällt“ (*Aphorismen zur Lebensweisheit*, Werke, Großherzog-Wilhelm-Ernst-Ausg., Bd. IV, Leipzig o.J., S. 525, 537, 529-530). Immer wieder rekurriert er auf den „Egoismus der menschlichen Natur“ als eigentliches Movens (ebd. 527). Mehrfach hebt er auch Chamfort hervor, von dem er einen Ausspruch als Motto seinen „Aphorismen“ voranstellt (ebd., S. 371) und den er öfters zitiert. So z.B. mit seiner „allerliebsten Definition der Gesellschaft: „la société, les cercles, les salons, ce qu'on appelle le monde, est une pièce misérable, un mauvais opéra, sans intérêt, qui se soutient un peu par les machines, les costumes, et les décorations“ (ebd., S. 481). Die Vermutung liegt nahe, daß die bekannte „Wiederentdeckung“ der französischen Moralisten durch Nietzsche, der Lektüre von Schopenhauer zu verdanken ist, als er sich endgültig von der Philologie ab- und der Philosophie zuwandte.

nen Arztfamilie, wurde dort geboren und am 26.11.1670 getauft. Er studierte an der Universität Leiden und erwarb 1691 das medizinische Doktorat. Um die Jahrhundertwende siedelte er nach London, wo er sich als Arzt niederließ und dort bis zu seinem Tode am 21.1.1733 lebte. Alle seine Werke hat er englisch verfaßt, ja er beherrschte diese Sprache so vollendet, daß ihn niemand als Nichtengländer, nachdem er seinen ursprünglichen Adelspartikel abgelegt hatte, erkennen konnte. Sein medizinisches Hauptinteresse galt der Psychiatrie, worüber er 1711 ein medizinisches Werk veröffentlichte. Sein eigentliches Interesse indes galt philosophischen, religionskritischen, soziologischen und volkswirtschaftlichen Fragen, wobei man nicht vergessen darf, daß auch noch Adam Smith - und seine schottischen Mitstreiter John Millar und Adam Ferguson - als Philosophen begannen.

Seine bedeutende, wenn auch etwas holprige Dichtung „The Fable of the Bees“, die sogleich großes Aufsehen und heftigen Widerspruch erfuhr, erschien 1705 zunächst als anonymes Flugblatt, wurde bald durch ausführliche Anmerkungen erweitert und selbständige Abhandlungen ergänzt und war 1729 auf zwei Bände angeschwollen. Der ursprüngliche Titel lautete „The Grumbling Hive, or Knaves turn'd Honest“, hingegen trug die Neuauflage mit Anmerkungen und Zusätzen 1714 den Titel „The Fable of the Bees: or, Private Vices, Public Benefits“. Erst mit der Auflage von 1723, die erstmals die „Abhandlung über Barmherzigkeit, Armenpflege und Armenschulen“ enthielt,<sup>11</sup> setzte dann der große buchhändlerische Erfolg ein. Der Auflage von 1729, kurz vor seinem Tode, folgten noch weitere, so daß bis 1806 nicht weniger als 13 Auflagen erschienen. Jedenfalls ist die Charakteristik, der „holländische Nervenarzt“ Mandeville habe trotz seiner calvinistischen Herkunft „zu den freigeistigen Lebemännern, die sich seit Ende des 17. Jahrhunderts in London ein Stelldichein gaben“<sup>12</sup>, gehört, irreführend und längst widerlegt.

Treffender ist die Vermutung, er habe ursprünglich gegen die religiöse Lehre kämpfen wollen, Gott habe uns mit Ruhm und Wohlstand belohnt, weil wir fromm und tugendhaft waren. Nun aber seien wir lasterhaft geworden, was dazu geführt habe, uns mit Armut und politischem Verfall zu bestrafen, wenn wir auf der eingeschlagenen Bahn fortführten.<sup>13</sup> Wichtiger als daß Mandeville die scharfsichtige Sozialpsychologie von La Rochefoucauld weiterführt, erscheint indes seine politische Gesichtspunkte einbeziehende Definition der Gesellschaft. Er legt ausdrücklich dar, daß er darunter „einen politischen Körper verstehe, in dem die Menschen entweder durch überlegene Gewalt unterworfen oder durch Überre-

11 In der von uns benützten - auf der dritten Auflage des Originals beruhenden - Ausgabe *B. de Mandeville*, Die Bienenfabel, Philosophische Bibliothek, Berlin 1957, S. 229 ff. Diese Ausgabe enthält noch weitere für uns wichtige Abhandlungen, vor allem die „Untersuchung über den Ursprung der sittlichen Tugend“ sowie die „Untersuchung über die Natur der Gesellschaft“ sowie die Verteidigungsschrift des Buches gegen die Verleumdungsklage des Obergerichts von Middlesex. Vgl. *P. Carrive*, La philosophie des passions chez Bernard Mandeville, Lille 1983; *T.A. Horner*, The Social Thought of Bernard Mandeville, London 1978; *M. Goldsmith*, Private Vices, Public Benefits: Bernard Mandevilles Social and Political Thought, Cambridge 1986.

12 *A. Rüstow*, Ortsbestimmung der Gegenwart, Erlenbach Zürich, Bd. II 1952, S. 352, 354, 380, indem er ihm jedoch bescheinigt, daß er „besonders durch seine Wirkung auf Adam Smith Bedeutung bekam“.

13 *W. Hasbach*, La Rochefoucauld und Mandeville, in: Schmollers Jb., Bd. XIV, 1890, S. 13. H. stützte sich dabei auf die Bemerkung von Adam Smith: „Some popular ascetic doctrines which has been current before his time and which placed virtue in the entire extirpation and annihilation of all our passions, were the real foundations of this licentious system“ (Theory of Moral Sentiments, P. VII, sect. II, chap. IV).

dung aus dem Zustand der Wildheit emporgehoben, zu disziplinierten Wesen geworden sind, die in der Arbeit für andere ihr persönliches Interesse finden können, und wo unter monarchischer oder sonstiger Regierungsform jeder einzelne dem Ganzen dienstbar gemacht, die Gesamtheit aber durch kluge Leitung zu einheitlichem Handeln befähigt worden ist. Denn wenn wir unter „Gesellschaft“ bloß einen Haufen von Leuten verstehen, die ohne Gesetz und Regierung lediglich aus natürlicher gegenseitiger Zuneigung oder aus Geselligkeitsbedürfnis zusammenhalten wie eine Herde Kühe oder Schafe, dann gibt es kein Geschöpf auf Erden, das ungeeigneter für die Gesellschaft wäre als der Mensch“.<sup>14</sup>

Demnach kann man nicht sagen, die „Soziologie“ von Mandeville, wenn man sie so nennen darf, beruhe auf der Philosophie Epikurs.<sup>15</sup> Deutlich können wir vielmehr die stoische Tradition in der ursprünglichen calvinistischen Gebundenheit von Mandeville in seiner Gesellschaftsauffassung erkennen, insbesondere wo er betont, daß der Mensch seine eigentliche Aufgabe in der Arbeit für andere finde. Da der Mensch ursprünglich ein furchtsames, nicht räuberisch veranlagtes Tier sei, so liebe er Ruhe und Frieden und würde nie kämpfen, wenn niemand ihm etwas zuleide täte. Dieser furchtsamen Veranlagung seien sämtliche Regierungsformen und Projekte zu verdanken. Auch Mandeville huldigt dabei *avant-la-lettre* der Rollentheorie, wofür der Beweis „einfach“ sei. „Da wir die Gedanken, die unablässig in uns entstehen, nicht verhindern können, so würde aller soziale Verkehr aufhören, wenn wir durch Kunst und kluge Verstellung nicht gelernt hätten, Gedanken zu verbergen und zu verheimlichen. Läge alles, was wir denken, anderen ebenso deutlich vor Augen wie uns selbst, so würden wir uns mit der Fähigkeit der Sprache ausgestattet unmöglich gegenseitig ertragen können“.<sup>16</sup> Gerade weil er Empiriker ist, vermag er die Gestaltfülle der sozialen Rollen zu erkennen. „Wenn ich das tägliche Tun und Treiben der Menschen beobachte, gewährt es mir immer ein großes Vergnügen, die mannigfachen und oft seltsam gegensätzlichen Gestalten zu erblicken, die die Menschen, je nach ihrer Beschäftigung und gesellschaftlichen Stellung, in der Hoffnung auf Gewinn und in dem Gedanken an Geldverdienst annehmen“.<sup>17</sup>

Gerade diese Beobachtung aber schafft auch den Übergang zur ökonomischen Betrachtung. Zwar stehe es fest, daß ein Mensch um so ruhiger und zufriedener ist, je weniger Wünsche und Bedürfnisse er hat. „Je fleißiger einer schafft, um sich selbst mit allem Notwendigen zu versorgen, je weniger er verlangt, von anderen bedient zu werden, desto größerer Beliebtheit wird er sich bei den Mitgliedern seiner Familie erfreuen. je mehr er Frieden und Eintracht liebt, je mehr er sich seines Nächsten erbarmt und überhaupt in wahrer Tugend glänzt, - kein Zweifel, daß er in eben dem Maße Gott und den Menschen wohlgefällig ist. Aber seien wir doch gerecht: welcher Gewinn kann aus alledem entstehen, welcher greifbare Nutzen ergibt sich aus solchem Verhalten für die Förderung des Reichtums, des Ansehens und der weltlichen Machtstellung der Nationen?“<sup>18</sup> Aber nicht nur der „*Wealth of Nations*“ wird dadurch gefördert und gestärkt, sondern auch die einzelnen ärmeren Gesellschaftsmitglieder erhalten dadurch Arbeit und Brot.

14 B. Mandeville, a.a.O., S. 311.

15 A. Rüstow, a.a.O., S. 380.

16 B. Mandeville, a.a.O., S. 313; vgl. S. 64.

17 Ebd.; vgl. S. 67.

18 Ebd., S. 319.

Den Hintergrund bildete der wirtschaftliche Niedergang nach der Glorious Revolution von 1688, der sich insbesondere im Wandel des Theaters und seines Publikums auswirkte. Viele Theater waren beispielsweise gezwungen, infolge des gewandelten Geschmacks des protestantischen Publikums zu schließen, sei es infolge gesetzlichen Verbots oder kommerzieller Aushungerungstaktik. „Dieser Charakterwandel des Publikums verstärkte den Wandel, den das Theater in Fragen des Eigentums, der Finanzierung und des Managements durchlief, den die Unabwegbarkeiten des Risikokapitalismus auslöste“.<sup>19</sup> Diese Veränderungen hatten sogar Auswirkungen auf die Konstruktion der Bühnen. Während sich im 17. Jahrhundert die Schauspieler gewissermaßen inmitten des Publikums befanden, geradezu in einer verletzbar- und handgreiflichen Position, so zogen sie sich infolge der Um- und Neubauten im 18. Jahrhundert zunehmend in die Kulissen zurück. Die alten Theater hatten soziale Intimität geschaffen, die neuen visuell und emotional Perspektive und Distanz. Diese Veränderung ergriff selbstverständlich auch Repertoire und Bühnendichtung, ja generell den kulturellen „Überbau“. Der Verlust der königlichen Theaterbegeisterung in der Zeit zwischen dem Tod von Karl II. und der Thronbesteigung von Georg I. im Jahre 1714 zwang die Schauspieler, ein neues, bürgerliches Publikum zu gewinnen, aber ihre Wirkung bei ihm rief Verachtung und Entsetzen bei der kulturell maßgeblichen Schicht hervor, die ein Jahrhundert lang das Theater mit Talent, Beifall und finanziellem Erfolg versorgt hatte. „Zum Teil spiegelte dieser Niedergang die Geldgier, die die englische Gesellschaft zunehmend prägte ... und innerhalb wie außerhalb des Theaters zeichnete sich ein wachsender Egoismus ab.“<sup>20</sup>

Mandeville kommt derart, wenn er dem Ursprung der sittlichen Tugend nachgeht, zu dem Schluß, daß die ersten Ansätze von Sittlichkeit geschickten Politikern zu verdanken sind, die danach strebten, die Menschen sich gegenseitig nützlich und überhaupt lenkbar zu machen, „damit nämlich die Ehrgeizigen Vorteil daraus ziehen und größere Mengen von ihnen bequemer und sicherer regieren könnten.“<sup>21</sup> Dem Einwand, daß die Vorstellung von Gut und Böse und die Unterscheidung zwischen Tugend und Laster keineswegs die Erfindung von Politikern, sondern die Wirkung der Religion sei, begegnet er mit dem Hinweis, daß er nicht von Juden oder Christen, sondern vom Menschen im Naturzustand und ohne Kenntnis des wahren Gottes spreche. Der Mensch sei derart von Selbstliebe getrieben, sei es auch unbewußt, daß er durch sie sogar verleitet werden könne, gegen seine Interessen zu handeln, wie man bei der Wirkung der Schmeichelei bei Kindern ebensowohl wie bei Toren oder klugen Leuten beobachten könne. Noch deutlicher werde dies bei Kupplern, Spielern, Quacksalbern, Dieben, Banditen und anderen Arbeitsscheuen, die es verstehen, ihren Beutel durch Ausbeutung der Selbstliebe anderer zu füllen. Zwar schelte man nur diese als „Schurken“, doch gebe es kein Fach und Amt im Lande, wo Lug und Trug ganz unbekannt seien.

19 G. Taylor, Shakespeare - Wie er Euch gefällt; Rowohlt's Enzyklopädie, Reinbek/Hamburg 1994, S. 65.

20 Ebd., S. 69. In dieser Zeit setzte sich übrigens Shakespeare endgültig als Klassiker durch - allerdings beim Lese-, nicht beim Theaterpublikum. Der englische „Held der Epoche“, John Churchill, Herzog von Marlborough, der Frankreichs imperiale Ausbreitung bei Malplaquet, Tournai und Mons siegreich zurückgeschlagen hatte, behauptete von sich, er habe seine gesamte Kenntnis der englischen Geschichte von Shakespeare erworben, während sich seine Frau rühmte, sogar zwei Gesamtausgaben von Shakespeare zu besitzen.

21 Mandeville, S. 47.

Doch könne man sagen, daß die Tugend des Lasters Freund wird, wenn fleißige, anständige Leute, die ihre Familien ernähren, Steuern zahlen und in mehrfacher Hinsicht nützliche Mitglieder der Gesellschaft sind, ihren Lebensunterhalt dadurch bestreiten, daß sie verbrecherische Neigungen anderer begünstigen oder auf irgendeinem anderen Wege als dem des Handels dazu beitragen. „So trägt ein Kaufmann, der Getreide oder Tuch in fremde Länder schickt und dafür Wein und Brantwein einkauft, zum Gedeihen des Gewerbes in seinem Vaterlande bei; er begünstigt die Schifffahrt, vergrößert die Zolleinnahmen und befördert auf verschiedene Weise das öffentliche Wohl. Doch läßt sich nicht leugnen: die Hauptsache sind für ihn die Liederlichkeit und Trunksucht seiner Mitmenschen. Denn wenn niemand Wein tränke, als wer seiner bedarf, und auch keiner mehr als sein Wohlbefinden erfordert, so würden die vielen Weingroßhändler, Weinstubenbesitzer und Küfer, die in unserer blühenden Stadt (London) so glänzend dastehen, in einer üblen Lage sein.“<sup>22</sup>

Menschen seien jedoch nicht nach den Konsequenzen ihrer Handlungen zu beurteilen, sondern nach diesen selbst und den Motiven, aus denen heraus sie handelten. „Wenn einem widerlichen Geizhals, der fast Millionär ist und bloß fünfzig Pfund im Jahr ausgibt - obgleich er keine Verwandten als Erben hat -, fünfhundert oder tausend Guineen geraubt werden, so ist gewiß, daß sobald dann das Geld zirkuliert, dem Volk der Raub zugute kommt, und es einen ebenso großen Gewinn daraus zieht, als wenn der Erzbischof dieselbe Summe für Wohlfahrtszwecke hinterlassen hätte.“<sup>23</sup> Gewiß verlange es aber Gerechtigkeit und der allgemeine Friede, daß die Räuber gehängt würden. Der Lebensmittelhändler allerdings, der sie beliefert, obwohl er weiß, wie sie ihr Geld errungen hätten, sei ein ebenso großer Schurke wie seine Kunden. Der gelehrte Verfasser vergißt nicht seinen Juvenal passend zu zitieren: *Dulcis odor lucris ex re qualibet (sat. XIV, 204-205)*.<sup>24</sup> Gewiß ist Geiz ein Laster, und es läßt sich, meint Mandeville, schwerlich ein Unheil nennen, das dadurch nicht schon einmal angestiftet worden ist. Der wahre Grund aber, warum man so viel Klagen darüber höre, sei, daß fast jeder unter ihm leide. „Da man ohne Geld nicht leben kann, so sind diejenigen, die keines haben, und auch keinen, der ihnen welches schenkt, gezwungen, sich der Gesellschaft in irgendeiner Weise nützlich zu machen, um sich welches zu verschaffen ... Nun schätzt aber jeder seine Arbeit ebenso hoch ein wie sich selbst - was gewöhnlich nicht unter dem Wert ist -, so daß die meisten Leute, die das Geld bloß brauchen um es wieder abzugeben, sich einbilden, sie leisteten mehr dafür, als es wert ist.“<sup>25</sup>

Mandeville leitet derart alle psychischen Phänomene umfassend aus der Selbstliebe bzw. dem Egoismus ab, ja sogar das Bedürfnis nach Geselligkeit und die altruistischen Neigungen. Die Verschwendung erscheint ihm daher als die „nobelste der Sünden, jenes lebenswürdige und gutmütige Laster, das den Schornstein rauchen und den Kaufmann gedeihen läßt: ich meine die ungetrübte Freigebigkeit leichtsinniger Genußmenschen, die im Wohlleben erzogen, jede gemeine Profitsucht verabscheuen und lediglich das umherstreuen, was andere mühsam zusammenkratzen.“<sup>26</sup> Genügsamkeit mag eine edle Tugend sein, aber ökonomisch ist sie verwerflich. „Genügsamkeit ist wie Redlichkeit eine Tugend für arme

22 Ebd., S. 80.

23 Ebd., S. 81.

24 „Der Duft des Gewinnes ist süß bei jeglicher Sache“ (Ebd., S. 87).

25 Ebd., S. 93.

26 Ebd., S. 95.

Hungerleider und paßt bloß für kleine Gemeinschaften guter, friedlicher Menschen, die mit ihrer Armut zufrieden sind, wenn sie dabei in Ruhe leben können; ein großes, rastlos tätiges Volk würde aber sehr bald genug davon haben. Sie ist eine träge, verschlafene Tugend, die niemandem zu tun gibt, und daher höchst unbrauchbar in einem Handelsstaate, wo es zahllose Menschen gibt, die auf irgend eine Weise beschäftigt werden müssen.<sup>27</sup>

Vielmehr finden durch den Luxus Millionen von armen Leuten ihren Unterhalt. Dies wird am Beispiel des Handels mit Seide zwischen England und der Türkei nachzuweisen gesucht.<sup>28</sup> „Wir wissen, daß wir die Waren fremder Nationen nicht lange weiter einkaufen könnten, wenn sie nicht unsere Fabrikate dafür in Zahlung nähmen; und warum sollen wir von anderen Nationen anderes erwarten?“<sup>29</sup> Auch wendet er sich gegen die Ansicht, Luxus begünstige Habgier und Raubsucht, korrumpiere die Beamten und entnerve das Volk, so daß es durch den ersten besten Eindringling unterjocht werden könne. Dies komme indes auf Rechnung allgemeiner Mißwirtschaft und schlechter Politik. „Fähige Politiker vermögen jederzeit durch geschickte Veranstaltungen den Handel in Bahnen zu leiten, die ihnen empfehlenswert erscheinen, indem sie nämlich Waren recht hoch besteuern oder gänzlich verbieten und die Abgaben auf andere erniedrigen. Sie werden den Handel mit solchen Ländern, die mit Geld wie auch mit Waren Zahlung leisten können, wenn er sonst ebenso beträchtlich ist, stets dem mit anderen vorziehen, die bloß Güter umsetzen, wie sie bei ihnen selbst produziert werden.“<sup>30</sup>

Bedürfte es noch des Nachweises, daß Mandeville keineswegs ein Zyniker oder Amoralist war, abgesehen davon, daß er viele Elemente der erst im Folgenden formulierten ökonomischen Theorie vorwegnahm, so brauchte man nur seine grundlegenden Auffassungen von einem Staatswesen zu zitieren. „Handel und Gewerbe sind das wichtigste, aber nicht das einzige Erfordernis zum Gedeihen eines Volkes; nebenher ist noch manches andere zu beachten. Mein und Dein müssen gehütet, Verbrechen bestraft, überhaupt alle die Gesetzausübung betreffenden Gesetze weise eronnen und streng gehandhabt werden“.<sup>31</sup> Jedoch „auf das Gewissen der Menschen darf kein Zwang ausgeübt und der Geistlichkeit nicht mehr Beteiligung an Regierungsgeschäften gestattet werden, als der Stifter unserer Religion ihr in seinem Testament zugewiesen hat.“<sup>32</sup> Man solle sich nicht durch das Geschrei beirren lassen, daß Gott schon manches stolze Volk für seine Sünden bestraft und infolgedessen zum Untergang verurteilt habe. Vielmehr sei von all den herrlichen Reichen, von denen die Geschichte zu berichten weiß, keines je zu Fall gekommen, an dessen Untergang nicht hauptsächlich die politische Unfähigkeit oder Mißwirtschaft der Regierenden die Schuld getragen habe. Indes

27 Ebd., S. 97.

28 In der Erstausgabe seiner Schrift hieß es dazu erläuternd: „Da man auf Luxus jetzt verzichtet, /So ist der Handel bald vernichtet./ Manch Handwerk mehr und mehr verfällt,/Betriebe werden eingestellt./ Darnieder liegt Kunst und Gewerb;/ Sie, aller Strebsamkeit Verderb,/ Zufriedenheit läßt sie genießen/ Ihr Weniges und nichts vermissen ...“ (ebd., S. 37).

29 Ebd., S. 101. Es habe ihm Verdruß bereitet, meint M., mehrere Leute, die sich gegen diese Auffassung wendeten, im Laufe der Jahre angetroffen zu haben, weshalb es ihm eine Genugtuung gewesen sei, daß das Parlament 1721 sich seine Auffassung zu eigen gemacht habe.

30 Ebd., S. 103/104.

31 Ebd., S. 104. Besondere Aufmerksamkeit sollten die Minister der auswärtigen Lage schenken und sich hinreichend über die Verhältnisse in den benachbarten Ländern informieren.

32 Ebd., S. 105.



trügen Eitelkeit und Neid dazu bei, Beschäftigung zu schaffen und gerade auch der ärmeren Bevölkerung, wie es auch durch die Mode der Fall sei, Brot zu geben.

Indem er sich von der Philosophie Epikurs distanziert, ohne sich auf Etymologie von Worten einzulassen, glaubt er, „ein Mensch kann mit Recht all das vergnüglich nennen, was ihn vergnügt. Dieser Definition gemäß werden wir nun weiterhin über die Vergnügen des Menschen ebensowenig wie über ihren Geschmack disputieren: *Trahit sua quemque voluptas*.“<sup>33</sup> Vor allem aber strebten bei den explizit religiösen Menschen Reden und Taten auseinander. Gegen sie wird Montaigne ins Feld geführt: „Einige betrügen ihre Mitmenschen und möchten den Anschein eines Glaubens erwecken, den sie in Wirklichkeit nicht haben; bei weitem die Mehrzahl aber betrügt sich selbst, indem sie nicht bedenkt und sich gründlich überlegt, was es heißt zu glauben.“<sup>34</sup> Gegen den dadurch erweckten Anschein, alle Menschen seien entweder Narren oder Betrüger schließt er sich dem Ausspruch von Bayle an, der Mensch sei ein so unergründbares Geschöpf, daß er in den allermeisten Fällen gegen seine Überzeugung handele, was jedoch ein Kompliment für die Menschennatur darstelle, da wir entweder dies oder etwas Schlimmeres annehmen müßten.<sup>35</sup> Der Egoismus der Taten verstecke sich immer nur hinter den sittlichen Bekundungen der Rede.

Und doch ist der seit undenklichen Zeiten wachsende Wohlstand der menschlichen Gesellschaft nur auf Arbeitsteilung und Kooperation zurückzuführen. Die Grundlage der Gesellschaft bildet der gegenseitige Austausch von Diensten und Gütern. Es steht daher z.B. fest, „welche Menge von Menschen und wie viele Gewerbe müssen ... dazu beitragen, auch nur das gewöhnlichste Yorkshire Tuch zu erhalten? Welche Überlegungen und Findigkeit, was für Mühe und Arbeit und wieviel Zeit muß es gekostet haben, ehe die Menschen es verstanden, eine Saat aufzubringen und ein so nützliches Produkt wie Leinwand zu verfertigen!“<sup>36</sup> Alles zusammengefaßt, führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, die Ursache und Grundlage der Gesellschaft sind die Bedürfnisse, Leidenschaften und Laster. Das Zusammenwirken und die Geselligkeit der Menschen entspringen der Vielfalt ihrer Bedürfnisse und dem Widerstand, sie zu befriedigen.

Nur wenn Menschen „ein geringes Einkommen haben und außerdem auch noch ehrlich sind, dann fangen sie in der Regel an, genügsam zu werden, vorher aber nicht.“<sup>37</sup> Die Erfahrung lehre, „daß die Menschen ihre Leidenschaften nie oder wenigstens sehr selten auf Grund von Überlegungen oder Vorschriften aufgeben; daß vielmehr, wenn etwas sie von ihren natürlichen Neigungen abziehen soll, dies ein Wechsel in ihren Lebensumständen oder Geldverhältnissen sein muß.“<sup>38</sup> Dessenungeachtet oder gerade deswegen liege in der Arbeit des einfachen Volkes die Grundlage des Wohlstands einer Nation, sie ist ein größerer Schatz als Gold oder Silber. Geld hat keinen Wert an sich, es dient zur Auszahlung der Löhne und für den Handel, zu viel Geld ist sogar schädlich, wie das spanische Beispiel zeige. Bei alle-

33 *Vergil*, Eklogen II, 65 („Jeden treibt die eigene Lust“), ebd., S. 133. Damit wird die Lehre der Stoiker konfrontiert, die allerdings Glück und Seelenfrieden verspricht, aber wenig ökonomischen Nutzen stiften kann (ebd., S. 135-136).

34 Ebd., S. 130.

35 Ebd.

36 Ebd., S. 152.

37 Ebd., S. 162.

38 Ebd., S. 163.

dem aber bildet der Egoismus - und sei er auch noch so verdeckt - die eigentliche Triebkraft.

Alle Teile der entstehenden Wirtschaftstheorie, die keineswegs wie eine wohlgerüstete Pallas Athene dem Haupt eines allwissenden Zeus entsprang, lagen zur Hand, man mußte sie nur noch, nachdem noch die Physiokraten mit ihrem Konzept des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts und des Kreislaufs vorangegangen waren, analytisch kunstvoll zusammenfügen. „Die Tatsachen waren es, die menschlichen Leidenschaften und des menschlichen Handelns“,<sup>39</sup> die Mandeville mit dem wissenschaftlichen Impetus des unbedingten Willens zur Wahrheit aufgespürt und vorgetragen hatte. Es war Adam Smith, Deist und Stoiker, der daraus den Glauben an eine göttliche Weltharmonie mit ihrer „unsichtbaren Hand“ schöpfte und die Auffassung von La Rochefoucauld und Mandeville vom Eigennutz als wirtschaftlicher Triebkraft mit dem Nachweis des unsichtbaren Automatismus der Marktgesetze zu verknüpfen wußte. Englands Wohlstand im 18. Jahrhundert gründete sich überdies zum großen Teil auf seinen Erfolg als Handelsnation, und Shakespeare wurde eines seiner erfolgreichsten kulturellen Exportgüter.<sup>40</sup>

Noch bevor Kurfürst Georg Ludwig, in dessen Diensten Leibniz stand, 1712 als König Georg I. nach England ging, hatte er, dessen unerschütterliches philosophisches Ethos darin bestand, das öffentliche Wohl durch die Wissenschaften zu fördern, in Wien Gelegenheit, seine Gedanken über Münzreformen, Neuordnung des Geldwesens, Verbesserung des Handels und der Leinenmanufaktur, Einrichtung einer Versicherungskasse und Erhebung einer freiwilligen „Christlichen Türkensteuer“ vorzutragen. Ausgangspunkt seiner Überlegungen war dabei, daß der Inbegriff des Nutzens nicht im persönlichen Vorteil des einzelnen bestand, sondern im allgemeinen Wohl, nicht in der Lust an der Selbstbereicherung oder Einkommenssteigerung, sondern in der Liebe zum Mitmenschen, dessen Wohlergehen auch für den anderen einen Lustgewinn bedeutet. Die Zeit war reif geworden, die in Politik und Gesellschaft eingebettete ökonomische Problematik, von der hohen Warte der Philosophie herabsteigend, mit dem neugewonnenen wissenschaftlichen Instrumentarium des Zeitalters, zu untersuchen und zu klären.

Mandeville hatte sich indes noch den heftigsten Angriffen auf seine Schrift ausgesetzt gesehen. Wie weit bei ihm in seiner philosophischen Haltung etwa Spinoza mit seiner großen Synthese zwischen Stoizismus und Epikurismus<sup>41</sup> vorgearbeitet habe, können wir hier dahingestellt sein lassen. Hingegen „die tiefe Einwirkung Laroche Foucaulds auf Mandeville nachzuweisen, wäre überflüssige Arbeit.“<sup>42</sup> Allerdings geriet die Bedeutung von La

39 Gary Taylor, a.a.O., S. 204. Bei Shakespeare hatte übrigens „fact“ noch die Bedeutung von „Verbrechen“ (ebd., S. 205).

40 Mitte des 18. Jahrhunderts verschob sich in England - nicht aber in Schottland der Mittelpunkt des kulturellen Lebens gewissermaßen vom Kaffeehaus zum Salon.

41 A. Rüstow, Ortsbestimmung der Gegenwart, Bd. II, Erlenbach-Zürich 1952, S. 381. Vgl. a. ders., Stoizismus und Epikurismus bei Adam Smith, Anhang II von: Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, 2. Aufl., München 1950, S. 106-111. Auf diese Weise geriet M. für Rüstow zu einem der Väter der Marktwirtschaft nicht allein, sondern der sozialen Marktwirtschaft.

42 W. Hasbach, a.a.O., S. 26. Auch hier halten wir es mit dem Kant-Wort: „Wenn man Erfinder sein will, so verlangt man der Erste zu sein; will man nur Wahrheit, so verlangt man Vorgänger“ (RefI. 2159). Was im übrigen die an die obige Feststellung geknüpfte Bemerkung von Alexander Rüstow anbelangt „vgl. meine Geschichte der Wirtschaftswissenschaft, die bei A. Francke in Bern erscheinen soll“

Roche foucauld der jungen Volkswirtschaftslehre bald aus dem Gedächtnis, während Mandeville ihr im 19. Jahrhundert noch ganz präsent war. Noch vor dem vielbelesenen Wilhelm Roscher hatte Bruno Hildebrand, ein anderer Gründungsvater der emporkommenden historischen Schule der Volkswirtschaftslehre, der Adam Smith als einzig ebenbürtig neben Kant stellte, welcher „eine ähnliche Stellung in der Geschichte der Philosophie“ einnehme, Mandeville neben Locke und Hume eingeräumt, in einzelnen Sätzen“ Smith vorweggenommen zu haben.<sup>43</sup> Noch zu Beginn unseres Jahrhunderts war bewußt, „schon Mandeville hat in seiner 'Bienenfabel' dartun wollen, daß ein Gemeinwesen nur gedeihen könne, wenn als natürliche Triebfeder des menschlichen Handelns der Egoismus die maßgebende Rolle spielt.“<sup>44</sup> Mombert erinnerte an Mandeville und sein sarkastisches Lob von Egoismus und Laster, die dazu dienten, Millionen von Armen zu erhalten und hielt fest, Smith' „Theorie des Egoismus geht auf Hume und Mandeville zurück.“<sup>45</sup>

Auch Gide und Rist erinnerten sich noch an Mandeville.<sup>46</sup> Schumpeter fiel an Mandeville insbesondere die „eulogy on spending and an indictment of saving“ auf und erinnerte: „Adam Smith, like other virtuous people, was hard on this piece of work ... Smith cannot have failed to perceive that Mandevilles argument was an argument for Smith's own pure Natural Liberty couched in a particular form.“<sup>47</sup> Dementsprechend hatte sich auch Carl Brinkmann bei seiner Behandlung der Voraussetzungen des wirtschaftstheoretischen Konkurrenzmodells erinnert: „Einen guten Sinn behält auch in moderner Theorie das Konkurrenzmodell dann, wenn wir es als einen Grenzbegriff nehmen, von dem aus das seit Mandevilles Bienenfabel immer wieder mit Recht bewunderte Zustandekommen autoharmonischer Wirkungen aus zunächst disharmonischen Ursachen in der Wirtschaft als Möglichkeit zu erklären ist.“<sup>48</sup>

Selbstverständlich ist L.J. Zimmermann sein vermeintlicher Landsmann, „der in England lebende holländische Arzt Bernard de Mandeville“ erinnerlich, geht doch die „Theorie des Egoismus“ von Adam Smith auf Mandeville zurück.<sup>49</sup> So habe Mandeville „auf die Bedeutung des Egoismus als der natürlichen Triebfeder des menschlichen Geschehens“ hingewie-

---

(Ortsbestimmung der Gegenwart, Bd. II, a.a.O., S. 666), so wird immer zu bedauern bleiben, daß er das umfangreiche Manuskript, das Betriebswirtschaftslehre, Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftstheorie sei der Antike umfaßte, nie vollendet hat, so daß das angekündigte Werk nie erschienen ist, die einschlägigen Erkenntnisse und Forschungsergebnisse teilweise über seine verschiedenen Schriften verstreut blieben, da seine mehrfach wiederholte Vorlesung „Geschichte der Wirtschaftswissenschaft“ erkennen ließ, welch wertvolle Einsichten hier zu erwarten waren.

- 43 B. Hildebrand, Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft, Bd. I (einziger Band), Neuausgabe, Jena 1922, S. 13-14.
- 44 P. Mombert, Geschichte der Nationalökonomie, Jena 1927, S. 204-205.
- 45 Ebd., S. 27. Selbstverständlich wußte er auch, daß Mandeville in Erinnerung an Montaignes „Essays“ von 1585 dessen gegenteilige Auffassung zurückgewiesen und festgehalten habe: „Das öffentliche Wohl erfordert es nicht, daß man verrät, daß man lügt und daß man mordet“ (ebd., S. 40).
- 46 Ch. Gide/Ch. Rist, Histoire des doctrines économiques, 7ème éd., vol. I, Paris 1947, S. 59, 60, 78. Auffälligerweise aber haben sie ihren Landsmann La Rochefoucauld vergessen.
- 47 J.A. Schumpeter, History of Economic Analysis, New York 1954, S. 184; vgl. S. 325.
- 48 C. Brinkmann, Wirtschaftstheorie, Grundriß der Sozialwissenschaft, Bd. I, § 36: Voraussetzungen des Konkurrenzmodells, Göttingen 1953, S. 84.
- 49 L.J. Zimmermann, Geschichte der theoretischen Volkswirtschaftslehre, Köln-Deutz 1954, S. 27, 60.

sen, betont Gerhard Stavenhagen.<sup>50</sup> „In der Folgezeit wird der Egoismus als gestaltendes Prinzip der Wirtschaft immer wieder hervorgehoben.“ Dann schien sich die Spur von Mandeville, hatte man doch bereits La Rochefoucauld erfolgreich „überwunden“, zu verlieren. Aber es ist nicht so leicht, den Namen eines Mannes, der mit ebenso viel Scharfsinn wie Emphase ein ebenso wohl moralisches wie anthropologisches als auch sozialwissenschaftliches Problem aufgeworfen hatte, „auf die Schädelstätte des Geistes“ oder besser gesagt in den Orkus des Vergessens zu werfen. Die Empörung, die sein Buch hervorgerufen hatte, war schließlich nicht die einzige Reaktion, die es ausgelöst hatte. „Im Kern seines Gedankengangs, der seinem Buch einen hervorragenden Platz in der Geschichte der utilitaristischen Lehre eingetragen hat, stand Mandevilles Behauptung, daß die vorwiegend unmoralischen Motive des individuellen Verhaltens zwar der Absicht nach dem öffentlichen Interesse entgegenstünden, das letzteres aber in Wirklichkeit von den Ergebnissen jenes Verhaltens befördert werde.“ Er hatte gezeigt, daß Sparsamkeit dem Allgemeininteresse abträglich und blanke Habgier das Motiv derer, die ihrem Beruf erfolgreich nachgehen“ ist ... „Die Frage schloß ein moralisches wie auch ein logisches Problem ein.“<sup>51</sup> Mag dieses Problem logisch gelöst, theoretisch zeitweilig bewältigt, moralisch „überwunden“ erscheinen, so wird es doch immer wieder auftauchen und mit ihm der Name jenes Mannes, der es in ebenso scharfsinniger wie geistreicher Weise aufgeworfen hatte.

---

50 G. Stavenhagen, *Geschichte der Wirtschaftstheorie*, 3. Aufl., Göttingen 1964, S. 28.

51 K. Pribram, *Geschichte des ökonomischen Denkens*, Bd I., Frankfurt a.M. 1992, S. 235-237.

## Forschungs- und Literaturberichte

# Banken, Großbanken, Macht der Banken. Überlegungen zur Geschichte der Deutschen Bank\* als Baustein einer Geschichte deutscher Banken

Von Richard Tilly (Münster i. W.)

Seit jeher, das heißt also bereits seit ihrer Entstehung, haben die Großbanken eine herausragende Stellung in der deutschen Wirtschaftshistoriographie beansprucht - als Machtfaktor, als Motor des wirtschaftlichen Fortschrittes, gelegentlich auch als Krisenherd. Im folgenden wird auf diese historiographische Tradition eingegangen. Den Anlaß dazu bietet die Publikation der Geschichte der Deutschen Bank - eine Jubiläumsschrift zum 125. Geburtstag dieses renommierten Unternehmens -, die sowohl zur Orientierung wie auch zur Illustration des bezeichneten Themas dient. Nach einer kurzen historiographischen Skizze, in der Leitfragen und Probleme der aktuellen Forschung angerissen werden, sollen die Etappen der Geschichte der Deutschen Bank, die zugleich den Perioden der deutschen Bankgeschichte entsprechen, im Lichte dieser Leitfragen erörtert werden.

## I.

Aus methodischer Sicht lassen sich drei Phasen der Bankengeschichte ausmachen, die sich zwar teilweise überlappen, jeweils jedoch einem bestimmten Leitthema entsprechen. Die erste dieser Phasen begann vor ca. 100 Jahren im Wilhelminischen Kaiserreich, gleichsam als Ergebnis einer quasi-öffentlichen Diskussion unter Ökonomen wie auch unter Journalisten und Bankiers über die wachsende Marktmacht der Großbanken.<sup>1</sup> Bei aller Kritik an der „Macht der Banken“, die ja auf Kosten der Existenz oder Autonomie zahlreicher Privatbankiers und kleinerer Kreditinstitute realisiert wurde, setzte sich in dieser Debatte eine eher „großbankenfreundliche“ Sicht durch, wenn auch dabei unterschiedliche und teils widersprüchliche Argumente verwandt wurden. Dieses hoben hervor:

1. daß die Konkurrenz im Kreditsektor und insbesondere unter den überlebenden Großbanken recht intensiv geblieben war und die Situation insofern keine einseitige Machtverschiebung zuungunsten der Industrie darstellte;
2. daß Großbanken eher den Bedürfnissen der korporatistischen Struktur der deutschen Industriewirtschaft entsprachen als denkbare Alternativen, weil sie einerseits das Entstehen starker Unternehmen förderten, die im internationalen Wettkampf gegenüber den Interessen anderer Länder besser bestehen, und andererseits im Falle einer internationalen politischen Krise leichter in den Dienst des politischen Ziels des Landes gestellt werden konnten.

\* Lothar Gall, Gerald D. Feldman, Harold James, Carl-Ludwig Holtfrerich und Hans E. Büssgen, Die Deutsche Bank 1870 - 1995, München, Beck Verlag 1995.

1 Als Beispiele: J. Riesser, Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland, Jena 1910; O. Jeidels, Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie, mit bes. Berücksichtigung der Eisenindustrie, Leipzig 1905 und R. Hilferding, Das Finanzkapital, Berlin 1910.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde in einer Diskussion, die die internationalen Gegebenheiten verglich, diese deutsche Bankenstruktur ebenfalls überwiegend positiv beurteilt.<sup>2</sup> Diese Sichtweise findet bis in die Gegenwart Unterstützung, oder besser: die Literatur zur „Rolle der Großbanken“ betont noch immer die positiven Elemente der Macht der Großbanken und die damit zusammenhängenden, starken „korporatistischen“ Elemente der deutschen Wirtschaftsordnung, wobei allerdings die Folgen dieser Struktur für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft unterschiedlich beurteilt werden.<sup>3</sup>

Seit dem Zweiten Weltkrieg bestimmt jedoch eine zweite Interpretationslinie immer stärker die wirtschaftshistorische Behandlung der Großbanken. Die Rolle der Banken und insbesondere der Großbanken wird als entscheidende Determinante der wirtschaftlichen Entwicklung angesehen. Banken werden sozusagen als Produktionsfaktor aufgefaßt, ebenso wie „Arbeit“ oder „Kapital“, ein Faktor, der das Wirtschaftswachstum spürbar beschleunigen oder bremsen kann. Diese Sichtweise wurde aus der damals aktuellen Problematik der Entwicklungsländer geboren.<sup>4</sup> Bahnbrechend erwies sich hier vor allem die These von Alexander Gerschenkron über die Entstehung der Universalbanken als einer institutionellen Antwort auf die wirtschaftliche Rückständigkeit und die allgemeine Kapitalknappheit in Deutschland im 19. Jahrhundert.<sup>5</sup> Diese fruchtbare Idee wurde von dem Amerikaner Rondo Cameron aufgegriffen und in den Mittelpunkt eines international-vergleichenden Forschungsprogrammes zur Banken- und Wirtschaftsgeschichte gerückt.<sup>6</sup> Die zugrundeliegende Idee bestand darin, den Vergleich zwischen verschiedenen Ländern möglichst so zu strukturieren, daß damit das Gewicht der unterschiedlichen Bankinstitutionen als Wachstumsfaktoren identifiziert und gemessen werden konnte. Allerdings spielte aus Camerons Sicht nun nicht allein der funktionale Zusammenhang zwischen der Herausforderung einer nationalen Entwicklungsmöglichkeit und der erfolgreichen institutionellen Antwort - quasi ein „Challenge“ und „Response“- Schema - die entscheidende Rolle, sondern auch politische Faktoren innerhalb der Geschichte eines Landes, die in diesem Zusammenhang auch disfunktional wirken konnten. Ob ein Land ein effektives und wachstumsförderndes Bankensystem entwickeln konnte, hing also nicht nur vom Bedarf, sondern auch von der Politik des Landes ab.

2 A. Weber, Depositenbanken und Spekulationsbanken. Ein Vergleich deutschen und englischen Bankwesens, 3. Aufl. München und Leipzig 1922; A. Marshall, Industry and Trade, London 1923; F. Lavington, The English Capital Market, London 1921; P.B. Whale, Joint-Stock Banking in Germany, London 1930.

3 Hierzu A. Schonfeld, Modern Capitalism, Oxford 1965; W. Abelshausen, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a.M. 1983; R. Klump, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden 1985.

4 Dogmenhistorisch nimmt J.A. Schumpeter, der theoretisch bereits 1911 die Banken und insbes. die Großbanken als Entwicklungsmotor der Wirtschaft erkannt hat, eine Sonderstellung ein. Vergl. J.A. Schumpeter, Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 1911 (6. Aufl. Berlin 1964), ders., Business Cycles, 2 Bde., NewYork 1939.

5 A. Gerschenkron, Economic Backwardness in Historical Perspective, Cambridge, MA. 1962.

6 R. Cameron, Banking in the Early Stages of Industrialization. New York 1967; ders., Banking and Economic Development: Some Lessons of History. Oxford U.P., New York 1972 für einen Überblick S. Pollard/D. Ziegler, Banking and Industrialization, in: Y. Cassis (Hg.), Finance and Financiers in European History, Cambridge 1992, S. 17-36.

In den letzten zwanzig Jahren hat nun noch ein dritter, stärker von den Wirtschaftswissenschaften angeregter Interpretationsstrang in die bankgeschichtliche Literatur Eingang gefunden. Dieser betont vor allem die Informationsprobleme und insbesondere die Informationsasymmetrie zwischen den Kreditgebern und den Kreditnehmern als Motiv für das Entstehen unterschiedlicher Bankinstitutionen bzw. als eine Determinante der Funktionsweise der verschiedenen Kredit- und Bankinstitutionen. Hier wird insbesondere die institutionelle Abhängigkeit von Märkten - auch von Finanzmärkten - betont, und es wird deutlich, daß gut funktionierende Märkte sowie auch die diese Märkte stützenden Institutionen keineswegs selbstverständlich sind.<sup>7</sup> Aus dieser Sicht könnte die Macht der Großbanken als institutionelles Mittel zur Überwindung asymmetrischer Informationen angesehen und, an institutioneller Abhängigkeit eines Kreditnehmers gemessen, als ein Entgelt für den Nutzen eines relativ sicheren Zuganges zum Bankenkredit interpretiert werden. Es liegen inzwischen mehrere Versuche vor, die Entwicklung der deutschen Großbanken in diesem Sinne zu deuten.<sup>8</sup> Darin wird auch die aktuelle Debatte über die Vor- und Nachteile von Universalbanken als dominierende Teile eines „bankorientierten Finanzsystems“ im Vergleich zu sog. „marktorientierten Finanzsystemen“ angesprochen.<sup>9</sup>

Aus dieser kurzen historiographischen Skizze der Bankengeschichte ergeben sich für die Beurteilung der vorliegenden Arbeit zur Geschichte der Deutschen Bank vier Fragen, die in den folgenden Abschnitten diskutiert werden sollen:

- 7 Wie Generationen von Nationalökonomern gelehrt haben. Aber wie schon A. Smith angedeutet hat, hing die Effektivität und Größe eines Marktes von Transaktionskosten und dessen Benutzung ab. Hierzu vergl. D. North, *The New Institutional Economics*, in: JITE (Zt.StW.) 142, 1986; der locus classicus der wirtschaftstheoretischen Diskussion der Informationsasymmetrie ist G. Akerlof, *The Market for Lemons. Quality Uncertainty and the Market Mechanism*, in: *Quarterly Journal of Economics* 84, 1970, S. 448-500.
- 8 W.P. Kennedy/R. Britton, *Portfolioverhalten und wirtschaftliche Entwicklung im späten 19. Jahrhundert. Ein Vergleich zwischen Großbritannien und Deutschland. Hypothesen und Spekulationen*, in: R. Tilly (Hg.), *Beiträge zur quantitativen vergleichenden Unternehmensgeschichte*, Stuttgart 1985; R. Tilly, *Zur Entwicklung der deutschen Universalbanken im 19. und 20. Jahrhundert. Wachstumsmotor oder Marktkartell? Demnächst in: S. Pollard/D. Ziegler (Hg.), Markt, Staat, Planung. Historische Erfahrungen mit Regulierungs- und Deregulierungsversuchen*, St. Katharinen 1992; *ders.*, *Macht der Banken Deutsche Wirtschaftsgeschichte und die „Neue Institutionen-Ökonomik“*, in: D. Bögenfeld u.a. (Hg.), *Soziale Welt und soziologische Praxis. Soziologie als Beruf und Programm. Festschrift für Heinz Hartmann*, Göttingen 1995; C. Fohlin, *Financial Intermediation, Investment, and Industrial Development: Universal Banking in Germany and Italy from Unification to World War I*, Diss. Univ. of California, Berkeley 1994; H. Wixforth, *Banken und Schwerindustrie in der Weimarer Republik*, Köln 1995; M. Hellwig, *Banking, financial intermediation and corporate finance*, in: A. Giovannini/C. Mayer (Hg.), *European Financial Integration*, Cambridge (Engl.) 1991; J. Cable, *Capital Market Information and Industrial performance: the Role of West German Banks*, in: *Economic Journal* 95, 1985, S. 118-32; J. Edwards/K. Fischer, *Banks, Finance and Investment in Germany*, Cambridge, N.Y. 1993.
- 9 G. Conti, *Alternative financial systems in industrial economies, 1970 - 1985*, in: V. Zamagni (Hg.), *Finance and the Enterprise*, London 1992; A. Steinherr, *Performance of Universal Banks: Historical Review and Appraisal*. Konferenzpapier New York, Februar 1995.



1. Inwiefern reflektieren mächtige Großbanken und ihre Verhaltensweisen - und dabei ist natürlich in erster Linie an die Deutsche Bank zu denken - die unterschiedlichen Bedürfnisse einer Volkswirtschaft, denen sie dienen, und inwiefern zeigen sich bedarfsfremde, z. B. politisch bedingte, disfunktionale Einflüsse?
2. Haben mächtige Großbanken ihre Macht gegenüber Industrieunternehmen eingesetzt?
3. Lassen sich aus der Geschichte dieser mächtigen Großbanken Anhaltspunkte für die These entwickeln, sie hätten einen nennenswerten Beitrag zur Entwicklung der Volkswirtschaft geleistet?
4. Lassen sich unterschiedliche Bankinstitutionen und -verhaltensweisen gegenüber der Industrie dokumentieren und diese als unterschiedliche Antworten auf das Problem asymmetrischer Informationen interpretieren?

## II.

Bis zum Gründungsjahr der Deutschen Bank 1870 waren die Weichen für die institutionelle Entwicklung des deutschen Bankensystems längst gestellt: die Etablierung von kapitalkräftigen Universalbanken, die sich inzwischen von ihren Gründern, überwiegend Privatbankiers, weitgehend emanzipiert hatten, sowie eine faktische Monopolisierung des Banknotengeschäftes durch eine staatliche Institution, die Preußische Bank, die zugleich den überregionalen Zahlungsverkehr und das kurzfristige Diskontkreditgeschäft dominierte und damit die privaten Geschäftsbanken noch stärker in die Richtung einer weniger liquiden Industriefinanzierung drängte, ferner die Ausbreitung von regional und mittelständisch-ausgerichteten Institutionen, die Sparkassen und Kreditgenossenschaften.<sup>10</sup> Die Deutsche Bank konnte diese Entwicklungen nicht merklich beeinflussen. Keineswegs neu in ihrem Geschäftsbereich war das häufig hervorgehobene Depositengeschäft; dies stellte nach wie vor einen zentralen Teil jedweder Banktätigkeit dar, und das nicht erst seit 1870.<sup>11</sup> Neu am Konzept der neugegründeten Deutschen Bank war die Überlegung, wie Lothar Gall hervorhebt, daß die „deutsche“ Volkswirtschaft für die erwünschte außenwirtschaftliche Expansion die Hilfe von international orientierten Banken deutscher Herkunft benötigen würde. Die anfängliche stark außenwirtschaftliche Ausrichtung der Deutschen Bank entspricht diesen Erwartungen. Sie macht auch verständlich, weshalb deutsche Privatbankiers so stark an ihrer Gründung mitgewirkt haben, denn diese sahen darin keine zukünftige Konkurrentin, sondern glaubten einer Institution zum Leben zu verhelfen, die eine von ihnen selbst nicht abzudeckende Marktnische erfolgreich besetzen würde. Daß die Deutsche Bank dann die ursprünglich vorgesehene Aufgabe nicht erfüllte, lag an der übermächtigen Konkurrenz britischer Institutionen. Die Deutsche Bank erkannte dies sehr bald, faßte auch als erste deutsche Institution im Londoner Finanzzentrum Fuß - sozusagen als „Flucht nach vorne“ - und gründete bereits 1873 die „London Agency“.<sup>12</sup> Andere deutsche Großbanken folgten ihr später darin. Diese Gründung

<sup>10</sup> H. von Poschinger, Bankpolitik in Preußen, 3 Bde., Berlin 1879 (Neudruck Glashütten i. T. 1971); M. Pohl, Entstehung und Entwicklung des Universalbankensystems, Frankfurt a.M. 1986.

<sup>11</sup> L. Galls Formulierung, Deutsche Bank (im folgenden DB), S. 20: „Die etablierten Privatbankiers und auch die älteren Großbanken hatten es bisher abgelehnt, mit Einlagegeldern zu betreiben ... und ... betrieben ihre Geschäfte statt dessen ausschließlich mit dem Eigenkapital...“, ist deshalb nicht zuzustimmen.

<sup>12</sup> Vergl. hierzu M. Pohl, 100 Jahre Deutsche Bank London Agency, in: Beiträge zu Wirtschafts- und Währungsfragen und zur Bankengeschichte, Nr. 10. Frankfurt a.M. 1973 und R. Tilly, International

ist insofern erwähnenswert, als die Chance, internationale Finanztransaktionen über London und die britischen Institutionen preisgünstig abzuwickeln, den deutschen Banken mehr Spielraum für die Finanzierung inländischer Aktivitäten brachte. Auch diese Arbeitsteilung erleichterte den deutschen Banken, zu Hause Universalbankgeschäfte zu betreiben.<sup>13</sup>

Damit wird die wichtige Frage der Industriefinanzierung angesprochen, die auch in Galls Darstellung einen respektablen Platz einnimmt (S. 26 – 52). Bei der „Industriefinanzierung“ spielte natürlich „Bankenmacht“ eine erhebliche Rolle.<sup>14</sup> Welches neue Licht kann Galls Kapitel auf diese alte Frage werfen? Die üblichen Beispiele des Industrieengagements der Deutschen Bank werden referiert: nämlich AEG, Siemens und Mannesmann, darüber hinaus insgesamt die über Carl Klönne gelaufenen Beziehungen zum rheinisch-westfälischen Industriegebiet. Das Urteil fällt wie erwartet differenziert aus: obwohl in manchen Situationen die Deutsche Bank durchaus ihren Einfluß auf die unternehmerischen Entscheidungen geltend machen konnte, gab es nicht selten Konstellationen, in denen die Deutsche Bank ihren Willen nicht durchsetzen konnte oder gar dem Rat und Drängen ihrer Klienten folgte oder folgen mußte. Dies war so, weil die industriellen Unternehmen wegen eines hohen Selbstfinanzierungsgrades meist selbst unabhängig von den Banken handeln konnten und sie oft in der Lage waren, den Wettbewerb unter den Banken zu ihren Gunsten zu nutzen. Dieser Hinweis auf Wettbewerb benennt das entscheidende Argument gegen die These von der „Macht der Banken“, wie sie u.a. von Hilferding vertreten worden ist.<sup>15</sup> Allerdings werden nur wenige Informationen über die Art und Intensität des Wettbewerbs zwischen den Banken mitgeteilt. Außerdem geht Gall kaum auf die Beziehungen zu kleineren Industrieunternehmen ein, welche den Löwenanteil der Kreditnehmer der Deutschen Bank ausgemacht und die ihr ziemlich machtlos gegenübergestanden haben dürften. Anscheinend verbietet die Quellenlage mehr als Mutmaßungen zu dieser Frage, so daß Galls Beitrag die herrschende Meinung einer „Ambivalenz“ der Machtbeziehungen zwischen Banken und Industrie bestätigt, aber nicht darüber hinausgeht.

Galls Ausführungen zur sozialen Position der Direktoren der Deutschen Bank und zum politischen Engagement der Deutschen Bank bieten hingegen recht interessante und auch neue Informationen. Aus diesem Grund fallen vermutlich die Abschnitte III (über „Auslandsgeschäfte“) und IV so breit aus, denn die hier dargestellten Geschäfte waren ökonomisch

Aspects of the Development of German Banking, in: *Cameron/Bovykin (Hg.)*, International Banking 1870 – 1914, New York 1991.

- 13 In dieser Hinsicht blieb die Deutsche Bank führend. Der bevorzugte Zugang zum Londoner Markt mag auch ein wichtiger Pfeiler ihrer Führungsposition im deutschen Geld- und Kreditsystem geworden sein. Doch fehlen genauere Angaben über den Zusammenhang.
- 14 Oder anders formuliert: es ist wichtig zu wissen, inwiefern Bankenmacht — wie auch immer definiert und gemessen — und nicht reine Tauschbeziehungen — das Verhältnis zwischen Banken und Nichtbankunternehmen bestimmt hatten. Aufgrund neuerer Beiträge zur Informationsökonomik läßt sich behaupten, daß unter Umständen marktbedingte Abweichungen von rein marktwirtschaftlichen Konkurrenzbeziehungen ein besseres Ergebnis aus wohlfahrtsökonomischer Sicht herbeiführen könnten als die atomistische Konkurrenz des Lehrbuchmodells. *G. Akerlof; J. Stiglitz*, Credit Markets and the Control of Capital, in: *Journal of Money, Credit and Banking*, 17/1, 1985, S. 133–52.
- 15 *U. Wellhöner*, Großbanken und Großindustrie im Kaiserreich, Göttingen 1989 bringt ähnliche Belege.

misch betrachtet relativ unbedeutend.<sup>16</sup> Möglicherweise war jedoch die indirekte ökonomische Bedeutung solcher Geschäfte, als Indizien des sozio-politischen Ranges im Wilhelminischen Kaiserreich, höher einzuschätzen. Politisch hochrangige Projekte - wie etwa die Bagdadbahn - erhöhten zweifelsfrei die Reputation der Deutschen Bank. Da soziale Reputation nach heutigen Erkenntnissen der Wirtschaftswissenschaften eine höchst potente ökonomische Größe sein kann, sind diese Ausführungen zum Verständnis der Rolle und der Macht der Deutschen Bank und der Großbanken im Kaiserreich von beträchtlicher Bedeutung.

Aus heutiger Sicht scheint die Zeit vor 1914 das goldene Zeitalter der großen deutschen Universalbanken gewesen zu sein. In diesem Zeitraum haben sie eine ökonomische Position errungen, die in der Geschichte der Industrieländer wohl einmalig gewesen ist: 1913 waren die drei größten deutschen Unternehmen und 17 der 25 größten deutschen Unternehmen Banken.<sup>17</sup> Diese Zahlen reflektieren eine recht erfolgreiche Entwicklung. Trotz der o.e. „Ambivalenz“ der Machtbeziehungen zwischen Banken und Industrie in dieser Zeit könnte man insgesamt das Kaiserreich als die Periode bezeichnen, in der sich das Universalbankensystem als Wachstumsstütze bestens bewährt hat. „Lernen aus der Geschichte“ für die Gegenwart würde also implizieren, die Bedingungen des Erfolges im Kaiserreich zu benennen und zu fragen, ob oder inwiefern analoge Bedingungen in der Gegenwart reproduzierbar sind.

Ein derartig positives Urteil läßt sich jedoch für die folgende Periode der deutschen Bankengeschichte kaum aufrechterhalten. Krieg, Inflation, der kurze Aufschwung 1924 - 29 und dann die Wirtschaftskrise prägten diesen Zeitraum, über den Gerald Feldman im 2. Kapitel der Jubiläumsschrift berichtet. Unter den damaligen politischen Rahmenbedingungen gediehen weder große Universalbanken noch vermochten sie der Industriewirtschaft zu größeren Erfolgen verhelfen. Rein quantitativ fielen die Banken in dieser Zeitspanne deutlich hinter den industriellen Großunternehmen zurück: 1927 stand die größte Bank nur auf dem neunten Rang unter den deutschen Großunternehmen, und nur drei Banken waren unter den größten 25 Unternehmen zu finden.<sup>18</sup> Die „Macht der Banken“ gegenüber der Großindustrie schrumpfte offenbar. Die Banken waren im Geschäft mit den Großunternehmen zudem dem härteren Wettbewerb des In- und Auslandes ausgesetzt.<sup>19</sup> Sie waren nicht mehr in der Lage, in der Industriewirtschaft eine Führungsrolle zu spielen, und wurden Anfang der 1930er Jahre sogar selbst zum Krisenherd der deutschen Volkswirtschaft. Feldmans meisterhafte Darstellung dieser Phase der Großbankgeschichte macht an mehreren Fallbeispielen klar, daß Bankenmacht zwar nicht gänzlich verschwunden war, am wenigsten wohl bei der Deutschen Bank, er zeigt aber auch, daß eine wichtige Dimension des Machterhalts in dieser Periode im fortschreitenden Konzentrationsprozeß zu suchen ist. Eine führende Rolle spielte auch hier wiederum die Deutsche Bank, deren externes Wachstum durch die Übernahme

16 Dies entspricht der Zielsetzung der Jubiläumsschrift, die Deutsche Bank in den breiteren politischen und historischen Kontext einzuordnen, d.h. nicht primär wirtschaftshistorisch zu interpretieren. Vgl. Feldmans Einleitung.

17 Gemessen am Eigenkapital. Vgl. D. Weder, Die 200 größten deutschen Aktiengesellschaften, 1913 - 1962, Diss. Univ. Frankfurt a.M. 1968.

18 D. Weder.

19 H. Wixforth hierzu auch W. Hagemann, Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie, Berlin 1931.

anderer Banken von einer bemerkenswerten Zentralisation der Unternehmensentscheidungen in Berlin begleitet wurde. Man kann jedoch bezweifeln, ob diese Zentralisation tatsächlich die Effizienz der Großbank erhöht hat. Vermutlich veränderte sie die Kreditversorgung in der deutschen Volkswirtschaft zuungunsten kleinerer Unternehmen. Feldman zitiert dazu eine interessante Quelle für das Jahr 1931, in der nur 0,05 Prozent der Kreditnehmer der Deutschen Bank Summen von 1 Mio. RM oder mehr beanspruchten, die aber insgesamt 38,5 Prozent der Gesamtkredite ausmachten.<sup>20</sup> Diese Frage verdient mehr Aufmerksamkeit, als ihr hier gewidmet werden kann. Festzuhalten bleibt, daß die Konzentration unter den Großbanken keineswegs ihre „Herrschaft über die Industrie“ gesichert hat, sie hat allenfalls die anhaltenden Verluste begrenzt.

Gegen Ende des von Feldman untersuchten Zeitabschnittes brach die Bankenkrise aus, die einen dramatischen Niedergang der großen Universalbanken bewirkte. Feldmans Darstellung konzentriert sich sinnvollerweise auf die Verhaltensweisen der Großbanken und natürlich der Deutschen Bank, die seit 1929 mit der Disconto-Gesellschaft fusioniert war. Er kann mehrere Belege für ein „Fehlverhalten“ bei den Großbanken anführen, die Zweifel an der informationsökonomischen Effizienz des deutschen Universalbankensystems nähren. Jedoch sieht er die Hauptursache für die offenbarten Schwächen im deutschen Bankensystem nicht in der Struktur und Geschäftspolitik der Großbanken, sondern in den äußeren Rahmenbedingungen des Bankengeschäftes dieser Zeit, in der Kapitalknappheit der deutschen Volkswirtschaft, in der schwachen Kreditposition der Reichsregierung, im fehlenden Rückhalt der Banken bei der Reichsbank, in der hohen Verschuldung der deutschen Volkswirtschaft insgesamt und damit zusammenhängend in der Schwäche der Reichsmark als internationaler Währung. Mit einem Wort: Die makro-ökonomischen Bedingungen haben - in einem deutlichen Kontrast zu denen des „goldenen Zeitalters“ der Universalbanken vor 1914 - die Entwicklung eines starken Bankensektors in dieser Periode erschwert. Allerdings wäre zur Erhärtung dieser Vermutung des Verfassers ein kontrafaktisches Experiment hilfreich. Wie Feldman in der Einleitung (S. XVII) erklärt, mag eine Jubiläumsschrift nicht der optimale Ort für die Erörterung derartiger Fragen sein, aber diese fehlt hier gänzlich.

Aus der Sicht der politischen Geschichte bildet sicherlich das 3. Kapitel von Harold James, „Die Deutsche Bank und die Diktatur“, den aufsehenerregendsten Teil des Bandes. Die leitende Frage betrifft die Mitwirkung der Deutschen Bank an dem Auf- und Ausbau des Dritten Reiches, wobei der „Arisierung“ oder „Entjudung“ der deutschen Wirtschaft im Inland und in den besetzten Gebieten natürlich eine besondere Bedeutung zukommt. Der Stoff liefert eine interessante, wenn auch bedrückende Lektüre. Man wird schwerlich dem Urteil James' widersprechen wollen: „Mit ihrer Beteiligung an der Arisierung“ lud die Bank eine schwere moralische Schuld auf sich ... Ihre Handlungsweise mochte zwar in einzelnen Fällen ... so erscheinen, als sei sie von Mitgefühl mit früheren Geschäftspartnern bestimmt gewesen, aber insgesamt trug sie ohne Zweifel dazu bei, die Prinzipien von Eigentum und Moral zu unterlaufen.“ (S. 351). Allerdings suggerieren die hier vorgestellten Belege, wie in

<sup>20</sup> Feldman, DB, S. 308. Geht man von 50.000 Kreditnehmern aus, was nicht unplausibel erscheint (obwohl die Jubiläumsschrift mit solchen Zahlen sehr geizig umgeht), so wären das 25 Kunden! Einerseits wäre das eine leicht zu überwachende Zahl von Kreditnehmern, andererseits könnte diese Konzentration die Bank in eine ungesunde Abhängigkeit von der Lage dieser Kreditnehmer bringen. Über diese Frage wäre ein Mehr an Wissen von großem Nutzen.

den beiden OMGUS - Bänden über die Banken, daß sich die Deutsche Bank nicht ganz so opportunistisch verhielt wie andere Banken - mag das aus humanitären Gründen oder aus geschäftspolitischer Weitsicht erfolgt sein.<sup>21</sup> Aus einer bankhistorischen Perspektive ist das Kapitel von James jedoch wenig ergiebig. Nur ein Punkt scheint besonders relevant zu sein. Trotz der offenkundigen Schwäche der Großbanken in und als Folge der Bankenkrise und der ideologischen Angriffe der Nazis auf die Banken zu Beginn der Periode (1933) ließen die Reformen z.B. das Kreditwesengesetz von 1934 sowie andere einschränkende Maßnahmen, die noch folgten, die institutionelle Struktur des Großbankensystems weitgehend unverändert. Natürlich war das größtenteils Illusion, denn die Kriegswirtschaft der Nazis hatte das privatwirtschaftliche Bankensystem ausgehöhlt und andere Finanzierungswege beschritten. Dennoch sah die Nazi-Führung einen Nutzen darin, die formale Hülle des Systems zu konservieren.<sup>22</sup> Diese Tatsache sollte in der Nachkriegszeit bedeutsam werden.

Carl L. Holtfrerichs Beitrag zur Nachkriegszeit 1945 - 57 baut in gewisser Weise auf das vorhergehende Kapitel über das Dritte Reich auf, denn ein wesentlicher Teil, wenn nicht sogar die Hauptbotschaft des Kapitels, bezieht sich auf die Überwindung der politischen Belastungen der Naziära und die Wiederherstellung des institutionellen Status quo ante. Die Entscheidungsprozesse, die zur Dekonzentration führten und dann den Weg für eine Rekonzentration frei machten, werden detailliert rekonstruiert: Die Schatten des „Morgenthau-Plans“ der US-Besatzungspolitik, die aufkommenden Konflikte zwischen den USA und Großbritannien einerseits sowie zwischen diesen beiden und der UdSSR andererseits, und schließlich die Bestrebungen der deutschen Bankiers und Politiker, die alten Organisationsstrukturen zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Holtfrerichs Darstellung macht klar, weshalb die von den Amerikanern betriebene Dezentralisierung mißlang, suggeriert dabei, gestützt auf Belege zahlreicher Interaktionen zwischen Bankenvertretern und westdeutschen Spitzenpolitikern, daß diese Frage der bankwirtschaftlichen Ordnung einen relativ hohen politischen Stellenwert in Westdeutschland besessen hat. Besonders interessant ist der Nachweis - wegen der unzureichenden Datenlage natürlich nur bruchstückhaft zu erbringen -, daß de facto eine effektive Dezentralisierung der Entscheidungsstrukturen der deutschen Großbanken nie gelungen ist! Demnach hat die gesetzliche Restauration, beginnend im Jahr 1952 mit dem „Gesetz über den Niederlassungsbereich von Kreditinstituten“, die juristischen Formen in Einklang mit schon bestehenden bankwirtschaftlichen Realitäten gebracht. Dieses Ergebnis ist auch interessant als eine weitere Stütze der sog. „Kontinuitätsthese“, d.h. der These, daß das Wirtschaftsleben in der Bundesrepublik in erheblichem Maße von Institutionen und Verhaltensweisen ihres Vorgängers, des Deutschen Reiches, geprägt wurde. Aus bankhistorischer Sicht bestätigt sich, daß einmal eingerichtete Institutionen und eingefahrene Verhaltensweisen schwer zu verändern sind, auch nicht mit Hilfe erheblicher politischer „Schocks“. Daß die deutschen Bankiers für diesen Erhalt der tradierten Strukturen hart

21 *OMGUS*, Ermittlungen gegen die Dresdner Bank, 1946 (deutsche Übersetzung, *H.M. Enzensberger (Hg.)*, Die andere Bibliothek), Nördlingen 1986; *OMGUS*, Ermittlungen gegen die Deutsche Bank, 1946/47 (deutsche Übersetzung, *H.M. Enzensberger (Hg.)*, Die andere Bibliothek), Nördlingen 1985; *C. Kopper*, Zwischen Marktwirtschaft und Dirigismus. Bankenpolitik im Dritten Reich 1933 - 1939, Bonn 1995; Der Spiegel vom 10.08.1995.

22 Oder vielleicht besser: die Kosten einer Zerschlagung waren wesentlich höher als der zu erwartende Nutzen.

gekämpft haben, wurde von Holtfrerich eindrucksvoll belegt. Man ist versucht, darin einen indirekten Beweis dafür zu sehen, daß die deutschen Universalbanken wirklich die ihnen häufig zugesprochenen informationsökonomischen Vorteile besaßen, die natürlich auch die deutschen Bankiers zu schätzen wußten. Ein weiterer Schritt wäre es dann, zu vermuten, daß die informationsökonomischen Vorteile recht positiv auf die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft nach 1948 gewirkt haben. Leider schenkt Holtfrerich dieser Frage kaum Aufmerksamkeit. Zugegeben, die Frage nach dem Beitrag der Großbanken zum westdeutschen „Wirtschaftswunder“ ist erstaunlicherweise so gut wie nie gestellt worden; aber sie ist auch nicht leicht zu beantworten. Immerhin werfen einige Überlegungen Holtfrerichs zur Struktur des Bankgeschäftes (S. 544 ff.) Licht auf die erneute Hinwendung der Deutschen Bank in den 1950er Jahren zu den traditionellen Großunternehmen in der Industrie.<sup>23</sup> Diese Konzentration auf das Industriekreditgeschäft sowie die hohen Zuwächse der Kreditgabe bei der Konsumgüterindustrie unmittelbar nach der Währungsreform sprechen dafür, daß die Großbanken eher eine Anpassung an die Kreditnachfrage betrieben, als eine „Führungsrolle“ in der Wirtschaft in dieser Zeit gespielt haben. Natürlich sind das Spekulationen, doch auch derartige Fragen verdienen stärkere Beachtung.

Mit Holtfrerichs Kapitel geht der eigentlich historische Teil der Jubiläumsschrift zu Ende. Wie Feldmans Einleitung darlegt, deckt das letzte Kapitel von Büschgen zwar den Zeitraum von 1957 bis zur Gegenwart ab, verfolgt aber nicht das Ziel eines Historikers, aus Primärquellen Entscheidungsprozesse zu rekonstruieren und sie mit zeithistorischen Fragen zu verbinden. Dieses fünfte Kapitel ist eher aus der Perspektive eines bankwirtschaftlichen Fachmannes und vor allem auf der Grundlage der Geschäftsberichte der Bank sowie von Äußerungen ihrer Führungsspitze geschrieben worden. Das wäre an sich noch kein Grund für eine Geringschätzung des Beitrages, doch leider ist er überlang - mit ca. 300 Seiten macht er über ein Drittel des Gesamttextes aus - und voller Wiederholungen von Details, die nur selten in systematischen Zusammenhang mit Veränderungen im deutschen Wirtschaftsleben im Betrachtungszeitraum gebracht werden. An dieser Stelle soll er jedoch deshalb weiter herangezogen werden, weil er einige wichtige Aussagen über die „Macht der Banken“ insgesamt sowie der Deutschen Bank als Universalbank enthält.

Der Leser muß wissen, daß kurz nach der im vorhergehenden Kapitel von Holtfrerich beschriebenen Rezentralisierung der Großbanken im Jahre 1957 die alte Kritik an der „Macht der Banken“ wieder in der Öffentlichkeit vorgebracht wurde (z.B. im Bundestag 1959). Beteiligungen an Industriekunden, Aufsichtsratsmandate bei diesen, Mobilisierung von Depotstimmrechten, auch Höchststimmrechte, sind die Machtinstrumente, welche die Großbanken, und insbesondere die Deutsche Bank, von anderen Geschäftsbanken unterscheiden und die immer wieder zitiert werden. Deren Bedeutung wird freilich von Vertretern der Banken seit jeher und hier in dem Beitrag von Büschgen (S. 645 - 62) stark relativiert. Die Relativierung erfolgt entweder in Form einer Frage nach Alternativen (wer soll z.B. Aktionärsinteressen in Unternehmen wahrnehmen, wenn Depotstimmrechte abgeschafft werden?) oder einer schlichten Verneinung, wie durch den Hinweis auf den geringeren Anteil der Bankenvertreter an allen Aufsichtsratsmandaten oder auf den geringen Marktanteil der Deutschen Bank an dem Geschäftsvolumen aller Banken. Der Hinweis auf Marktanteile

<sup>23</sup> Über Daten zur Kreditverteilung nach Größe der Kredite, vergl. S. 565.

(z.B. auf S. 672 – 75) und somit indirekt auf Wettbewerbsintensität erscheint außerordentlich wichtig. Denn ein starker Wettbewerb muß die Hausbankrelation schwächen und dabei zugleich die Bereitschaft der Bank, ihren Kunden vorwiegend nach seinem langfristigen Entwicklungspotential Unterstützung zu gewähren, bremsen.<sup>24</sup> Aber der Frage wird nicht systematisch nachgegangen, und daher wird die Machtfrage hier nicht abschließend geklärt, geschweige denn in Beziehung zum informationsökonomischen Nutzen der o.a. „Machtinstrumente“ für die Bank sowie für ihren Kunden gesetzt.

In gewisser Weise liefert die Ambivalenz in Büschgens Ausführungen allerdings eine Art indirekte Antwort auf diese Fragen. Der Strukturwandel im Wirtschaftsleben der Bundesrepublik sowie in anderen Industrieländern während des behandelten Zeitraums hat die Gewinn- und Wachstumschancen der Deutschen Bank stark beeinflusst und dabei Anpassungsbestrebungen ausgelöst, die uneinheitlich gewesen sind. Auf der einen Seite führten die Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs und die wachsende Bedeutung von multinationalen Unternehmen auch unter deutschen Unternehmen zu einer Internationalisierung des Geschäftsfeldes der Deutschen Bank. Der Wettbewerb auf diesem Gebiet scheint besonders intensiv gewesen zu sein, insbesondere der Wettbewerb um die Geschäfte der multinationalen Konzerne, die zum Teil selbst unabhängig von den Banken operieren könnten. Auf der anderen Seite ist auch die Bedeutung des einheimischen Geschäftes bei der sog. „Privatkundschaft“ sowie unter kleinen, mittelständischen Firmen für die Deutsche Bank stark gewachsen, teils auf der Aktivseite, teils auch als Einlagequelle, die nur durch ein entsprechendes Aktivangebot seitens der Bank gesichert werden konnte. Hier ist die Konkurrenz mit den Sparkassen und Volksbanken stark und der Nachteil einer relativ zentralisierten Entscheidungsstruktur groß. In beiden Geschäftsfeldern scheint die Härte der Wettbewerbsverhältnisse gegen die Stabilisierung der „Bankenmacht“ - wie sie hier gemeint ist - zu sprechen. Die Frage bleibt aber nach wie vor diskussionsbedürftig.

### III.

Zum Schluß sollen einige allgemeine Fragen hinsichtlich des Erkenntnisfortschritts aus der Jubiläumsschrift der Deutschen Bank für die bankhistorische Forschung aufgegriffen werden. Positiv ist hervorzuheben, daß die Geschichte der Führungsspitze der Deutschen Bank sehr gut und ziemlich konsistent abgehandelt wurde. Man lernt viel über die Bankiers, auch in unterschiedlichen historischen Bedingungen. Manche ihrer wichtigsten Entscheidungen erscheinen plausibel und lassen sich nachvollziehen. Dadurch gewinnt man ein Gefühl für die Aufgabenfelder und Führungsqualitäten, die in den verschiedenen Phasen der Geschichte der deutschen Banken gefragt waren und auch geleistet wurden. Gut belegt sind auch die Beziehungen zu den Politikern und zur deutschen Politik. Allerdings ist es dem Autor nicht ganz klar geworden, welche Schlußfolgerungen für die bankhistorische Forschung daraus gezogen werden dürfen. Vielleicht bietet diese mehr als nur *l'art pour l'art*, denn es ist nicht auszuschließen, daß hier Bausteine gewonnen wurden, aus denen eine vergleichende bankhistorische Analyse unternehmerischer Entscheidungsprozesse rekonstruiert werden könnte.

<sup>24</sup> Büschgen scheint keinen eindeutigen Trend bei der Hausbankfunktion der Deutschen Bank zu sehen. Vergl. z.B. S. 682.

Weniger eindrucksvoll erscheint die Jubiläumsschrift bezüglich der Geschichte des Kundenkreises der Bank. Hierin läge ein Schlüssel zur Antwort auf die Frage nach der „Macht der Banken“ und zum Entwicklungsbeitrag der Bank für die Volkswirtschaft. Leider bietet diese Jubiläumsschrift genauso wenig Informationen hierzu wie ihre 1970 erschienene Vorgängerin. Faszinierende Hinweise auf die ersten „Deponenten“ der Bank (S. 20), auf die Größenklassen der gegebenen Firmenkredite (S. 308, 565), auf die Zahl der Kunden (S. 22 und 682, 687, 784) werden zwar mitgeteilt, aber eine über die Zeit vergleichbare Beschreibung des sozio-ökonomischen Standortes dieser Kunden, ferner vergleichbare Zahlen, fehlen gänzlich. Am meisten leistet in dieser Hinsicht das letzte Kapitel, aber der erfaßte Zeitraum ist zu kurz, die Daten nicht voll vergleichbar mit den Daten aus früheren Perioden. Somit entfallen wichtige Anhaltspunkte für vergleichende Aussagen über die Machtposition der Bank ihren Kunden gegenüber, über ihren Informationsstand, über den Wettbewerbsgrad bei den Beziehungen zwischen Bank und Industrie, wie über die Kontinuität und den möglicherweise wachstumsfördernden Charakter dieser Beziehungen. Somit sind wir als Wirtschafts- und Bankhistoriker lediglich auf Informationen über die größten Kunden und über die größten Unternehmensprojekte der Bank verwiesen. Natürlich kann dieses Ergebnis Grenzen der Quellenlage widerspiegeln, aber vielleicht folgt es auch aus der begrenzten Fragestellung der Untersuchung.

Damit sind die eingangs gestellten Fragen 2, 3 und 4 zum Teil beantwortet. Die Jubiläumsschrift liefert somit keine fertigen Bauteile für eine vergleichende Analyse der Zusammenhänge Bankenmacht, informationsökonomische Fortschritte und Wirtschaftswachstum. Was sie liefert sind konkrete Beispiele der Beziehungen zwischen Banken und Industrie und damit zusammenhängende Anregungen für die weitere Forschung. Das ist nicht wenig. Die eingangs geäußerte Frage nach der Funktionalität des Bankensystems läßt sich durch die Geschichte eines einzelnen Bankunternehmens naturgemäß nicht beantworten. Allenfalls kann diese die Vermutung stützen, daß die Struktur und Verhaltensweisen der Banken im allgemeinen wie die der Deutschen Bank im besonderen nicht nur volkswirtschaftliche Bedürfnisse, sondern auch politische Zwangslagen reflektieren. Das zeigen die Gründungsphase der Bank, die Gefährdungen in den Kriegszeitern und in besonderem Maße der Kampf um die Wiederherstellung der alten Struktur der Großbanken nach 1945. Unbeantwortet bleibt dabei die Frage, warum die Deutsche Bank im Betrachtungszeitraum erfolgreicher gewesen ist als andere Großbanken. Eine Antwort darauf findet sich sicherlich eher bei der Bewertung der Anpassung der Bank an ökonomische Herausforderungen als in ihrem politischen Wirken.

Stellt man die Fragestellung dieses Essays den Ergebnissen der Jubiläumsschrift gegenüber, so läßt sich die „Konfrontation“ folgendermaßen zusammenfassen:

1. Die Schlüsselfrage bezieht sich auf die „Macht der Banken“, wohlgernekt „Macht“ im Sinne eines für die Bank und ihre Kunden nutzenstiftenden institutionellen Arrangements, d.h. ein „Postiven-Summenspiel“, wodurch beide Seiten gewinnen können. Je ausschließlicher die Bank-Unternehmen-Beziehung gestaltet waren, desto größer war die Macht der Bank, desto eindeutiger die Informationsströme über das Unternehmen und desto größer die Bereitschaft der Bank, das Unternehmen zu unterstützen und dessen langfristiges Entwicklungspotential zu fördern. Umgekehrt: je intensiver der Wettbewerb unter Banken um die Geschäfte von Industrieunternehmen, desto geringer die „Macht der Banken“.



2. Unter den historischen Bedingungen des Kaiserreichs war das Finanzierungsfeld der Banken stark vom Bedarf großer Industrieunternehmen geprägt. Solange diese Unternehmen noch vorwiegend im Rahmen der nationalen Volkswirtschaft agierten, waren Großbanken wie die Deutsche Bank in der Lage, ihre Aktivitäten als Hausbanken solchen Unternehmen gegenüber anzubieten und dabei erfolgreich zu sein. Dies gilt sowohl für die Realisierung von Gewinnen und Wachstumschancen der Banken selbst wie auch hinsichtlich eines positiven Beitrages zum Unternehmens- und Wirtschaftswachstum. Allerdings gibt es auch Hinweise auf wachsende Konkurrenz unter den Banken in diesem Finanzierungsfeld vor 1914, Hinweise auf eine zurückgehende „Macht der Banken“. Diese verstärkten sich in den 1920er Jahren und dann erneut nach dem Zweiten Weltkrieg deutlich, und als deutsche Unternehmen über ihre nationalen Grenzen deutlich hinauswuchsen wurde diese Konkurrenz durch internationale Anbieter weiter verstärkt.

Realgeschichte und ökonomisches Denken.

**Überlegungen bei der Lektüre von Alfred Bürgin "Zur Soziogenese der politischen Ökonomie. Wirtschaftsgeschichtliche und dogmenhistorische Betrachtungen" (Metropolis-Verlag, Marburg)**

*Von Karl Heinrich Kaufhold (Göttingen)*

**I.**

Das Interesse an der Dogmengeschichte der Nationalökonomie, das im deutschsprachigen Raum für eine längere Zeit nahezu erloschen war, hat sich seit knapp zwei Jahrzehnten in erfreulichem Umfang neu belebt, und es scheint, dieser Trend werde anhalten. Ich verweise nur - neben einer Reihe von Einzelstudien - auf den Dogmenhistorischen Ausschuß des Vereins für Socialpolitik und dessen Veröffentlichungen (sie erscheinen als Bd. 115 der Veröffentlichungen des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge im Verlag Duncker und Humblot, Berlin) sowie auf die von Birger Priddat herausgegebene Reihe "Beiträge zur Geschichte der deutschsprachigen Ökonomie" (Metropolis-Verlag Marburg). Auch die wirtschaftsgeschichtliche Forschung scheint in den deutschsprachigen Staaten etabliert; ob sie freilich in der Bundesrepublik die Sparwellen im akademischen Bereich unbeschadet überstehen wird, wird abzuwarten bleiben. Was jedoch weithin fehlt, ist ein Brückenschlag zwischen beiden Disziplinen, der die wirtschaftliche Entwicklung zu dem darauf bezogenen Denken in Beziehung setzt. Zugegeben: Eine solche Betrachtungsweise kann schnell in den Verdacht kommen, allzu schlichte marxistisch-leninistische Denkmuster anzuwenden, nach denen das Sein das Bewußtsein bestimmt - was in dieser einfachen Formulierung von nachdenklichen Marxisten niemals behauptet wurde. Wie auch immer: Wer den Beziehungen zwischen der realen historischen Entwicklung und dem Denken über ökonomische Fragen unbefangen nachgeht, wird schell fündig. Selbst heute, also in einer Zeit, in der das wirtschaftswissenschaftliche Denken hochgradig abstrakt und theoretisch-formal orientiert ist, nimmt es immer wieder Bezug auf die realen Probleme des Wirtschaftslebens und bietet für diese (nicht immer zweckmäßige) Lösungsvorschläge an.

Eine solche Verbindung müßte vor allem dem deutschsprachigen Ökonomen besonders naheliegen, haben doch die bedeutenden ökonomischen Denker des ausgehenden 19. und des frühen 20. Jahrhunderts die Beziehungen zwischen realem Geschehen und der Reflexion darüber niemals vernachlässigt: Gustav Schmoller, Werner Sombart, Max Weber, um nur diese zu nennen - ihnen allen war eigen, Wirtschafts- und Dogmengeschichte aufeinander zu beziehen. Umso mehr verwundert es, daß gerade im deutschsprachigen Raum diese Tradition völlig abgerissen zu sein scheint. Einer der letzten "Universalisten" der Nationalökonomie, der selbstverständlich in solchen Kategorien dachte, war der Baseler Volkswirt Edgar Salin, dessen "Politische Ökonomie" eine der besten dogmenhistorischen Arbeiten ist, die in diesem Jahrhundert vorgelegt wurden. Das Buch, an das diese Überlegungen anknüpfen, stammt von einem seiner Schüler, dem inzwischen emeritierten Baseler Nationalökonom und Wirtschaftshistoriker Alfred Bürgin.

Das Thema, von dem es handelt, ist eines der größten, die sich ein historisch arbeitender Nationalökonom stellen kann: die Entwicklung einer politisch (und das heißt auch: gesellschaftlich) orientierten Wirtschaftslehre im europäischen Denken von der Antike bis hin zu ihrer Ausformulierung durch Adam Smith im Wechselspiel zwischen Ideen- und Realgeschichte. Wie Bürgin dabei im einzelnen vorgeht, kann und soll hier nicht diskutiert werden, handelt es sich doch bei diesem Beitrag nicht um eine Besprechung des Buches. Ich beschränke mich vielmehr darauf, einige mir wichtig erscheinende Grundüberlegungen des Verfassers herauszuheben und dazu gelegentlich aus der Sicht eines Wirtschaftshistorikers Stellung zu nehmen.

## II.

1. Bürgin geht von einer Grundüberlegung aus, die für den historisch arbeitenden Ökonomen selbstverständlich, dem allein theoretisch denkenden bisweilen fremd ist: Wirtschaft steht niemals für sich, sondern ist stets eingebettet in den Zusammenhang menschlicher Institutionen und Vorstellungen. Die "moderne", bürgerlich-kapitalistisch orientierte Wirtschaft erweckt zwar den Anschein, sie sei autonom, und manche Ökonomen befinden sich auf der Suche nach ihren Gesetzen, so, als ob diese den naturwissenschaftlichen vergleichbar seien. Das muß indes vergeblich bleiben, denn auch die Marktwirtschaft neuzeitlicher Prägung ist eine gesellschaftliche Hervorbringung, die von Menschen gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen folgt: "Eine ökonomische Theorie, mag sie noch so abstrakt und mathematisiert sein, beinhaltet oder reflektiert immer auch eine gesellschaftliche Situation oder Position, ein Interesse, eine Ideologie, ein Herrschaftsverhältnis oder eine Herrschaftsausübung. Diese zu kennen ... ist mindestens so wichtig wie das immanente Begreifen einer Theorie selbst" (S. 20f.). Eine abstrakte "Eigengesetzlichkeit der Wirtschaft" (oder ähnliches) gibt es danach nicht - eine dem Wirtschaftshistoriker vertraute Einsicht, besteht ein wesentlicher Teil seiner Aufgaben doch gerade darin, diese Einbettung wirtschaftlicher Institutionen und wirtschaftlichen Handelns in ihr gesellschaftliches "Umfeld" zu analysieren. Aus dieser Geschichtsbezogenheit der Wirtschaft folgt für Bürgin dreierlei:

a. Grundsätzlich ist zu unterscheiden zwischen vorbürgerlicher und bürgerlicher Wirtschaft als den beiden großen historischen Erscheinungsformen, in denen sich Ökonomie in den letzten rund zweieinhalbtausend Jahren in der Antike sowie im mittelalterlichen und neuzeitlichen Europa manifestiert hat. Vorbürgerliche Wirtschaftsformen, die Bürgin bis ins 17. Jahrhundert hinein am Werk sieht, stützten sich "auf bewußt organisierte Einrichtungen" wie die Polis, das Kloster, die Stadt oder ein Territorium (S. 22). Ihre Ordnung gründete sich auf Herrschaft unterschiedlicher Art und Form, also auf Ungleichheit. Anders dagegen die bürgerlich-kapitalistische Wirtschaftsform. Sie "setzt eine Gesellschaft voraus, die auf der formalen Gleichheit ihrer Mitglieder beruht und in der menschliches Zusammenwirken ohne herrschaftliches Moment, das heißt ohne persönliches, zwischenmenschliches Abhängigkeitsverhältnis, möglich wurde" (S. 22). In ihr dominieren kapitalistische Produktionsverhältnisse, und die Beziehungen der Wirtschaftenden untereinander regeln sich abstrakt über den Markt, der damit an die Stelle der Herrschaft als bestimmende Größe tritt.

b. Politische Ökonomie (Nationalökonomie oder Volkswirtschaftslehre setzt Bürgin damit synonym) als wirtschaftliche Disziplin ist nur unter bürgerlichen Wirtschaftsformen möglich; sie setzt diese voraus und ist zusammen mit ihnen entstanden. Selbstverständlich gab es

Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft auch in vorbürgerlichen Gesellschaften, doch waren sie anders gestaltet und lassen sich nicht erfolgreich mit den Mitteln der politischen Ökonomie analysieren. Mit anderen Worten: Eine wie die politische Ökonomie am Markt orientierte Wirtschaftslehre muß in Wirtschaftsordnungen versagen, in denen der Markt keine zentrale Rolle spielt.

c. Auch wenn eine marktwirtschaftlich organisierte Wirtschaft den Anschein des Autonomie erweckt, darf sich der Ökonom davon nicht blenden lassen und muß ihrer historischen Einbindung sich bewußt bleiben. Hier setzt Bürgins heftige Kritik an der neoklassischen, d.h. an der herrschenden ökonomischen Theorie an. Sie habe das Bewußtsein der historischen Einbindung der Wirtschaft aufgegeben ("Enthistorisierung") und gehe von der Wirtschaft und deren Gesetzen als von abstrakten, unwandelbaren, gleichsam naturgemäß gegebenen Größen aus: "Der Wandlung Unterworfenen wird begrifflich und inhaltlich auf Unwandelbares reduziert; die Dimensionen Zeit, historischer und sozialer Wandel scheinen nicht zu existieren" (S. 17). Am Beginn dieser Fehlentwicklung steht für ihn Alfred Marshall, und bezeichnend scheint ihm dessen Vorschlag, den Begriff "Political Economy" durch "Economics" zu ersetzen, ein Vorschlag, dem die moderne Ökonomie folgte.

Diesen grundsätzlichen methodischen Positionen werden sich viele Wirtschaftshistoriker anschließen können. Geht es freilich an die Diskussion von Einzelheiten, werden kritische Einwendungen nicht ausbleiben. Das kann hier aus Raumgründen nur in Stichworten angedeutet werden. So scheint es mir zwar grundsätzlich richtig zu sein, Herrschaft und Markt als die Wirtschaft regulierende Institutionen einander gegenüberzustellen, doch muß sich der Historiker darüber im klaren sein, daß beide Begriffe hochgradig abstrahieren und sich bei der Analyse konkreter Lagen deutliche Differenzierungen ergeben werden. Gleiches läßt sich für die Begriffe "kapitalistisch" und "bürgerlich" sagen, bei denen hinzukommt, daß über beide in der Forschung nichts weniger als Einvernehmen besteht. Wann liegen "kapitalistische Produktionsverhältnisse" vor? Man denke nur an die lebhaften Auseinandersetzungen über den "kapitalistischen" Charakter des Verlages und die daran anknüpfende sog. Protoindustrialisierungs-Diskussion. Und: Eines der wesentlichen Ergebnisse der so erfreulich voranschreitenden neueren Bürgertumsforschung ist die Einsicht, wie hochgradig differenziert dieses nach Raum und Zeit war und wie wenig es entsprechend gerechtfertigt ist, von dem Bürgertum zu sprechen.

Ähnliches gilt für "Gleichheit" und "Freiheit" als konstitutiven Begriffen der bürgerlichen Gesellschaft: Auch sie bleiben vor dem Hintergrund konkreter historischer Erfahrung notwendig abstrakt und bedürfen bei konkreten Analysen der Schärfung, damit sie greifen. Die Tendenz, sie real durchzusetzen, ist historisch sicher gut zu erkennen, doch ebenso ihre Zwiegesichtigkeit. Gleichheit und Freiheit wurden, wie hier nicht im einzelnen dargestellt zu werden braucht, im ausgehenden 18. und im 19. Jahrhundert zunächst rein formaljuristisch realisiert, und es dauerte sehr lange, bis den Ansprüchen eine auch nur halbwegs konkrete Verwirklichung vor allem im "alltäglichen" Leben entsprach. Ein kurzer Blick in das 19. Jahrhundert, den sich Bürgin durchgängig versagt, hätte gezeigt, daß gerade dieses Auseinanderfallen formaler und tatsächlicher Realisierung in beiden Fällen zu den zentralen Problemen gehörte, mit denen der Liberalismus in dieser Zeit nicht überzeugend fertig wurde.

2. Bürgin wäre wohl der letzte, der solchen Überlegungen widerspräche. Denn im Mittelpunkt seiner "Betrachtungen" steht eine materialreiche, historisch konkrete Darstellung der Entfaltung der "politischen Ökonomie" von der griechischen Polis bis zu Adam Smith. Die erste zentrale Größe, in der sich diese Entwicklung vor allem und am Beginn ausschließlich vollzog, war die Stadt. Es ist darum nur folgerichtig, die griechische Ausprägung dieses sozialen Gebildes, die Polis, in einem ausführlichen Abschnitt an den Beginn zu stellen und die Frage zu diskutieren, warum diese auch wirtschaftlich hoch entwickelte, Marktbeziehungen differenzierter Art kennende Stadt nicht eine politische Ökonomie im hier gemeinten Sinne herausgebildet hat. Bürgin konzentriert sich hier auf Athen und Attika in dessen "klassischer Zeit", also auf das 5. und 4. vorchristliche Jahrhundert, sowie auf eine Analyse der Wirtschaftslehren des Aristoteles. Er diskutiert die großen Schwierigkeiten, die aus dem Mangel eindeutig interpretierbarer Quellen folgen, sowie die Begriffsverwirrungen, die das Bestehen angeblich "kapitalistisch" geprägter Wirtschaftsbeziehungen am Markt, beim Geldverkehr und in anderen Bereichen in der Forschung ausgelöst haben. Seine Antwort auf die Frage, warum es in der griechischen Polis keine Marktwirtschaft (im modernen Sinne) gab und warum daher in ihr eine politische Ökonomie in unserem Verständnis nicht entstehen konnte, ist klar: weil es an konstituierenden Elementen einer "bürgerlichen Gesellschaft" und einer "kapitalistischen Wirtschaft" fehlte, vor allem an dem grundlegenden Erfordernis freier Lohnarbeit - statt deren Sklavenwirtschaft! Im wirtschaftlichen Denken Aristoteles' spiegeln sich diese Verhältnisse; es kann daher nicht für die politische Ökonomie im hier verstandenen Sinne in Anspruch genommen werden.

Scheidet so die griechische Polis aus, so kam der mittelalterlichen europäischen Stadt, vor allem der nordalpinen, eine große Bedeutung zu: Hier sieht Bürgin die erste, die moderne Entwicklung der Ökonomie und des Denkens darüber konstituierende Größe. "Die europäische nordalpine Stadt des Mittelalters war der soziale Ort, wo ein arbeitendes, wirtschaftlich ausgerichtetes, handel- und gewerbetreibendes Bürgertum erstmals in der Geschichte sowohl politisch als auch kulturell zum Zuge kam. Diese Stadt war der Sauerteig der modernen bürgerlichen Entwicklung und des modernen bürgerlichen Bewußtseins." (S. 151). Sie hob sich deutlich von dem agrarisch und feudal bestimmten Land ab; Bürgin spricht geradezu von einem "Nebeneinander zweier Kulturen" (S. 152). In dieser Umwelt stellte die Stadt einen Fremdkörper dar, und sie wurde dies umso mehr, als sie sich im Hoch- und besonders im Spätmittelalter zunehmend von ihren stadtherrlichen Bindungen löste, sich also aus dem Feudalbereich emanzipierte und schließlich begann, ihrerseits auf diesen zurückzuwirken (dazu s.u. zu 3).

Der Wirtschaftshistoriker wird Bürgins Überlegungen gern zustimmen, bezeichnen sie doch in der Tat ein zentrales Element einer Entwicklung, die im Mittelalter entstand und sich ausbreitete, die ihr eigentliches Gewicht jedoch erst in der Neuzeit bekam. Zwar ist vor einer allzu starken Überhöhung der entwicklungsgeschichtlichen Bedeutung der Städte zu warnen, denn im Zuge der "Territorialisierung" entfalteten auch die ursprünglich feudalen Kräfte eine oft beachtliche, in die Zukunft weisende Dynamik. Dennoch: Ohne das städtische Element wäre es wohl nicht zur Herausbildung der neuzeitlichen Ökonomie gekommen.

Mit Recht fragt Bürgin in diesem Zusammenhang, warum die wesentlichen Träger dieser Entwicklung die Städte nördlich der Alpen und nicht die im Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit oft weiter entwickelten italienischen Stadtrepubliken waren. Denn, nach Cipolla,

hätte jemand in dieser Zeit gefragt, wo sich denn die "industrielle Revolution" abspielen werde, so hätte die Antwort mit hoher Wahrscheinlichkeit gelauret: in Italien. Doch es kam anders; das Land erlebte im 17. Jahrhundert eine Art wirtschaftlichen Kollaps und schied danach zunächst aus der Reihe der Gebiete aus, die wirtschaftlich führend waren. Die Ursachen sieht Bürgin, vereinfacht gesagt, im Weiterbestehen der stadtstaatlichen Gesellschaftsstruktur, in der sich kein "deutlich abgrenzbares und eigenständiges Bürgertum" (S. 224) herausbildete und die auch nicht in der Lage war, "eine Zentrale zu errichten, die kraft bürokratischer Kompetenz eine zweck- und zielgerichtete, von einem Bürgertum mitgetragene und mitgeformte merkantilistische Politik zu entwickeln vermochte" (S. 224f.). Im Ergebnis sieht er so die italienischen Stadtrepubliken in der Nähe der antiken Stadt, die ja, wie dargelegt, keine Marktökonomie im neueren Sinne hervorbringen konnte.

Daran ist sicher viel Wahres, und doch habe ich Zweifel, ob Bürgin nicht das Gewicht der "frühkapitalistischen" Anfänge in Italien und dessen weiterwirkende Bedeutung auch außerhalb des Landes ein wenig unterschätzt. Wieder einmal fehlt hier der Raum, dieses Problem ausführlich zu diskutieren, doch sei wenigstens darauf hingewiesen. Mir scheint, hier könnten Korrekturen nützlich, ja notwendig sein. An dem Übergewicht der nordalpinen Stadt für die weitere Entwicklung läßt sich freilich nicht rütteln.

3. Das zweite zentrale Element, das Bürgin für die Entwicklung der modernen Marktwirtschaft und der politischen Ökonomie als notwendig ansieht, ist der "moderne Staat in seiner absolutistischen Ausprägung", den er explizit als "Nährboden der politischen Ökonomie" bezeichnet (S. 231). Das wesentliche Problem für ihn ist dabei, von dem ersten Element, der mittelalterlichen nordalpinen Stadt, hin zu diesem Staat eine Brücke zu schlagen. Er sieht hier im wesentlichen dessen Rolle bei der Aufnahme "bürgerlicher" Vorstellungen und Positionen, doch auch darauf bezogener Interessen am Werk. Daß der frühmoderne Staat, der ja nicht aus dem Bürgertum, sondern aus dem Feudalwesen herkam, sich überhaupt in solch' dichter Weise bürgerlichen Vorstellungen und Interessen öffnete, ist für ihn im wesentlichen ein Ergebnis des Zwanges, sich ausreichender Finanzmittel für seine Entwicklung und Entfaltung zu versichern - und die kamen am reichlichsten und am zuverlässigsten aus dem Kreis des sich rasch entfaltenden bürgerlichen Wirtschaftens. Dessen Förderung blieb freilich für den Staat nicht ohne Folgen, denn zunehmend drangen bürgerliche Vorstellungen von Wirtschaft, Gesellschaft, vor allem von Arbeit in ihn ein und wurden, wenn auch nicht überall herrschend, so doch so wichtig, daß man über sie nicht mehr zur Tagesordnung übergehen konnte.

Diese Entwicklung verlief in den einzelnen Staaten sehr unterschiedlich. Am meisten nahmen Großbritannien und die Niederlande bürgerliche Vorstellungen in sich auf; besonders die letztgenannten waren eine bürgerliche Republik. Frankreich hielt eine Sonderstellung: auf der einen Seite betont absolutistisch, auf der anderen Seite vor allem durch den "Colbertismus" bürgerliches Wirtschaften (und auch bürgerliches Gedankengut) stark fördernd. Die deutschen Staaten blieben nach Bürgin weit zurück, da sie zumeist nicht in der Lage waren, die lediglich städtische Ebene des Wirtschaftens nachhaltig aufzuheben.

War der frühmoderne, absolutistisch organisierte Staat "feudalistisch" oder "kapitalistisch"? Mit Recht weist Bürgin beide Auffassungen als "geschichtsarme Konstruktionen" (S. 303) zurück und betont demgegenüber die Eigenständigkeit der Entwicklung, in der sich der zunehmend erstarkende und zentralistische werdende Staat mit dem Bürgertum

verband, indem er es einerseits förderte, auf der anderen Seite seine materiellen Ressourcen in Anspruch nahm. Eben diese Eigenständigkeit der Entwicklung, die die alten gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen zumindest zum Teil umformte und neue Konstellationen entstehen ließ, wird von Bürgin hervorgehoben. Die aus dem Mittelalter überkommenen Definitionen von Adel und Bürgertum (und mithin auch von Feudalität und Bürgerlichkeit) passen nicht mehr auf die neue Entwicklung, die andere Formen hervorbrachte.

Den Grundzügen dieser Überlegungen wird man kaum widersprechen können. Im einzelnen wird es freilich nötig sein, Bürgins Aussagen sorgfältig zu prüfen und zu diskutieren. Dies gilt besonders für seine Bemerkungen über den deutschen Raum. Sicher verdient dieser im 17. und 18. Jahrhundert unter den von Bürgin gewählten Fragestellungen nicht das gleiche Interesse wie Großbritannien, Frankreich und die Niederlande, und doch war er schon wegen seiner schieren Land- und Bevölkerungsmasse sowie wegen seiner Lage in der Mitte Europas von beachtlichem Gewicht, von der besonderen staatsrechtlichen Stellung des Reiches ganz zu schweigen. Mir scheint, Bürgin unterschätzt seine Bedeutung für die weitere Entwicklung. Sicher spiegelten sich in ihr oft lediglich die voranschreitenden westlichen Länder. Doch blieb daneben in vielen Bereichen eine beachtliche Eigenständigkeit. Ich denke hier besonders an die Betonung der Rolle des Staates auch für die Regulierung ökonomischer Fragen und Probleme, die in Deutschland stärker als in den westlichen Ländern betont wurde.

4. Die beiden letzten Betrachtungen des Buches sind vorwiegend der Entwicklung der politischen Ökonomie gewidmet; Bürgin zieht hier aus seiner intensiven Darstellung des realhistorischen Verlaufs die dogmengeschichtlichen Folgerungen. Mit Recht hebt er dabei zwei Autoren hervor, nämlich François Quesnay und Adam Smith. Dogmengeschichtlich beachtlich ist dabei vor allem der Abschnitt über Quesnay, in dem er die herkömmliche Auffassung widerlegt (meiner Ansicht nach überzeugend), dieser sei der "Vater" aller neueren kreislauftheoretischen Betrachtungen. Smith und sein Werk werden logisch konsequent vor dem Hintergrund der in Großbritannien in Richtung auf eine Durchsetzung der "Bürgerlichkeit" und des "Kapitalismus" besonders weit vorgeschrittenen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung interpretiert. Bürgin verwahrt sich aber zugleich - und nimmt damit eine einleitend bereits formulierte Überlegung wieder auf - gegen alle Versuche, Smith als Urheber der modernen (und das heißt für ihn der neoklassischen) Ökonomie in Anspruch zu nehmen. Denn während sich diese auf die Wirtschaft beschränkt und sie als einen eigenständigen Bereich definiert, sah Smith die Ökonomie lediglich als Teil einer übergreifenden Trias, die neben ihr auch Ethik und Politik umfaßte.

### III.

Diese Andeutungen lassen den Inhaltsreichtum des Buches allenfalls in Umrissen erkennen. Wenn ich es richtig sehe, handelt es sich um ein Werk, in das die Erfahrungen eines langen, der Forschung gewidmeten Lebens eingeflossen sind. Darauf deuten jedenfalls die Fülle des Materials, die Breite der Literatur, die Tiefe des Rasonnements, vor allem aber die bei allem Engagement doch wohlthuende Distanz in der Argumentation. Wäre der Begriff nicht so völlig außer Kurs gekommen, könnte man von einem weisen Buche sprechen.

Vor diesem Hintergrund mögen manchem Leser die hier angedeuteten Bemerkungen aus der Sicht eines Wirtschaftshistorikers kleinlich erscheinen. Gern gebe ich zu: Sie berühren

die Grundlinien von Bürgins Gedankenführung nicht entscheidend. Doch ist es das Schicksal aller großen Würfe (zu denen ich dieses Buch rechne), sich in der weiteren Diskussion im Kleinkrieg mit den mannigfachen Fakten bewähren zu müssen, die nun einmal die Alltagsarbeit des Wirtschafts- und Sozialhistorikers bestimmen. In diesem Sinne sind meine Einwürfe zu verstehen, nämlich als Beginn einer Diskussion, von der ich mir für unser Fach wichtige Ergebnisse erhoffe und die das Buch verdient hat.

Denn, wie auch immer der Leser es für sich beurteilen möge: Es ist eine bemerkenswerte Arbeit, die es in Zuspruch oder Widerspruch zur Kenntnis zu nehmen lohnt. Für die Wirtschaftsgeschichte scheint mir vor allem eine Lehre daraus wichtig zu sein, nämlich die, sich in Zukunft noch stärker mit der Dogmengeschichte auseinanderzusetzen. Dieser Ansatz sollte nicht zuletzt deswegen weiterverfolgt werden, weil er ein mögliches "Leitseil" für die mit Recht immer wieder geforderte theoretische Orientierung der Wirtschaftsgeschichte sein könnte. Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftstheorie sind in den vergangenen Jahrzehnten nicht aufeinander zugegangen, sondern haben sich in der Tendenz zunehmend voneinander entfernt. An wem das lag, soll hier nicht untersucht werden. Bürgins Buch eröffnet jedenfalls dem Wirtschaftshistoriker die Möglichkeit, eine Brücke zur politischen Ökonomie zu schlagen.

Begeht er sie, langt er freilich nicht im Reich der modernen Wirtschaftstheorie an. Bürgin beendet seine Ausführungen bewußt mit Ausgang der frühen Neuzeit und begibt sich damit vieler Möglichkeiten, seine so fruchtbaren Gedanken bis an die Schwelle der Gegenwart und in diese hinein weiterzuführen. Wir sollten dies nicht bedauern, sondern als eine Aufforderung nehmen, in dieser Richtung weiterzudenken.



## **Autorenverzeichnis**

### *Ark, Bart van*, Groningen

*Baar, Lothar*, geb. 1932, Dr. rer. oec. habil., Universitätsprofessor für das Fachgebiet Wirtschaftsgeschichte an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Veröffentlichungen u.a.: Die Berliner Industrie in der industriellen Revolution, Berlin 1966, 1975; Wirtschaftsgeschichte der osteuropäischen Staaten, Tokyo 1979; Kriegsfolgen und Kriegslasten Deutschlands, Berlin 1993.

*Eisermann, Gottfried*, geb. 1918, Dr. rer.pol., Dr. sc.pol. h.c., Dr. rer.soz. h.c., Professor der Soziologie in Bonn. Studium der Soziologie, Nationalökonomie, Rechtswissenschaften, Philosophie und Germanistik in Berlin Perugia und Rom. Mitglied der Assoc. Italiana di Scienze Sociali; Ehrenmitglied Istituto Luigi Sturzo und Assoc. Intern. des Sociol. de Langue Française; Cavaliere dell'Ordine al Merito della Repubblica Ital.; Ehrendoktor der Universität Bochum; Veröffentlichungen u.a.: Max Weber und Vilfredo Pareto: Dialog und Konfrontation, Tübingen 1989; Rolle und Maske, Tübingen 1991; Max Weber und die Nationalökonomie, Marburg 1993.

*Grabas, Margrit*, geb. 1953, Prof. Dr. Von 1980 bis 1986 (Ausreise aus der DDR) wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR. Zwischen 1987 und 1991 Tätigkeit zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin dann als wissenschaftliche Assistentin am Institut für Wirtschaftsgeschichte und Wirtschaftspolitik der Freien Universität Berlin, wo sie 1991 mit der Schrift „Konjunktur und Wachstum 1895 bis 1914 in Deutschland“ habilitiert wurde. Darüber hinaus weitere Veröffentlichungen zur historischen Konjunktur- und Wachstumsforschung. Seit 1992 Universitätsprofessorin für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität des Saarlandes.

*Kaufhold, Karl Heinrich*, geb. 1932, Universitätsprofessor, seit 1974 Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Georgs-August-Universität Göttingen. Forschungsschwerpunkte: Wirtschaftsgeschichte vor allem Gewerbe-, Industrie- und Verkehrsgeschichte Mitteleuropas vom 17. bis zum 19. Jahrhundert.

*Müller, Uwe*, geb. 1962, Diplom-Historiker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Wirtschaftsgeschichte der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Veröffentlichungen u.a.: Ländliche Sozialstruktur und Wegeproblematik. Fallstudie für den preußischen Regierungsbezirk Erfurt des Jahres 1837, in: Leipziger Beiträge zur Revolutionsforschung, Heft 30, 1990; Inventar archivalischer Quellen der Staats- und Stadtarchive zur Geschichte des deutschen Buchhandels und Verlagswesens im 19. und 20. Jahrhundert (Mitautor, erscheint voraussichtlich 1995).

*Pierenkemper, Toni*, geb. 1944, Dr. rer.pol., Dipl.-Volkswirt, M.A. (Soziologie), Universitätsprofessor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er studierte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster Volkswirtschaft und Soziologie sowie an der London School of Economics Wirtschaftsge-  
schichte. Seit 1992 geschäftsführender Herausgeber des Jahrbuchs für Wirtschaftsge-  
schichte. Desweiteren ist er Mitglied des wissenschaftlichen Beirats des Hessischen Wirt-  
schaftsarchivs sowie im wissenschaftlichen Beirat der Gesellschaft für Unternehmensge-  
schichte. Veröffentlichungen u.a.: Angestellte und Arbeitsmarkt im Deutschen Kaiserreich  
1880-1913. Interessen und Strategien als Instrumente der Interpretation eines segmentierten  
Arbeitsmarktes, Stuttgart 1987; Gewerbe und Industrie im 19. und 20. Jahrhundert, Mün-  
chen 1994.

*Ritschl, Albrecht*, Promotion zum Dr. oec.publ. 1987 in München mit einer Arbeit aus der  
theoretischen Volkswirtschaftslehre. Zwischen 1987 und 1991 Forschungsassistent bei Knut  
Borchardt am Seminar für Wirtschaftsgeschichte der Universität München. 1991/92 For-  
schungsaufenthalt an der International Finance Section der Princeton University, Princeton.  
N.J./USA. 1992 bis 1994 Habilitationsstipendium der DFG für ein Projekt zu den Sonder-  
faktoren der Weltwirtschaftskrise in Deutschland. Seit 1994 Professor an der Universität  
Pompeu Fabra, Barcelona/Spainien.

*Schwarzer, Oskar*, geb. 1955, Promotion zum Dr. rer.pol. 1989 in Nürnberg, seit 1987  
wissenschaftlicher Mitarbeiter/Assistent am Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeschichte  
an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. 1995 Abschluß der Habilitationsschrift  
„Wirtschaftsordnung, technischer Fortschritt und »Wohlstand für Alle« in Deutschland  
(1750-1900)“. Forschungsschwerpunkte: Deutsche Wirtschafts- und Sozialgeschichte,  
Internationale Geld- und Währungsgeschichte, Geschichte der Weltwirtschaft.

*Spree, Reinhard*, geb. 1941, Universitätsprofessor für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an  
der Universität München, Mitglied des Board of Advisors des Institute for European Popu-  
lation Studies, University of Liverpool; Overseas Member of the Editorial Board der Social  
History of Medicine, Oxford University Press. Zahlreiche Veröffentlichungen, darunter:  
Lange Wellen wirtschaftlicher Entwicklung in der Neuzeit. Historische Befunde, Erklärun-  
gen und Untersuchungsmethoden, Köln 1991, Historische Statistik in der Bundesrepublik  
Deutschland, Stuttgart 1991.

*Steiner, André* geb. 1959, Dr. studierte Wirtschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität  
zu Berlin. Er promovierte 1987 in Berlin mit einer Arbeit zur historischen Entwicklung der  
Automatisierung in der DDR-Industrie. Seit 1993 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter am  
Seminar für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität Mannheim. Er veröffentlichte  
zahlreiche Aufsätze zu verschiedenen Fragen der DDR-Wirtschaftsgeschichte.

*Tilly, Richard*, geb. 1932, Professor für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universi-  
tät Münster. Zahlreiche Veröffentlichungen zur Neueren und Neuesten Sozial- und Wirt-  
schaftsgeschichte. Darunter: Vom Zollverein zum Industriestaat. Die wirtschaftlich-soziale  
Entwicklung Deutschlands 1834 bis 1914, München 1990.

*Zschaler, Frank*, geb. 1958, Dr. oec., Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Wirtschaftsgeschichte der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Veröffentlichungen u.a.: Klein- und Mittelbetriebe in der Chemischen Industrie Deutschlands, in: Small- and mediumsize enterprises ..., Leuven 1990; Von der Emissions- und Girobank zur Deutschen Notenbank, Bankhistorisches Archiv Frankfurt a.M. 1992; Öffentliche Finanzen und Finanzpolitik in Berlin 1945-1961, Berlin - New York 1995